86. Jahresbericht

des

Altmärkischen Vereins
für
vaterländische Geschichte
zu Salzwedel e.V.

Im Auftrag des Vorstandes herausgegeben
von
Ulrich Kalmbach
und
Dieter Fettback

Salzwedel
2016

86. Jahresbericht des Altmärkischen Vereins
für vaterländische Geschichte zu Salzwedel e.V.
Im Auftrage des Vorstandes herausgegeben von
Ulrich Kalmbach und Dieter Fettback
Salzwedel 2016

Titelabbildung:
Goldbrakteat von Altenzaun, Ldkr. Stendal

Impressum
Altmärkischer Verein für vaterländische Geschichte zu Salzwedel e.V.
c/o Stadtarchiv Salzwedel, Ackerstraße13, 29410 Salzwedel
Redaktion: Ulrich Kalmbach, Dieter Fettback
Druck: DruckManufaktur, Nicolaistraße 28, 39576 Stendal

Inhaltsverzeichnis

Michael Belitz
Die Altmark als Grenzregion der Bistümer Halberstadt und Verden 5

Matthias Friske
Altarsepulcren und Altarweihen altmärkischer Kirchen 51

Uwe Fiedler
Ein 1824 in der Tangermünder Altstadt gefundener figürlicher Schlüsselringringhalter / Ein Blick in die früheste Forschungsgeschichte eines Gürtelbestandteils des 15./ 16. Jahrhunderts 63

Ulrich Kalmbach
Ein spätmittelalterlicher Schlüsselringhalter im Danneil-Museum Salzwedel 85

Rudolf Bönisch
Die Evangelistenbilder am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel 93

Markus Apostolow
Otto von Bismarck und sein unbekanntes Werk. Die Entstehung der Verfassung des Norddeutschen Bundes 1866/67 123

Ulrich Kalmbach
Notizen zur Neuorientierung des Danneil-Museums Salzwedel und zur Berufung des Museumsleiters Walter Neuling nach 1948 161

Rudolf Laser, Rosemarie C. E. Leineweber, Wolfgang Schwarz, Günter Wetzel
Forschen als Berufung, nicht als Beruf – Erinnerungen an Dietmar Ludwig, Stendal (1934 - 2015) 177

Ulrich Kalmbach
Vereinsbericht 2015 205

Henning Krüger
Kassenbericht/ Rechnungslegung für das Kalenderjahr 2015 219

Die Altmark als Grenzregion der Bistümer Halberstadt und Verden*

von Michael Belitz

1. Einleitung

Die Beschäftigung mit der mittelalterlichen Geschichte der Altmark steht meist im Kontext der Forschung zur deutsch-germanischen Kontaktzone, der Germania Slavica.[1] Bedingt durch die Lage des Gebietes, am östlichen Rand des sächsisch-fränkischen Herrschaftsgebietes, ergeben sich hinsichtlich Archäologie, Etymologie und der Siedlungsformen Unterschiede zu den anderen Teilen des Reiches. Viele Entwicklungen, die in den westlichen Gebieten bereits früher einsetzen, beginnen hier später und vollziehen sich in anderer Art und Weise. Allein aus diesen Gründen ist eine Beschäftigung mit der Geschichte der Altmark interessant und lohnenswert. Bei der Erforschung der altmärkischen Geschichte, dies gilt zumindest für die Zeit bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts, sieht sich der Forscher allerdings der Problematik der Quellenarmut ausgesetzt.[2] Hieraus ergibt sich nicht nur die immense Bedeutung eines interdisziplinären Zugangs[3], ebenso bedeutet dies für den Historiker sich mit den wenigen vorhandenen Informationen zur Geschichte der Altmark umso intensiver auseinanderzusetzen. Dies gilt auch für die Beschäftigung mit der kirchlichen Organisation und Durchdringung der

---

* Die vorliegende Arbeit entstand im Jahre 2014 als Bachelorarbeit am Institut für Geschichte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Mein Dank gilt Herrn Prof. Dr. Stephan Freund und Herrn Christian Warnke, die durch eine Vielzahl von Anregungen und Hinweisen nicht nur maßgeblich am Gelingen der Arbeit beteiligt waren, sondern das Interesse des Verfassers an der mittelalterlichen Geschichte generell geweckt haben. Literatur, die zwischen dem Einreichen der Arbeit und der Veröffentlichung erschienen ist, wurde nicht nachträglich eingearbeitet.

[1] Vgl.: Backhaus, Fritz: „Das größte Siedelwerk des deutschen Volkes“. Zur Erforschung der Germania Slavica in Deutschland, in: Lübke, Christian (Hrsg.): Struktur und Wandel im Früh- und Hochmittelalter. Eine Bestandsaufnahme aktueller Forschungen zur Germania Slavica (= Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, Bd. 5), Stuttgart 1998, S. 17 – 30.

[2] Vgl.: Schulze, Hans K.: Adelsherrschaft und Landesherrschaft. Studien zur Verfassungs- und Besitzgeschichte der Altmark, des ostsächsischen Raumes und der hannoverschen Wendlandes im hohen Mittelalter (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 29), Köln 1963, S. 7ff.

[3] Vgl.: Hardt, Matthias / Schulze, Hans K.: Altmark und Wendland als deutsch-slawische Kontaktzone, in: Schmidt, Roderich (Hrsg.): Wendland und Altmark in historischer und sprachwissenschaftlicher Sicht, Lüneburg 1992, S. 1.

Altmark.[4] Im Gebiet der Altmark grenzten bis 1648 die Bistümer Halberstadt und Verden aneinander. Die Region ist somit in gewisser Weise geprägt von einer doppelten Grenzlage: Einmal als Grenzregion zu den slawischen Völkern, die in der Altmark neben und mit den germanischen Siedlern lebten, und zum anderen als Grenzregion der beiden sächsischen Bistümer. Dieser Umstand macht die Beschäftigung mit der Frage nach der Rolle der Altmark als Grenzregion somit ebenfalls in doppelter Hinsicht lohnenswert. Die kirchliche Organisation der Altmark im frühen und hohen Mittelalter spielt in der Forschung, nicht zuletzt aufgrund des bereits erwähnten Quellenmangels, eine eher untergeordnete Rolle, sodass hier der Versuch unternommen werden soll zum einen die Forschungsergebnisse zusammenzuführen und zum anderen neue Impulse für eine Beschäftigung mit der Kirchengeschichte der Altmark im frühen und hohen Mittelalter zu liefern.
Im ersten Teil der Arbeit soll die Analyse der schriftlichen Bistumsumschreibungen im Vordergrund stehen, um zu untersuchen, wie und ob die Grenzen in der Altmark überhaupt um- und beschrieben sind. In einem zweiten Teil wird es um die kirchliche Organisation der Altmark und die strukturelle Erschließung des Raumes durch die Bistümer gehen. Im letzten Teil soll anhand des Beispiels eines Konfliktes zwischen Halberstadt und Verden aus den 1170er Jahren untersucht werden, welche Gründe es für die zu dieser Zeit auftretende stärkere Durchdringung der Altmark durch beide Bistümer gab und wie die auftretenden Konflikte entstanden und gelöst worden sind.

2. Vorstellung der Altmark sowie der Bistümer Verden und Halberstadt

2.1 Die Altmark – Vorstellung des Untersuchungsgebietes

Wird heute von der Altmark gesprochen, ist damit die nördlichste Region des Bundeslandes Sachsen-Anhalt gemeint. Die Grenzen der Region, welche man mit dem Begriff Altmark zu erfassen und zu umschreiben versucht, sind im Wesentlichen die Elbe im Osten, nach Süden und Südwesten die Colbitzer und Letzlinger Heide sowie die Ohreniederung mit dem Sumpfgebiet des Drömlings. Im Norden bildet ein Waldgebiet die Grenze zum Hannoverschen Wendland, weitere naturräumliche Grenzen zu den im Westen und Norden

[4] Vgl.: Diestelkamp, Adolf: Der Balsambann am Ausgange des 15. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der mittelalterlichen Pfarrorganisation und der Diözesangrenzen in der Altmark, in: Zeitschrift des Vereins für Kirchengeschichte der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt 28 (1932), S. 107.

angrenzenden Gebieten fehlen.[5] Die Bezeichnung Altmark bzw. alte Mark für diese Region erscheint erst in der Mitte des 14. Jahrhunderts in den Quellen.[6] Da es für diesen Raum als einheitliche und zusammenhängende Region erst später einen Namen gibt, ist darauf hinzuweisen, dass die Bezeichnung Altmark im Rahmen dieser Arbeit, in welcher die kirchenorganisatorische Entwicklung und Situation bis in das Jahr 1200 behandelt werden soll, auf ein einheitliches Gebiet angewandt wird, welches zu dieser Zeit nicht als ein zusammenhängendes Gebiet gesehen wurde.[7] Die Bezeichnung Altmark wird in der vorliegenden Arbeit somit anachronistisch verwendet.
Die Altmark stellt einen im Pleistozän gebildeten Teil des Norddeutschen Tieflands dar, der durch natürliche Gegebenheiten in mehrere, voneinander zumindest teilweise abgetrennte Siedlungskammern unterteilt werden kann.[8] Das Gebiet wird vom Flusssystem Milde-Biese-Aland durchzogen. Dieses Flusssystem trennt die Altmark in einen westlichen und einen östlichen Teil. Auf weitere naturräumliche Besonderheiten der Altmark soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden; sie werden jedoch, sofern sie für die Fragestellung relevant sind, erläutert.[9]

---

[5] Vgl.: Schulze, Hans K.: Die Besiedlung der Altmark, in: Festschrift für Walter Schlesinger, Bd. 1 (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 74/1), Köln 1973, S. 139.

[6] Vgl.: Riedel, Adolph Friedrich: Codex diplomaticus Brandenburgensis, Zweiter Hauptheil, Bd. 2, Berlin 1845, S. 68.

[7] Vgl.. Schultze, Johannes: Nordmark und Altmark, in: Schultze, Johannes (Hrsg.): Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Ausgewählte Aufsätze (= Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 13), Berlin 1964, S. 38f.

[8] Vgl.: Leineweber, Rosemarie: Die Altmark in spätrömischer Zeit (= Veröffentlichungen des Landesamtes für Archäologie Sachsen-Anhalt, Bd. 50), Halle (Saale) 1997, Karte 21. Leineweber gliedert die Altmark dabei in acht Siedlungskammern, die sich zu nahezu gleichen Teilen auf die Gebiete der Bistümer Verden und Halberstadt verteilen.

[9] Zur naturräumlichen Gliederung, Böden, Vegetation und Hydrologie der Altmark, vgl.: Engelien, Ingeborg: Preußische Kolonisations- und Sozialpolitik in der Altmark von 1740 bis 1850 im Spannungsfeld von Staatsräson und Bauernwiderstand am Beispiel des Drömlings, Bonn 2007, S. 60ff.

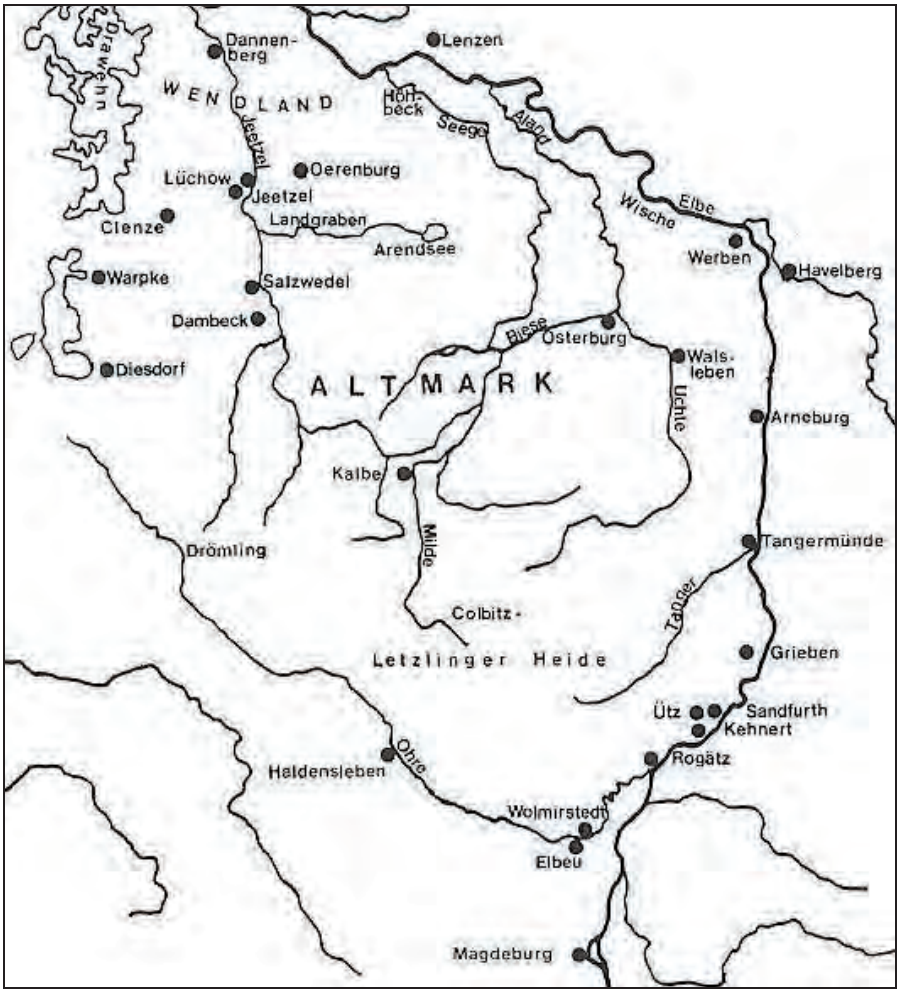


Abb. 1 Altmark, in Anlehnung an: Hardt / Schulze, Altmark, S. 3.

Schriftliche Quellen zur Geschichte der Altmark sind für den hier betrachteten Zeitraum, vor allem für die Zeit der Karolinger, sehr spärlich vorhanden. Neben einigen Erwähnungen in Annalen, welche vom ausgehenden 8. Jahrhundert berichten und im Zusammenhang mit den Sachsenkriegen Karls des

Großen stehen[10], schweigen die Quellen zur Geschichte des altmärkischen Raumes bis zum 10. Jahrhundert nahezu gänzlich. Deshalb ist es gerade für die Erforschung dieses Zeitraums unabdinglich durch einen interdisziplinären Zugang, durch Archäologie, Etymologie, Onomatologie und Toponomastik, zu einem Erkenntnisgewinn zu gelangen.[11] Mit dem Übergang der Herrschaft auf die Ottonen und der damit verbundenen Verlagerung des Herrschaftszentrums nach Sachsen wird auch die Altmark in den Quellen präsenter. Vor allem durch die Askanier und die Herausbildung der Mark Brandenburg unter Albrecht dem Bären im 12. Jahrhundert rückt die Altmark, die ein Ausgangspunkt des hochmittelalterlichen Landesausbaues und Herrschaftsgebiet der Askanier war, noch stärker in den Fokus der Überlieferung.[12]
Da es in der vorliegenden Arbeit um die Grenzen zweier Bistümer gehen soll, ist es zunächst unabdinglich, in aller gebotenen Kürze auf die Umstände der Gründung dieser Bistümer einzugehen sowie einen kurzen Abriss über ihre Geschichte zu geben.

2.2 Geschichte des Bistums Verden

Die Frühgeschichte des Bistums Verden ist durch schriftliche Quellen nur schwer zu fassen. So ist die erste überlieferte Urkunde ein Immunitätsprivileg von 849 durch Ludwig den Frommen.[13] Das Bistum wurde angeblich jedoch bereits früher, wahrscheinlich um 815, gegründet.[14] Hervorgegangen ist es aus unter Karl dem Großen, wahrscheinlich auf einem Hoftag 799 in Paderborn, eingerichteten Missionssprengeln, die jedoch lediglich als „[…] Tauf- und Predigtbezirke angesehen werden, die einzelnen Missionaren zur Predigt und Taufe zugewiesen wurden.“[15] Mit der zunehmenden Integration

---

[10] Vgl.: Annales regni Francorum, hg. von Reinhold Rau, in: Quellen zur karolingischen Reichsgeschichte I (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 5), Darmstadt 1966, S. 81f.
[11] Vgl.: Schulze, Adelsherrschaft, S. 9.
[12] Vgl.: Partenheimer, Lutz: Die Entstehung der Mark Brandenburg. Mit einem lateinisch-deutschen Quellenanhang, Köln ²2007, S. 78ff.; Schulze, Adelsherrschaft, S. 9ff.
[13] MGH DD LD, Nr. 57.
[14] Vgl.: Vogtherr, Thomas: Das Bistum Verden in der Reichskirchenpolitik der Karolinger und Ottonen, in: Kappelhoff, Bernd / Vogtherr, Thomas (Hrsg.): Immunität und Landesherrschaft. Beiträge zur Geschichte des Bistums Verden (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden, Bd. 14), Stade 2002, S. 11.
[15] Klueting, Edeltraud: Die karolingischen Bistumsgründungen und Bistumsgrenzen in Sachsen, in: Klueting, Edeltraud / Klueting, Harm / Schmidt, Hans-Joachim (Hrsg.): Bistümer und Bistumsgrenzen vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart (= Römische Quartalschrift für christli-

Sachsens in das fränkische Reich und der damit verbundenen Durchdringung des Raumes auch mit kirchlichen Strukturen und Organisationsformen, bildeten sich erst allmählich aus diesen Missionsbezirken Diözesen mit einem klar umrissenen Gebiet aus.[16] Der Bischofssitz befand sich in Verden an der Aller und damit nicht zentral im Gebiet der Diözese, sondern an deren westlichen Rand. Von Verden aus reichten die Grenzen des Bistums bis an die Elbe heran, deren Lauf sie in Richtung Osten folgte, bis in den altmärkischen Raum hinein. In der Altmark selbst folgte die Grenze wohl dem Flussverlauf von Milde-Biese-Aland, danach zog sie sich an der Ohre wieder Richtung Verden. Nördlich der Quelle der Ohre verlief die Bistumsgrenze etwas nördlich der Aller wieder nach Westen bis nach Verden. Diese Ausdehnung erhielt das Bistum unter Ludwig dem Deutschen, und mit dieser Festlegung des Bistumszuschnittes scheint die Konsolidierung desselben abgeschlossen.[17] Das Mainzer Suffraganbistum Verden spielte in der fränkisch-sächsischen bzw. deutschen Geschichte keine herausragende Rolle, weshalb die Erforschung der Bistumsgeschichte vor allem der regionalen Forschung zu verdanken ist.[18] Im Bistum zeigten sich für die sächsischen Bistümer typische Entwicklungstendenzen, wie bspw. die Herausbildung des Verdener Hochstiftes, welche ab der Mitte des 12. Jahrhunderts begann.[19] In der Mitte des 16. Jahrhunderts fasste der Protestantismus im Bistum Fuß[20], der Dreißigjährige Krieg erfasste auch Bistum und die Stadt Verden.[21] Ein Ergebnis des Westfälischen Friedens von 1648 war die Zuweisung der Diözese zu Schweden, woraufhin das Bistum aufgelöst und in das Herzogtum Verden umgewandelt wurde.[22]

---

che Altertumskunde und Kirchengeschichte, Supplementband 58), Rom / Freiburg / Wien 2006, S. 65.

[16] Vgl.: Ehlers, Caspar: Die Integration Sachsens in das fränkische Reich (751 – 1024))(= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 231), Würzburg 2005, S. 35ff.

[17] Vgl.: Vogtherr, Reichskirchenpolitik, S. 1.

[18] Vgl.: Vogtherr, Thomas: Einleitung, in: Kappelhoff / Vogtherr, Immunität und Landesherrschaft, S. VIIIff.

[19] Vgl.: Mindermann, Arend: Zur Frühgeschichte des Hochstifts Verden. Grundlagen, Anfänge, Entwicklungsmöglichkeiten und Ausgestaltung der bischöflichen Landesherrschaft bis zum Ende des 13. Jahrhunderts, in: Kappelhoff / Vogtherr, Immunität und Landesherrschaft, S. 65ff.

[20] Zur Reformation in der Diözese Verden, vgl.: Nistal, Matthias: Verdens evangelische Bischöfe als Landesfürsten bis 1648, in: Kappellhoff / Vogtherr, Immunität und Landesherrschaft, S. 175 – 194.

[21] Ebd. S. 188ff.

[22] Die Übergabe des Bistums an Schweden ist festgelegt in: Art X, § 7 des Osnabrücker Friedensvertrags vom 24. 10. 1648, vgl.: Buschmann, Arno: Kaiser und Reich. Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nationen vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1806 in Dokumenten. Teil 2: Vom Westfälischen Frieden 1648 bis zum Ende des Reiches im Jahre 1806, Baden-Baden ^{2}1994, S. 71.

Abb. 2 Ausschnittskarte der mitteldeutschen Bistümer, in Anlehnung an: Zuständigkeitsbereiche der Redaktion der Germania Sacra, URL: https://adw-goe.de/fileadmin/_migrated/pics/ZustaendigkeitsbereichRedaktion.jpg (letzter Zugriff: 06.06.2014, 17.00 Uhr).[23]

[23] Die Karte zeigt die mitteldeutschen Bistümer nach der Gründung des Erzbistums Magdeburg (968) mit seinen Suffraganbistümern sowie der Wiedererrichtung der Bistümer Ratzeburg und Schwerin (um 1150).

2.3 Geschichte des Bistums Halberstadt

Die Entstehung der Diözese Halberstadt findet im gleichen zeitlichen Rahmen und Kontext statt, wie die des Bistums Verden. Auch hier handelt es sich um ein im 9. Jahrhundert aus einem Missionsbezirk entstandenes Bistum, welches im Zuge der Integration Sachsens in das fränkische Reich entstand.[24] Bevor der Bischofssitz in Halberstadt errichtet wurde, war das Zentrum des Missionsbezirkes in Seligenstadt gelegen; somit wurde auch der Norden des Bistums, welchen unter anderem die Altmark bildete, von Seligenstadt aus missioniert.[25] Die Grenzen des Bistums bildeten vornehmlich Flüsse. „Im Westen folgten sie gegen das Bistum Hildesheim dem Lauf der Oker, gegen das Erzbistum Mainz weniger deutlich dem Harz bis zur Helme und zur Unstrut, im Norden gegen das Bistum Verden der Ohre, der Milde und der Biese, im Osten und Süden gegen das Bistum Havelberg, das Erzbistum Magdeburg und das Bistum Naumburg dem Lauf von Elbe, Bode und Saale.“[26] Die Errichtung des Erzbistums Magdeburg um 986 und der dazugehörigen Suffraganbistümer unter Otto I. erfolgte zu einem großen Teil auf Kosten des Halberstädter Territoriums.[27] Ebenso wie bereits bei Verden gezeigt, kam es ab dem 12. Jahrhundert zur Herausbildung eines Hochstiftes; auch Halberstadt wurde im Laufe des 16. Jahrhunderts protestantisch. Im Jahre 1648 wurde, ebenfalls wie beim Bistum Verden, die Diözese Halberstadt aufgelöst und ging als Fürstentum Halberstadt in das Kurfürstentum Brandenburg ein.[28]

3. Die Altmark als Grenzregion der Bistümer – Die schriftlichen Quellen

Nachdem sowohl die Altmark als Region als auch die Bistümer Verden und Halberstadt vorgestellt wurden, soll es im Folgenden konkret um den Grenzverlauf beider Bistümer in diesem Gebiet gehen. Hierzu sollen die schriftli-

---

[24] Vgl.: Ehlers, Integration, S. 63f.
[25] Vgl.: Klueting, Bistumsgründungen, S. 77.
[26] Ebd. S. 77.
[27] Vgl.: Springer, Matthias: Das frühe Bistum Halberstadt im Blick der neueren Forschung, in: Maseberg, Günter / Schulze, Armin (Hrsg.): Halberstadt. Das erste Bistum Mitteldeutschlands. Zeitzeugnisse von Kaiser Karl dem Großen bis zum Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg (= Veröffentlichungen des Städtischen Museums Halberstadt, Bd. 29), Halberstadt 2004, S. 34f.
[28] Die Übergabe des Bistums Halberstadt an das Kurfürstentum Brandenburg ist niedergeschrieben in Art. XI, § 1 des Osnabrücker Friedensvertrags vom 24. 10. 1648, vgl.: Buschmann, Kaiser und Reich, S. 74.

chen Quellen, welche etwas über die Aufteilung der Altmark zwischen beiden Diözesen aussagen, analysiert werden. Vorangehen wird allerdings eine Beschreibung eines in den Quellen häufig erscheinenden Gewässers in der Altmark, das auch bei den Grenzbeschreibungen von Bedeutung ist, nämlich des Flusssystems Milde-Biese-Aland.

Exkurs: Das Flusssystem Milde-Biese-Aland

Milde, Biese und Aland sind Bezeichnungen für jeweils einen Teilabschnitt ein und desselben Flusses; es existiert somit kein einheitlicher Name für den gesamten Fluss. (Siehe Abb. 1, S. 3) Der Oberlauf des Flusssystems trägt heute die Bezeichnung Milde. Diese Bezeichnung leitet sich ab vom germanischen Adjektiv *meldja und bedeutet in etwa „die Freigiebige“.[29] Die Erstnennung einer Quelle der Milde (*Mildanhouede*) findet sich für das Jahr 1007.[30] Sie entspringt ein wenig nördlich von Letzlingen, etwas westlich der heutigen Landstraße K1101 Richtung Gardelegen. Von dort nimmt sie ihren Lauf durch Gardelegen hindurch in nördliche Richtung und durchfließt Kalbe an der Milde. Von dort aus fließt sie weiter in nordwestlicher Richtung, nimmt den Secantsgraben auf und gelangt zu der Ortschaft Beese. Nachdem der Fluss bis hierhin ca. 40 Kilometer als Milde zurückgelegt hat, nimmt er ab diesem Ort den Namen Biese an. Auch die Bezeichnung des Mittellaufs ist germanischen Ursprungs und leitet sich von *beusõ (Binse) ab, heißt damit so viel wie „Fluss mit Binsen“.[31] Der Fluss, welcher nun den Namen Biese trägt, läuft weiter in nordöstlicher Richtung, vorbei an Osterburg, wo er die von Stendal kommende Uchte aufnimmt, in Richtung Seehausen. Kurz vor diesem Ort nimmt der Fluss den Tauben Aland auf und wechselt hier nach ca. 30 Kilometern als Biese wiederum den Namen in Aland. Diese Bezeichnung ist ebenfalls germanischen Ursprungs und scheint im Zusammenhang mit der Lage des Alands im Überflutungsgebiet der Elbe, der sogenannten Wische, zu stehen, da der Name die Bedeutung „anschwellender, überflutender Fluss“ hat.[32] Unter diesem Namen läuft der Fluss durch Seehausen und

---

[29] Vgl.: Greule, Albrecht: Art. Milde, in: Deutsches Gewässernamensbuch. Etymologie der Gewässernamen und der zugehörigen Gebiets-, Siedlungs- und Flurnamen, Berlin / Boston 2013, S. 350. Für die Zusendung der Druckfahnen aus diesem Werk, welches zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit noch nicht erschienen war, möchte ich an dieser Stelle Prof. Dr. Albrecht Greule herzlich danken.

[30] Vgl.: MGH DD H II Nr. 126.

[31] Vgl.: Greule, Albrecht: Art. Biese, in: Deutsches Gewässernamenbuch, S. 60.

[32] Vgl.: Greule, Albrecht: Art. Aland, in: Deutsches Gewässernamenbuch, S. 29.

in Richtung Nordosten bis zur Elbe, in welche der Fluss schließlich bei Schnackenburg nach ungefähr 27 Kilometern mündet.[33]
Obwohl dieses Flusssystem oftmals als Grenze zwischen den Diözesen Halberstadt und Verden angegeben wird, folgte sie diesem Flusslauf scheinbar nicht gänzlich.[34] Die Grenze entspricht zwar dem Verlauf der Milde und Biese, folgt aber beim Zusammenfluss von Aland und Taubem Aland dem letzterem. Dieser entspringt bei Werben und fließt dann in westliche Richtung bis er in die Biese mündet.

3.1 Die Grenzen des Bistums Halberstadt nach der Halberstädter Bischofschronik

Eine ausführliche Zirkumskription des Bistums Halberstadt liefert die Gesta episcoporum Halberstadensium.[35] Hier werden die Grenzen des Bistums Halberstadt, nach Aussage der Bischofschronik durch Karl den Großen 804 festgelegt, folgendermaßen dargestellt:
„Hii autem sunt termini Halberstadensis dyocesis: fluvius Albia, Sala, Unstrada, fossa iuxta Grune, altitudo silve que vocatur Hart, Ovacra, Scuntra, Dasanek, Druhterbeke, Alera, Issuna, palus que dividit Hardungaos et Witingaos, Ara, Milla, Pretekina et iterum Albia. Circumscriptis igitur terminis Halberstadensis dyocesis Karolus imperator […]“[36].
Die Schilderung der Grenzen des Bistums orientiert sich hauptsächlich an Flüssen, wie es bei vielen Grenzbeschreibungen im Mittelalter der Fall ist.[37] Gleich mehrere der genannten Gewässer betreffen das Gebiet der Altmark. So bildet die Elbe (*Albia)* die östliche Grenze des Bistums als auch der Altmark und die Ohre (*Ara),* zumindest zu einem Teil, die westliche Grenze. Auch das im Fokus dieser Arbeit stehende, die Altmark durchziehende Flusssystem findet hier Erwähnung: Die Milde (*Milla)* und der Aland (*Pretekina*). Ungenannt hingegen bleibt die Biese, der Mittellauf des Flusses.

---

[33] Die Beschreibung des Verlaufes ist angelehnt an: Berger, Dieter: Art. Aland, in: Geographische Namen in Deutschland. Herkunft und Bedeutung der Namen von Ländern, Städten, Bergen und Gewässern, Mannheim 1993, S. 33.
[34] Vgl.: Riedel, Adolph Friedrich: Die Mark Brandenburg im Jahre 1250 oder historische Beschreibung der Brandenburgischen Lande und ihrer politischen und kirchlichen Verhältnisse um diese Zeit. Eine aus Urkunden und Kroniken bearbeitete Preisschrift 1, Berlin 1831, S. 14.
[35] Gesta episcoporum Halberstadensium, hg. von Ludwig Weiland (= MGH Scriptores 22, S. 73 – 122), Hannover 1864.
[36] Ebd. S. 79.
[37] Vgl.: Hardt, Matthias: Linien und Säume, Zonen und Räume an der Ostgrenze des Reiches im frühen und hohen Mittelalter, in: Pohl, Walter / Reimitz, Helmut (Hrsg.): Grenze und Differenz im frühen Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 1), Wien 2000, S. 50.

Ein weiteres Problem ist die Unklarheit bezüglich des Begriffes Pretekina: Ist damit der Aland gemeint und damit das gesamte Flusssystem einbezogen, oder ist es der Taube Aland, welcher in späterer Zeit die Grenze des Bistums bildete?
Die Bischofschronik entstand, zumindest in der überlieferten Fassung, zu Beginn des 13. Jahrhunderts und schöpfte aus verschiedenen Quellen.[38] Die hier widergegebene Grenzbeschreibung stellt einen, für das Werk typischen, Rekurs auf ältere Dokumente dar, in diesem Falle auf eine angeblich von Karl dem Großen für das Bistum Halberstadt ausgestellte Gründungsurkunde, die sich nur in dieser Einarbeitung erhalten hat.[39]
Da, wie bereits dargelegt wurde, die sächsischen Bistümer in ihren Grenzen aus Missionssprengeln erwuchsen, ist eine Festlegung der Diözesangrenzen durch Karl den Großen auszuschließen. Mit dieser Grenzumschreibung in der Schlussedition der Halberstädter Bischofschronik aus dem 13. Jahrhundert lassen sich somit keine Schlüsse über die Grenzen der Diözese in der Altmark im 9. Jahrhundert ziehen, sondern lediglich Ansprüche auf die Gebiete zur Zeit der Entstehung der Bischofschronik. Da diese Chronik jedoch aus anderen Quellen schöpfte, unter anderem auch hinsichtlich der Grenzbeschreibungen, sollen im Folgenden die Beschreibung der Grenzen der Diözese Halberstadt in der Altmark in anderen historiographischen Zeugnissen, aus denen die Halberstädter Bischofschronik schöpft, betrachtet werden, da bei diesen von einer gemeinsamen Quellengrundlage auszugehen ist, welche folglich als ältester Beleg für eine Aussage zu den Grenzen des Bistum in der Altmark gelten kann.
Das nach heutigem Kenntnisstand älteste dieser Werke stellen die Quedlinburger Annalen dar.[40] Diese entstanden zwischen dem Ende des 10. und dem Beginn des 11. Jahrhunderts in Quedlinburg.[41] Für das Jahr 830 findet sich hier bei der Schilderung der Gründung Halberstadts ebenfalls eine Aufzählung der Flüsse, wobei folgende die Altmark betreffen: „[…] *Aram, Millam, Bimam et Precekinam et iterum Albiam.*“[42] Auch hier sind Elbe und Ohre genannt sowie zwischen beiden das Flusssystem Milde-Biese-Aland.[43] Im

---

[38] Vgl.: Jäschke, Kurt-Ulrich: Die älteste Halberstädter Bischofschronik. Untersuchungen zu mitteldeutschen Geschichtsquellen des hohen Mittelalters, Bd. 1 (= Mitteldeutsche Forschungen 62/1), Köln 1970, S. 122.
[39] Ebd. S. 95.
[40] Die Annales Quedlinburgenses, hg. von Martina Giese (= MGH SS rer. Germ. 72), Hannover 2004.
[41] Ebd. S. 47ff.
[42] Ebd. S. 430.
[43] Giese hingegen gibt fälschlicherweise an, dass es sich bei *Millam* um die Mulde handele, die bei Roslau in die Elbe münde und ein Nebenfluss der Biese sei, vgl.: Giese, Annales, S. 430, Fußnote 486.

Gegensatz zur Halberstädter Bischofschronik wird das Flusssystem hier mit allen drei Teilnamen angegeben.
Auch der Annalista Saxo, dessen Reichschronik um die Mitte des 12. Jahrhunderts in Sachsen entstand,[44] berichtet über die Grenzen des Bistums Halberstadt in ähnlicher Art und Weise. Eine Beschreibung der durch Karl den Großen festgelegten Grenzen wird hier zum Jahr 803 angeführt.[45] Auch hier finden sich die Ohre (*Ara)*, die Elbe (*Albia)* und die Milde (*Milla)* sowie der Aland (*Precekina*) als Flüsse, die den altmärkischen Raum betreffen.[46] Im Unterschied zu den Quedlinburger Annalen wird auch hier der Mittellauf des altmärkischen Flusssystems nicht genannt. Somit findet die Biese lediglich in den Quedlinburger Annalen, der ältesten uns erhalten Quelle, welche über die Grenzen der Diözese Halberstadt in der Altmark berichtet, eine Nennung.
Für die angebliche Festlegung der Halberstädter Diözesangrenzen durch Karl den Großen haben sich, wie gezeigt wurde, drei aus Sachsen stammende Berichte erhalten. Bei diesen Schilderungen ist davon auszugehen, dass es für alle drei Werke eine gemeinsame Vorlage gab: Eine verloren gegangene, ältere Fassung der Halberstädter Bischofschronik.[47] Die Quedlinburger Annalen scheinen die Information über die Bistumsgrenzen dabei aus der ältesten Fassung zu schöpfen, in der auch die Biese Erwähnung fand.[48]
Nach Jäschke kommen mehrere Gründe für das Fehlen der Biese in den anderen Berichten in Frage: Für die erhaltene Halberstädter Bischofschronik aus dem 13. Jahrhundert ist eine Verwechslung mit der Jeetzel[49] (nördlich des Drömlings entspringend, Salzwedel durchfließend und schließlich im Wendland in die Elbe mündend) möglich; oder aber, dass der oder die Verfasser der Chronik die Biese nicht anführten, da sie lediglich den Mittellauf und damit weder Anfang noch Ende der Grenze in der Altmark bezeichnete und somit für eine Grenzskizzierung nicht notwendig war.[50] Da der Annalista Saxo ebenfalls aus einer jüngeren Quelle schöpfte, einer Fassung der Halberstädter Bischofschronik, welche nach 1113 entstand, ist auch hier anzunehmen, dass in dieser Version die Biese nicht mehr enthalten war.[51] Die Annales Quedlinburgenses scheinen ihre Informationen aus einer um

---

[44] Die Reichschronik des Annalista Saxo, hg. von Klaus Naß (= MGH SS 37), Hannover 2006, S. VII.
[45] Ebd. S. 41.
[46] Ebd.
[47] Vgl.: Jäschke, Bischofschronik, S. 102; für die Abhängigkeiten der Quellen generell siehe dort das Stemma auf S. 210.
[48] Vgl.: Jäschke, Bischofschronik, S. 120f.
[49] Ebd. Fußnote 579.
[50] Ebd.
[51] Ebd. Stemma S. 210.

992/96 verfassten und damit ältesten Version der Halberstädter Bischofschronik zu ziehen, welche anlässlich der Weihe des neuaufgebauten Domes in Halberstadt entstand.[52] Die ausführliche Grenzbeschreibung in dieser verlorenen Fassung der Chronik kann somit aus dem historischen Kontext erklärt werden: So sah sich das Bistum Halberstadt durch die Gründung des Erzbistums Magdeburg und der dazugehörigen Suffraganbistümer in seiner territorialen Ausdehnung bedroht. Daher ist davon auszugehen, dass die Absicherung des Diözesengebietes gegenüber den bereits erfolgten Gründungen und eventuell neuen Gründungen ein Ziel des Verfassers der Halberstädter Bischofschronik war.[53] Auch wenn der altmärkische Raum nicht direkt von Abtretungen betroffen war, so wurden auch hier die Grenzen, und dies möglichst detailliert durch die Nennung von Ober-, Unter- und Mittellauf des Flusssystems, aufgezeigt und verdeutlicht. Durch die Angabe, dass Karl der Große die Grenzen festgelegt habe, wurde zum einen eine weit in die Vergangenheit reichende Datierung sichergestellt und zum anderen war der Karolinger eine Autorität, wodurch die Legitimation der angeblichen Grenzen nochmals erhöht wurde.[54]

Die Nennung der Grenzen in der Altmark war auch deswegen notwendig, da dieser Raum am Ende des 10. Jahrhunderts noch nicht durch kirchliche Institutionen von Seiten des Bistums Halberstadt durchdrungen war. Allerdings wurden um das Jahr 983 zwei Konvente im Halberstädtischen Teil der Altmark gegründet: Zum einen der Mönchskonvent St. Maria und Thomas in Arneburg, auf Initiative Bruns von Arneburg, das direkt an der Elbe lag.[55] Als zweites der Kanonissenkonvent St. Laurentius in Kalbe an der Milde und damit direkt an der Grenze zum Bistum Verden.[56] Beide Konvente wurden jedoch im Zuge des Slawenaufstandes 983 zerstört; das Kloster Arneburg wurde nicht wieder aufgebaut[57] und der Konvent in Kalbe an der Milde nach Schöningen verlegt.[58] Von einer Durchdringung des altmärkischen Raumes

---

[52] Ebd. S. 185ff.

[53] Vgl.: Grieme, Uwe: Zur Aussagekraft von Bistumschroniken und Bischofskatalogen des Bistums Halberstadt im Hoch- und Spätmittelalter, in: Concilium medii aevi 3 (2000), S. 191.

[54] Vgl.: Hägermann, Dietrich: Die Urkundenfälschungen auf Karl den Großen. Eine Übersicht, in: Fälschungen im Mittelalter, Bd. III (= MGH Schriften, Bd. 33/III), Hannover 1988, S. 433ff.

[55] Vgl.: Ehlers, Integration, S. 168.

[56] Ebd.

[57] Vgl.: Jakobs, Hermann: Spätottonische Klosterfreiheit. Die Privilegien „Creditae speculationis“ Johannes‘ XIII. und Benedikts VII. für Thankmarsfelde/Nienburg, Alsleben und Arneburg, in: Jakobs, Hermann / Petke, Wolfgang (Hrsg.): Papsturkundenforschung und Historie. Aus der Germania Pontificia Halberstadt und Lüttich (= Studien und Vorarbeiten zur Germania Pontificia, Bd. 9), Köln / Weimar / Wien, 2008, S. 69ff.

[58] Vgl.: Holtzmann, Robert: Das Laurentius Kloster zu Calbe. Ein Beitrag zur Erläuterung Thietmars von Merseburg, in: Jahrbuch der historischen Kommission für die Provinz Sachsen und Anhalt, Bd. 6, S. 187f.

Ende des 10. Jahrhunderts in seinem Halberstädtischen Teil kann aufgrund des kurzen Bestehens dieser Konvente jedoch nicht gesprochen werden. Aus diesem Grund ließen sich die Bistümer, welche noch unerschlossene Regionen in der Peripherie ihres Diözesengebietes besaßen, diese Grenzen häufig schriftlich bestätigen. Nur so konnte das Gebiet als zur Diözese zugehörig kenntlich gemacht werden, wenn es durch Konvente oder ähnliche Instanzen nicht möglich war.[59] Jedoch besaß man am Ende des 10. Jahrhunderts durch die Gründung der äußerst kurz existierenden Konvente, die auch wenn auf adlige Initiative ruhend, doch immer vom Bischof bestätigt und genehmigt werden mussten, eine Kenntnis des altmärkischen Raumes, welche eine Angabe aller drei Namen des Flusses ermöglichte.[60] Dass diese Informationen in den Quedlinburger Annalen aus einer Halberstädter Quelle stammten, ergibt sich aus dem Fehlen dieser Information sowohl in den fränkischen Reichsannalen[61], der Lebensbeschreibung des Heiligen Liudgers[62] als auch in der Chronik des Widukind von Corvey[63], welche von Jäschke als Vorlagen für die verlorene, älteste Fassung der Halberstädter Bischofschronik ausgemacht wurden.[64]

Zum Jahre 814 findet sich in der Halberstädter Bischofschronik die Immunitätsurkunde Ludwigs des Frommen für das Bistum Halberstadt.[65] In dieser wird, unter Verweis auf die Festlegung der Grenzen durch Karl den Großen, der Umfang der Diözese durch seinen Sohn bestätigt. Im Gegensatz zur angeblichen Gründungsurkunde werden diesmal jedoch keine naturräumlichen Gegebenheiten zur Umschreibung genutzt; stattdessen werden Gaue angegeben, die in der Diözese liegen. Dies geschieht in folgender Art und Weise: „[…] *Darlingowe et Northuringowe et Belkesheim, Hartingowe, Suavia et Hasigowe* […]“[66]. Es handelt sich also, der Reihenfolge in der Chronik folgend, um den Derlingau, den Nordthüringau, das Balsamerland, den Harzgau, den Schwabengau und den Hassegau. Folgt man der älteren Forschung, so be-

---

[59] Vgl.: Ehlers, Integration, S. 94, hier auch der Hinweis auf die unter den Ottonen stets erneuerte Bestätigung der Grenzen.

[60] Dass eine Kenntnis vom altmärkischen Raum vorgelegen hat, zeigt sich auch in der Zuordnung des Arendsees zum ostsächsischen Reich in den Reichsannalen zum Jahre 822, vgl.: Ehlers, Integration, S. 249; Schulze, Adelsherrschaft, S. 8.

[61] Annales regni Francorum, hg. von Reinhold Rau, S. 9 – 155.

[62] Vita secunda sancti Liudgeri. Deutsche Übersetzung und Kommentar von Eckhard Freise, in: Freise, Eckhard (Hrsg.): Die Vita Sancti Liudgeri. Text, Übersetzung und Kommentar, Forschungsbeiträge (= Codices selecti 95), Graz 1999, S. 29 – 61.

[63] Res gestae Saxonicae. Die Sachsengeschichte, hg. von Ekkehart Rotter und Bernd Schneidmüller, Stuttgart 1992.

[64] Vgl.: Jäschke, S. 210.

[65] Vgl.: Weiland, Gesta, S. 80.

[66] Ebd.

zeichnet das Balsamerland den östlichen Teil der Altmark, der zur Diözese Halberstadt gehörte.[67] (Siehe Abb. 3, S. 14)

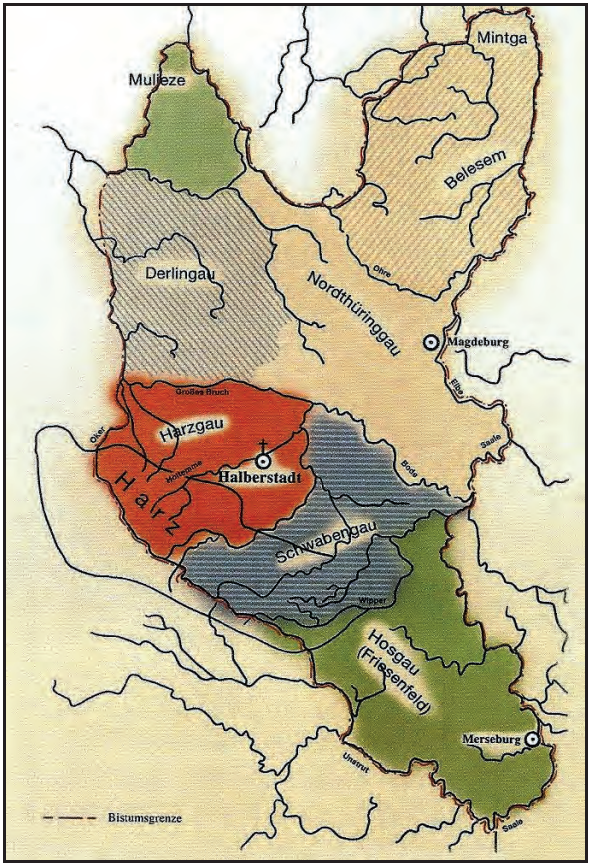


Abb. 3 Das frühe Bistum Halberstadt bis 968, in: Springer, Halberstadt, S. 36.[68]

Die neuere Forschung hingegen nimmt von dieser Annahme Abstand und vertritt die Ansicht, dass ein Gau Belcsem nicht existierte, sondern erst durch eine Fälschung konstruiert wurde.[69] Durch diesen und weitere Gründe

---

[67] Vgl.: Schulze, Adelsherrschaft, S. 16.

[68] Der in der Abbildung im nordöstlichen Teil der Altmark, der Wische, gelegene Mintgau ist nach neuerer Forschung erst im 12. Jahrhundert entstanden, vgl.: Schulze, Besiedlung, S. 100f.

[69] Vgl.: Warnke, Christian: *Belcsem/Belkesheim/Balsemerlande* – Betrachtungen zu einem angeblichen Gaunamen im elbslawisch-deutschen Berührungsgebiet, in: Greule, Albrecht / Springer, Matthias (Hrsg.): Namen des Frühmittelalters als sprachliche Zeugnisse und als Geschichtsquel-

wurde die Aufzählung der Gaue in der Immunitätsurkunde als nachträgliche Interpolation gewertet und auf die Zeit und den Einfluss des Bischofes Arnulfs von Halberstadt (ca. 996 - 1023) zurückgeführt.[70] Nach dem neuesten Stand der Forschung ist das angebliche Immunitätsprivileg nicht nur durch Interpolationen nachträglich verändert, sondern eine Ganzfälschung.[71] Damit ergibt sich für diesen scheinbaren Beleg des Umfangs des Bistums Halberstadt in der Altmark die Erkenntnis, dass es sich um eine Fälschung handelt, die wahrscheinlich in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts angefertigt wurde. Über den historischen Kontext soll nach der Analyse des nächsten Beleges gesprochen werden, da auch in diesem die Gaue wieder eine Rolle spielen.

An einer weiteren Stelle berichtet die Halberstädter Bischofschronik ebenfalls über den Umfang der Diözese. Es wird berichtet, dass sich der oben bereits erwähnte Bischof Arnulf im Jahre 1014 von Papst Benedikt VIII. (ca. 980 – 1024) den Umfang seines Bistums habe bestätigen lassen.[72] In dieser päpstlichen Bulle finden sowohl die Gauangaben des Immunitätsprivilegs Ludwigs des Frommen als auch die naturräumlichen Angaben aus der angeblichen Gründungsurkunde Karls des Großen Erwähnung, wobei die angebliche päpstliche Bestätigung nur die Gaue nennt, die naturräumliche Beschreibung in der Chronik daraufhin folgt.[73] Die Altmark betrifft hier wiederum den Gau Belcsem (*Belkishem)*; als Flussgrenzen der Region werden Milde (*Rodowe)*, Biese (*Iesne)* und Aland (*Prisatine)* bezeichnet.[74] Auffällig ist bei diesem Bericht der Halberstädter Bischofschronik vor allem die zweifache Nennung des Alands. Nach der Gaunennung heißt es: „[…] *versus Verden contra aquilone, ubi Prisacine fluvius influit Albie* […].“[75] Der Aland wird in dieser Formulierung explizit als Grenze gegen das Bistum Verden erwähnt. Am Ende der Aufzählung wird der Fluss nochmals genannt, hier jedoch im Zusammenhang mit dem Oberlauf Milde und dem Mittellauf Biese. Auch die Grenzbestätigung des Bistums durch Papst Benedikt VIII. wird von der For-

---

len (= Ergänzungsbände zum Reallexikon der germanischen Altertumskunde, Bd. 66), Berlin 2009, S. 224.

[70] Ebd. S. 197 – 200.

[71] Vgl.: Kölzer, Theo: Die Urkunden Ludwigs des Frommen für Halberstadt (BM^2 535) und Visbek (BM^2 702) und ein folgenreiches Mißverständnis, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde 58 (2012), S. 103 – 124.

[72] Vgl.: Weiland, Gesta, S. 91.

[73] Vgl.: Urkundenbuch des Hochstifts Halberstadt und seiner Bischöfe. Erster Teil bis 1236, hg. von Gustav Schmidt (= Publicationen aus den königlich Preußischen Staatsarchiven 17), Osnabrück 1965 (Neudruck von 1883), Nr. 68.

[74] Ebd.

[75] Ebd.

schung als Fälschung gewertet; auch sie ist vermutlich auf das Wirken Bischofs Arnulf von Halberstadt zurückzuführen.[76]
Es stellt sich somit die Frage, weshalb Arnulf diese Grenzbeschreibungen in die Halberstädter Bischofschronik einarbeiten ließ. Die Gründe für diese beiden Fälschungen, die etwas über die Grenzen der Diözese in der Altmark aussagen, liegen, wie schon bei der angeblichen Urkunde Karls des Großen, in einer Bedrohung für das Halberstädter Territoriums. Im Jahre 1004 wurde das Bistum Merseburg durch Heinrich II. wiederrichtet, weiterhin gab es einen Grenzkonflikt mit dem Erzbistum Magdeburg.[77] Streitigkeiten zwischen den Bistümern Halberstadt und Verden hingegen lassen sich zu diesem Zeitpunkt nicht nachweisen. Es scheint als habe der Bischof vorsorglich auch diese Grenze durch die Angabe des Grenzflusses Aland gegen das nördlich angrenzende Bistum Verden absichern wollen. Allerdings wird aus der Bezeichnung nicht genau klar, ob es sich hierbei um den Tauben Aland handelt, der zu dieser Zeit noch in die Elbe mündete, oder um den Aland, welcher sich erst noch weiter nach Norden zieht, um dann in die Elbe zu münden.
Nach einer Analyse der drei in der Gesta episcoporum Halberstadensium vorliegenden Beschreibungen von Grenzen und Umfang des Bistums lassen sich erste Erkenntnisse formulieren. Zuerst ist festzuhalten, dass es alles Fälschungen sind. Sie entstanden aufgrund von Befürchtungen des Halberstädter Bischofs vor möglichen Gebietsabtretungen an andere Bistümer. Während die gefälschte Gründungsurkunde Karls des Großen bereits in der ersten, gegen 996 entstandenen Fassung der Halberstädter Bischofschronik enthalten war, gehen Immunitätsprivileg und die Bestätigung des Papstes wohl auf die Initiative Bischofs Arnulf von Halberstadt zurück. Grenzbeschreibungen treten uns entgegen, wenn es gilt andere Ansprüche zurückzuweisen. Die Grenzen des Bistums in der Altmark sind somit nicht durch päpstliche oder königliche Verfügungen festgesetzt, scheinen aber dennoch vorhanden gewesen zu sein und sich am Flusssystem Milde-Biese-Aland orientiert zu haben. Der Grenzbeschreibung kam deshalb eine wichtige Rolle zu, da das Gebiet der Altmark nicht durch kirchliche Institutionen erschlossen war und nur so ein Anspruch aufrechterhalten und verdeutlicht werden konnte. Mit einem Blick auf die überlieferten Grenzbeschreibungen des Bistum Verden in der Altmark soll ermittelt werden, ob sich die für Halberstadt gemachten Beobachtungen auch dort bestätigen.

---

[76] Vgl.: Warnke, Belcsem, S. 200.
[77] Ebd.

3.2 Die Grenzen des Bistums Verden nach Verdener Quellen

Ähnlich wie für die Diözese Halberstadt, liegt auch für das Bistum Verden eine angebliche Gründungsurkunde Karls des Großen vor. Jedoch ist diese, anders als für das Bistum Halberstadt, nicht nur als Einarbeitung in die Bischofschronik Verdens, sondern auch als selbstständiges Exemplar erhalten. Diese beiden Dokumente sollen im Folgenden analysiert werden, wobei mit der Urkunde begonnen werden soll.
„König Karl (der Große) gründet ein Bistum in dem im Sturmigau gelegenen Ort Verden an der Aller, unterstellt es dem Erzbistum Mainz, […] und legt die genauen Grenzen des Bistums fest.“[78], lautet ein Teil des Regests zur angeblichen Gründungsurkunde der Diözese Verden. Die Grenzen, welche den altmärkischen Raum betreffen, gibt die Urkunde dabei folgendermaßen wieder: „*Terminos autem eius firmos […] id est: […] dehinc in Albiam, inde in rivum Alend, inde in rivum Bese, inde in Rodouue usque in paludem, que dicitur Rokesford, inde in Horam fluvium […].*“[79] Auch hier fällt, wie bereits bei der Halberstädter Gründungsurkunde, die Orientierung an Flüssen als Grenzmarkierung auf. Mit der Elbe (*Albiam)* und der Ohre (*Horam)* werden die gleichen Ost- und Westgrenzen wie für Halberstadt genannt und auch das die Altmark durchziehende Flusssystem findet Erwähnung. Es werden, wie auch in den Annales Quedlinburgenses, alle drei Namen für den jeweiligen Teilabschnitt, in der Reihenfolge von der Mündung (Aland, *Alend*), über den Mittellauf (Biese, *Bese*) bis hin zum Oberlauf (Milde, *Rodouue*) genannt. Die genutzten Namen weichen jedoch von denen ab, die in den Halberstädter Quellen genutzt wurden.[80] Weiterhin fällt auf, dass sich in der Festlegung der Grenzen des Bistums Verden noch weitere Angaben finden, die im Vergleich zu den Zeugnissen Halberstädter Provenienz neu sind. So folgt auf die Erwähnung der Milde, die Nennung eines Sumpfgebietes, welches Roxförde genannt wird („[…] *paludem, que dicitur Rokesford […]*“). Durch die Anführung dieses Sumpfgebietes, welche gleichzeitig eine Abkehr von der ausschließlichen Nennung von Flüssen darstellt, wobei das Konzept der „nassen Grenzen“[81] dennoch beibehalten wird, wird erstmals eine vollständige und

---

[78] Urkundenbuch der Bischöfe und des Domkapitels von Verden, Bd. 1, hg. von Arend Mindermann (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden, Bd. 13), Stade 2001, S. 1.
[79] Ebd. Nr. 1.
[80] Milde = Millam / Rodouue; Biese = Bimam / Bese; Aland = Alend / Precekinam. Der jeweils zuerst genannte Name entstammt der Halberstädter Provenienz.
[81] Jaspert, Nikolas: Grenzen und Grenzräume im Mittelalter: Forschungen, Konzepte und Begriffe, in: Herbers, Klaus / Jaspert, Nikolas (Hrsg.): Grenzräume und Grenzüberschreitungen im Vergleich. Der Osten und der Westen des mittelalterlichen Lateineuropas (= Europa im Mittelalter, Bd. 7), Berlin 2007 S. 49.

durchgehende natürliche Grenze in der Altmark aufgeführt. Bei den Zeugnissen der Halberstädter Bischofschronik folgte auf die Milde stets die Ohre als Grenzangabe. Zwischen der Quelle der Milde und der Ohre liegt jedoch ein breiter Raum, der von den Halberstädter Quellen nicht erfasst wird. Erst die Urkunde für Verden deckt diesen Raum durch die Nennung des Sumpfes und der Ortschaft Calvörde (*Callenvorde*[82]) nicht nur theoretisch, sondern tatsächlich ab. Das dort aufgeführte Sumpfgebiet hat sich im Laufe der Zeit zu einem Fluss, dem Wanneweh, gewandelt.[83] Dieser entspringt in Letzlingen, läuft vorbei an Wannefeld und Roxförde und mündet bei Calvörde in die Ohre. Diese detaillierte Raumkenntnis des altmärkischen Gebietes, welches sich durch die Nennung des Sumpfgebietes und der Stadt Calvörde zeigt, wirft die Frage auf, weshalb sich nicht auch die Halberstädter Beschreibung an diesen Gegebenheiten orientiert.
Die Antwort liegt in der Entstehungszeit der Urkunde; sie ist eine Fälschung aus der Mitte des 12. Jahrhunderts, die auf Initiative des Bischofs Hermann von Verden (ca. 1110 – 1167) entstand.[84] Die Ursachen für die Anfertigung der Fälschung weisen Parallelen zum Halberstädter Beispiel auf: Auch hier sah sich das Bistum durch Neugründungen von möglichen Gebietsverlusten bedroht. Im Zuge des Wendenkreuzzugs 1147 und der Slawenmission wurden im Nordosten die Bistümer Ratzeburg und Schwerin gegründet, die zum Teil aus Verdener Territorium hervorgingen.[85] Um die Diözese vor weiteren Ansprüchen zu schützen, ließ vermutlich Bischof Hermann, der früher Archidiakon im Halberstädter Bistum war, eine auf Karl den Großen zurückdatierte Fälschung anfertigen.[86] Auch wenn die territoriale Bedrohung vor allem in den östlichen Gebieten präsent war, wird eine genaue Beschreibung der Grenzen in der Altmark geliefert. Von der in der Mitte des 12. Jahrhunderts stattfindenden Intensivierung der Slawenmission war auch die Altmark als deutsch-slawische Kontaktzone betroffen. Ab der Mitte des 12. Jahrhunderts kommt es hier vermehrt zu Kirchenbauten und zur Stiftung von Klöstern und Konventen.[87] Durch die im Zusammenhang mit der Slawenmissionierung stehende Ausbreitung und Verfestigung des Christentums

---

[82] Urkundenbuch Verden, Nr. 1.
[83] Vgl.: Riedel, Mark Brandenburg, S. 14.
[84] Vgl.: Vogtherr, Reichskirchenpolitik, S. 11.
[85] Zur Geschichte des Bistums Ratzeburg, vgl.: Petersen, Stefan: Ratzeburg, in: Gatz, Erwin (Hrsg.): Die Bistümer des Heiligen Römischen Reiches von ihren Anfängen bis zur Säkularisation, Freiburg im Breisgau 2003, S. 590 – 598. Zur Geschichte des Bistums Schwerin, vgl.: Brodkorb, Clemens: Schwerin, in: Gatz, Bistümer, S. 670 – 675.
[86] Zu Bischof Hermann von Verden, vgl.: Wurst, Otto: Bischof Hermann von Verden 1148 – 1167. Eine Persönlichkeit aus dem Kreise um Kaiser Friedrich I. Barbarossa (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 79), Hildesheim 1972.
[87] Siehe Kapitel 4 in dieser Arbeit.

im altmärkischen Raum, wurde es notwendig sich über die Grenzen im altmärkischen Raum zu verständigen. Durch das sich fest verankernde Christentum war es möglich den Raum kirchlich zu gliedern und eine Abgrenzung zum Bistum Halberstadt, als ebenfalls kirchlicher Gliederungseinheit, musste daher erfolgen. Ebenso sollte in Betracht gezogen werden, dass Hermann, der vor seiner Zeit als Bischof in Verden im Halberstädter Bistum tätig war, durchaus Informationen hinsichtlich möglicher Aktivitäten des Bistums Halberstadt in der Altmark haben konnte, denen er präventiv entgegenwirken wollte. Mit dieser Fälschung stand ihm bei potentiellen Konflikten eine Stärkung seiner Position zur Verfügung.
Auch in die Verdener Bischofschronik fand die Gründungsurkunde Karls des Großen, in abgeänderter Form, Eingang. Die Urkunde wird dabei als eine Art Prolog der Chronik vorangestellt. Hier wird berichtet, Karl habe das Bistum im Jahre 786 gegründet, dem Mainzer Erzbistum unterstellt, Suidbert als Bischof eingesetzt und die Grenzen festgelegt.[88] Die Grenzen werden dabei angegeben als: „[…] in der Länge vom Flusse Weser, bis dorthin, wo der Fluß Peene in die Nordsee fließt, in der Breite von der Lühe, die von der Elbe aufgenommen wird, bis zur Mündung der Ohre und Kalvörde und mit zahlreichen Sümpfen und Wasserläufen, die näherhin bezeichnet sind.“[89] Im Vergleich zur angeblichen Gründungsurkunde des Bistums Verden fällt eine starke Reduzierung der geographischen Angaben auf: In der Bischofschronik werden lediglich fünf Grenzpunkte aufgezählt, der Rest wird summarisch zusammengefasst, in der Karlsurkunde waren es noch 39 Angaben. Der Schreiber der Bischofschronik scheint sich auf die wesentlichen Grenzen zu beschränken; es werden nur größere Flüsse aufgezählt (Elbe, Peene, Lühe, Weser, Ohre), um das Gebiet zu umschreiben. Vogtherr spricht davon, dass die Zirkumskription „[…] sinnlos verkürzt wurde.“[90] Das altmärkische Gebiet wird im engeren Sinne nicht genannt, die Grenze wird als Linie von Calvörde (*Kaleuorde*) bis zur Elbe bezeichnet. Ein Grund für die verkürzte Darstellung der Bistumsgrenzen ist im Entstehungskontext der gesamten Bischofschronik zu sehen.[91] Ziel war nicht die Formulierung territorialer Ansprüche, da in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, der Entstehungszeit der Verdener Bischofschronik, das Bistum auf allen Seiten von anderen Diö-

---

[88] Vgl.: Chronicon episcoporum Verdensium. Die Chronik der Verdener Bischöfe, hg. von Thomas Vogtherr (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden), Stade 1998, S. 43.
[89] Ebd.
[90] Ebd.
[91] Ebd. S. 14ff. Nach Vogtherr war wohl die Einsetzung eines Bischofs in Verden, der nicht durch das Domkapitel gewählt wurde, ein Anlass für die Zusammenstellung der Bischofschronik.

zesen umschlossen war. (Siehe Abb. 2, S. 6) Die Bistümer hatten fest umrissene Grenzen, über territoriale Konflikte wird in der Mitte des 12. Jahrhunderts nichts berichtet. Da weder die Grenzsicherung noch eine anderweitige Artikulation territorialer Ansprüche Ziel der Bischofschronik war, wurde es als ausreichend erachtet, die Grenzen stark simplifizierend anzugeben. Jedem, der sich für die Grenzbeschreibung Karls des Großen interessierte, stand, da auch die Bischofschronik primär für das Domkapitel zusammengestellt wurde, sicherlich auch die Urkunde Karls zur Verfügung, um dort die fehlenden und detaillierteren Beschreibungen zu erfahren.
Der Umstand, dass in dieser Beschreibung der Fluss Milde-Biese-Aland nicht als Grenze genannt wird, ist demnach darauf zurückzuführen, dass zur Entstehungszeit der Chronik die Altmark bereits mit Institutionen des Bistums Verden durchzogen und keine Sicherung der dortigen Grenze mehr notwendig war.
Weitere Dokumente, die Informationen über den Umfang der Diözese Verden geben, sind zwei Konzilsbeschlüsse aus den Jahren 847 und 848.[92] Auf diesen Synoden wurde die „[…] Neuordnung der Diözesangrenzen im Norden des Reiches nach der Zerstörung von Hamburg und der Verlagerung des Bistums nach Bremen […]“[93] beschlossen. Auf der ersten Synode wurden dem Verdener Bischof im Zuge dieser neuen Umschreibung große Gebiete nördlich der Elbe, darunter auch die Stadt Hamburg, zugesprochen. Dieser Zuschnitt wurde auf einer zweiten Synode ein Jahr später wieder korrigiert.[94] Die nördlichen Teile wurden dem Bremer Bistum zugesprochen und im Tausch dafür erhielt der Verdener Bischof Teile des Bremer Bistums, die sich südlich der Elbe befanden.[95] Es scheint sich bei diesen Gebieten um die Teile der Altmark gehandelt zu haben, die später noch zur Diözese Verden gehörten.[96] Damit verbunden war sicherlich auch die Aufgabe diesen Raum, der Teil der germanisch-slawischen Kontaktzone war, zu missionieren. Da die Angabe des Gebietes nicht konkret sind - dass es sich bei den Gebieten südlich der Elbe um Teile der Altmark handelt ist lediglich eine Annahme der Forschung - finden sich keine Angaben über die Grenzen zwischen den Bistümern Halberstadt und Verden und auch keine Nennung von naturräumlichen Gegebenheiten.

---

[92] Vgl.: Vogtherr, Reichskirchenpolitik, S. 1.
[93] Hartmann, Winfried: Die Konzilien der karolingischen Teilreiche 843 – 859 (= MGH Concilia, Bd. 3), Hannover 1984, S. 150.
[94] Vgl.: Vogtherr, Reichskirchenpolitik, S. 10.
[95] Vgl.: Hartmann, Konzilien, Nr. 16, S. 179 – 184. Einen ausführlichen Bericht liefert Rimbert in seiner Vita Anskari, vgl.: Rimbert, Vita Anskari, hg. von Werner Trillmich (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 11), Darmstadt 1961, S. 71ff.
[96] Vgl.: Mindermann, Urkundenbuch, S. 15, Fußnote 3.

Das Bild, welches sich für die Grenze der Diözese Verden in der Altmark nach den schriftlichen Zeugnissen ergibt, ist ähnlich dem bereits herausgearbeiteten für das Bistum Halberstadt. Bei der angeblichen Grenzbeschreibung durch Karl den Großen handelt es sich um eine Fälschung des 13. Jahrhunderts, welcher eine detaillierte Raumkenntnis zu Grunde liegt. Ihre Entstehung ist im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen mit den neugegründeten Bistümern zu sehen. In der Bischofschronik erscheint die Grenzbeschreibung stark vereinfacht, die Altmark findet keine Erwähnung. Dies ist auf die Intention der Chronik zurückzuführen. Dass die Altmark durch einen Tausch mit dem Bistum Bremen an Verden gekommen ist, lässt sich lediglich vermuten und es finden sich keine Angaben zu Grenzen in diesem Raum.

4. Kirchliche Gliederung der Altmark - Archidiakonate und Konvente

Nach der Analyse der schriftlichen Belege, die es ermöglichen Aussagen über die Ansprüche der Bistümer auf die Altmark zu tätigen, soll im Folgenden untersucht werden, ob sich anhand der kirchlichen Organisation und Struktur beider Bistümer Aussagen über ihre Ausdehnung und Grenzen im altmärkischen Raum treffen lassen.

4.1 Das Bistum Verden

In einem ersten Schritt soll die Altmark in der archidiakonalen Struktur des Bistums Verden analysiert werden.
Der Begriff Archidiakon ist seit dem 4. Jahrhundert belegt und bezeichnete den „[…] Vorsteher des Diakonenkollegiums einer Bischofsstadt.“[97] Seit dem 9. Jahrhundert bekam dieser immer umfassendere Rechte sowie Einfluss und es entwickelte sich ein Archidiakon jüngerer Ordnung. Ein Merkmal dieser war die Zuweisung eines bestimmten Sprengels an einen Archidiakon, in welchem dieser vielfältige Rechte, wie beispielsweise die Visitation und die Investition von Pfarrern, besaß.[98] Im 13. Jahrhundert war die Bedeutung der Archidiakone am größten, später wurde sie durch diverse Gegenbewegungen geschmälert. Die Einteilung in Archidiakonate, als Bezeichnung für den Amtsbereich eines Archidiakons, erfolgte als die Anzahl an kirchlichen Institutionen in den Diözesangebieten zunahm und der Bischof nicht mehr in

[97] Groten, Manfred: Art. Archidiakon, in: LThK, Bd. 1, Sp. 947f.
[98] Ebd.

allen seinen Pflichten im gesamten Bereich der Diözese nachkommen konnte.[99]

In der Verdener Diözese scheint die Ausbildung von Archidiakonaten am Ende des 12. Jahrhunderts abgeschlossen gewesen zu sein.[100] Dieser Befund lässt sich allerdings nicht für das gesamte Gebiet der Diözese treffen, wie anhand einer Urkunde aus dem Jahr 1205 zu schließen ist. In dieser kommt es bei einer Aufzählung der Archidiakonate in der Diözese Verden zu keiner Nennung eines Archidiakonatsbezirkes in der Altmark.[101] Dieser tritt erst in einem zweiten Dokument, das Auskunft über die Archidiakonatseinteilung der Diözese Verden gibt - eine Übersicht der bischöflichen Einkünfte in der Verdener Diözese um das Jahr 1500 - hervor.[102] Hier werden die Präposituren, wie die Archidiakonate im altmärkischen und wendländischen Raum genannt wurden[103], aufgezählt. Für die Altmark werden ein Bann in Kuhfelde (*Prepositura eisdem et Bannus in Kofelde)*, eine Präpositur in Salzwedel (*Prepositura in Soltwedel)*, in Dähre (*Prepositura in Doren*) sowie in Seehausen und Beuster (*Prepositura in Szehusen et Beustere*) genannt. Diese Bezirke umschlossen den Teil der Altmark, welcher zum Bistum Verden gehörte. Diese späteren Archidiakonatssitze bildeten sich aus den ältesten Kirchen in der Region aus, welche als Missionsstützpunkte und Urpfarreien fungierten und Zentren der ehemaligen Sendprengel waren.[104] Durch einen Blick auf archäologische Erkenntnisse soll untersucht werden, wann die Kirchen der späteren Archidiakonatssitze entstanden.

Die Kirche in Kuhfelde wurde zu Beginn des 13. Jahrhunderts erbaut und 1223 von Bischof Iso von Verden geweiht.[105] Die Marienkirche in Salzwedel entstand als Feldsteinkirche bereits in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts.[106] Die Petrikirche in Seehausen entstammt ebenfalls dem späten 12.

---

[99] Vgl.: Panzram, Bernd: Art. Archidiakon, in: LexMa, Bd. 1, Sp. 896f.

[100] Vgl.: Michael, Eckhard: Zur Kirchengeschichte des Hannoverschen Wendlands im Mittelalter, in: Hannoversches Wendland 15 (= Jahresheft des heimatkundlichen Arbeitskreises Lüchow-Dannenberg 1994 – 1997), Lüchow 2001, S. 202.

[101] Vgl.: Mindermann, Urkundenbuch, Nr. 214.; Der gleiche Befund gilt auch für das Hannoversche Wendland.

[102] Riedel, Adolph: Codex diplomaticus Brandenburgensis, Erster Hauptteil, Bd. 25, Berlin 1863, Nr. 467.

[103] Vgl.: Michael, Kirchengeschichte, S. 203.

[104] Ebd. S. 199; Hilling, Nikolaus: Die Halberstädter Archidiakonate (= Beiträge zur Geschichte und Verwaltung des Bistums Halberstadt im Mittelalter, Bd. 1), Lingen 1902, S. 38ff.; Scholz, Michael: Die Entstehung der Archidiakonatsbezirke in Wendland und Altmark. Bemerkungen zum Aufsatz von Eckhard Michael in: Hannoversches Wendland Bd. 15, in: Altmark-Blätter. Heimatbeilage der Altmarkzeitung 14 (2003), S. 18.

[105] Vgl.: Hartwig, Thomas: Alle Altmarkkirchen von A bis Z, Havelberg 2012, S. 284.

[106] Ebd. S. 409.

Jahrhundert[107] und die erste Bauphase der Kirche zu Beuster wird zwischen 1150 – 1172 ausgemacht.[108] Die Kirche in Dähre gilt als eine der ältesten der Altmark; sie entstand spätestens in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, wahrscheinlich sogar noch früher.[109] Die Kirchen, welche später das Zentrum des jeweiligen Archidiakonatbezirks wurden, liegen hinsichtlich ihrer Erbauungsszeit nahe beieinander. Der altmärkische Raum scheint vom Bistum Verden her in dieser Zeit erschlossen worden zu sein und damit, wie auch das Hannoversche Wendland, wesentlich später als die übrigen Regionen der Diözese. Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts lässt sich ein Anstieg bei der Anzahl der Kirchenbauten feststellen. Folgt man der These, dass die Orte, die später die Archidiakonatszentren waren, als Urpfarreien vor allem der Missionierung des Umlandes dienten, lässt sich auch auf den durch diese Kirchen zu christianisierenden Raum schließen. Die Orte folgen einer West-Ost Ausrichtung, lediglich die Kirche in Kuhfelde liegt leicht südlich davon. Diese West-Ost Ausrichtung lässt auf eine Missionstätigkeit, die sich nach Norden und Süden richtet, schließen.[110] (Siehe Abb. 4) Über die Grenzen der einzelnen Archidiakonate lassen sich anhand der Quellen keine Aussagen treffen. Eine genaue Umschreibung der Archidiakonate liefert weder die Urkunde aus dem 13. Jahrhundert noch die Urkunde von 1500.

---

[107] Ebd. S. 442.
[108] Ebd. S. 49.
[109] Ebd. S. 89.
[110] Ähnliches zeigt Caspar Ehlers bei der Analyse der Lage der Frauenkonvente in Sachsen auf; hier liegt allerdings eine Nord-Süd-Ausrichtung vor, vgl.: Ehlers, Integration, S. 168ff.

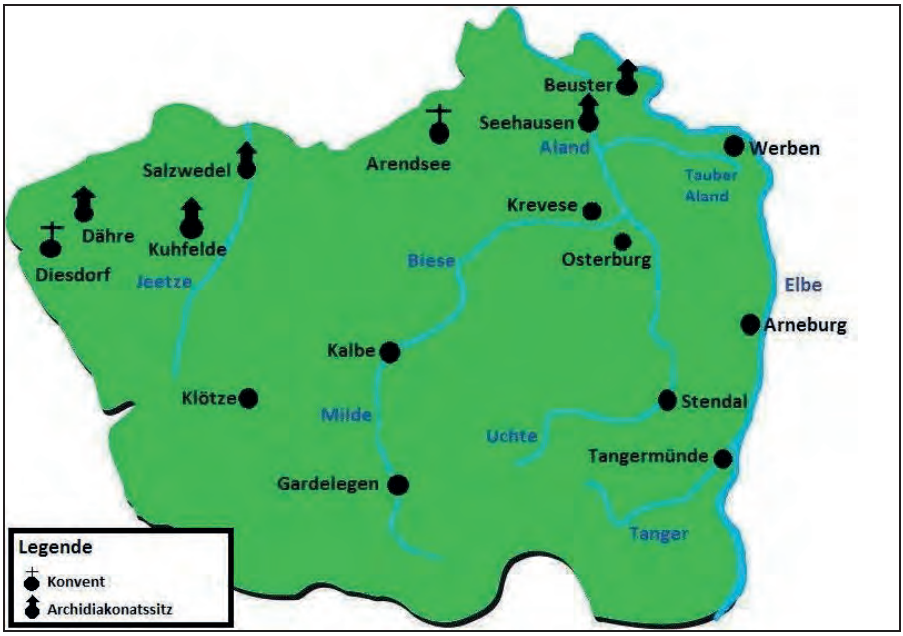


Abb. 4 Archidiakonatssitze und Klöster des Bistums Verden in der Altmark, in Anlehnung an: Übersichtskarte der altmärkischen Buchsbaumgärten, URL: www.deutsche-buchsbaumgesellschaft.de/html/altmark.html (letzter Zugriff: 06.06.2014, 17.00 Uhr).

Auf eine Ausnahme sei hingewiesen: Im Jahr 1178 wird in einer Urkunde Friedrichs I. Barbarossa, die einen Streit zwischen den Bistümern Halberstadt und Verden zum Inhalt hat, ein L. Archidiakon von Seehausen (*L. archidiacono de Sehusen*) genannt.[111] Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei um ein Archidiakonat des Halberstädter Bistums handelt, welches hier dem Verdener Bischof zugeteilt wird.[112]

Mit dem vermehrten Kirchenbau und der beginnenden Ausbildung von Archidiakonaten in dem Teil der Altmark, welcher zum Bistum Verden gehörte, kam es ebenfalls zur Gründung von Klöstern. Es waren vor allem Frauenkonvente, die in der Altmark gestiftet wurden.[113] Die erste Stiftung stellte

[111] Mindermann, Urkundenbuch, Nr. 160.
[112] Vgl.: Scholz, Archidiakonatsbezirke, S. 17.
[113] Vgl.: Mindermann, Arend / Riggert-Mindermann, Ida-Christine: Die Klosterlandschaft im Bistum Verden, in: Scharf-Wrede, Thomas (Hrsg.): Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart (= Jahrbuch des Vereins für Geschichte und Kunst im Bistum Hildesheim, Bd. 67), Hildesheim 1999, S. 7.

das Augustiner-Chorfrauenstift in Diesdorf dar, das 1161 durch Bischof Hermann von Verden bestätigt wurde.[114] Gegründet wurde es auf Initiative des Grafen Hermann von Warpke, dessen Familie es zum einen als Hauskloster dienen sollte, zum anderen wurde dem Stift auch eine missionarische Rolle zugedacht.[115] Als nächste Konventsgründung findet sich das Benediktinernonnenkloster in Arendsee, die 1184 erfolgte.[116] Auch hier tritt ein adliger Stifter in Erscheinung, nämlich Markgraf Otto I. von Brandenburg, der Sohn Albrechts des Bären. Das Kloster in Arendsee fungierte ebenfalls als Hauskloster, hatte aber auch eine Funktion zur Sicherung der Landesherrschaft der Askanier in der Altmark.[117] Die dritte und somit im altmärkischen Raum letzte Gründung für den untersuchten Zeitraum, stellt das Benediktinerinnenkloster Krevese dar.[118] Hier scheint es sich wiederum um ein Hauskloster gehandelt zu haben, gegründet durch die Grafen von Veltheim, um das Andenken an einen verstorbenen Sohn zu wahren.[119] Zu diesem Kloster hat sich eine Urkunde erhalten, nämlich eine Bestätigungsurkunde ausgestellt durch den Halberstädter Bischof.[120] Gardolf von Harbke, zu diesem Zeitpunkt Bischof und ein Verwandter des Klosterstifters, bestätigt eine Konventsgründung, die sich im Gebiet der Diözese Verden befand.[121] Unter den Zeugen findet sich kein Angehöriger des Bistums Verden. Der Neugründung wurden mehrere Hufe übergeben, diese befanden sich in Ziegenhagen (heute Teil der Gemeinde Rochau), Häsewig (heute Ortsteil von Klein Schwechten), Erxleben (wahrscheinlich südlich der Stadt Osterburg) und in Möringen (heute Ortsteil der Stadt Stendal). Jeder der genannten Orte liegt südlich der Biese und damit in dem Teil der Altmark, der gemeinhin dem Halberstädter Bistum zugeordnet wird. Auch die Kirche zu Klein Schwechten, die samt Zubehör an das neugegründete Kloster ging, lag südlich des Flusses. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass das Kloster in Krevese auf dem

---

[114] Vgl.: Mindermann, Urkundenbuch, Nr. 136.

[115] Vgl.: Homeyer, Joachim: Zur Gründung des Stiftes Diesdorf im Jahre 1161, in: Jahresbericht des altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte zu Salzwedel 73 (2001), S. 86ff.

[116] Vgl.: Müller, Hellmut: Zur Vorgeschichte der Arendseer Klostergründung, in: Jahresbericht des altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte zu Salzwedel 71 (1996), S. 40ff.

[117] Vgl.: Mindermann, Klosterlandschaft, S. 12.

[118] Ebd.

[119] Vgl.: Partenheimer, Lutz: Albrecht der Bär. Gründer der Mark Brandenburg und des Fürstentums Anhalt, Köln 2001, S. 146ff.

[120] Vgl.: Eberhagen, Arndt: Zum 750-jährigen Überlieferungsjubiläum der Kirche von Groß-Beuster: Gedanken und Erinnerungen an ihre ersten Jahrhunderte als Stiftskirche St. Nikolaus, in: Jahresbericht des altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte zu Salzwedel 70 (1994), S. 6.

[121] Vgl.: Zöllner, Walter: Art. Gardolf von Harbke (†1201). 1993 – 1201 Bischof von Halberstadt, in: Gatz, Erwin (Hrsg.): Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reichs 1198 – 1448. Ein Biographisches Lexikon, Berlin 2001, S. 219.

Gebiet der Verdener Diözese gegründet wurde; nach der Quellenlage zu urteilen, scheint die Gründung mit Zustimmung des Halberstädter Bischofs erfolgt zu sein. Auch wenn das Kloster später ein Teil des Bistums Verden war, scheint sich die Grenze hier, zumindest um das Jahr 1200, nicht nach dem Verlauf der Biese gerichtet zu haben.
Weitere Gründungen, die jedoch außerhalb des hier gesteckten zeitlichen Rahmen liegen, bilden das 1224 gegründete Kloster in Dambeck und die in der Mitte des 13. Jahrhunderts gegründeten Männerklöster in Seehausen und Salzwedel.[122]
Die Klostergründungen auf dem Gebiet der Diözese Verden fügen sich in das bereits erarbeitete Bild der Archidiakonatssitze in der Altmark ein. Lässt man das Kloster Krevese aus, bei dem zu klären ist, ob es sich um eine Gründung auf Halberstädter oder auf Verdener Territorium handelt, liegen diese Klöster auf einer Linie mit den Archidiakonatssitzen. Das Kloster Arendsee liegt auf der Mitte einer Linie zwischen den Urpfarreien Seehausen-Beuster und Salzwedel. Diesdorf, das südwestlich Salzwedels liegt, ergänzt die Ost-West Ausrichtung, so dass eine Einklammerung des restlichen Teils der Altmark erreicht wird. (Siehe Abb. 4, S. 23)
Die Konventsgründungen und Archidiakonatssitze hatten im Nordwesten der Altmark mit Diesdorf, Dähre, Kuhfelde und Salzwedel die größte Ballung. In östlicher Richtung folgt das Kloster Arendsee und schließlich die Präposituren Seehausen / Beuster. Die Klöster und Archidiakonatssitze befinden sich am nördlichen Rand der Altmark, weiter südlich findet sich keine Gründung. Diese Ausrichtung und Anordnung, lässt darauf schließen, dass die südliche Altmark ein noch zu missionierender Raum war. Es ist weiterhin anzunehmen, dass das Missionierungsziel nicht nur die südliche Altmark war, sondern ebenso das Hannoversche Wendland von hier aus missioniert werden sollte. Für das Kloster Diesdorf, von dem die Missionierung des südlichen Wendlands ausging, ist dies auch belegt.[123]
Es konnte aufgezeigt werden, dass die Altmark erst in der Mitte des 12. Jahrhunderts vom Bistum Verden erschlossen wurde. Ausgangspunkt war dabei der Nordrand der Altmark, von dem aus die Institutionen in den Raum hineinwirkten. Die Erschließung fand in den übrigen Teil des Bistums wesentlich früher statt.
Über die Grenzen des Bistums in der Altmark liefern die erst später begründeten Archidiakonatsbezirke keine Aussage. Die Klostergründungen erfolgten nicht in der Nähe des Flusssystems Milde-Biese-Aland. Eine Ausnahme

---

[122] Vgl.: Mindermann, Klosterlandschaft, S. 29.
[123] Vgl.: Lange, Friedrich: Bauckberge und Sonnenberge. Vermutungen zu vorchristlichen Kultplätzen im Wendland, in: Hannoversches Wendland 15 (= Jahresheft des heimatkundlichen Arbeitskreises Lüchow-Dannenberg 1994 – 1997), Lüchow 2001, S. 191.

bildet allerdings das Kloster bei Krevese, bei dem aufgezeigt wurde, dass es obwohl im Gebiet der Verdener Bischöfe gelegen, zu einer Bestätigung und zu Schenkungen durch den Halberstädter Bischof kam. Der Flussverlauf von Milde-Biese-Aland scheint in diesem Fall nicht als Grenze gegolten zu haben, in jedem Fall wurde sie hier überschritten ohne eine, uns erhaltene, Reaktion des Bistums Verden hervorgerufen zu haben.

4.2 Das Bistum Halberstadt

Im Bistum Halberstadt kam es früher als im Bistum Verden zur Ausbildung von Archidiakonatsbezirken.[124] Wie auch im Bistum Verden entstanden diese aus den Urpfarreien.[125] Sie treten im 12. Jahrhundert in den Quellen hervor, allerdings als bereits fest ausgebildet, sodass von einer Entstehung der Archidiakonate gegen Ende des 11. Jahrhunderts ausgegangen werden kann.[126] Am Ende des 12. Jahrhunderts existierten in der Diözese Halberstadt 38 Archidiakonate, von denen 35 sich aus angeblich unter Bischof Hildegrim erbauten Mutterkirchen ausgebildet hatten.[127] Eines der drei nicht aus diesen Kirchen hervorgegangen und daher später gegründeten Archidiakonatsbezirken ist jenes, welches die Altmark umschloss.[128] In einer Urkunde, die vom Halberstädter Bischof Gardolf 1194 ausgestellt wurde, erscheint unter den Zeugen ein „[…] *Romarus Balsamie archidiaconus* […]“.[129] Die Altmark, unter der Bezeichnung Balsamerland[130], wurde so erst später in das archidiakonale System des Bistums Halberstadt eingebunden. In der Forschung wurde die erst später erfolgte Eingliederung auf ein Zusammenbrechen der kirchlichen Organisation in der Altmark im 10. Jahrhundert zurückgeführt. Im Nachhinein sei es den Halberstädter Bischöfen nicht mehr gelungen die Altmark strukturell in das Bistum einzugliedern, die laikalen Mächte seien dort zu stark gewesen seien.[131]

---

[124] Vgl.: Scholz, Archidiakonatsbezirke, S. 17.
[125] Vgl.: Bogumil, Karlotto: Das Bistum Halberstadt im 12. Jahrhundert. Studien zur Reichs-und Reformpolitik des Bischofs Reinhard und zum Wirken der Augustiner-Chorherren (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 69), Köln 1972, S. 188f.; Hilling, Archidiakonate, S. 40ff.
[126] Vgl.: Warnke, Belcsem, S. 217; Bogumil, Halberstadt, S. 187f.
[127] Vgl.: Weiland, Gesta, S. 80. Zur kritischen Betrachtung dieser Angabe, vgl.: Warnke, Belcsem, S. 222.
[128] Vgl.: Diestelkamp, Balsambann, S. 107f.
[129] Schmidt, Urkundenbuch, Nr. 352. Wahrscheinlich ist dieser Romarus mit jenem *Romarus dicaconus* identisch, der bereits 1184 in einer Urkunde (Nr. 304) erscheint.
[130] Vgl.: Hilling, Archidiakonate, S. 46.
[131] Vgl.: Bogumil, Halberstadt, S. 186. Zweifel an dieser These bringt Michael Erbe auf, vgl.: Erbe, Michael: Studien zur Entwicklung des Niederkirchenwesens in Ostsachsen vom 8. bis

Eine weitere Frage, die sich anschließt, ist die Frage nach den gegründeten Urpfarreien Bischof Hildegrims. Dieser gründete 35 Kirchen, welche später alle zu Archidiakonatskirchen erhoben wurden. Keine davon jedoch befand sich in der Altmark. Es scheint also unter Hildegrim keine Bemühungen gegeben zu haben, ein Kirchensystem in der Altmark zu etablieren. Auch wenn man die exakte Zahl 35 als Fiktion aus späterer Zeit – übernommen aus der Zahl der zur Zeit der Niederschrift tatsächlich existenten Archidiakonate im Bistum Halberstadt - werten kann, stellt sich die Frage, weshalb die Altmark als leerer Raum blieb und über keinerlei Aktivitäten des Bischofs hier berichtet wurde. Jedoch in nahezu allen anderen Gebieten der Diözese.[132] Wie kommt es, dass Hildegrim, der die ganze Diözese mit Kirchen versah, keine Gründung in der doch zum Bistum Halberstadt gehörigen Altmark unternahm? Sieht man den Versuch Gebietsansprüche zu legitimieren und zu verteidigen als eine Intention der Halberstädter Bischofschronik, so wäre es naheliegend gewesen, über die Gründung einer Urpfarrei durch Bischof Hildegrim auch hier zu berichten.[133]
Es gab jedoch zwei Klostergründungen im späten 10. Jahrhundert in der Altmark. Beide fielen, nach aktuellem Forschungsstand, der nicht unumstritten ist, dem Slawensturm von 983 zum Opfer.[134] Über beide Klöster haben sich nur wenige Quellen erhalten. Über die Zerstörung Kalbes berichtet zwar Thietmar von Merseburg, doch war lange Zeit in der Forschung umstritten, ob es sich hierbei tatsächlich um Kalbe an der Milde oder aber um Calbe an der Saale handle.[135] Für das Kloster Arneburg existiert lediglich eine Papsturkunde Benedikts VII., die allerdings hinsichtlich ihrer Authentizität kontrovers bewertet wird.[136] Nach der Zerstörung beider Klöster scheint es über einen langen Zeitraum hin nicht zu neuen Gründungsversuchen gekommen zu sein. Selbst als es unter den Halberstädter Bischöfen Burchard II. (ca. 1028 – 1088) und Reinhard (Bischof von 1107 – 1123) am Ende des 11. beziehungsweise zu Beginn des 12. Jahrhunderts zu einer neuen Welle von Klostergründungen und -reformen kam, sind keine Zeugnisse dafür erhalten, dass diese Aktivitäten auch die Altmark betrafen.[137] Die Bemühungen der

---

zum 12. Jahrhundert (= Veröf-fentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 26, Studien zur Germania Sacra, Bd. 9), Göttingen 1969, S. 90ff.

[132] Zur nachträglichen Verfälschung der Anzahl der Urpfarreien, vgl.: Warnke, Belcsem, S. 222.

[133] Vgl.: Grieme, Bistumschroniken, S. 195.

[134] Vgl.: Die Chronik des Thietmar von Merseburg, hg. von Werner Trillmich (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 9), Darmstadt 2002, S. 105f.

[135] Die letzte und bis heute akzeptiert Darlegung liefert Robert Holtzmann, vgl.: Holtzmann, Laurentius.

[136] Vgl.: Warnke, Belcsem, S. 202f.; Jakobs, Klosterfreiheit, S. 69 – 74.

[137] Vgl.: Bogumil, S. 64 – 130.

Halberstädter Bischöfe reichten in Richtung der Altmark nur bis zum Kloster Hillersleben, jedoch nicht nördlich über die Ohre hinaus.[138] Die erste Klostergründung in der Altmark bildete das der Heiligen Maria und den Heiligen Benedikt und Bernhard geweihte Zisterzienserinnenkloster in Neuendorf bei Gardelegen, welches um das Jahr 1230 gegründet wurde.[139]
Bis in die Mitte des 12. Jahrhunderts tritt die Altmark nicht mehr als Teil der Diözese hervor. Eine Eingliederung in ein Archidiakonat ist wahrscheinlich in dieser Zeit erfolgt, wie sich aus der Nennung eines Archidiakons Romarus im Archidiakonat Balsamia schließen lässt. Bei der Analyse der Klostergründungen zeigt sich, ein im Vergleich zu Verden, umgekehrtes Bild: Gab es von Seiten der Diözese Verden erst Mitte des 12. Jahrhunderts Klostergründungen und dafür keine Versuche in früheren Zeiten, so versuchte das Bistum Halberstadt früh den Raum zu durchdringen, was scheiterte, und es kam daraufhin erst im 13. Jahrhundert wieder zu Klostergründungen.

4.3 Fazit zu Archidiakonatseinteilung und Klostergründungen in der Altmark

Abgesehen von zwei frühen Versuchen des Bistums Halberstadt den altmärkischen Raum zu durchdringen, für den nur wenige Quellen existieren, die teils kontrovers diskutiert werden, scheint dieser Raum für die beiden Bistümer bis in die Mitte des 12. Jahrhunderts keine Rolle gespielt zu haben. In dieser Zeit kommt es zu ersten Initiativen der Diözesen den Raum mit Strukturen zu durchdringen. Prozesse, wie Klostergründungen und Archidiakonatseinteilungen, finden hier deutlich später als im übrigen Bistumsgebiet statt. Die These Ehlers‘, dass die Bistümer versuchten den Raum zu durchdringen und als ihren Bereich kenntlich zu machen, indem sie Gründungen vor allem in der Peripherie tätigten, ist hier, wenn überhaupt nur äußerst bedingt (Gründungen Kalbe und Arneburg) zu vertreten.[140] Es scheint als sei dieser Raum ein Fremdkörper innerhalb beider Diözesen gewesen, der erst in der Mitte des 12. Jahrhunderts zu einem Teil der diözesanen Struktur wurde. Die schwache Integration der Altmark in die bistümliche Organisation lässt sich auch daran erkennen, dass es gegen Ende des 12. Jahrhunderts Bestrebungen gab ein altmärkisches Bistum zu gründen. Wäre der Raum ein vollständig erschlossener und integrierter Bestandteil beider Diözesen gewesen, wären solche Pläne nicht so weit gediehen, wie es im Falle Heinrichs

---

[138] Ebd. S. 71ff.
[139] Vgl.: Schwinekörper, Berent: Art. Kloster Neuendorf, in: Handbuch der historischen Städten, Bd. 11, Stuttgart 1987, S. 244f.
[140] Vgl.: Ehlers, Integration, S. 360.

von Gardelegen zu beobachten ist.[141] Eine Analyse dieses Bistumsplans, ausgehend von einer fehlenden Einbindung der Altmark in die Halberstädter und Verdener Diözese, kann in dieser Arbeit jedoch nicht geleistet werden.

5. Der Konflikt zwischen den Bistümern Halberstadt und Verden im 12. Jahrhundert

Als ein Ergebnis der bisherigen Untersuchung zeigte sich, dass die Altmark scheinbar erst seit der Mitte des 12. Jahrhunderts stärker in das Reich und in die diözesanen Strukturen einbezogen wurde. Dies wird auch belegt durch einen Konflikt zwischen den Bistümern um Gebiete in der Wische, die sich in drei Urkunden aus den 1170er Jahren erhalten haben. Nach einer Analyse dieser, soll nach den Gründen gesucht werden, weshalb die Altmark zu dieser Zeit verstärkt in den Fokus der Bischöfe von Halberstadt und Verden geriet.

5.1 Die Urkunden

Im März 1174 ließ sich Bischof Hugo von Verden (Bischof von 1168 - 1180) durch Kaiser Friedrich I. (1122 - 1190) seine Grenze im Gebiet des Markgrafen Otto I. (um 1128 - 1184) bestätigen.[142] Hugo war durch Hermann von Verden zum Kaplan gemacht worden und unterstützte gemeinsam mit jenem Friedrich I. bei den Auseinandersetzungen mit Papst Alexander II. in Italien.[143] Durch diese Unterstützung Friedrichs in Italien, wo Hugo auch in Kontakt zu diesem trat, konnte er die Gunst des Kaisers erlangen. So nahm Friedrich I. nach dem Tode Hermanns im Jahre 1167 Einfluss auf die Besetzung des Verdener Bischofsstuhls und sicherte diesen seinem Parteigänger Hugo zu.[144] Während der Verdener Bischof gute Beziehungen zum Kaiser pflegte, war die Situation um den Halberstädter Bischof, den zweiten Akteur der Urkunde, anders. Während der Verdener Bischof namentlich genannt wird *(„[…] Hugo Verdensis episcopus […]“)*, findet sich für seinen Halber-

---

[141] Vgl.: Beumann, Helmut: Der altmärkische Bistumsplan Heinrichs von Gardelegen, in: Historisches Jahrbuch 58 (1938), S. 108 – 119.
[142] Mindermann, Urkunden, Nr. 155.
[143] Vgl.: Wurst, Hermann von Verden, S. 49, S. 149.
[144] Vgl.: Töpfer, Bernhard: Kaiser Friedrich I. Barbarossa und der deutsche Reichsepiskopat, in: Haverkamp, Alfred (Hrsg.): Friedrich Barbarossa. Handlungsspielräume und Wirkungsweisen des staufischen Kaisers (= Vorträge und Forschungen. Herausgegeben vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Bd. 40), Sigmaringen 1992, S. 406.

städter Amtskollegen keine namentliche Nennung, was nicht unproblematisch ist. Unter Kaiser Friedrich Barbarossa, dessen Einfluss auf die Besetzung der Bistümer bereits Erwähnung fand, kam es im Bistum Halberstadt zu personellen Konflikten. Zwischen dem Halberstädter Bischof Ulrich und Friedrich I. war es zum Bruch gekommen, da der Kaiser Heinrich den Löwen unterstützte, der seinerseits ein Gegner Ulrichs war. So erfolgte 1160 auf Initiative Friedrichs I. die Absetzung Ulrichs und als sein Nachfolger wurde Gero, der Kandidat Heinrichs des Löwen, gewählt.[145] Papst Alexander III. jedoch sah Ulrich weiterhin als rechtmäßigen Bischof an, sodass Gero als Gegenbischof gilt. Dies gilt auch für die Zeit der Ausstellung der Urkunde, 1174. Obwohl hier lediglich vom *„[…]Halverstatensis episcopus […]“* die Rede ist, ist anzunehmen, dass hier Gero gemeint ist. Da nur dieser von Friedrich anerkannt wird, richtet sich dieses offizielle kaiserliche Diplom wohl auch an den, aus Sicht des Kaisers, rechtmäßigen Bischof.
Nachdem die personelle Situation dargelegt wurde, soll im Folgenden der eigentliche Inhalt der Urkunde untersucht werden. Wir erfahren, dass die Grenzbestätigung auf die Initiative Hugos von Verden zurückgeht und dass die vom Bistum Halberstadt vorgebrachten Ansprüche abgewiesen werden. Was keine Erwähnung findet ist, um welche Gebiete es sich genau handelt; es wird lediglich erwähnt, dass es sich um die Grenzen in der Mark Ottos von Brandenburg, des ältesten Sohnes von Albrecht dem Bären, handelt („[…] *fines dyocesis sue in marchia Ottonis de Brandeburg constitutos […]“*[146]). Dass es hierbei um das Gebiet der Wische geht, wie es beispielsweise Mindermann annimmt[147], ergibt sich aus dieser Urkunde nicht. Es kann sich ebenso um eine allgemeine Bestätigung der Grenzen in der Altmark gehandelt haben, die vom Kaiser erteilt wurde. Dem Verdener Bischof lag zur Stärkung seiner Ansprüche ein wirksames Dokument vor, nämlich die gefälschte Gründungsurkunde Karls des Großen für das Bistum, die in der Mitte des 12. Jahrhunderts entstanden war.[148]
Die zweite Urkunde, welche über den Konflikt zwischen Verden und Halberstadt in der Altmark berichtet, wurde 1178 unter Friedrich Barbarossa ausgestellt.[149] Sie hat zum Inhalt, dass Bischof Ulrich von Halberstadt[150] dem Papst Ansprüche auf Gebiete in der Altmark vorgetragen habe, die seit jeher

---

[145] Vgl.: Bugomil, Halberstadt, S. 240ff.; Töpfer, Reichsepiskopat, S. 405.
[146] Mindermann, Urkunden, Nr. 155.
[147] Ebd. Fußnote 2.
[148] Siehe oben S. 16f. dieser Arbeit. Auf Halberstädter Seite gab es lediglich die Einarbeitung in die Chronik, keine Einzelurkunde. Zumindest ist diese nicht erhalten.
[149] Mindermann, Urkunden, Nr. 157.
[150] Nach Beendigung des alexandrinischen Schismas wurde dieser 1176 von Kaiser Friedrich I. Barbarossa nun wieder anerkannt, vgl.: Bogumil, Halberstadt, S. 249.

dem Bistum Verden zugehörig waren. Nun wird auch das Gebiet bezeichnet, um welches es bei der Auseinandersetzung geht, nämlich die Wische (*„[…] Prato […]“*). (Siehe Abb. 5, S. 31) Kaiser Friedrich befiehlt, als Folge dieser Auseinandersetzung, zwischen den Bischöfen von Halberstadt und Verden, Otto von Brandenburg das Gebiet gegen die ungerechtfertigten Halberstädter Ansprüche zu verteidigen. Weiterhin ordnet er dem Klerus und der Bevölkerung der Wische an sich dem Bistum Verden unterzuordnen.

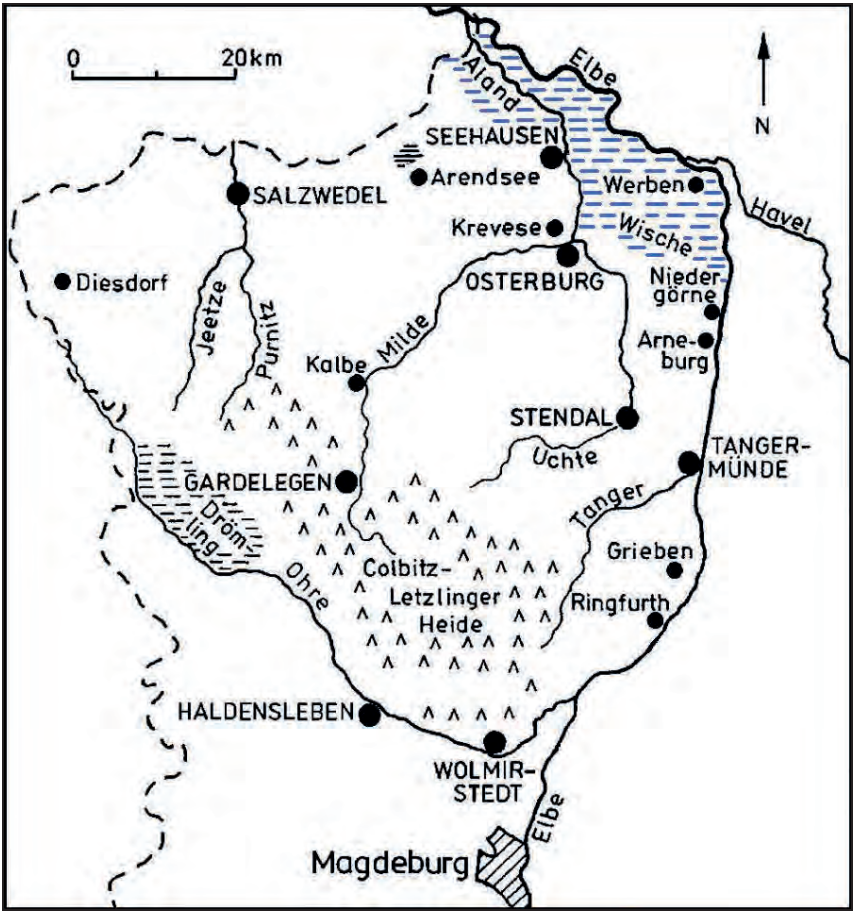


Abb. 5 Die Lage der Wische in der Altmark, in Anlehnung an: Schneider, Johannes: Art.: Altmark, in: Nördlich der Donau. Eine Wissensdatenbank über das Werden Europas im Mittelalter. URL: http://www.uni-leipzig.de/gwzo/wissensdatenbank/artikel.php?ArtikelID = 103.0000 (letzter Zugriff: 11.06.2014, 16.00 Uhr).

Zur gleichen Zeit erließ Friedrich I. Barbarossa eine weitere Anordnung bezüglich dieses Konfliktes. Diesmal war sie jedoch nicht an Otto von Brandenburg, sondern an „[…] L(uder?)[151], dem Archidiakon von Seehausen, allen Geistlichen der Wische sowie dem Johannes Gans, dem Jon (?) und den übrigen Freiherren […]“[152] gerichtet. Hier wird mit dem Archidiakon L. von Seehausen (*L. archidiacono de Sehusen*), erstmals ein Archidiakonat in der Altmark genannt. Die Herausbildung eines Archidiakonats in der Wische war vermutlich vom Bistum Halberstadt ausgegangen, da dieser Prozess hier früher als in der Diözese Verden stattfand. Die Schaffung dieses Archidiakonats weist auf den Versuch der schnellen Einbindung der Region in die Diözese hin.[153] In der Urkunde wird weiterhin angeordnet, dass die Bewohner der Wische die „[…] Rechte des Verdener Bischofs an diesem Gebiet, die jener vor dem letzten Krieg zwischen dem Herzog und den Fürsten besessen hat […]“[154] anerkennen sollen.
Weitere Urkunden über Auseinandersetzungen zwischen den Bischöfen von Halberstadt und Verden bezüglich des Grenzverlaufs haben sich nicht erhalten, so dass davon auszugehen ist, dass der Konflikt mit diesen kaiserlichen Verordnungen beigelegt wurde. Wie erklärt es sich, dass die Grenzen der Bistümer in der Altmark erst ab der Mitte des 12. Jahrhunderts zu einem Konflikt zwischen den Bischöfen führen? In der Altmark spielten sich in dieser Zeit mehrere Prozesse ab, die Veränderungen bedingten. Die wichtigsten sollen kurz erläutert werden.

5.2 Die Altmark in der Mitte des 12. Jahrhunderts

Es sind vor allem drei Faktoren, welche die Entwicklung der Altmark ab der Mitte des 12. Jahrhunderts prägen. Zum einen der hochmittelalterliche Landesausbau, als zweites die Auseinandersetzungen mit Heinrich dem Löwen und weiterhin der Wendenkreuzzug von 1147, die sich untereinander beeinflussten.
Durch den Wendenkreuzzug von 1147 kam es nicht nur zu einer Missionierung in den ostelbischen Gebieten, sondern auch in der Altmark erfolgte eine

---

[151] Über die Person des Archidiakon L. herrscht in der Forschung kein Konsens. In der behandelten Bestätigungsurkunde für das Kloster Krevese durch den Halberstädter Bischof (siehe oben S. 23f. dieser Arbeit) tritt unter den Zeugen ein Archidiakon Ludolf auf. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es sich hierbei um eben jenen Archidiakon L. handelt.
[152] Mindermann, Urkunden, S. 185.
[153] Vgl.: Scholz, S. 102.
[154] Mindermann, Urkunden, S. 185.

intensivere Verbreitung des Christentums.[155] Dass eine Missionierung und das Wirken der Kirche nicht nur religiöse Aspekte hatte, sondern ebenso eine raumordnende Kraft darstellte und zum Ausbau der weltlichen Herrschaft in den Gebieten führte, zeigte sich bereits bei der Einteilung Sachsens in Missionsbezirke unter Karl dem Großen.[156] Mit der Zurückdrängung der heidnischen Religion in der Altmark und der Intensivierung des Christentums, sowohl hinsichtlich des Glaubens als auch des Aufbaus kirchlicher Strukturen, wurde so für die Adelsgeschlechter der Weg bereitet das Gebiet auch mit einer weltlichen Herrschaft zu durchdringen und bildet einen Ausgangspunkt für den hochmittelalterlichen Landesausbau in dieser Region.
Der nach bzw. mit dem Wendenkreuzzug erfolgte Landesausbau in der Altmark zeigt sich deutlich im Bereich der Wische.[157] Den Grundstein für die Intensivierung der Herrschaft wurde durch das Wirken niederländischer Kolonisten, die durch Albrecht den Bären in die Altmark geholt wurden, gelegt.[158] So wurde aus dem Gebiet der Wische, welches bis hierhin eine Überflutungslandschaft der Elbe war, eine sowohl landwirtschaftlich als auch für siedlungszwecke nutzbare Landschaft gemacht.

---

[155] Zu Ursachen und Verlauf des Wendenkreuzzugs, vgl.: Lotter, Friedrich: Die Konzeption des Wendenkreuzzugs. Ideengeschichtliche, kirchenrechtliche und historisch-politische Voraussetzungen der Missionierung von Elb- und Ostseeslawen um die Mitte des 12. Jahrhunderts (= Vorträge und Forschungen, Sonderband 23) Sigmaringen 1977. Wie wenig fortgeschritten die Missionierung der Altmark am Anfang des 12. Jahrhunderts war, wird durch einen Kreuzzugsaufruf eines flämischen Geistlichen von 1108 für die Altmark deutlich, vgl.: Tangl, Michael: Der Aufruf der Bischöfe der Magdeburger Kirchenprovinz zur Hilfe gegen die Slawen aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts, in: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 30 (1905), S. 183 – 191. Der Text des Aufrufes findet sich abgedruckt bei: Wattenbach, Wilhelm: Codex bibl. Darmstadt. 749, in: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 7 (1882), S. 621 – 629. Die deutsche Übersetzung liefert: Knoch, Peter: Kreuzzug und Siedlung. Studien zum Aufruf der Magdeburger Kirche von 1108, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel-und Ostdeutschlands 23 (1974), S. 4ff.
[156] Vgl.: Ehlers, Integration, S. 36.
[157] Vgl.: Bergstedt, Clemens: Zur Frühgeschichte der Edlen Herren Gans zu Putlitz, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands: Zeitschrift für vergleichende und preußische Landesgeschichte 56 (2010), S. 1 – 20.
[158] Zeitgenössische Nachrichten über die Anstrengungen des Askaniers liefert Helmold von Bosau, vgl.: Helmold von Bosau, Slawenchronik, S. 312f., vgl. weiterhin: Bischoff, Karl: Niederländer an der Mittleren Elbe und in Brandenburg, in: Naamkunde 1 (1969), S. 18 – 40. Die Altmark wurde in dieser Zeit auch für viele andere Siedler attraktiv, vgl.: Storbeck, Ludwig: Die Kolonisation der Altmark und die altmärkischen Bauern im Mittelalter, in: Jahresbericht des altmärkischen Vereins für Vaterländische Geschichte zu Salzwedel 58 (1965), S. 5ff. Allgemein zur Bedeutung der holländischen Kolonisten, vgl.: Bünz, Enno: Die Rolle der Niederländer in der Ostsiedlung, in: Bünz, Enno (Hrsg.): Ostsiedlung und Landesausbau in Sachsen. Die Kührener Urkunde von 1154 und ihr historisches Umfeld (= Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunst, Bd. 23), Leipzig 2008, S. 17 – 36.

Die Vielzahl der in dieser Zeit erfolgten Städtegründungen und Kirchenbauten in dieser Region bestätigen diese Erkenntnis.[159] Des Weiteren wurde der Elberückstau bei Hochwasser in Milde-Biese-Aland unterbunden, sodass auch die ufernahen Gebiete intensiver genutzt werden konnten bzw. eine Besiedlung überhaupt erst möglich wurde. Durch diese Erschließung neuer Teile der Altmark, die auch eine dichtere Besiedlung ermöglichten und begünstigten, wurde die Altmark auch zum Schauplatz weltlicher Konflikte.[160] Auf diesen Konflikt wird in der dritten vorgestellten Urkunde Friedrich Barbarossas auch Bezug genommen.[161] Hier wird deutlich, dass diese Auseinandersetzungen auch Auswirkungen auf das Gebiet in der Altmark hatten.
Mit der endgültigen Missionierung der Altmark, in Verbindung mit dem hochmittelalterlichen Landesausbau, gab es Bestrebungen die Landesherrschaft in diesem Gebiet zu stärken. Dies war nicht nur eine Bestrebung der Askanier und Welfen, sondern ebenso der Kirche. In der Mitte des 12. Jahrhunderts kam es so zwischen den Bistümern Halberstadt und Verden zu Verhandlungen über eine genaue, lineare Grenze in der Altmark. Dies ist ein Prozess, der sich in anderen Gebieten ähnlich abspielte: Erst mit der Erschließung und vollkommenen Durchdringung des Raumes wurde es überhaupt nötig sich auf lineare Grenzen zu einigen; die Vorstellung der Grenzräume, die das unkultivierbare Land, welches oft zwischen zwei abzugrenzenden organisatorischen Gebilden lag, umfasst, wurde so im Hochmittelalter zurückgedrängt.[162]

---

[159] Als Beispiele für Kirchenbauten in der Wische ab der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts seien genannt: Beuster, Falkenberg, Schönberg (alle um 1150 erbaut), Königsmark, Meseberg, Osterburg (alle in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts erbaut), die Angaben finden sich bei, Hartwig, Altmarkkirchen.)

[160] Vgl.: Partenheimer, Albrecht der Bär, S. 170f. Von der Belagerung der welfischen Burg (Alt)-Haldensleben war das gesamte Umland, und somit auch die Altmark, betroffen.

[161] Siehe oben S. 31 dieser Arbeit.

[162] Auf das Phänomen der mittelalterlichen Grenzen kann nicht ausführlich eingegangen werden. Zur Entwicklung der Vorstellung von linearen Grenzen und der Bedeutung von natürlichen Gegebenheiten, vgl.: Hardt, Linien und Säume, S. 39 – 56. Zur Problematik der Nennung von Grenzen in Quellen, vgl.: Reimitz, Helmut: Grenzen und Grenzüberschreitungen im karolingischen Mitteleuropa, in: Pohl, Walter / Reimitz, Helmut (Hrsg.): Grenze und Differenz im frühen Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 1), Wien 2000, S. 105 – 166. Zum Zusammenhang von hochmittelalterlichem Landesausbau und Grenzziehung vgl.: Blaschke, Karlheinz: Raumordnung und Grenzbildung in der sächsischen Geschichte, in: Franz, Günther (Hrsg.): Grenzbildende Faktoren in der Geschichte. Forschungsberichte des Ausschusses „Historische Raumforschung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (= Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 48), Hannover 1969, S. 86 – 112.

6. Fazit und Ausblick

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die Altmark als Grenzregion der Bistümer Halberstadt und Verden zu untersuchen. Im ersten Teil wurde anhand der schriftlichen Quellen versucht einen Grenzverlauf und die Ausdehnung der Bistümer in der Altmark auszumachen. Die schriftlichen Zeugnisse erwiesen sich größtenteils als Fälschungen und ließen zumindest für die Zeit bis 1150 keine tatsächlichen Schlüsse zu. Auch die Archidiakonatseinteilung und die Durchdringung des Raumes mit kirchlichen Institutionen brachte keinen Aufschluss, zeigte aber, dass diese sich in den jeweiligen Teilen des Bistums unterschiedlich gestalten. Die gewonnenen Erkenntnisse machen deutlich, dass die Altmark erst ab der Mitte des 12. Jahrhunderts scheinbar überhaupt ein integraler Bestandteil der Bistümer wurde – dies gilt für beide Diözesen gleichermaßen. Vor diesem Zeitraum gibt es keine Zeugnisse oder andere Quellen, die eine tatsächliche Zugehörigkeit der Altmark zu den Bistümern Halberstadt oder Verden erkennen lassen. Als ein Beleg für die im 12. Jahrhundert erfolgte Eingliederung in die diözesanen Strukturen wurden die Grenzstreitigkeiten zwischen den Bistümern aus den 1170er Jahren angeführt. Das Aushandeln einer festen und genauen Grenze zwischen den beiden Bistümern ist als ein Resultat der „[…] detailliert[eren] Raumkenntnis und –nutzung […]“[163] zu sehen. Die Gründe für die verstärkte Erschließung der Altmark sind die Mission in Folge des Wendenkreuzzugs und der hochmittelalterliche Landesausbau, welcher eine Stärkung bzw. ein stärkeres Streben nach Landesherrschaft nach sich zog.

Es ist festzuhalten, dass die Altmark erst ab der Mitte des 12. Jahrhunderts als Grenzregion der Bistümer Halberstadt und Verden in Erscheinung tritt. Ansprüche, die vor dieser Zeit erhoben wurden, sind lediglich theoretischer Natur.

Zur weiteren Erforschung der Geschichte der Altmark im Mittelalter scheint diesem Zeitraum eine Schlüsselrolle zuzukommen. Die vermehrten Kirchenbauten, Städtegründungen und landschaftlichen Veränderungen nehmen zu dieser Zeit ihren Ausgang und auch eine Intensivierung der Herrschaftsausübung, sowohl weltlicher als auch geistlicher Mächte, findet statt. Ausgehend von der Mitte des 12. Jahrhunderts ist es somit notwendig durch einen interdisziplinären Ansatz die Geschichte der Altmark zu erforschen, um ein besseres Verständnis dieser germanisch-slawischen Kontaktzone zu erlangen. Diese Auseinandersetzung stellt bis heute ein Desiderat in der Forschung dar und muss durch weiterführende Untersuchungen behoben werden. Vor allem die tatsächliche Zugehörigkeit der späteren Altmark zum sächsisch-

[163] Ehlers, Integration, S. 255.

fränkischen Reich vor dem 12. Jahrhunderts gilt es von der Forschung neu, und in kritischer Auseinandersetzung mit den älteren, und zum Teil bis heute unreflektiert übernommenen Forschungsmeinungen, zu untersuchen. Diese Arbeit soll dabei als ein Ansatz zu diesen Forschungen verstanden werden.

Quellen und Editionen

Annales regni Francorum, hg. von Reinhold Rau, in: Quellen zur karolingischen Reichsgeschichte I (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 5.), Darmstadt 1966, S. 9 – 155.

Chronicon episcoporum Verdensium. Die Chronik der Verdener Bischöfe, hg. von Thomas Vogtherr (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden), Stade 1998.

Die Annales Quedlingburgenses, hg. von Martina Giese (= MGH SS rer. Germ. 72), Hannover 2004.

Die Chronik des Thietmar von Merseburg, hg. von Werner Trillmich (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 9), Darmstadt 2002.

Die Reichschronik des Annalista Saxo, hg. von Klaus Naß (= MGH SS 37), Hannover 2006.

Die Urkunden der deutschen Karolinger, Bd. 1, bearbeitet von Paul Kehr (= MGH DD LD), Berlin 1934.

Die Urkunden Heinrichs II. und Arduins hg. von Harry Bresslau, Hermann Bloch, Robert Holtzmann u. a. (= MGH DD H II), Hannover 1900–1903.

Die Vita Sancti Liudgeri: Ms. theol. lat. fol. 323 der Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, hg. von Eckhard Freise (= Codices selecti 95), Graz 1999.

Gesta episcoporum Halberstadensium, hg. von Ludwig Weiland (= MGH Scriptores 22, S. 73 – 122), Hannover 1864

Helmold von Bosau, Chronika Slavorum, hg. von Heinz Stroob (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, Bd. 19), Darmstadt 1990.

Res gestae Saxonicae. Die Sachsengeschichte, hg. von Ekkehart Rotter und Bernd Schneidmüller, Stuttgart 1992.

Riedel, Adolph Friedrich: Codex diplomaticus Brandenburgensis. Erster Hauptttheil, Bd. 25, Berlin 1863.

Riedel, Adolph Friedrich: Codex diplomaticus Brandenburgensis, Zweiter Hauptttheil, Bd. 2, Berlin 1845.

Rimbert, Vita Anskari, hg. von Werner Trillmich (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 11), Darmstadt 1961, S. 16 – 133.

Urkundenbuch der Bischöfe und des Domkapitels von Verden, Bd. 1, hg. von Arend Mindermann (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden, Bd. 13), Stade 2001.

Urkundenbuch des Hochstifts Halberstadt und seiner Bischöfe. Erster Teil bis 1236, hg. von Gustav Schmidt (= Publicationen aus den königlich Preußischen Staatsarchiven 17), Osnabrück 1965 (Neudruck von 1883).

Sekundärliteratur

Backhaus, Fritz: „Das größte Siedelwerk des deutschen Volkes". Zur Erforschung der Germania Slavica in Deutschland, in: Lübke, Christian (Hrsg.): Struktur und Wandel im Früh- und Hochmittelalter. Eine Bestandsaufnahme aktueller Forschungen zur Germania Slavica (= Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, Bd. 5), Stuttgart 1998, S. 17 – 30.

Berger, Dieter: Art. Aland, in: Geographische Namen in Deutschland. Herkunft und Bedeutung der Namen von Ländern, Städten, Bergen und Gewässern, Mannheim 1993, S. 33.

Bergstedt, Clemens: Zur Frühgeschichte der Edlen Herren Gans zu Putlitz, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands: Zeitschrift für vergleichende und preußische Landesgeschichte 56 (2010), S. 1 – 35.

Beumann, Helmut: Der altmärkische Bistumsplan Heinrichs von Gardelegen, in: Historisches Jahrbuch 58 (1938), S. 108 – 119.

Bischoff, Karl: Niederländer an der Mittleren Elbe und in Brandenburg, in: Naamkunde 1 (1969), S. 18 – 40.

Blaschke, Karlheinz: Raumordnung und Grenzbildung in der sächsischen Geschichte, in: Franz, Günther (Hrsg.): Grenzbildende Faktoren in der Geschichte. Forschungsberichte des Ausschusses „Historische Raumforschung" der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (= Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 48), Hannover 1969, S. 86 – 112.

Bogumil, Karlotto: Das Bistum Halberstadt im 12. Jahrhundert. Studien zur Reichs- und Reformpolitik des Bischofs Reinhard und zum Wirken der Augustiner-Chorherren (= Mitteldeutsche Forschungen 69), Köln 1972.

Brodkorb, Clemens: Schwerin, in: Gatz, Bistümer, S. 670 – 675.

Bünz, Enno: Die Rolle der Niederländer in der Ostsiedlung, in: Bünz, Enno (Hrsg.): Ostsiedlung und Landesausbau in Sachsen. Die Kührener Urkunde von 1154 und ihr historisches Umfeld (= Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunst, Bd. 23), Leipzig 2008, S. 17 – 36.

Buschmann, Arno: Kaiser und Reich. Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nationen vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1806 in Dokumenten. Teil 2: Vom Westfälischen Frieden 1648 bis zum Ende des Reiches im Jahre 1806, Baden-Baden [2]1994.

Diestelkamp, Adolf: Der Balsambann am Ausgange des 15. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der mittelalterlichen Pfarrorganisation und der Diözesangrenzen in der Altmark, in: Zeitschrift des Vereins für Kirchengeschichte der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt 28 (1932), S. 107 – 142.

Eberhagen, Arndt: Zum 750-jährigen Überlieferungsjubiläum der Kirche von Groß-Beuster: Gedanken und Erinnerungen an ihre ersten Jahrhunderte als Stiftskirche St. Nikolaus, in: Jahresbericht des altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte zu Salzwedel 70 (1994), S. 1 – 26.

Ehlers, Caspar: Die Integration Sachsens in das fränkische Reich (751 – 1024) (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 231), Würzburg 2005.

Ehlers, Joachim: Heinrich der Löwe und der sächsische Episkopat, in: Haverkamp, Barbarossa, S. 435 – 466.

Engelien, Ingeborg: Preußische Kolonisations- und Sozialpolitik in der Altmark von 1740 bis 1850 im Spannungsfeld von Staatsräson und Bauernwiderstand am Beispiel des Drömlings, Bonn 2007.

Erbe, Michael: Studien zur Entwicklung des Niederkirchenwesens in Ostsachsen vom 8. bis zum 12. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 26, Studien zur Germania Sacra, Bd. 9), Göttingen 1969.

Gatz, Erwin (Hrsg.): Die Bistümer des Heiligen Römischen Reiches von ihren Anfängen bis zur Säkularisation, Freiburg im Breisgau 2003.

Görich, Knut: Der Gandersheimer Streit zur Zeit Ottos III., in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte – Kanonistische Abteilung 79 (1993), S. 56 – 94.

Grieme, Uwe: Zur Aussagekraft von Bistumschroniken und Bischofskatalogen des Bistums Halberstadt im Hoch- und Spätmittelalter, in: Concilium medii aevi 3 (2000), S. 185 – 203.

Greule, Albrecht: Deutsches Gewässernamenbuch. Etymologie der Gewässernamen und der zugehörigen Gebiets-, Siedlungs- und Flurnamen, Berlin / Boston 2013.

Greule, Albrecht: Art. Aland, in: Deutsches Gewässernamenbuch, S. 29.

Greule, Albrecht: Art. Biese, in: Deutsches Gewässernamenbuch, S. 60.

Greule, Albrecht: Art. Milde, in: Deutsches Gewässernamenbuch, S. 350.

Groten, Manfred: Art. Archidiakon, in: Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 1, Freiburg im Breisgau / Basel / Rom u.a. 1993, Sp. 947f.

Hägermann, Dietrich: Urkundenfälschungen auf Karl den Großen. Eine Übersicht, in: Fälschungen im Mittelalter, Bd. 3 (= MGH Schriften, Bd. 33/III), Hannover 1988, S. 433 – 445.

Hardt, Matthias / Schulze, Hans K.: Altmark und Wendland als deutsch-slawische Kontaktzone, in: Schmidt, Roderich (Hrsg.): Wendland und Altmark in historischer und sprachwissenschaftlicher Sicht, Lüneburg 1992, S. 1 – 44.

Hardt, Matthias: Linien und Säume, Zonen und Räume an der Ostgrenze des Reiches im frühen und hohen Mittelalter, in: Pohl, Walter / Reimitz, Helmut (Hrsg.): Grenze und Differenz im frühen Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 1), Wien 2000, S. 39 – 56.

Hartmann, Winfried: Die Konzilien der karolingischen Teilreiche 843 – 859 (= MGH Concilia, Bd. 3), Hannover 1984.

Hartwig, Thomas: Alle Altmarkkirchen von A bis Z, Havelberg 2012.

Haverkamp, Alfred (Hrsg.): Friedrich Barbarossa. Handlungsspielräume und Wirkungsweisen des staufischen Kaisers (= Vorträge und Forschungen. Herausgegeben vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Bd. 40), Sigmaringen 1992.

Hilling, Nikolaus: Die Halberstädter Archidiakonate (= Beiträge zur Geschichte und Verwaltung des Bistums Halberstadt im Mittelalter, Bd. 1), Lingen 1902.

Holtzmann, Robert: Das Laurentius Kloster zu Calbe. Ein Beitrag zur Erläuterung Thietmars von Merseburg, in: Jahrbuch der historischen Kommission für die Provinz Sachsen und Anhalt, Bd. 6, S. 177 – 206.

Homeyer, Joachim: Zur Gründung des Stiftes Diesdorf im Jahre 1161, in: Jahresbericht des altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte zu Salzwedel 73 (2001), 84 – 98.

Jakobs, Hermann: Spätottonische Klosterfreiheit. Die Privilegien „Creditae speculationis“ Johannes‘ XIII. und Benedikts VII. für Thankmarsfelde/Nienburg, Alsleben und Arneburg, in: Jakobs, Hermann / Petke, Wolfgang (Hrsg.): Papsturkundenforschung und Historie. Aus der Germania Pontificia Halberstadt und Lüttich (= Studien und Vorarbeiten zur Germania Pontificia, Bd. 9), Köln / Weimar / Wien, 2008, S. 1 – 128.

Jäschke, Kurt-Ulrich: Die älteste Halberstädter Bischofschronik. Untersuchungen zu mitteldeutschen Geschichtsquellen des hohen Mittelalters, Bd. 1 (= Mitteldeutsche Forschungen 62/1), Köln 1970.

Jaspert, Nikolas: Grenzen und Grenzräume im Mittelalter: Forschungen, Konzepte und Begriffe, in: Herbers, Klaus / Jaspert, Nikolas (Hrsg.): Grenzräume und Grenzüberschreitungen im Vergleich. Der Osten und der Westen des mittelalterlichen Lateineuropas (= Europa im Mittelalter, Bd. 7), Berlin 2007, S. 43 – 72.

Kappelhoff, Bernd / Vogtherr, Thomas (Hrsg.): Immunität und Landesherrschaft. Beiträge zur Geschichte des Bistums Verden (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden, Bd. 14), Stade 2002.

Klueting, Edeltraud: Die karolingischen Bistumsgründungen und Bistumsgrenzen in Sachsen, in: Klueting, Edeltraud / Klueting, Harm / Schmidt, Hans-Joachim (Hrsg.): Bistümer und Bistumsgrenzen vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart (= Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte, Supplementband 58), Rom / Freiburg / Wien 2006, S. 64 – 80.

Knoch, Peter: Kreuzzug und Siedlung. Studien zum Aufruf der Magdeburger Kirche von 1108, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel-und Ostdeutschlands 23 (1974), S. 1 – 33.

Kölzer, Theo: Die Urkunden Ludwigs des Frommen für Halberstadt (BM^2 535) und Visbek (BM^2 702) und ein folgenreiches Mißverständnis, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde 58 (2012), S. 103 – 124.

Lange, Friedrich: Bauckberge und Sonnenberge. Vermutungen zu vorchristlichen Kultplätzen im Wendland, in: Hannoversches Wendland 15 (= Jahresheft des heimatkundlichen Arbeitskreises Lüchow-Dannenberg 1994 – 1997), Lüchow 2001, S. 191 – 198.

Leineweber, Rosemarie: Die Altmark in spätrömischer Zeit (= Veröffentlichungen des Landesamtes für Archäologie Sachsen-Anhalt, Bd. 50), Halle (Saale) 1997.

Lotter, Friedrich: Die Konzeption des Wendenkreuzzugs. Ideengeschichtliche, kirchenrechtliche und historisch-politische Voraussetzungen der Missionierung von Elb- und Ostseeslawen um die Mitte des 12. Jahrhunderts (= Vorträge und Forschungen, Sonderband 23) Sigmaringen 1977.

Michael, Eckhard: Zur Kirchengeschichte des Hannoverschen Wendlands im Mittelalter, in: Hannoversches Wendland 15 (= Jahresheft des heimatkundlichen Arbeitskreises Lüchow-Dannenberg 1994 – 1997), Lüchow 2001, S. 199 – 223.

Mindermann, Arend / Riggert-Mindermann, Ida-Christine: Die Klosterlandschaft im Bistum Verden, in: Scharf-Wrede, Thomas (Hrsg.): Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart (= Jahrbuch des Vereins für Geschichte und Kunst im Bistum Hildesheim, Bd. 67), Hildesheim 1999, S. 1 – 50.

Mindermann, Arend: Zur Frühgeschichte des Hochstifts Verden. Grundlagen, Anfänge, Entwicklungsmöglichkeiten und Ausgestaltung der bischöflichen Landesherrschaft bis zum Ende des 13. Jahrhunderts, in: Kappelhoff / Vogtherr, Immunität und Landesherrschaft, S. 65 – 106.

Müller, Hellmut: Zur Vorgeschichte der Arendseer Klostergründung, in: Jahresbericht des altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte zu Salzwedel 71 (1996), S. 37 – 49.

Nistal, Matthias: Verdens evangelische Bischöfe als Landesfürsten bis 1648, in: Kappelhoff / Vogtherr, Immunität und Landesherrschaft, S. 175 – 194.

Panzram, Bernd: Art. Archidiakon, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 1, München 2002, Sp. 896f.

Partenheimer, Lutz: Albrecht der Bär. Gründer der Mark Brandenburg und des Fürstentums Anhalt, Köln 2001.

Partenheimer, Lutz: Die Entstehung der Mark Brandenburg. Mit einem lateinisch-deutschen Quellenanhang, Köln ^{2}2007.

Partenheimer, Lutz: Die Johanniterkomturei Werben in der Altmark zwischen 1160 und 1542. Ein Beitrag zur 1000-Jahr-Feier-Werbens 2005 und zum 850 Geburtstag der Mark Brandenburg am 11. Juni 2007, Berlin 2005.

Petersen, Stefan: Ratzeburg, in: Gatz, Bistümer, S. 590 – 598.

Pohl, Walter: Soziale Grenzen und Spielräume der Macht, in: Pohl, Walter / Reimitz, Helmut (Hrsg.): Grenze und Differenz im frühen Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 1), Wien 2000, S. 11 – 18.

Reimitz, Helmut: Grenzen und Grenzüberschreitungen im karolingischen Mitteleuropa, in: Pohl, Walter / Reimitz, Helmut (Hrsg.): Grenze und Differenz im frühen Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 1), Wien 2000, S. 105 – 166.

Riedel, Adolph Friedrich: Die Mark Brandenburg im Jahre 1250 oder historische Beschreibung der Brandenburgischen Lande und ihrer politischen und kirchlichen Verhältnisse um diese Zeit. Eine aus Urkunden und Kroniken bearbeitete Preisschrift 1, Berlin 1831.

Schneider, Reinhard: Lineare Grenzen – Vom frühen bis zum späten Mittealter, in: Haubrichs, Wolfgang (Hrsg.): Grenzen und Grenzregionen (= Veröffentlichungen der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Bd. 22), S. 51 – 68.

Scholz, Michael: Die Entstehung der Archidiakonatsbezirke in Wendland und Altmark. Bemerkungen zum Aufsatz von Eckhard Michael in: Hannoversches Wendland Bd. 15, in: Altmark-Blätter. Heimatbeilage der Altmarkzeitung 14 (2003), S. 17 – 19.

Schultze, Johannes: Nordmark und Altmark, in: Schultze, Johannes (Hrsg.): Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Ausgewählte Aufsätze (= Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 13), Berlin 1964, S. 8 – 40.

Schulze, Hans K.: Adelsherrschaft und Landesherrschaft. Studien zur Verfassungs- und Besitzgeschichte der Altmark, des ostsächsischen Raumes und der hannoverschen Wendlandes im hohen Mittelalter (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 29), Köln 1963.

Schulze, Hans K.: Die Besiedlung der Altmark, in: Festschrift für Walter Schlesinger, Bd. 1 (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 74/1), Köln 1973, S. 138 – 158.

Schwinekörper, Berent: Art. Kloster Neuendorf, in: Handbuch der historischen Städten, Bd. 11, Stuttgart 1987.

Springer, Matthias: Das frühe Bistum Halberstadt im Blick der neueren Forschung, in: : Maseberg, Günter / Schulze, Armin (Hrsg.): Halberstadt. Das erste Bistum Mitteldeutschlands. Zeitzeugnisse von Kaiser Karl dem Großen bis zum Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg (= Veröffentlichungen des Städtischen Museums Halberstadt, Bd. 29), Halberstadt 2004, S. 33 – 44.

Storbeck, Ludwig: Die Kolonisation der Altmark und die altmärkischen Bauern im Mittelalter, in: Jahresbericht des altmärkischen Vereins für Vaterländische Geschichte zu Salzwedel 58 (1965), S. 5 – 11.

Tangl, Michael: Der Aufruf der Bischöfe der Magdeburger Kirchenprovinz zur Hilfe gegen die Slawen aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts, in: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 30 (1905), S. 183 – 191.

Töpfer, Bernhard: Kaiser Friedrich I. Barbarossa und der deutsche Reichsepiskopat, in: Haverkamp, Barbarossa, S. 389 – 433.

Vogtherr, Thomas: Das Bistum Verden in der Reichskirchenpolitik der Karolinger und Ottonen, in: Kappelhoff / Vogtherr, Immunität und Landesherrschaft, S. 1 – 29.

Vogtherr, Thomas: Einleitung, in: Kappelhoff / Vogtherr, Immunität und Landesherrschaft, S. VIII – XI.

Warnke, Christian: *Belcsem/Belkesheim/Balsemerlande* – Betrachtungen zu einem angeblichen Gaunamen im elbslawisch-deutschen Berührungsgebiet, in: Greule, Albrecht / Springer, Matthias (Hrsg.): Namen des Frühmittelalters als sprachliche Zeugnisse und als Geschichtsquellen (= Ergänzungsbände zum Reallexikon der germanischen Altertumskunde, Bd. 66), Berlin 2009, S. 193 – 234.

Wattenbach, Wilhelm: Codex bibl. Darmstadt. 749, in: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 7 (1882), S. 621 – 629.

Wurst, Otto: Bischof Hermann von Verden 1148 – 1167. Eine Persönlichkeit aus dem Kreise um Kaiser Friedrich I. Barbarossa (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 79), Hildesheim 1972.

Zöllner, Walter: Art. Gardolf von Harbke (†1201). 1993 – 1201 Bischof von Halberstadt, in: Gatz, Erwin (Hrsg.): Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reichs 1198 – 1448. Ein Biographisches Lexikon, Berlin 2001, S. 219.

Altarsepulcren und Altarweihen altmärkischer Kirchen

von Matthias Friske

Reliquien wurden im Mittelalter nicht nur in gut sichtbaren Schreinen oder Reliquiaren aufbewahrt, sondern fanden sich verborgen auch in jedem Altar - so wie es noch heute in allen katholischen Kirchen üblich ist. Nach dem Kirchenrecht war es sogar zwingend vorgeschrieben, zur Weihe eines Altares eine oder mehrere Reliquien direkt im Altar unterzubringen.

In der Antike und im frühen Mittelalter handelte es sich bei diesen Altarreliquien häufig um regelrechte Bodengräber unter dem Altarblock („Stipes"). Später veränderte sich dieser Brauch dahingehend, dass man die Reliquien im Altarblock selbst unterbrachte. Dieses Einsetzen in den Altar wurde zugleich als eine Art Beisetzung interpretiert, weshalb man auch von „Reliquiengräbern" - den „Sepulcren" (bzw. „Sepulchren") spricht (vgl. Braun, S.525-662).

Normalerweise war die feste Einbringung der jeweiligen Reliquien in den Altarblock als eine dauerhafte Deponierung gedacht. Diese Reliquien standen zum Zeitpunkt ihrer Einschließung natürlich in Bezug zum Patrozinium des jeweiligen Altares. Es konnte allerdings vorkommen, dass im Laufe der Jahrhunderte z.B. bei einer Neuweihe oder einer umfangreichen Zustiftung ein Patrozinienwechsel stattfand. So wurde es durchaus schon im Mittelalter notwendig, etwa bei Umbauten einen Altarblock zu entfernen und dabei mussten dann auch die Reliquien aus dem Altar geborgen werden. Für gewöhnlich setzte man sie in den Nachfolgeaufbau wieder ein, jedenfalls dann, wenn sie noch erkennbar waren, denn die Aufbewahrung im Stipes oder sogar im Fußboden war selbstverständlich konservatorisch nicht optimal. Häufig kam es deshalb auch zum Austausch oder der Hinzufügung weiterer Reliquien.
Zumeist handelte es sich bei solchen Reliquien um kleinste Partikel, die man in Gefäßen kleiner Abmessungen von ganz unterschiedlichen Formen oder Materialien barg. In jedem Fall war das Sepulcrum fest verschlossen.

Ein bevorzugter Ort der Deponierung lag dabei mittig auf der Oberseite des Stipes, direkt unter der Platte („Mensa") mit der der Stipes abgeschlossen wurde. Dies war vor allem dann der Fall, wenn die Mensa aus Holz gefertigt

war. Bei jüngeren Altären konnte die Einbringung auch direkt in der (steinernen) Mensaplatte erfolgen. Ein solches Beispiel ist in der Dorfkirche von Dambeck erhalten. Dort wurde das Sepulcrum später geöffnet und geleert. Noch heute ist jedoch die Vertiefung zur Einbringung des Gefäßes mit der Reliquie gut zu erkennen, während die große rechteckige Fläche den Ort der verlorenen Verschlussplatte markiert.

Abb. 1 Leere Öffnung des Sepulcrums in der Altarmensa der Dambecker Kirche

Es gibt auch viele Altäre in denen das Sepulcrum direkt in den Stipes eingebracht wurde, hier meist bevorzugt in der Mitte der Vorderseite und natürlich ebenfalls fest verschlossen. So zeigt bspw. der Stipes des Hochaltares der Stendaler Marienkirche eine solche kleine Öffnung in der Vorderseite, die zweifellos ein ehemaliges Sepulcrum darstellt. Ursprünglich war diese Öffnung natürlich geschlossen, wurde aber offenbar später geöffnet und nicht wieder verschlossen. Mit ihrer Lage vereinigt diese Öffnung gewissermaßen die beiden möglichen Einbringungsorte für ein Sepulcrum im Altarstipes, denn sie liegt mittig an der Vorderseite und zudem direkt unter der - in diesem Fall steinernen - Mensa, die den Stipes bedeckt. Auch die Abmessungen, die etwa einer Backsteinlage entsprechen, können als typisch gelten.

Abb. 2 Hochaltar der Marienkirche in Stendal, mittig im Stipes die Öffnung des Sepulcrums zu erkennen (Foto: Justin Kroesen)

An dieser Stelle muss betont werden, dass die häufig begegnenden rückwärtigen Nischen im Altarstipes, die zudem wesentlich größere Abmessungen aufweisen, keine Reliquiengräber waren, sondern andere Funktionen besaßen: Sie dienten vor allem der Aufbewahrung von liturgischem Gerät, das am jeweiligen Altar seinen Dienst versah. Deshalb haben bzw. hatten diese Nischen meist verschließbare Türen oder Fächer.
Bei den - in der Regel wesentlich kleineren - seitlichen Öffnungen, die ebenfalls gar nicht so selten begegnen, ist die ursprüngliche Funktion jedoch nicht in jedem Fall deutlich. Gerade dann, wenn es sich um besonders kleine Öffnungen handelt, ist nicht auszuschließen, dass es sich u.U. auch in solchen Fällen um ein (später geöffnetes) Sepulcrum handelt. Bei den zuweilen begegnenden frontalen Öffnungen ist dies jedenfalls sicher.

Gerade in der Altmark begegnen etliche Altarstipen, die offenbar niemals über eine Mensa als Abschlussplatte verfügten. So gibt es noch heute in der westlichen Altmark einige mittelalterliche Altarblöcke die offenbar zu keiner Zeit eine Mensa trugen, nachweislich auch keine aus Holz.

Eindeutig belegt ist das für die Dorfkirche von Henningen. Dort steht eine Feldsteinkirche, die mutmaßlich im frühen 13. Jahrhundert erbaut wurde. Im Chorraum befindet sich ein gemauerter, mittelalterlicher Altarstipes unbestimmter Zeitstellung. Möglicherweise stammt er noch aus der Bauzeit der Kirche, vielleicht wurde er aber auch erst bei der Aufstellung des Altaraufsatzes im ausgehenden 15. Jahrhundert geschaffen. Jedenfalls wurden auf die Oberseite des Stipes an den Ecken vier Kreuze eingeritzt, die man wohl bei der Weihe des Altares einbrachte und die belegen, dass diese Fläche niemals für eine feste Abdeckung vorgesehen war (Abb. 3).

Abb. 3 Eingeritztes Kreuz in der Mensa des Altares von Henningen

Gerade dann, wenn der Stipes keine eigene Mensa trug, also wie im Fall von Henningen, bot sich für die Altarreliquie natürlich ein Aufbewahrungsort direkt im Altarblock an. Zwar wissen wir in Henningen nicht genau, an welcher Stelle sich das Sepulcrum tatsächlich verbirgt, dafür besitzen wir diese Information jedoch in einem vergleichbaren Fall in der Dorfkirche von Hohenlangenbeck.

Diese Kirche wurde kurz vor der Mitte des 15. Jahrhunderts erbaut, wie der auf 1441 dendrodatierte bauzeitliche Dachstuhl belegt. Aus dieser Zeit stammt auch der aus Ziegeln gemauerte und mit Lehm verputzte Altarstipes. Beim barocken Umbau der Kirche kurz vor dem Jahr 1700 wurde offensichtlich der spätgotische Altarschrein entfernt. Man benötigte seinen Standort zum Aufbau eines damals modernen Kanzelaltars. Pragmatisch zimmerte

man dabei den Kanzelkorb augenscheinlich aus den Flügeln und Teilen des Mittelschreins des nun überflüssig gewordenen mittelalterlichen Aufsatzes.
Vor allem aber war die Oberfläche des Altarblocks durch das Aufsetzen einer Kanzel so klein geworden, dass es keinen Platz mehr zur Aufstellung irgendwelcher Gegenstände auf dem Altar gab. Deshalb erweiterte man den Stipes um fast das Doppelte in den Kirchenraum hinein. Bei der Wiederherstellung der Kirche in den vergangenen Jahren wurde diese mittlerweile schadhafte barocke Erweiterung abgerissen und der Block auf seine ursprünglichen mittelalterlichen Maße zurückgeführt (wobei sich dann auch wieder das angesprochene Platzproblem ergab, das erst durch Anschaffung eines Holztisches gelöst werden konnte). Hierbei wurde nun das alte Sepulcrum in der Vorderseite des Stipes sichtbar.
Die Öffnung des Sepulcrums von Hohenlangenbeck weist die Größe von etwa einem Ziegelstein auf. Sie wurde auch in diesem Fall offen gelassen (Abb. 4).
Im Sepulcrum befand sich ein kleines Glasgefäß, das nur zerbrochen geborgen werden konnte und an dessen Boden sich eine undefinierbare Masse befindet (Abb. 5). Bei dem Gefäß handelt es sich um den Unterteil eines einfachen spätmittelalterlichen Noppenglases mit rundem Standfuß (Dm. 7,5 cm), das durch die Verwendung von Pottasche bei der Glasherstellung eine grünliche Farbe besitzt. Solch ein Behältnis zeigt den besonderen Charakter der im Altar verschlossenen Reliquien.
Die Behälter für die Altarreliquien unterscheiden sich nämlich erheblich von denen, die uns in den Kirchenschätzen begegnen. Während letztere häufig aus kostbaren Materialien angefertigt wurden, begnügte man sich bei den anderen aufgrund der Unsichtbarkeit mit sehr einfachen Gefäßen aus unedlem Material, wie Blei, Ton oder Glas.

Ein dem Hohenlangenbecker Gefäß vergleichbares vollständiges Glas befindet sich im Salzwedeler Danneil-Museum (Abb. 6). Es handelt sich dabei um ein 10 cm hohes Noppenglas des 15./ 16. Jahrhunderts (Inventarnummer H 1125 /alt V 669, Höhe 10 cm, Dm. Standfuß 5,8 cm), das aus einem Altarsepulcrum in der Gertraudenkapelle in Salzwedel stammt. Aufgrund dieser Herkunft lässt sich zugleich eindeutig eine vorreformatorische Entstehung folgern. Leider hat sich nichts vom Inhalt dieses Reliquienbehälters erhalten.
So können wir weder im Fall von Hohenlangenbeck noch bei der Getraudenkapelle entscheiden, was für Reliquien sich in den jeweiligen Gläsern befunden haben. In anderen Fällen ist dies jedoch besser bezeugt.

Abb. 4 Freigelegte Öffnung in der Mitte der Vorderseite des Altarblocks von Hohenlangenbeck

Abb. 5 Fragment eines Glasgefäßes aus dem Hohenlangenbecker Sepulcrum

Abb. 6 Noppenglas aus der Gertraudenkapelle (Foto: Danneil-Museum Salzwedel)

Nach der Reformation wurden alte Altarblöcke in großem Umfang abgerissen, vor allem von den in vielen Fällen vorhandenen Nebenaltären. Im bereits erwähnten Henningen, hat sich z.B. die Predella eines solchen Seitenaltares erhalten, allerdings ohne den alten Stipes (und auch ohne Retabel). Die Predella wurde an der Wand befestigt und diente fortan wahrscheinlich als Standfläche für Skulpturen o.ä. (Abb. 7).

Abb. 7 Einzelne Predella an der Ostwand des südlichen Schiffes in Henningen (Foto: Justin Kroesen)

Manchmal wurden bei solchen Abrissarbeiten die dabei freigelegten Gefäße mit den Reliquien geborgen. Im Essener Münster (wo der Abriss allerdings nicht aus Gründen der Einführung der Reformation erfolgte) hat sich beispielsweise eine ganze Sammlung von kleinen Bleidöschen mit derartigem Inhalt erhalten.
Da es sich bei den Reliquien selbst zumeist nur um kleinste Partikel handelte, zudem aufgrund der ungünstigen Erhaltungsbedingungen häufig noch vermodert, ist ohne eine Beschriftung („Authentik“) kaum zu entscheiden, um was für eine Reliquie es sich gehandelt hat. Im Essener Beispiel wurden z.B. in mehreren Fällen Inschriften in die Bleidosen eingeritzt.

Von besonderem baugeschichtlichen Interesse ist die Öffnung alter Sepulcren vor allem auch deswegen, weil es nach dem römischen Recht eigentlich vorgeschrieben war, eine Urkunde mit Datum der Weihe, Name des Weihen-

den, dem Altartitel und der Auflistung der Reliquien beizugeben. (Braun, S. 631) In Anbetracht dessen, das diese Papier- oder Pergamentstreifen sowieso nur eine begrenzte Haltbarkeit aufwiesen, „begnügte sich jedoch der Konsekrator häufig damit, das Gefäß, in dem die Reliquien eingeschlossen waren, mit seinem Siegel zu versehen.“ (Braun, S. 634)

Ein solcher Fall ist für die Kirche von Kuhfelde überliefert. Dazu findet sich in Bekmanns Topographia (Bekman, Sp.120) folgender Hinweis: *„In dem h. Kästlein mitten auf dem Altar ist bishero noch ein wächsernes bild eines Bischofs zu Verden gelegen mit der umschrift: Iso dei gratia Verdensis Episcopus.“* Bei dem wächsernen Bild handelte es sich offenbar um ein solches Siegel. Obwohl es sich nicht erhalten hat, lässt sich aus dieser Information folgern, dass der Hochaltar und damit zugleich auch die Kirche von Kuhfelde während der Amtszeit von Iso von Verden (1205-1231) geweiht wurde. Dies passt sehr gut zur baulichen Gestalt der Feldsteinkirche (Abb. 8).

Abb. 8 Kirche in Kuhfelde von Südosten

Da eine solche Altarweihe, wenn es sich um den Hochaltar einer Kirche handelte, eine genau festgelegte Zeremonie war, fertigte man auch ausführlichere Urkunden zu einem solchen Rechtsakt an. So gibt es für die Ristedter

Dorfkirche eine als neuzeitliche Abschrift überlieferte Information, nach der Bischof Tammo von Verden (1180-1188) die Ristedter Kirche geweiht hatte. In diesem Fall wurde sogar das Datum (der 8. November 1182) überliefert (Zöllner, S. 26), zugleich aber auch die Nachricht, dass Tammo auch mehrere andere Kirchen weihte. Letzteres zeigt, dass eine solche Altarweihe nicht unbedingt eine direkte Aussage zur Baugeschichte liefern muss, denn ein Bischofsbesuch wurde eben durchaus auch zur „Abarbeitung“ notwendig gewordener Weihen einer ganzen Region genutzt, die dementsprechend schon einige Zeit vorher fertiggestellt worden sein konnten.

In Fall der Diesdorfer Klosterkirche wird eine solche Altarweihe für den 10. Dezember 1161 durch Hermann von Verden ebenfalls in der klösterlichen Urkundenüberlieferung bestätigt (Urkundenbuch Verden, S. 164ff). Dabei wurde zugleich das Patrozinium des Altares und damit sicher auch der eingebrachten Reliquien genannt. Offenbar schloss man in Diesdorf Partikel vom Heiligen Kreuz sowie Reliquien der Jungfrau Maria (*„in honorem sanctae Crucis et beatae Mariae“*) im Altar ein. In der Sammlung des Altmärkischen Geschichtsvereins befand sich 1865 ein Reliquienbehälter aus Diesdorf, dessen Siegel allerdings nicht mehr lesbar war und der dem aus Bombeck geglichen haben soll.

Die Bombecker Kirche mag die Reihe beschließen. Dort wurde 1864 im, unter der Mensa des (damals offenbar abgebrochenen) Altarblocks befindlichen, Sepulcrum ein verschlossener Reliquienbehälter gefunden, der das Siegel des Verdener Weihbischofs Hermann von Lydda trägt (Abb. 9). Der Inhalt bestand aus Resten von Knochen und Textilien, augenscheinlich den Reliquien und Fragmenten ihrer Umhüllung. Dieser Behälter, bei dem es sich um ein kleines Tongefäß handelt, das mit besagtem Siegel verschlossen wurde, befindet sich heute im Bestand des Danneil-Museums. Ihm standen 1865 noch das Diesdorfer Gefäß und ein weiteres aus der Kirche von Altensalzwedel zur Seite, die beide heute verloren sind. (vgl. Jahresbericht 1865, S.159)

Zwar kennen wir keine genauen Amtsdaten des Hermann von Lydda, aber 1513 wurde ein dem Dominikanerorden zugehöriger Weihbischof gleichen Namens erwähnt und so kennen wir zumindest einen zeitlichen Anhaltspunkt, der zudem mit der kunsthistorischen Datierung des Bombecker Altarretabels übereinstimmt. (vgl. Büttner, S. 330)
So lassen sich noch heute zahlreiche Spuren eines im Mittelalter allgemein üblichen religiösen Brauchs in der Altmark erkennen, wenn man sich aufmerksam nach solchen Spuren in den alten Kirchen umsieht.

Abb. 9 Gefäß aus dem Sepulcrum von Bombeck

Literatur

15. Jahresbericht des Altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte und Industrie. Salzwedel 1865.

Bekmann, Johann Christoph: Topographia Historische Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg. Bd. 2, Berlin 1753.

Braun, Joseph: Der christliche Altar in seiner geschichtlichen Entwicklung. Bd.1, München 1924.

Büttner, Bengt: Pfarreien der Insel Rügen. Von der Christianisierung bis zur Reformation. Köln 2007 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern 42).

Urkundenbuch der Bischöfe und des Domkapitels von Verden. Bd. 1: Von den Anfängen bis 1300. Hg. Arend Mindermann, Stade 2001.

Zöllner, Walter: Die Urkunden und Besitzaufzeichnungen des Stifts Hamersleben (1108-1462). Leipzig 1979 (Studien zur katholischen Bistums- und Klostergeschichte 17).

Ein 1824 in der Tangermünder Altstadt gefundener figürlicher Schlüsselringhalter

Ein Blick in die früheste Forschungsgeschichte eines Gürtelbestandteils des 15. / 16. Jahrhunderts

von Uwe Fiedler

Im Gedenken an Dr. Ilse Fingerlin (31.08.1935-21.02.2016), die die Kunstgeschichte und die Archäologie zusammengeführt hat

Im Jahre 1824 (?) hob man am Rande der Tangermünder Altstadt die Fundamentgrube für den Neubau des Kaufmanns Hübner aus. Das betreffende Grundstück Kirchstraße 1 / Ecke Lange Fischerstraße befand sich schräg hinter dem Neustädter Tor direkt neben der profanierten Nicolaikirche (Abb. 1).[1] „Sechs Fuß tief in der Erde", also fast 2 m (1,86 m) unter der Erdoberfläche, stieß man auf ein merkwürdiges Bronzefigürchen, das sehr bald die Phantasie der gebildeten Honoratioren anregte (Abb. 2). Der Griebener Pfarrer und Historiker *August Wilhelm Pohlmann* (1767-1854)[2] hielt den Fund für so bedeutend, dass er ihn 1829 in seiner Geschichte der Stadt Tangermünde aufführte. Sicherlich nicht nur für ihn war es „ein heidnisches

[1] Das Haus ist eindeutig identifiziert (Stadtarchiv Tangermünde, Einwohnerliste 1831, KomReg I/33[26]). Die Zählung aller Häuser Tangermündes setzte mit diesem Grundstück ein, als 1883 die straßenweise Zählung der Häuser eingeführt wurde, behielt es die Nr. 1 (freundl. Mitt. von S. Brückner, Leiterin Archiv/Museen der Stadt Tangermünde). Die Vorgängerbebauung dürfte erst nach dem Brand von 1617 entstanden zu sein (J. Kohlmann, *Tangermünde. Ein Führer durch die historische Altstadt* [Tangermünde o. J.], S. 51-54). In einer 1994 im Rahmen einer Projektwoche des Diesterweg-Gymnasiums Tangermünde entstandenen kleinen Schrift „*Die Gewölbe unter Tangermünde*", hrsg. Stadt Tangermünde – Amt für Finanzen/Wirtschaftsförderung (Tangermünde 1997), wird jedoch auf S. 10 berichtet, dass Anfang des 20. Jh. der Maurer Brüggemann auf besagtem Grundstück beim Verlegen einer Abflussleitung auf einen Holzdeckel stieß, „hinter dem sich eine geheimnisvolle schwarze Finsternis verbarg. In einer Tiefe von ca. 6 m stieß man auf den Grund. Hier verbarg sich ein prächtiges 5 m x 6 m großes Kreuzgewölbe. Die Rippen ähneln denen der Gerichtslaube des Rathauses. An den Enden der Rippen befinden sich Backsteinfratzen. Die Fratzen lassen auf eine Bauzeit zwischen 1450 und 1500 schließen. In diesem Gewölbe entdeckte man weiterhin eine große Eichentür, hinter der sich ein langer Gang erstreckt. Die Tür war mit einem großen Vorhängeschloss gesichert. Vielleicht wurden hier einst Lebensmittel und andere wichtige Dinge gelagert, die man vor Feinden verbarg bzw. vor Flammen schützte."

[2] http://www.sachsen-anhalt-wiki.de/index.php/August_Wilhelm_Pohlmann (aufgerufen am 10.03.16). – Hingewiesen wird auf: *Pfarrerbuch der Kirchenprovinz Sachsen*. Bd. 6 (Leipzig 2007), S. 535.

Götzenbild aus römischen Erz (die Ostera)“[3]. Man erkannte aufgrund der ungewöhnlichen Tracht also eine Frau und sah darin ein Abbild der angeblichen germanischen Göttin *Ostera* oder *Ostara*. Der englische Kirchenhistoriker Beda Venerabilis hatte sie im 8. Jahrhundert erfunden, um den Namen des Osterfestes zu erklären. In der Zeit der Romantik erfreute sie sich bei dem geweckten Interesse an einer vermeintlichen germanischen Religion einer besonderen Popularität.[4]

Abb. 1 Ausschnitt aus der Plan der Altstadt von Tangermünde mit dem markierten Grundstück Kirchstraße 1. 4 ehem. Dominikanerkloster Allerheiligen; 5 St. Nikolai; 7 Altes Rathaus; 8 Neustädter Tor (nach: H.-D. Heimann/K. Neitmann/W. Schich u.a. [Hrsg.], Brandenburgisches Klosterbuch. Hist. Stud. 14 [Berlin 2007] Bd. 2, S. 1261 [Enwurf E. Franke]).

Abb. 2 Der verschollene Bleiabguss des Tangermünder figürlichen Schlüsselringhalters aus Danneils Besitz. H. der Figur ca. 7,6 cm (v. Ledebur 1838, Taf. 6,II 1917).

---

[3] Pohlmann 1829, S. 11. Die Angabe des Fundjahres 1825 ist wohl fehlerhaft (vgl. Schluss des Beitrages).

[4] *De Temporum Ratione*, cap. 15; Vgl. M. Lurker, *Lexikon der Götter und Dämonen*. Kröners Taschenausgabe 463 (Stuttgart 1989), S. 314 s.v. Ostara.

Der Fund blieb wohl längere Zeit im Stadtgespräch. Der Grundstücksbesitzer zeigte ihn bereitwillig interessierten Gästen und zog durch den Verkauf von Bleiabgüssen offensichtlich auch Profit daraus, wie es seinem Beruf entsprach. Einer dieser Gäste war im Sommer 1828 der berühmte Breslauer Professor und Wegbereiter der heimischen Altertumskunde *Johann Gustav Gottlieb Büsching* (1783-1829)[5] (Abb. 3). Im Herbst desselben Jahres verschlechterte sich sein sowieso durch ein Leberleiden angeschlagener Gesundheitszustand, im Frühjahr gab es zwar eine merkbare Erholung, doch verstarb Büsching dann unerwartet am 4. Mai 1829 in Breslau mit nur 45 Jahren.[6]

Abb. 3 Gustav Gottlieb Büsching (1783-1829). Gemälde von Johann Heinrich Christoph König (?) (nach Seger 1929, vor S. 169; vgl. S. 179).

---

[5] Seger 1929; H. Gummel, *Forschungsgeschichte in Deutschland* (Berlin 1938), Bd. 1, 110 ff.; https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Gustav_Gottlieb_B%C3%BCsching (mit weiterer Literatur; eingesehen am 19.03.16).
[6] Seger 1929, S. 178.

Während der Rekonvaleszenz-Phase muss er die druckfrische Stadtchronik von Pohlmann erhalten haben. Büsching nahm in seiner Abhandlung über die Tangermünder Bronze darauf Bezug, arbeitete also offensichtlich noch kurz vor seinem Tod daran. Sie wurde posthum erst 1832 im *Altmärkischen Intelligenz- und Leseblatt* abgedruckt. Zunächst beschrieb Büsching die Bronze eingehendend[7], wobei er die Figur als degenführenden Mann erkannte, dann ging er jedoch in eine, gegenüber der Erstansprache nicht weniger gewagte Interpretation über: „Ich kann nun, besonders wegen des Hundekopfs [gemeint ist die Tiermaske zu Füßen des Jünglings] und der männlichen Gestalt, nicht umhin, dies Götzenbild für den ägyptischen Hermes oder vielmehr Hermanubis zu halten, welcher mit dem Merkur oder ägyptischen auch phönicischen Theut (Thoyt) für eins galt.“[8] Die Deutung mutmaßlich heidnischer Götzenbilder war offensichtlich ein Lieblingsthema Büschings.[9] Be-

---

[7] Diese sei hier wegen des entlegenen Publikationsortes wiedergegeben: „Ich habe nun dies Bild selbst vorigen Sommer zu Tangermünde beim Herrn Kaufmann Hübner gesehen, mir auch einen Abguß in Blei davon verschafft. Es stellt eine männliche Figur von römischem Erz vor, und hat die Größe oder Länge eines gewöhnlichen Mittelfingers. Der Kopf ist mit einer oben flachen Mütze bedeckt, von welcher eine Art Perlenschmuck zu beiden Seiten der Schläfe bis zum Anfange der Brust herunterhängt. Der Leib ist mit einem kurzen Rocke oder Wamms bekleidet, aus welchen der linke Arm hervorblickt, welcher in der Hand einen Degen hält, der gerade aufs linke Bein heruntergeht und der Lende sich anschließt. Der rechte Arm ist unbedeckt und mit der Hand in die Hüfte gestemmt. Die hierdurch entstehende Öffnung ist statt der natürlich geformten rund durchbohrt. Um den Leib scheint noch ein Gürtel zu gehen, und unter demselben ist an der rechten Hand eine Art von Tasche oder Beutel, welcher einen Theil der linken Lende bedeckt. Die ganze Figur steht mit den unbekleideten Schenkeln und Füßen auf einem Hundskopf, dessen ganz unten befindliches Gesicht mit dem menschlichen Antlitz in gerader Linie erscheint. Zwischen den Spitz-ohren des Hundes befinden sich noch drei strahlenförmig ausgehende Einschnitte als sonnenartige Kopfverzierung. Zur Seite ist der Kopf mit einem runden Loche durchbohrt. Am Nacken des Mannes bemerkt man einen abgebrochenen Höcker. Dies, verbunden mit den Rundlöchern am rechten Arme, so wie unter den Füßen am Hundskopfe beweißt offenbar, daß dies Bild an irgendeinem kleinen Gestühl befestigt gewesen sey, ohne welches es auch auf der spitzen Hundsschnautze gar nicht aufrecht hätte stehen können. Der Hundskopf scheint hie[r]bei zwischen dem Säulengestell eingeklemmt, und [...] an beiden Seiten mit einem durchgehenden Stift befestigt, so wie auch der rechte Arm in gerade vorstehender Richtung mit dem Gestühl sorgfältig vernietet worden zu seyn.“ (Büsching 1832, S. 154).

[8] Ebd. – Büsching argumentierte dabei auch mit dem sog. Hermesberg bei Hemerten [Hämerten], eine Stunde von Tangermünde entfernt, und einer dort gefundenen, in seinem Besitz befindliche Münze, wo „etwa 8 Jahr vor Christo ein römischer Siegeshügel oder *tumulus Martis*“ (ebd., S. 155) errichtet worden sein soll.

[9] Hierzu Hans Seger: Er suchte „durch Kauf und durch Tausch in anderen Teilen Deutschlands gefundene Altertümer oder Abgüsse von solchen zu bekommen »um vielleicht aus ihnen die Gleichheit der Landesbewohner zu bekommen und so auf größere geschichtliche Ergebnisse zu gelangen«. Meist handelte es sich um [die] Erlangung von Abgüssen heidnischer Götzenbilder. Auf diese kam es ihm besonders an, weil er Vergleichsmaterial zu den in Schlesien gefundenen Bronzefiguren suchte, die er für altgermanische Götterdarstellungen hielt.“ (Seger 1929, S. 176).

merkenswert war für ihn, dass das zu Tangermünde verlorene Kleinbild des ägyptischen Hermes „wohl noch in späteren Zeiten des schon eingeführten Christenthums dem Aberglauben dienen mochte“;[10] Büsching rechnete also mit einem Verlust erst im Mittelalter.

Abb. 4 Johann Friedrich Danneil (1783-1868) im fünften Lebensjahrzehnt. Pastell aus Familienbesitz (Reproduktion Danneil-Museum T 3974).

[10] Büsching 1832, S. 154. Süffisant ist diesbezüglich auch seine Schlussbemerkung: „Ich bemerke also nur noch, daß Spuren hier eingeführter ägyptischer Gottheiten einen sonst gundgelehrten Christoph Beier in dessen Geschichte der Stadt Salzwedel etc. zu der schwärmerischen Grille verleiten konnten, die Teutschen vom Ham und den Ägyptern abzuleiten“ (ebd.).

Ein weiterer Bleiabguss der Tangermünder Bronze gelangte in den Besitz von Büschings Altersgenossen und nicht weniger wichtigen Altertumsforscher *Johann Friedrich Danneil* (1783-1868)[11], der seit 1819 Rektor des Salzwedler Gymnasiums war (Abb. 4). Er hatte um 1820 mit eigenen Ausgrabungen in der Umgebung Salzwedels begonnen und war bereits Mitglied des „Thüringisch-Sächsischen Vereins für die Erforschung des vaterländischen Alterthums und Erhaltung seiner Denkmale".[12] Zusammen mit Danneils Sammlung gelangte besagter Abguss ab 1834 durch Kauf an die „Abteilung für vaterländischer Alterthümer" des Königlichen Kunstmuseums in Berlin.[13] Deren Leiter war seit 1829, faktisch aber erst ab Dezember 1834, *Leopold Karl Wilhelm August Freiherr von Ledebur* (1799-1877),[14] ein Autodidakt, der seine militärische Laufbahn wegen Kurzsichtigkeit hatte aufgegeben müssen (Abb. 5). Er maß der Figur offensichtlich eine besondere Bedeutung zu. In seiner 1838 erschienenen ersten Beschreibung der im Schloss Monbijou ausgestellten Sammlung[15] würdigte er sie unter den 3540 Katalogpositionen mit einer ausführlichen Beschreibung, wobei er auch Danneils Kritik an Büschings „unhaltbaren" Deutungen wiedergab.[16] Der Abguss wurde sogar auf einer der sechs beigefügten Tafeln abgebildet (Abb. 2).[17]

---

[11] Beranek 1969; https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Friedrich_Danneil (eingesehen am 19.03.16).

[12] Seger 1929, S. 13-15.

[13] v. Ledebur 1838, S. VII; Bertram 2005a, S. 54 mit Anm. 144; 55 f. mit Anm. 158-161. Zum Verkauf der Sammlung und dem Eintreffen dieser in Berlin im Dezember 1834 vgl. zahlreiche Einträge im Eingangsjournal I (1830-1879; SMB-PK/MVF, IX c 44, Nr. 516, 542, 565, 569, 597, 604, 605, 611, 728 u. 731 [bei Bertram 2005 a, S. 56 Anm. 158 auch andere Nummern]). Statt der geforderten 1000 Reichstaler erhielt Danneil nur 800, die in ein Stipendium für seinen Sohn umgewandelt wurden (Bertram 2005a, S. 54-56).

[14] Vgl. Dreier 1983, S. 183 Abb. 66; 184-190; Bertram 2005a; Junker 2005, S. 415-424; Kurzbiographie: Junker/Wieder 2005, S. 530 f. – Umfangreiche Literaturzusammenstellung zur Person: H. Fischer, *Jahrbuch zur Brandenburgischen Landesgeschichte* 59, 2008, S. 137 Anm. 1.

[15] Vgl. Bertram 2005a, S. 37-45, bes. 43 ff.

[16] „Tangermünde. Wir besitzen den Bleiabguss einer 3" hohen Figur, deren Original unter dem Hause des Kaufmanns Hübner gefunden ist, und von demselben aufbewahrt wird. Sie steht auf einem Kragstein, der in einem Thierkopfe endet und seitwärts durchbohrt ist, bedeckt mit einem turbanähnlichen Kopfputz, mit langem, lockigem Haar, einem Schwerdte an der linken Seite, in der linken Hand einen Beutel haltend und die Rechte in die Seite gestemmt. In dem Danneilschen Verzeichnisse wird hierzu bemerkt: »Büsching hat hierin das Bild der Ostera gefunden, umständlich beschrieben und mit vielen unhaltbaren Conjekturen im Altmärkischen Intelligenz- und Leseblatt 1832 Nro. 19. S. 154«" (v. Ledebur 1838, S. 135). Wenn auch Danneils Kritik berechtigt war, so hat er aber Pohlmanns Interpretation fälschlich Büsching untergeschoben.

[17] v. Ledebur 1838, Taf. 6,II 1917. Die ganze Tafel auch reproduziert von M. Bertram (Hrsg.), *Merowingerzeit. Die Altertümer im Museum für Vor- und Frühgeschichte* (Mainz 1995), S. 7 Abb. 2. – Die Zeichnung und Beschreibung decken sich weitgehend mit dem Eintrag im zweiten

Damit publizierte er die einzige bildliche Überlieferung des Fundes. Offensichtlich betrachtete auch v. Ledebur das Stück noch als Relikt aus heidnischer Vorzeit, im Register der Schrift ist es unter der Rubrik „Götzenbilder“ aufgeführt.[18]

Abb. 5 Leopold von Ledebur (1799-1877). Nach einem verschollenen Gemälde (nach Bertram 2005a, 32 Abb. 1).

Der Abguss zog mit der Sammlung mehrmals innerhalb von Berlin um: 1849 in das Neue Museum, 1886 in das Völkerkundemuseum und 1922 in den benachbarten Martin-Gropius-Bau, wo 1931 ein selbstständiges Museum für Vor- und Frühgeschichte etabliert wurde. Hier wurde der Abguss zwischen 1929 und 1940 von dem Kustos *Wilhelm Albert Ritter von Jenny* (1896-

Bandes des Inventariums vaterländischer Altertümer (Inventarbuch; allgemein hierzu vgl. Junker 2005, S. 422-424).

[18] v. Ledebur 1838, S. 221.

1960)[19] ausgesondert und sein Eintrag im Inventarbuch gestrichen.[20] Vermutlich hat von Jenny die Zeitstellung des Originalfundes – vielleicht in Kenntnis des unten vorgestellten Stückes aus dem Schloßmuseum (Abb. 6) – richtig bewertet, heute würde man dem verlorenen Abguss noch immer einen Zeugniswert zubilligen, auch wegen seines prominenten Vorbesitzers.

Antiquarisch hat sich niemand mehr mit dem Tangermünder Stück beschäftigt. Die Bronze war nach Büsching lang wie ein gewöhnlicher Mittelfinger, v. Ledebur gab die Länge genauer mit drei Zoll, also mit 7,85 cm an (1 Zoll = 2,615 cm). Er war ein typischer Vertreter der figürlichen Schlüsselringhalter des 15./16. Jahrhunderts.[21] In der Durchlochung des Tierkopfes zu Füßen des Dargestellten steckte ehemals eine Gewindeachse, an die die Endösen eines gewöhnlich ovalen Metallbügels mittels aufgeschraubter Endknöpfe fixiert waren (Abb. 10). Am Bügel konnte eine große Anzahl an Schlüsseln aufgefädelt werden, vielleicht hingen auch ein Messer oder eine Tasche daran. Dieser Schlüsselbund oder dieses Gehänge wurden in der Regel offen am Gürtel getragen. Namentlich die Schlüsselbunde galten als Zeichen der Schlüsselgewalt der Hausfrau. Männer dürften von den Schlüsselringhaltern allenfalls in Ausübung besonderer Ämter (Koch, Kellermeister usw.) Gebrauch gemacht haben.

Während die Figur der Zier der Gürtelvorderseite diente, sorgte ein rückwärtiger zungenförmiger Haken bzw. eine Klemme für eine flexible Fixierung am Gürtelriemen. Wie bei vielen Stücken war auch bei dem Tangermünder Stück der Haken durch die Beanspruchung abgebrochen (vgl. Abb. 7). Er dürfte ursprünglich bis zur Queröse im Tierkopf gereicht haben (vgl. Abb. 8).

---

[19] Bertram 2005b, S. 171-173; Junker/Wieder 2005, S. 544.

[20] „Aus der Sammlung entfernt“. Für das Nachschlagen in der Kopie des zweiten Bandes des Inventariums vaterländischer Altertümer danke ich dem Archivleiter des Museums Horst Junker. Er identifizierte auch die Handschrift des Austragenden.

[21] Die Stücke werden auch als (figürliche) Schlüsselhalter, Schlüsselringanhänger, Schlüsselbundhaken, (figürliche) Gürtelhaken, anthropomorphe (Gürtel-)Haken oder anthropomorphe Gürtelklemmen bezeichnet. Nach französischem Sprachgebrauch wären es Clavandiers oder Chatelaines. Allgemein vgl. v. Philippovich 1966, 223-225 u. 538; Heindel 1990; 1991; 1992 u. 1994; Fiedler 2000; Mende 2013, 368-379. Weitere Literaturhinweise im Beitrag Kalmbach in diesem Jahresbericht. Eine Fundvorlage der in Berlin aufbewahrten Stücke mit einem Katalog aller bekannten Stücke im In- und Ausland ist durch den Autor in Vorbereitung.

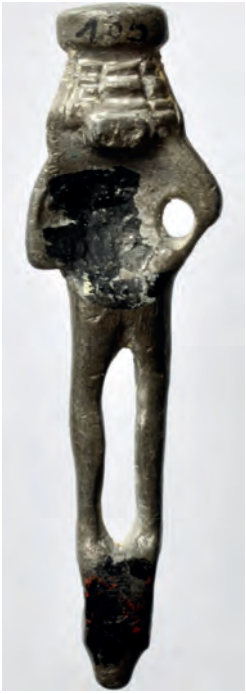


Abb. 6 Figürlicher Schlüsselringhalter im ehem. Berliner Schloßmuseum, Inv.-Nr. F935b. H. 9,0 cm (Foto Johannes Schulz nach der Positivdatei des Schloßmuseums im Kunstgewerbemuseum der SMPK). In natürlicher Größe.

Abb. 7 Figürlicher bleierner (!) Schlüsselringhalter in der Moritzburg Halle, Inv.-Nr. MOKHWSO 185. H. 9,1 cm. a Vorderseite; b Rückseite mit abgebrochenem Haken (Fotos Philipp Jahn). In natürlicher Größe.

Der Tangermünder Schlüsselringhalter gehörte zu den hochwertigsten, vollplastisch ausgeformten Stücken dieser Gruppe. Dargestellt ist jeweils ein Jüngling in modischer Kleidung des ausgehenden 15. Jahrhunderts oder der Zeit um 1500. Ihm zur Seite gestellt sei hier ein seit 1945 verschollenes Exemplar aus dem Berliner Schlossmuseum (Abb. 6),[22] das sich heute als

[22] Inv.-Nr. F935b; L. 9,0 cm. Foto von Johannes Schulz in der Positivkartei des Schlossmuseums. Für die Übermittlung der Scans danke ich dem stellvertretenden Direktor des Kunstgewerbemuseums der Staatlichen Museen Lothar Lambacher. Das entsprechende Foto wurde auch mutmaßlich Erich Meyer (1897-1967) publiziert, dem Kustos der Mittelalterabteilung am Berliner Schlossmuseum von 1928-1947: *Drei Jahre nationalsozialistischer Museumsarbeit. Erwerbungen 1933-1936* (Nebentitel: Verzeichnis der Neuerwerbungen seit 1933). Ausstellung Schloßmuseum (Berlin 1936), S. 208 Nr. 188-190.

Beutestück in Russland befinden dürfte. Ein unvollständiges Gegenstück ohne Füße und Tiermaske befindet sich noch im Berliner Kunstgewerbemuseum.[23] Beide gehörten zu den 1935 von den Berliner Staatlichen Museen angekauften Beständen der ehemaligen Wiener Sammlung des Albert Figdor (1843-1927). Dieser hatte sie von einem W. Clemens in München angekauft. Im dortigen Bayerischen Nationalmuseum befindet sich ein weiteres, nahezu identisches Stück, das vor 1890 aus unbekannter Quelle erworben wurde.[24] Anführen lassen sich auch ein verwandtes Stück im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe[25] und zwei Exemplare in der Moritzburg in Halle (Abb. 7 a-b).[26]

Die flache Kopfbedeckung, nach der auch die Vergleichsstücke ausgewählt wurden (es gibt auch ähnliche Stücke mit Mütze), gehört wohl zu einer spezifischen Form des hohen Baretts der Zeit um 1500.[27] Das schulterlange Haar war nach den Beschreibungen auch bei dem Tangermünder Stück gelockt, mutmaßlich reichte es auf der Rückseite bis zum Ansatz des Hakens (vgl. Abb. 7 b u. 8). Der Halsausschnitt des Wamses war von einer wulstartigen (?) Girlande begrenzt, die wohl einen gekräuselten Hemdensaum wiedergab. Eine Perlpunzreihe am Hals[28] bzw. auf dem Hemd scheint hier nicht vorhanden gewesen zu sein. Die Linie des Halsausschnittes dürfte auch für die Schnur des kurzen Mantels gestanden haben, der über der linken Schulter geschlagen war. Das Wams des Jünglings war mit halblangen Ärmeln versehen. Die Linke umfasste bei diesen Figuren in der Regel den Griff des am Gürtel hängenden Stichwaffe (Schwert, Dolch oder Degen), beim Tangermünder Stück umfasste der Jüngling nach der Zeichnung aber einen Doppelbeutel, der an der rechten Gürtelseite getragen wurde. Die Doppelung ging aber offensichtlich auf eine vom Zeichner nicht verstandene Schamkapsel zurück (vgl. Abb. 6) und die Kerben des Taschendeckels oder Beuteloberteils (Abb. 6 u. 7 a) in der Verlängerung der Finger mögen zu der zeichnerischen

---

[23] Inv.-Nr. F935c.

[24] Inv.-Nr. 3MA 3179; vgl. Mende 2013, S. 370 Abb. 521. Kein Herkunftsnachweis. Freundliche Auskunft von Elke Albrecht-Messer und vom zuständigen Referenten Dr. Raphael Beuing vom 26.03. und 01.04.15.

[25] Inv.-Nr. 1922.35. 1922 aus Berliner Kunsthandel erworben. H. 8,9 cm; Br. 2,7 cm; Lit.: Meyer 1960, S. 60 Abb. 40b; 69 Nr. 40b; v. Philippovich 1966, 225 Abb. 149; 538 (Maße nach dem Original von Gwendolin J. Schneider laut E-Mail von 20.05.10).

[26] MOKHWSO 182 in besserer Ausführung, jedoch Unterteil abgebrochen, und MOKHWSO 185 (aus Blei; H. 9,1 cm). Freundliche Auskunft von Philipp Jahn vom 10.10.12.

[27] Mende 2013, S. 370 (mit Literaturhinweisen). Bei den Bronzen vermisst man allerdings die Details der Kopfbedeckung der angeführten Portraits. Im Gegensatz zu Ursula Mende möchte ich eher mit einer Gleichzeitigkeit von Mütze und dieser Barettform als mit einem Nacheinander rechnen, da die übrige Kleidung nahezu identisch ist.

[28] Ebd.

Verlagerung der Hand verleitet haben. Seine Rechte hatte der Tangermünder Jüngling wie bei seinen Parallelen gegen die Beckenseite gestemmt. Die Zeichnung lässt in Bezug auf die Beinlinge und das Schuhwerk keine Details erkennen, manches dürfte der Zeichner beiseite gelassen haben.

Der Jüngling stand auf einen abwärts gerichteten Tierkopf, auf dessen Stirn ein Fächer tiefer Kerben eingeschnitten war. Die quer laufende Durchlochung (Öse für den Bügel bzw. Schlüsselring) befand sich dahinter.

Die Parallele aus Merseburg

Ein mit dem Tangermünder verwandtes, aber kleineres Stück war zwei Jahre vor dessen Entdeckung bereits publiziert worden. In einer Fußnote wies v. Ledebur in seinem Führer auch auf diese Parallele „von ganz ähnlicher Gestalt und Bekleidung, nur am Rücken mit einem Haken versehen“ hin.[29]

Abb. 8 Figürlicher Schlüsselringhalter von der Merseburger Rischmühlschleuse. H. nach Parallelen von Augsburg, Kitzenmarkt 11 (Römisches Museum/Stadtarchäologie Augsburg Inv.-Nr. 1999_2090) und dem Schlossmuseum Berlin (Inv.-Nr. F 935qu) 6.1-6.2 cm (nach Schirlitz 1822, Tab. 1; Scan durch A. Muhl, Halle). M. 1:1

[29] v. Ledebur 1838, S. 135 Anm. *. Er hatte dies wahrscheinlich Danneils Verzeichnis entnommen.

Der besagte figürliche Schlüsselringhalter wurde am 22. Februar 1822 vom Wasserbaumeister und nachmaligen königlich-preußischen Bauinspektor *Karl Friedrich Gottlieb Wilhelm Schirlitz* (1782-1854)[30] aus Roßleben an der Unstrut auf der Generalversammlung des oben genannten Thüringisch-Sächsischen Vereins in Naumburg vorgestellt und dessen Bericht mit Abbildungen noch im gleichen Jahr publiziert (Abb. 8).[31]

Der figürliche Schlüsselringhalter war wohl 1821 beim Bau der auch heute noch bestehenden Rischmühlschleuse an der Saale gegenüber von Merseburg in einer Tiefe von ca. 1,70 m gefunden worden.[32] Der ebenfalls eine männliche Figur in engem Wams mit Stichwaffe aufweisende Schlüsselringhalter wurde in der Druckfassung recht treffend beschrieben.[33] Über die bloße Beschreibung und der Deutung als Schmuckstück oder Amulett unterließ

---

[30] A. Schmölling / M. Deutsch / Büchner, *Die Unstrut – Geschichte(n) vom Fluss zwischen der Sachsenburger Pforte und dem Wendelstein*. Sonderschrift des Heimatvereins ARATORA (Artern 2015), S. 234-236 (Biographisches über den königlich-preußischen Bauinspektor Karl Friedrich Gottlieb Wilhelm Schirlitz [Roßleben]). – Herrn Andreas Schmölling, Artern, sei für die umgehende elektronische Übermittlung der Seiten gedankt.

[31] Schirlitz 1822, S. 12-14; Tab.

[32] Ebd. bzw. Zitat der folgenden Anm. – Bei Heindel 1991, S. 3 Abb. 2b nur ungenau „Gegend um Merseburg“ (auch sonst mehrmals in seinen Arbeiten abgebildet).

[33] Hier die Ausführungen im Wortlaut: „wir ... gedenken zuvörderst einer kleinen Bronze, welche von Herrn Conducteur Schirlitz in rossleben eingesendet worden, wovon wir eine Abbildung Tab. I. mittheilen. Es ist eine männliche Figur in einem eng anschließenden Gewande. Die linke Hand liegt am Griff des kurzen Schwerdts oder Dolchs, der am linken Schenkel herabgeht. Mit beiden Füßen steht die Figur auf einem cylinderförmigen, durchbohrten Fußgestell. Am Rücken befindet sich ein Haken, vom Halse bis zu den Füßen gehend, woraus zu schließen, daß das Bildchen als Schmuck oder Amulet am Gewande getragen worden. Das Ganze ist wohl erhalten und mit grünem Rost überzogen. – Diese Antiquität wurde bei Gelegenheit des Schleußenbaues am Rischmühlenwehr bei Merseburg, ungefähr 4 ½ Fuß unter der Dammerde, unter Knochen verschiedener Thiere, gefunden. Noch tiefer fanden sich Scherben von Aschenkrügen und anderen Gefäßen, von ganz roher Masse, übergegangene Knochen. Sogar ein Mammuthszahn und andere Knochen von ungewöhnlicher Größe und Stärke, wurden 15 bis 16 Fuß tief, auf grobem Kies gelagert, aufgedeckt.“ (S. 12 f.). In der Fußnote * heißt es auf S. 13 f.: „Es könnte auffallend scheinen, daß Aschenkrüge, die sich gewöhnlich nur unter der Oberfläche finden, hier in einer Tiefe von 10 bis 15 Fuß vorkommen, und mit urweltlichen Überresten in so nahe Berührung treten, wenn nicht diese Erscheinung zur Bestätigung diente, daß die Ufer der Saale bei Merseburg und weiter hinab, seit einem Jahrtausend durch Aufschwemmung beträchtlich erhöht worden. Davon zeuge auch die folgende, von Hrn. Schirlitz eben daselbst gemachte Entdeckung: ein uralter Uferbau, zu Ruthen vom dermaligen Saalenufer entfernt, in einer Tiefe von 6 Fuß unter der dermaligen Oberfläche, bestehend aus unbehauenen Stämmen von weichem Holze, die unten zugespitzt, und von rohen Feldsteinen eingefaßt waren. Das Holz, das in dem feuchten Boden hart und versteinert war, verwandelte sich in der Luft in eine korkähnliche Masse. Ebenso giebt auch von der fortwährenden Erhöhung des Saalenufers durch Überschwemmung die alte Kirche in der Vorstadt Neumark bei Merseburg den stärksten Beweis ...“

Schirlitz eine Interpretation der „Antiquität“. Eine konkrete Datierung wurde ebenfalls nicht vorgenommen, aus den stratigraphischen Verhältnissen erschloss er eine jüngere Zeitstellung als die ebenfalls in der Baugrube gemachten Urnenfunde. Im Vergleich mit den Spekulationen über das Tangermünder Stück ist dies ein bemerkenswert frühes Zeugnis einer sachgerechten Fundbeobachtung und Fundbeschreibung, die leider in die gelungene jüngste Zusammenschau dieses geschichtsträchtigen Fundplatzes nicht eingegangen ist.[34]

Der Kemnitzer Fund von 1728

Obwohl die genannten Stücke als Nürnberger Produkte gelten, liegen die beiden Fundorte im heutigen Sachsen-Anhalt. Forschungsgeschichtlich stehen der Merseburger und der Tangermünder Schlüsselringhalter nur an zweiter und dritter Stelle, die Fundgeschichte des ersten bekannten figürlichen Schlüsselringhakens reicht ein weiteres Jahrhundert zurück, er stammte aus dem brandenburgischen Havelland und ist auf besondere Weise mit der Landesgeschichte verbunden:

Abb. 9 Der 1728 bei Kemnitz gefundene figürliche Schlüsselringhalter (Treuer 1729, Taf. nach S. 2). M. ca. 1:1.

[34] A. Becker, Forschungsgeschichte. In: M. Becker u.a., *Merseburg – Seit 7000 Jahren ein guter Standort*. Archäologie in Sachsen-Anhalt, Sonderbd. 8 (Halle 2008), S. 49-68, bes. S. 50 u. S. 155 in gleicher Publikation. Auf den Karten ist die Schleuse auch nicht verzeichnet.

Unweit von Kemnitz, OT von Werder (Havel), stieß man 1728 in einem Grabhügel auf die Reste einer Urne der älteren Römischen Kaiserzeit. Neben einer Steinaxt wurde dem Urneninhalt auch ein figürlicher Schlüsselringhalter mit der Darstellung eines tanzenden oder lustwandelnden Liebes-Paares in modischer Kleidung der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zugeschlagen (Abb. 9).

Abb. 10 Figürlicher Schlüsselringhalter im New Yorker Metropolitan Museum, Inv.-Nr. 68.141.2. – H. mit Ring 11,1 cm; Figurengruppe ca. 5,9 cm; Br. 7,0 cm (Ring) bzw. ca. 2,6 cm (Figuren in Fußhöhe); T. 1,6 cm (nach http://www.metmuseum.org [Suchbegriff: *Key Ring with Lovers*])

Abb. 11 Figürlicher Schlüsselringhalter aus dem Pariser Kunsthandel (*Frasse & Associés*; 16 Rue de la Banque; 75002 Paris; Lot no 42 vom 10.03.10). H. 12,2 cm.

Es war ein Vertreter des am häufigsten vorkommenden Typs von Schlüsselringhaltern, bislang sind 28 Stücke bekannt. Das gleiche Motiv kommt auch in Verbindung einer dreifachen Ösenleiste vor.[35] Die Höhe der Figuren bewegte sich i.d.R. nur zwischen 5,7 und 6,1 cm. Von den fünfzehn Exemplaren mit überliefertem Fundort stammen allein acht aus Bayern.[36]

[35] Mende 2013, 378 f. Nr. 169 mit Abb. 539-540.
[36] z.B. Heindel 1992; Mende 2013, S. 377 Nr. 167 mit Abb. 535-536.

Aus Sachsen-Anhalt ist nur ein Stück aus Havelberg bekannt.[37] Hier seien Vertreter aus der Irwin Untermyer Collection im New Yorker Metropolitan Museum (Abb. 10)[38] und aus dem Pariser Kunsthandel (Abb. 11)[39] zur Seite gestellt, beide ohne Fundangaben aber mit noch daran hängendem Bügel (die letztere Form ist allerdings bisher nur aus Frankreich belegt). Bei dem Kemnitzer Stück war der Haken ebenfalls abgebrochen, jedoch ist es der einzige bislang bekannte Schlüsselringhalter, wo man diesen Schaden mit einem genieteten Blech notdürftig behoben hat.

Der Besitzer des Gutes, Generalmajor Heinrich Carl von der Marwitz (1680-1744)[40], schenkte den Fundkomplex in Dankbarkeit seinem Arzt, dem berühmten Lorenz Heister (1683-1758)[41], der seit 1719 Professor für Medizin und Botanik in Helmstedt war. Dieser überließ die wissenschaftliche Auswertung seinem Kollegen und Altersgenossen *Gottlieb Samuel Treuer* (1683-1743), der an der Universität Helmstedt seit 1713/14 als Professor für Moral und Politik wirkte und gerade 1728 auch zum Professor für Geschichte ernannt worden war.[42] Er legte schon im nächsten Jahr eine monographische Abhandlung über den Komplex in lateinischer Sprache vor. Unter den auf drei hochwertigen Tafeln abgebildeten Fundstücken findet sich auch der Schlüsselringhalter (Abb. 9), dem Treuer fast den ganzen Text gewidmet hat. Treuer, der das Grab – aufgrund eines Münzfundes – richtig in die römische Kaiserzeit datiert hat, glaubte mit der Kleinbronze die Tracht

---

[37] Fiedler 2000, 237 f. mit Abb. 1,1.

[38] Inv.-Nr. 68.141.2.; vgl. Barnes 1975, 29 Nr. 14; http://www.metmuseum.org (Suchbegriff: Key Ring with Lovers)

[39] Frasse & Associés; 16 Rue de la Banque; 75002 Paris; Lot no. 42 vom 10.03.10. Den Hinweis verdanke ich einer E-Mail von Dr. Otto A. Baumgärtel, München vom 08.März 2010.

[40] J. Angelow, *Geschichte und Landschaft. Das märkische Rittergut Kemnitz* (Bad Münstereifel 2000), S. 49 f.; 105 (er war von 1717 bis 1735 Besitzer des Gutes). – Zur Person vgl. auch G. Maercker, *Die von der Marwitz im brandenburgisch-preußischen Heere* (Berlin 1891), S. 19 f.; 53 f. Nr. 5.

[41] *Neue Deutsche Biographie* 8 (Berlin 1969) 458 f. s.v. Heister, Lorenz (G.B. Gruber); H.-R. Jarck (Hrsg.), *Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 8 bis 18. Jahrhundert* (Braunschweig 2006) 332 f.; http://de.wikipedia.org/wiki/Lorenz_Heister.

[42] 1730/31 erhielt er auch einen Sitz in der juristischen Fakultät und die juristische Doktorwürde, 1731 wurde er Hofrat. 1734 wechselte er dann als Professor für Staatsrecht, Moral und Politik an die Universität Göttingen, wo er bis zu seinem Tode lehrte (Paul Zimmermann, Treuer, Gottlieb Samuel. in: *Allgemeine Deutsche Biographie*, herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 38 (1894), S. 582–583, Digitale Volltext-Ausgabe in Wikisource, URL: https://de.wikisource.org/w/index.php?title=ADB:Treuer,_Gottlieb_Samuel&oldid=2507972
oder URL: http://www.deutsche-biographie.de/pnd117415871.html?anchor=adb [Versionen vom 14. März 2016]); tabellarische Aufstellung auch auf der Web-Seite der Georg-August-Universität Göttingen (https://www.uni-goettingen.de/en/103152.html).

der Germanen fassen zu können. Dies bot ihm eine willkommene Möglichkeit, seine umfassenden Kenntnisse der antiken Schriftsteller auszubreiten. Treuers Einordnung hatte sicherlich Gewicht, denn er erfreute sich zu seiner Zeit eines vorzüglichen Rufes (so wurde ein Jahr nach Erscheinen der Schrift von Halle und Wittenberg aus der Versuch unternommen, ihn abzuwerben, was dann vier Jahre später der Universität Göttingen gelang). Wesentlich zur Popularisierung des Kemnitzer Paares hat der 1751 erschienene erste Band der „Historischen Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg“ von Johann Christoph Bekmann (1641-1717) und seinem Großneffen Bernhard Ludwig Bekmann (1694-1760) beigetragen. Letzterer, ein Lehrer am Joachimsthaler Gymnasium in Berlin, hat dem Text eine Germanen-Idylle voranstellen lassen, in deren Vordergrund das Kemnitzer Paar abgebildet ist (Abb. 12), „jedoch auseinander gesezt ..., um daraus die tracht zusehen, deren sich unsere alte vorfahren vornehmen standes bedienet“.[43] Im Text wird noch an weiteren drei Stellen Bezug auf das besagte Fundstück genommen.[44]

Abb. 12 Germanenidylle mit dem Kemnitzer Paar auf dem ersten Blatt des ersten Bandes von Bekmanns „*Historischen Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg*“ (Bekmann 1751).

[43] Bekmann 1751, Sp. 46
[44] Ebd., Sp. 410, 442 (Münze) u. 444-446.

Bemerkenswert ist auch die weitere Berücksichtigung dieses angeblich kaiserzeitlichen Fundkomplexes in der archäologischen Forschung. Von Ledebur führte in seiner 1852 erschienenen Zusammenstellung der „heidnischen Alterthümer des Regierungsbezirks Potsdam“ unter dem Stichwort Kemnitz den Fund an, beschrieb aber ähnlich wie Treuer nur den figürlichen Schlüsselringhalter und dies sehr eingehend.[45] Die anderen bei Treuer abgebildeten Fundstücke fanden keine Beachtung, nur die Münze wurde gemäß Bekmann noch erwähnt.

Zweihundert Jahre nach der Auffindung hielt 1928 der pensionierte Schuldirektor Otto Felsberg (1860-1941) aus Brandenburg/Havel[46] in Magdeburg einen Vortrag über die römische Kaiserzeit und die Völkerwanderungszeit im Elbhavelland, in dem auch der Kemnitzer Schlüsselringhalter behandelt wurde. Er ist sogar in der Druckfassung mit einer groben Umzeichnung der Treuerischen Tafel vertreten.[47] Wenngleich Felsbergs auf der folgenden Seite abgedruckte Beschreibung distanziert ist, äußerte er keine Zweifel an seiner bislang vertretenen Datierung.

Diese müssen aber in diesen Jahren verstärkt aufgekommen sein. Schon Guthjahr schweigt sich 1934 in seiner Arbeit über die ältere Römische Kaiserzeit im Havelland über die Kleinbronze aus.[48] Die von Treuer publizierten kaiserzeitlichen Fibeln wurden dafür als authentisch anerkannt. 1956-1962 wurde in dem Wald „Vogelsangheide“, 1,25 km östlich von Kemnitz, das bekannte Urnengräberfeld ausgegraben, dessen Publikation im Rahmen eines Dissertationsvorhabens durch Horst Geisler erfolgte. Mit guten Argumenten nahm er an, dass auch der Urnenfund von 1728 aus dem Areal desselben Friedhofs stammte.[49] Geisler bildete deshalb auch Treuers

---

[45] v. Ledebur 1852, S. 50 f.

[46] Zur Person: G. Tillack, Der Beginn der Ur- und Frühgeschichtsforschung in der Stadt Brandenburg an der Havel. *Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landesmuseums für Ur- und Frühgeschichte* 31, 1997, S. 31-33 (wiederabgedruckt in: Archäologische Untersuchungen in der Neustadt Brandenburg. Brandenburg Havel 4 [1998], S. 37-39), bes. 32 (mit weiterer Literatur).

[47] O. Felsberg, Die römische Kaiser- und Völkerwanderungszeit im Elbhavelland. in: *Mannus* Ergbd. 7 (Bericht über die zehnte Tagung für Vorgeschichte – Magdeburg, 2. bis 7. September 1928), hrsg. G. Kossinna / C. Engel (Leipzig 1929), S. 123-169, bes. 159 Abb. 20.

[48] R. Guthjahr, *Die Semnonen im Havelland zur frühen Kaiserzeit*. Schriften des Vorgeschichtlichen Seminars der Universität Greifswald 1 (Greifswald 1934).

[49] H. Geisler; Das germanische Urnengräberfeld bei Kemnitz, Kr. Potsdam-Land. Teil II – Text. *Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam* 18, 1984, S. 77-174, bes. 79.

Tafel mit den Fibelfunden in seiner Materialvorlage nochmals ab,[50] das Figurenpaar und die neolithische Steinaxt sonderte er jedoch als „offensichtlich den übrigen Funden beigemengt“ aus,[51] erst 2000 ist dann von „einer wohl mittelalterlichen Metallplastik eines Menschenpaares“[52] die Rede – offensichtlich ohne Kenntnis der einschlägigen Arbeiten von Ingo Heindel, die eigentlich an leicht zugänglicher Stelle publiziert worden sind.[53] Während Heindel und den anderen Bearbeitern der Schlüsselringhalter das altbekannte Kemnitzer Stück entgangen war, erfolgte die korrekte Zuordnung erst 2008 durch Gerd Stoi.[54]

Der weitere Verbleib des Kemnitzer Schlüsselringhalters ist ungeklärt. Ende November 1824 erschien in der Leipziger Literatur-Zeitung eine anonyme Anfrage nach dem Verbleib des „Bildes“. Der Fragesteller sah sich dazu veranlasst, „da in neuerer Zeit zwey ähnliche Alterthumsstücke gefunden worden sind (doch nur zwey Männer, die Frau fehlt), die durch gleiche oder ähnliche Einrichtung auf denselben Zweck hindeuten ...“.[55] Eines der Stücke war sicherlich der seit zwei Jahren publizierte Merseburger Schlüssel-

---

[50] Ders., Das germanische Urnengräberfeld bei Kemnitz, Kr. Potsdam-Land. Teil I. Katalog. *Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam* 8, 1974 (ganz), bes. S. 238 Taf. 104 unten.

[51] Ebd., S. 8.

[52] Ders., Geschichte der archäologischen Forschung. In: *Potsdam, Brandenburg und das Havelland*. Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland 37 (Stuttgart 2000), S. 18-31, bes. 19.

[53] Zumindest Heindel 1990; 1991 u. 1994.

[54] Stoi 2008, S. 93.

[55] Hier auch das vollständige Zitat: „Anfrage. Im Jahre 1728 wurde bey dem Dorfe Kemnitz, ein und eine halbe Meile von Potsdam, in einer zerbrochenen Urne ein überaus merkwürdiges Alterhums-Stück, das Bild eines Mannes und einer Frau, beyde neben einander stehend und sich umfassend, gefunden. Der Besitzer des Gutes, ein Herr von Marwitz, schenkte das Bild dem Dr. *Heister* aus Helmstädt, der ihn in einer schweren Krankheit glücklich behandelt hatte und so kam es in die Hände des Professors *Treuer*, der eine Abhandlung darüber schrieb: *Anastasis veteris Germani Germanaeque feminae cum integro vestitu comparentis, quorum effigies rarissima in urna probe Bostampium cum aliis reliquiis hic exhibitis inventa, nunc ex antiquitatum Germanicarum penu uberius explicatur a Gottlieb Samuele Trevero, Polit. moral. et histor. Prof. publ. Helmstadii. 1979*.4. Dort findet sich auch eine Abbildung, die indessen nicht besonders gerathen, sondern zu schwarz aussieht, und dadurch undeutlich geworden ist. Beckmann, in seiner Beschreibung der Mark Brandenburg, liess, zu der einer Vignette, die beyden Gestalten trennen. – Da in neuerer Zeit zwey ähnliche Alterthumsstücke gefunden worden sind (doch nur zwey Männer, die Frau fehlt), die durch gleiche oder ähnliche Einrichtung auf denselben Zweck hindeuten, so wäre eine Nachricht äussert erwünscht: Wo ist das von Treuer beschriebene und abgebildete und ehedem von Heister zu Helmstädt besessene Bild geblieben, und wo wird es etwa noch aufbewahrt? Eine Nachricht darüber der Redaction des Intelligenz-Blattes dieser Literatur-Zeitung mitgetheilt, würde am sichersten in die Hände des Anfragenden gelangen. Bg.“ (*Leipziger Literatur-Zeitung* Nr. 294 vom 27. November 1824, Sp. 2347 f.).

ringhalter. Das zweite war aller Wahrscheinlichkeit das aus Tangermünde. Entgegen der Aussage von Pohlmann,[56] muss es schon 1824 und nicht erst 1825 gefunden worden sein. Der Anfragende stammte demnach wohl aus der Altmark, er war jedenfalls über das Geschehen in Tangermünde auf dem Laufenden. Er gehörte zu den gelehrten Kreisen und kannte die Literatur (Treuer, Bekmann und die Jahresberichte über die Verhandlungen des Thüringisch-Sächsischen Vereins). Er folgte jedoch nicht den in Tangermünde verbreiteten, gelehrigen Spekulationen, sondern ließ sich von einem antiquarischen Interesse leiten. Er stellte mit den rückwärtigen Haken bzw. Klemmen eine funktionelle Verbindung zwischen allen drei, damals bekannten Exemplaren der figürlichen Schlüsselring-halter[57] her, der er näher nachgehen wollte. Selbst v. Lebedur, der 1838 das Tangermünder Stück eingehend beschrieb, fiel dies nicht auf, als er vierzehn Jahre später das Kemnitzer Stück behandelte. Dieser weit in die Zukunft weisende Scharfblick erlaubt es, in den Fragesteller nur eine Person zu sehen: Johann Friedrich Danneil.

Literaturabkürzungen

Barnes, C.F., Jr.: The household. In: New York (City), The Metropolitan Museum of Art (Hrsg.), *The Secular Spirit: Life and Art at the End of the Middle Ages* (New York 1975), S. 14-67.

Bekmann, J.Ch.: Historische Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg nach ihrem Ursprung, Einwohnern, Natürlichen Beschaffenheit, Gewässer, Landschaften, Stäten, Geistlichen Stiftern u. Regenten, deren Staats- und Religions-Handlungen, Wapen, Siegel und Münzen, wohlverdienten Geschlechtern Adelichen und Bürgerlichen Standes, Aufnehmen der Wissenschafften und Künste in derselben, theils aus schriftlichen und aus Archiven hergenommenen, oder auch gedrukten urkunden, theils aus der erfahrung selbst zusammen getragen und verfasset. Erster Theil, hrsg. und ergänzt von B.L. Bekmann (Berlin 1751; Nachdruck: Berlin 2004).

---

[56] Pohlmann 1829, S. 11.

[57] Zwar wurde 1840 im nahe gelegenen Bergen an der Dumme ein weiteres Stück gefunden (Heindel 1994, S. 263 mit Anm. 2 auf S. 268; 265 Abb. 2), doch fand erst 48 Jahre nach der Anfrage ein weiterer figürlicher Schlüsselringhalter bildlich Eingang in die Literatur (M. Viollet-le-Duc, *Dictionaire raisonné du mobilier français de l'époque carlovingienne a la Renaissance 3: Septième Partie: Vêtements, bijoux de corps, objets de toilette* [Paris 1872], S. 11-14, bes. Abb. 13 auf S. 14; vgl. die dürftige Umzeichnung bei Heindel 1991, S. 2 Abb. 1d).

Beranek, J.: Johann Friedrich Danneil. Seine Verdienste um die Heimat- und Urgeschichtsforschung in der Altmark. Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1969/7 (Reihe L 6) (Halle 1969).

Bertram, M.: Vom „Museum Vaterländischer Alterthümer“ im Schloss Monbijou zur „Sammlung der Nordischen Altertümer“ im Neuen Museum. Die Ära Ledebur 1829 bis 1873. In: Menghin 2005, S. 31-79.

Bertram, M.: Wilhelm Unverzagt und das Staatliche Museum für Vor- und Frühgeschichte. In: Menghin 2005, S. 162-192.

Büsching, J.G.G.: Beschreibung und Deutung eines zu Tangermünde ausgegrabenen sehr merkwürdigen Götzenbildes. Altmärkisches Intelligenz- und Lese-Blatt 19, 1832 (vom 11.5.), S. 154 f.

Heindel, I.: Riemen- und Gürtelteile im westslawischen Siedlungsgebiet. Beiträge zur Ur- u. Frühgeschichte der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg 23 (Berlin 1990).

Heindel, I.: Anthropomorph gestaltete Gürtelbestandteile des hohen und späten Mittelalters. Ausgrabungen und Funde 36, 1991, H. 1, S. 1-7.

Heindel, I.: Ein anthropomorpher Haken aus Freising – Neuer Hinweis zur mittelalterlichen Gürteltracht. Archäologie im Landkreis Freising 3, 1992, S. 67-71 mit Farbtaf. 4 auf S. 52.

Heindel, I.: Neue Hinweise zur mittelalterlichen Gürteltracht – anthropomorphe Gürtelhaken aus der Altmark, Niedersachsen und dem Kulmer Land. Jahresschrift für Mitteldeutsche Vorgeschichte 76, 1994, S. 263-269.

Fiedler, U.: Zwei neue „anthropomorphe Gürtelhaken“ der zweiten Hälfte des 15. und des frühen 16. Jh. aus der Umgebung von Havelberg, Ldkr. Stendal. Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte 83, 2000, S. 237-243.

Junker, H.: Zur Dokumentation archäologischer Sammlungen und Archivierung von Quellenmaterial am Museum für Vor- und Frühgeschichte von 1829 bis 1945. in: Menghin 2005, S. 415-471.

Junker, H. / Wieder, H.: Zur personellen Ausstattung des Museums für Vor- und Frühgeschichte seit 1829. Personalverzeichnis – Kurzbiografien – Stellenübersicht. in: Menghin 2005, S. 513-591.

Ledebur, L. (Freiherr) v.: Das Königliche Museum vaterländischer Alterthümer im Schlosse Monbijou zu Berlin (Berlin 1838).

Ledebur, L. (Freiherr) v.: Die heidnischen Alterthümer des Regierungsbezirks Potsdam. Ein Beitrag zur Alterthümer-Statistik der Mark Brandenburg (Berlin 1852).

Mende, U.: Die mittelalterlichen Bronzen im Germanischen Nationalmuseum. Bestandskatalog (Nürnberg 2013).

W. Menghin; W. (Hrsg.): Das Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte. Festschrift zum 175-jährigen Bestehen. = Acta Praehistorica et Archaeologica 36/37, 2004/05, Berlin 2005.

Meyer, E.: Mittelalterliche Bronzen. Bilderhefte des Museums für Kunst und Gewerbe Hamburg 3 (Hamburg 1960).

Pohlmann, A. (/A. Stöpel): Geschichte der Stadt Tangermünde seit Gründung derselben bis zu dem laufenden Jahre 1829, aus Urkunden und glaubwürdigen Nachrichten (Stendal 1829).

Seger, H.: Johann Gustav Gottlieb Büsching zu seinem 100. Todestage. Altschlesien 2/3, 1929, S. 169-180.

Schirlitz, K.F.G.W.: Jahres-Bericht über die Verhandlungen des Thüringisch-Sächsischen Vereins für Erforschung des Vaterländischen Altertums 2, 1822, 12-14; Tab. 1.

Stoi, G.: Alte und neue Funde anthropomorpher Gürtelklemmen des späten Mittelalters aus Thüringen. Neue Ausgrabungen und Funde in Thüringen 4, 2008, S. 89-94.

Treverus (Treuer), G.S.: Anastasis veteris Germani Germanaeque feminae cum integro vestitu comparentis, quorum effigies rarissima in urna probe Bostampium cum aliis reliquiis hic exhibitis inventa nunc ex antiquitatum Germanicarum penu uberius explicatur … (Helmstedt 1729).

Ein spätmittelalterlicher Schlüsselringhalter im Danneil-Museum Salzwedel

von Ulrich Kalmbach

Im Bestand des Johann-Friedrich-Danneil-Museums Salzwedel befinden sich mehrere Kleinbronzen aus der Zeit vom 12. bis zum 16. Jahrhundert, die in der Regel zum Altbestand des Museums bzw. ursprünglich zu den Sammlungen des Altmärkischen Geschichtsvereins gehören. In Zusammenfassung sind diese Stücke erstmals im Bestandskatalog mittelalterlicher Plastik publiziert worden, den das Danneil-Museum Salzwedel im Jahre 2015 herausgab.[1] Der Autor Dr. Peter Knüvener hatte neben dem Hauptthema, den Bestand der Holzskulpturen zu bearbeiten, dankenswerter Weise auch den Anschub gegeben, die Randgebiete dieses Bestandes mit zu dokumentieren. So entstanden auch einzelne Katalogeinträge von weiteren Autoren, die sich dem Bereich der Textilien und auch der Kleinbronzen widmeten. Das bot sich umso mehr an, da es sich hier nur um wenige, wenn auch sehr interessante und seltene Einzelstücke handelt: ein Weihrauchgefäß[2], ein Bronzekruzifix[3], das Fragment eines Leuchtermännleins[4] und auch eine Miniatur-Bronzebüste mit einem Narrenbildnis[5]. Zu diesen Bronzen gehört auch ein spätmittelalterlicher Schlüsselhalter (Gürtelklemme), der als Fundstück erst in jüngerer Zeit in die Sammlung des Museums kam.[6] Hierzu gab es im Vorfeld bereits intensivere Kontakte zu Herrn Dr. Uwe Fiedler in Berlin, der sich bereits geraume Zeit mit dem Thema der anthropomorphen Schlüsselringhalter beschäftigte. Seiner Anregung und der Hilfe bei der Literaturauswahl wie auch bei den Verweisen auf bislang bekannte Funde aus dem Gebiet der Altmark bzw. des Landkreises Stendal ist es zu danken, dass an dieser Stelle etwas ausführlicher auf dieses Sammlungsstück eingegangen werden kann.

Bei dem hier zu betrachtenden Stück handelt es sich um einen sogenannten Schlüsselhaltern oder Schlüsselringhalter. Die Bezeichnung für derartige Stücke wird in der vorhandenen Literatur recht unterschiedlich gehandhabt, nimmt aber in der Regel Bezug auf die Deutung ihrer konkreten Funktion

---

[1] Knüvener, Peter: Die mittelalterlichen Kunstwerke des Johann-Friedrich-Danneil-Museums. Salzwedel, Berlin 2015.
[2] Knüvener 2015, S. 155, Kat. Nr. 56; Inv. Nr.: H 1201, Ahlum.
[3] Knüvener 2015, S. 153 f., Kat. Nr. 55; Inv. Nr.: VI/83/78, Umfelde.
[4] Knüvener 2015, S. 170 f., Kat. Nr. 64; Inv. Nr.: VI/99/96.
[5] Knüvener 2015, S. 172, Kat. Nr. 65; Inv. Nr.: VI/98/95.
[6] Knüvener 2015, S. 172, Kat. Nr. 63; Inv. Nr.: H 1309.

als Hilfsmittel zur Befestigung von Gegenständen (u.a. Schlüssel) am Gürtel. Es wird dabei auch von anthropomorphen oder figürlichen Gürtelhaken, Gürtelklemmen, Schüsselringaufhängern oder Schlüsselhaken gesprochen.
Die von Uwe Fiedler in diesem Jahresbericht verwendete Bezeichnung figürlicher Schlüsselringhalter wird hier – wegen des Fehlens von Schlüsselringen bei dieser Vorrichtung – verkürzt, analog zu Karl Simon (1926) und Robert Koch (1999).

Der bei Salzwedel gefundene figürlich gestaltete Schlüsselhalter ist ein Bronzeguss. Die flache 7,1 cm hohe Kleinbronze zeigt im Halbrelief eine stilisierte, aufrecht stehende männliche Person mit angewinkelten, in die Hüfte gestemmten Armen. In den Armbeugen entstehen zwei runde Durchbrüche in der ansonsten kompakt gehaltenen Gestaltung. Auf der Rückseite ist in Kopfhöhe der Rest eines ehemals vorhandenen, jetzt abgebrochenen Hakens zu sehen, der zum Festklemmen auf dem Gürtelriemen diente. Die Figur steht auf einer Leiste mit drei großen kreisrunden Ösen. Dabei gehen die Beine ohne eine sichtbare Fußausprägung in die Ösenleiste über.
Die Kleidung und Gesichtszüge sind nach dem Guss durch tief eingeschnittene Kerben ziseliert worden. Die Kleidung des Mannes besteht offensichtlich aus einem schlichten kurzen, an der Hüfte gegürteten Wams. Der breite V-förmige Ausschnitt reicht bis zum Gürtel. Die Ärmel sind sehr weit ausgestellt. Unter dem Gürtel ist der geraffte Stoff in drei nach unten fallenden Falten sichtbar. Bei ähnlichen Fundstücken werden die das Gesicht einrahmenden Linien als Andeutung einer Gugel, einer kapuzenartigen Kopfbedeckung, ausgelegt. Das ist nicht ganz auszuschließen, hier jedoch aufgrund der relativ groben Ausführung nicht anzunehmen.[7] Die Datierung des Stückes erfolgt nach den sichtbaren Merkmalen der Kleidung. Sie wird bei den vergleichbaren Stücken mit Ende des 15. Jahrhunderts bzw. bis um 1500 angegeben.

Der Schlüsselringhalter ist ein Bodenfund und kam als Schenkung im Jahre 2012 in den Bestand des Museums. Er ist seitdem dort in der Dauerausstellung zu sehen. Der Fundort des Hakens liegt in der Gemarkung Salzwedel, nördlich der Straße von Salzwedel nach Gerstedt, in Höhe des Abzweiges der Heerstraße, dort auf dem freien Felde.[8] In diesem Bereich finden sich mehrere historische Wegführungen.

---

[7] Inv. Nr.: Danneil-Museum H 1309; 15. Jh., Bronze, H: 7,1 cm (gesamt), B: 3,6 cm (Ösenleiste), B: 2,5 cm (Ellenbogen), T: 0,5 cm (Körper), T: 1,0 cm (Kopf mit Haken), G: 18,0 g.
[8] Finder Fred Sölle, August 2012, Fundbericht an das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt durch Lothar Mittag am 1.3.2016.

Zu dem Salzwedeler Schlüsselringhalter gibt es bislang nur wenige Vergleichsobjekte. Ein entsprechendes Stück konnte in einer Publikation über Schlüssel, Schlösser und Beschläge aus dem Jahre 1977 gefunden werden. Dieses dort als Schlüsselhaken bezeichnete Stück stammt aus der Sammlung des Bayerischen Nationalmuseums ohne dass hier der Fundort bekannt ist.[9] Im Jahre 1991 verzeichnet Ingo Heindel ein ähnliches Stück nach einer älteren Publikation, das aus Unterleinleiter im Landkreis Forchheim stammt.[10] Über ein Fundstück des Salzwedeler Types aus dem ungarischen Ort Nagyvázsony[11] berichtet Zsuzsa Lovag 1999 in ihrem Katalog mittelalterlicher Bronzegegenstände.[12] Weitere ähnliche bzw. entsprechende Stücke sind in einem jüngeren Bestandskatalog des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg aus dem Jahre 2013 veröffentlicht. Hier stellte die Autorin Ursula Mende dreizehn als Schlüsselhaken bezeichnet Bronzen vor.[13] Vier davon entsprechen in ihrer Grundgestalt bzw. Typus dem Salzwedeler Stück, eines davon gleicht ihm ganz offensichtlich fast völlig, die anderen weisen eine stärker ausgeprägte Plastizität auf, bei der auch die Füße erkennbar sind. Bei dem fast identischen Exemplar handelt es sich um einen Fund aus Dinkelsbühl aus dem Jahre 1909.[14] Daneben sind gegenwärtig noch fünf weitere Stücke bzw. Funde aus Nabburg, Radeweise und Rückersdorf, sowie im Berliner Kunstgewerbemuseum und in der Sammlung M. Goerig bekannt.[15]
Aus der Altmark bzw. angrenzenden Gebieten stammen relativ viele der figürlichen Schlüsselhalter. Keiner dieser Funde gehört zum Salzwedeler Typus. Dabei ist generell zu verzeichnen, dass es sich in der Tat bislang um seltene Fundstücke handelt. Das unterstreicht noch einmal die Bedeutung

---

[9] Inventarnummer MA 3031, H: 7,0 cm; Sigrid Canz: Schlüssel, Schlösser und Beschläge. Wuppertal 1977. S. 106. Katalognummer 51. Die Fundumstände sind unbekannt. (mail Raphael Beuing vom 18.9.2012.)
[10] Heindel, Ingo: Anthropomorph gestaltete Gürtelbestandteile des hohen und späten Mittelalters. In: Ausgrabungen und Funde, 36/1, 1991, S. 3, Abb. 2a.
[11] Nagyvázsony (Zsófia, puszta Kom. Veszprem)
[12] Lovag, Zsuzsa: Mittelalterliche Bronzegegenstände des ungarischen Nationalmuseums. Budapest 1999. S. 93/ 233, Katalognummer 247.
[13] Mende 2013, S. 368-378, Kat. Nr. 158-170.
[14] Mende 2013. S. 375. Kat. Nr. 165, Schlüsselhaken: Jüngling.
[15] Hinweis Uwe Fiedler (mail vom 4.10.2104): Dinkelsbühl (Lkr. Ansbach, Bayern); Unterleinleiter, Flur Klebholz (Lkr. Forchheim; Bayern); Nagyvázsony, Zsófia puszta (Kom. Veszprém, Ungarn); Museum München; Nabburg, Bahnhofsstr. 15 (Lkr. Schwandorf, Bayern); Radeweise/sorb. Radojz od. Radowis (1986 im Zuge der Ausweitung des Tagebaus Welzow-Süd aufgelassen; Lkr. Spree-Neiße, Brandenburg) (Stiftung Stadtmuseum Berlin [ehem. Märkisches Museum], ausgeliehen an das Brandenburgische Archäologische Landesmuseum und in Brandenburg/Havel ausgestellt), Rückersdorf bei Röthenbach a. d. Pegnitz, Hauptstr. 31 (Lkr. Nürnberger Land, Bayern); Berliner Kunstgewerbemuseum (Inv.-Nr. F 935); Sammlung M. Goerig. Die Stücke mit stärker ausgeprägter Plastizität sind in dieser Aufzählung nicht inbegriffen.

auch des Salzwedeler Schlüsselhalters. Bislang sind folgende Stücke nachgewiesen worden, die vor allem aus der östlichen Altmark bzw. dem Landkreis Stendal stammen und in einem Fall nahe der heutigen Landesgrenze bei Salzwedel in Niedersachsen gefunden wurden. Hierbei handelt es sich um die Fundorte Bergen anm der Dumme,[16] Briest,[17] Grobleben,[18] Havelberg,[19] Klinke, Sandau[20], Storkau[21] und Tangermünde[22].
Die Funde aus Storkau und Klinke stammen aus dem Fundnachlass des Stendaler Bodendenkmalpflegers Dietmar Ludwig (1934-2015) und befinden sich im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt bzw. im Museum für Vorgeschichte in Halle.[23] Aus Havelberg bzw. Sandau sind zwei Stücke bekannt, die aus Privatbesitz stammen und in der Dauer-Ausstellung des Prignitz-Museums in Havelberg ausgestellt sind.[24] Auf die Funde aus Briest und Grobleben verwies Ingo Heindel in seiner Arbeit von 1990 und in einem Beitrag von 1994. Sie befinden sich heute im Depot des Museums Wolmirstedt.[25] Heindel publizierte in letzterem Beitrag auch den wiederentdeckten Fund aus dem niedersächsischen Bergen an der Dumme, der im Magazin des Berliner Museums für Vor- und Frühgeschichte aufbewahrt wird.

Es gibt zwar mehrere neuere Zusammenstellungen vornehmlich archäologischer Fundstücke[26] und seit 2013 ist auch der umfangreiche Bestand im Nürnberger Nationalmuseum kompetent publiziert (s.o.), doch fehlt noch eine übergreifende Aufarbeitung der Schlüssel(ring)halter/Gürtelklemmen bzw. -haken/Schlüsselhaken. Mittelfristig ist allerdings eine zusammenfassende Publikation in Vorbereitung.[27] Ingo Heindel gruppierte in seinem Beitrag von 1994 die bis dahin bekannten Funde in vier verschieden gestalteri-

---

[16] Heindel 1994, S. 263, 265, 267.
[17] Heindel 1994, S. 263.
[18] Heindel 1994, S. 263.
[19] Fiedler 2000.
[20] Fiedler 2000.
[21] E-mail Uwe Fiedler v. 18. Februar 2016.
[22] Beitrag Fiedler in diesem Band.
[23] Nach einer Information von Ulf Frommhagen gab es einen Fund von Dietmar Ludwig aus Borstel. Hierbei handelt es sich aber möglicherweise aber um eine Verwechselung mit dem Stück aus Klinke.
[24] Fiedler 2000, telefonische Mitteilung Antje Reichel vom 23.3.2016.
[25] Dies wurde U. Fiedler durch den ehem. Museumsmitarbeiter Maik Tews bestätigt.
[26] Stoi 2008; Bude 2012; Gräf 2012.
[27] Siehe Beitrag Fiedler in diesem Heft, Fußnote 21.

sche Grundtypen mit Untergruppen. Nach dieser Einteilung gehört das Salzwedeler Stück zur Gruppe 2a.[28]
In der Literatur wird bei der Funktionsbeschreibung meist die konkrete Verwendung als Schlüsselhalter vorausgesetzt. Dabei gibt es bei den bekannten Gürtelklemmentypen neben den unterschiedlichen figürlichen Grundgestaltungen auch noch andere grundsätzliche Unterschiede. Nur der geringere Teil der Halter besitzt eine längs zum Gürtelriemen verlaufende Ösenleiste wie das Salzwedeler Stück, die Mehrheit der Stücke weist eine große Öse längs des Gürtelriemens auf, in die der Schlüsselring eingehängt werden konnte, der wiederum auch parallel zum Gürtelriemen herabhing.
Zu den Dingen, die an solchen Gürtelhalterungen befestigt waren, gehörten neben den üblicherweise angenommenen Schlüsseln wohl auch andere Utensilien wie Messer und Taschen.[29] Zwar gibt es eine stattliche Reihe von Bildzeugnissen, die die große Bedeutung dieser Utensilien für die Frauentracht des 15. und 16. Jahrhunderts belegen (es sei hier auch an die Schlüsselgewalt der Hausfrau erinnert), doch fehlen historische Bildquellen, auf denen solche Schlüssel(ring)halter abgebildet sind.[30]
Nähere Anschauung über die konkrete Verwendung einer solchen Gürtelhalterung mit längs zum Gürtelriemen verlaufender Ösenleiste wie beim Salzwedeler Objekt zeigt ein Fundstück aus dem nahe der Altmark gelegenen Bergen an der Dumme. Der dortige Halter unterscheidet sich zwar durch die extrem stilisierte figürliche Gestaltung und, unwesentlich für die Funktion, dadurch, dass hier nur zwei statt drei Ösen im Sockel angebracht worden sind. Jedoch geben die hier an diesen Ösen noch befestigten 62 bzw. 63 cm lange, in Haken endenden Ketten[31] einen sichtbaren Deutungsvorschlag für den Alltagsgebrauch. An diese konnten dann Schlüssel oder auch andere Gegenstände eingehängt und zur Nutzung vorgehalten werden.[32]

Die Produktionsorte solcher Schlüssel(ring)halter/ Gürtelklemmen sind nicht konkret bekannt. Üblicherweise werden solche Bronzegüsse als aus Nürnberg stammend angenommen. Hierfür spricht sich Ursula Mende gera-

---

[28] Typ 1: männliche Personen mit langen kaftanähnlichen Gewändern und rundlicher Kappe als Kopfbedeckung; Typ 2 a: männliche Personen mit Gugel, V-förmigem Wamsausschnitt und Hüftgürtel; Typ 2 b: Mann mit ritterlicher Kleidung und Dolch; Typ 3: tanzende oder sich umarmende Paare; Typ 4: Mann in italienischer Mode Ende des 15. Jh. mit langen gelockten Haaren.
[29] U. Fiedler u. G. Stoi zitieren hierzu die Dissertation von I. Fingerlin von 1970. Fiedler 2000, S. 240; Stoi 2008, S. 91.
[30] Dies wurde U. Fiedler telefonisch auch durch die Kunsthistorikerin U. Mende bestätigt.
[31] Längenangabe durch U. Fiedler.
[32] Vgl. Heindel 1994, S. 267, Abb. 4,1.

de bei der Gruppe mit dem Stück aus Dinkelsbühl aus.[33] Zum einen gibt es im weiteren Nürnberger Einzugsbereich eine relativ größere Fundanzahl (man kann beinahe von einer Serienproduktion sprechen), andererseits war Nürnberg tatsächlich ein bekanntes Zentrum der Gelbgießerei. Konkrete Belege dafür wie Gussformen oder Rohlinge gibt es allerdings nicht. Der Guss solcher relativ einfachen Formen könnte natürlich auch in kleineren Gießereien anderer Städte vorgenommen worden sein. Für eine lokale Produktion sprechen gerade die stark stilisierten Funde aus der Altmark (Bergen an der Dumme, Briest, Grobleben, Klinke, Sandau und Storkau). In seinem Beitrag von 1994 stellte Ingo Heindel auch die Überlegung an, ob die Herstellung solcher Gürtelhalterungen möglicherweise auch im Zusammenhang mit dem hansischen Handelsraum stehen könnte.[34] Diese Hypothese wäre zwar sehr reizvoll, lässt sich aber in keiner Weise auch nur ansatzweise bekräftigen. Ungeklärt ist auch die Frage, warum insgesamt überhaupt so wenige solcher Stücke überliefert sind. Ebenso wäre sicher noch zu untersuchen, inwieweit diese Artefakte alltagstauglich waren.
Unabhängig von den noch offenen Fragen, stellt der Fund aus Salzwedel trotzdem eine schöne Bereicherung der Dauerausstellung zur Mittelaltergeschichte im Salzwedeler Danneil-Museum dar.

Literatur

Beran, Antonia: Mittelalterliche Kleinbronzen aus der Sammlung des Kreismuseums des Jerichower Landes in Genthin. In: H.-J. Beier / Th. Weber (Hrsg.), Altes und Neues – Vom Museum in den Landtag. Festschr. V. Schimpff. Beiträge zur Ur- u. Frühgeschichte Mitteleuropas 76. Langenweißbach 2014, S. 191-194.

Budde, Thomas: Ein spätgotischer Schüsselringanhänger mit Marienfigur. Neue Einblicke in die Fundgruppe der „anthropomorphen Gürtelklemmen“. Arch. Niedersachsen 15, 2012, S. 141-144.

Fiedler, Uwe: Zwei neue „anthropomorphe Gürtelhaken" der zweiten Hälfe des 15. und des frühen 16. Jh. aus der Umgebung von Havelberg, Ldkr. Stendal. Jahresschrift für Mitteldeutsche Vorgeschichte 83, 2000, S. 237-243.

Goerig, Michael: Historische Schlösser Schlüssel Beschläge von A bis Z. Handbuch für Sammler, Restauratoren und Liebhaber. Berlin, Brandenburg 2010.

[33] Mende 2013, S. 374.
[34] Heindel 1994, S. 266.

Gräf, Daniela: Zwei Neufunde anthropomorph gestaltete Gürtelklemmen aus Sachsen. Archaeo 9, 2012, S. 52-54.

Heindel, Ingo: Riemen- und Gürtelteile im westslawischen Siedlungsgebiet. Beiträge zur Ur- und Frühgeschichte der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg 23. Berlin 1990.

Heindel, Ingo: Anthropomorph gestaltete Gürtelbestandteile des hohen und späten Mittelalters. Ausgrabungen und Funde, 36/1, 1991, S. 1-7.

Heindel, Ingo: Neue Hinweise zur mittelalterlichen Gürteltracht – anthropomorphe Gürtelhaken aus der Altmark, Niedersachsen und dem Kulmer Land. Jahresschrift für Mitteldeutsche Vorgeschichte 76, 1994, S. 263-269.

Koch, Robert: Figürliche Schlüsselhalter des späten Mittelalters. In: ... nicht eine einzige Stadt, sondern eine ganze Welt ... Nürnberg – Archäologie und Kulturgeschichte, hrsg. B. Friedel / C. Frieser. Büchenbach 1999, S. 263-267.

Lovag, Zsuzsa: Mittelalterliche Bronzegegenstände des Ungarischen Nationalmuseums. Catalogi Mus. Nationalis Hungarici, Ser. Arch. 3. Budapest 1999.

Mende, Ursula: Die mittelalterlichen Bronzen im Germanischen Nationalmuseum. Bestandskatalog. Nürnberg 2013.

Simon, K.: Figürliches Kunstgerät aus deutscher Vergangenheit, Königstein i. T., Leipzig 1926.

Stoi, Gerd: Alte und neue Funde anthropomorpher Gürtelklemmen des späten Mittelalters aus Thüringen. Neue Ausgrabungen und Funde in Thüringen 4, 2008, S. 89-94.

Abb. 1 Schlüsselringhalter aus Salzwedel (Foto: Ulrich Kalmbach)

Die Evangelistenbilder am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel

von Rudolf Bönisch

Vorbemerkungen

Spätestens seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist bekannt, dass viele Bildwerke aus Renaissance und Barock an den Altären, Kanzeln, Taufsteinen, Emporen und Kassettendecken in den Kirchen auf druckgraphischen Vorlagen beruhen. Die jeweiligen Maler haben als Motivwahl und Grundlage für ihre Werke überwiegend Kupferstiche genutzt. Mit einem Aufsatz über die umfangreichen Bildwerke in St. Stephani Helmstedt und deren graphische Vorlagen von Jost Amman, Maarten de Vos, Jan Sadeler, Crispijn de Passe, Matthäus Merian u. a. hat Hermann Oertel (1974) hingewiesen. Für ein größeres Gebiet in Schleswig hat diese Verfahrensweise Claudia Annette Meier (1984) bei der Zusammenstellung der Altäre und Kanzeln des Bildschnitzers Heinrich Ringerink vorgestellt. Der Autor hat in mehreren kleineren Beiträgen zunächst exemplarisch (2015 und 2016) darauf hingewiesen, dass diese Kopiermethode im 17. und anfänglichen 18. Jahrhundert auch in den Kirchen der Niederlausitz und deren angrenzenden Gebieten umfangreich und flächendeckend angewendet wurde. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Kupferstiche flämischer Meister, aber z. B. auch von Albrecht Dürer. Für Salzwedel hat Peter Knüvener (2012) dargestellt, dass bereits bei der Erschaffung des großen spätgotischen Retabels in St. Marien zwischen 1479 und 1483 entstandene Kupferstiche von Martin Schongauer als Grundlage für die einzelnen geschnitzten Szenen, z. B. die Höllenfahrt und die Kreuztragung (Abb. 1), dienten. Ulrich Schöntube (2008) weist für St. Marien nach, dass die reichen Bilderzyklen an den Emporen Vorlagen von Matthäus Merian d. Ä. (Druckausgabe von Johann Ammon) hatten. Damit lag es nahe zu prüfen, ob sich der Maler der 32 manieristischen Bilder biblischer Personen am gotischen Chorgestühl dieser Kirche auch druckgraphischer Vorlagen bediente. Die Anregung für die Untersuchung kam durch ein von Anja Seliger (2014) in einer brandenburgischen Kulturzeitschrift abgedrucktes Bild dieses Gestühls. Darauf wurden Evangelistenbilder entdeckt, die wohl nach gleichen Malvorlagen wie an Kanzeln mehrerer Kirchen Südbrandenburgs und Sachsens entstanden sein könnten. Nachfolgender Beitrag stellt die druckgraphischen Vorlagen und deren Kopien zur Ausschmückung des Chorraumes in St. Marien Salzwedel und mehrerer Kanzeln im Osten Deutschlands im Detail vor.

Das Chorgestühl in St. Marien Salzwedel

Die evangelische Hauptpfarrkirche St. Marien in Salzwedel ist als fünfschiffige Backsteinbasilika mit Querhaus, lang gestrecktem Chor und hohem Westturm sowie hoch aufragenden quer gestellten Giebeln über dem Querhaus und den Seitenschiffen ein hervorragendes Beispiel einer aus romanischen und spätgotischen Erweiterungsbauten zusammengefügten Kirche mit einer Ausstattung des 15. bis 18. Jahrhunderts. Dazu gehört das den Chor beherrschende große Schnitzretabel mit fast vollständig erhaltener originaler Fassung aus der Zeit um 1510, eine Bronzetaufe von 1520, eine Triumphkreuzgruppe und eichenes Chorgestühl aus der Mitte des 14. Jahrhunderts. Die oberen Teile der Wangen sind mit vollplastischen Figuren verziert, wozu der Sündenfall, die Eherne Schlange, die Kundschafter mit der Traube, David und Goliath (Nordseite) und eine törichte Jungfrau mit Synagoge, die Verkündigung an Maria, eine kluge Jungfrau mit Ecclesia sowie die Marienkrönung (Südseite) gehören.

Die Blendnischen der Dorsale sind mit manieristischen Bildern biblischer Personen bemalt. Auf der Nordseite sind 16 Bilder der Propheten Esaias (Jesaja), Jeremias, Ezechiel, Daniel, Hoseas, Joel, Amos, Obidias, Jonas, Michcas, Nahum, Habakuck, Zephanias, Haggai, Zacharias und Maleachi zu sehen. Vom Altar in Richtung Kirchenschiff sind damit die Zwölfpropheten, dann Daniel und die drei Hinteren Propheten aufgereiht. Auf der gegenüber liegenden Südseite finden sich ebenfalls 16 Bilder. Wiederum vom Altar zum Kirchenschiff sind Salvator mundi, Petrus, Andreas, Jacobus major, Johannes, Philippus, Bartholomäus, Matthäus, Thomas, Jacobus minor, Simon, Judas Taddäus, Matthias, Paulus, Markus und Lukas zu sehen. Das sind damit Christus, die 12 Apostel mit den Evangelisten Johannes und Matthäus darunter, Paulus und die beiden Evangelisten Markus und Lukas (Abb. 2). Die Namen der dargestellten biblischen Personen stehen jeweils im Spitzbogen über den Köpfen und unter den Bildern sind Spruchfelder mit lateinischen Texten angebracht.

Die Sandsteinkanzel wurde 1581 errichtet und 1604 gefasst. Die Brüstungen der Emporen von 1581 und 1682 wurden 1686 und 1692 mit biblischen Szenen, allegorisch-emblematischen Gemälden und Stifterbildnissen bemalt. Der große Orgelprospekt stammt aus der Werkstatt des Berliner Orgelbaumeisters Joachim Wagner von 1748 - 1752. Zahlreiche Grabsteine und Epitaphien aus der Barockzeit ergänzen die reiche Ausstattung.

Die druckgraphischen Vorlagen der Evangelistenbilder

Für die Bilder der vier Evangelisten Matthäus, Markus, Lukas und Johannes am Chorgestühl konnten die druckgraphischen Malvorlagen aufgefunden werden (Abb. 3, 5, 7 und 9). Dabei handelt es sich um Kupferstiche, die in einer Serie von Theodor Krüger aus Hamburg 1615 gestochen und herausgegeben und später nochmals mit veränderten Titeln von Paul Fürst in Nürnberg vertrieben wurden. Die vier Kupferstiche der Evangelisten sind auf dem Blatt des Johannes mit „Theo. Krüger Hamburg: sculpebat. 1615“ signiert. Theodor Krüger, der sich auch Crüger schreibt, hat damit diese Bilder gestochen. Er wurde um 1575 in Hamburg oder München geboren und ist am 23.1.1624 in Rom gestorben. In Italien soll er sich bei F. Villamena gebildet haben. Einer der wenigen Anhaltspunkte für seinen Aufenthalt vor der Tätigkeit in Italien ist die zitierte Angabe auf dem Kupferstich des Evangelisten Johannes. Krüger hat dann 1618 den Stich „Das Leben und den Tod Johannes des Täufers“ nach einem Fresco in Florenz gestochen, was auf seinen Italienaufenthalt verweist. Von ihm sind noch einige andere Blätter christlicher Motive bekannt, die auch in Italien entstanden sind.

Die vier Stiche der Evangelisten sind mit einem blumenornamentreichen Rahmen versehen, wobei jeweils im oberen Rand die Miniaturdarstellung biblischer Szenen eingearbeitet ist. Auf dem Blatt des Matthäus ist ein mit Abraham, David und Christus beschrifteter Stammbaum, auf dem Blatt des Markus sind der Gekreuzigte mit Maria und Johannes, bei Lukas die Anbetung der Hirten und bei Johannes die Auferstehungsszene mit den zum Grab kommenden drei Frauen zu finden. Diese Bildchen entsprechen Typuskapiteln der jeweiligen Evangelien. Die Stiche von Theodor Krüger tragen auf dem Beschriftungsfeld neben dem Namen der Evangelisten - bei Markus und Lukas zusätzlich die Bezeichnung Apostel - auch lateinische Texte.

Eine weitere Ausgabe dieser vier Kupferstiche ist auf dem Blatt des Matthäus mit „Paulus Fürst excudit“ gezeichnet. Paul Fürst wurde am 7.2.1608 in Nürnberg getauft, erbte 1637 ein Kunstgeschäft und gab bereits seit 1635 Bilderbögen, Flugschriften und Kupferstichsammlungen heraus. Er beging am 11.9.1666 in Nürnberg Selbstmord. Seine Buchhandlung existierte bis zum Jahr 1703/04 unter dem Namen „Paul Fürst Wittib und Erben“ weiter. Es hat den Anschein, als ob der Verleger und Buchhändler Paul Fürst diese vier Kupferplatten von Theodor Krüger aus Hamburg direkt oder über Zwischenhändler erworben hat, um diese neu zu editieren. Auch wenn dieses nur ein Spezialist endgültig entscheiden kann, scheinen für den Neudruck der Porträts die alten Platten Krügers Verwendung gefunden zu haben. Fürst hat lediglich die Schriftfelder mit den lateinischen Texten herausschneiden und durch die Namen der Evangelisten auf neu eingefügten Teilplatten ersetzen lassen. Diese Verfahrensweise wird gestützt durch die Kenntnis, dass Paul Fürst 1653 von Johann Siebmacher hunderte Kupferplatten erwarb und diese in

fünf Teilen nach dem Druck von Christoph Gerhard von 1655 bis 1665 als Wappenbücher herausgab. Somit können die undatierten Stiche der Evangelisten frühestens 1637, aber auch erst in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts in Nürnberg herausgegeben worden sein. Die von Paul Fürst in Nürnberg herausgegebenen Stiche tragen im Beschriftungsfeld jeweils nur die Namen der Evangelisten.

Die in der Herzog August-Bibliothek Wolfenbüttel befindlichen Stiche der vier Evangelisten sind zwischen 21,1 und 21,9 cm breit und zwischen 28,5 und 29,6 cm hoch und aus einem Band herausgelöst, wobei sie teilweise noch mit Bindfaden verbunden sind. Die Bögen sind 38,9 x 30,2 cm groß. Die Stiche von Theodor Krüger im Museum Catharinenconvent Utrecht werden sämtlich mit einer Größe von 22,0 x 29,5 cm angegeben. Diese Maße sprechen zumindest nicht gegen die Verwendung der gleichen Platten für den Druck bei Paul Fürst.

Da es bisher kein Verzeichnis der von Paul Fürst verlegten Kupferstiche, z. B. in Form der Bände „Hollstein Dutch & Flemish etchings, engravings and woodcuts ca. 1450 – 1700“ gibt, fehlt auch ein Verzeichnis der heute noch vorhandenen Kupferstiche dieser vier Motive mit deren Archivierungsorten. Bekannt ist, dass die Kupferstiche in Originalabdrucken von Paul Fürst in der Herzog August-Bibliothek in Wolfenbüttel und die Krügerschen Stiche im Museum Catharinenconvent Utrecht vorhanden sind. Allerdings werden diese von Theodor Krüger gezeichneten Stiche im Museum Utrecht unter Dietrich Krüger, der nach dortigen Angaben von 1575 bis 1624 in der Region Hamburg gelebt haben soll, geführt. Damit wird ein Problem bezüglich dieses Kupferstechers deutlich. Bereits das Künstler-Lexikon (1808) führt an, dass der deutsche Kupferstecher Krüger mit dem Vornamen Theodor oder Dietrich vorkommt. Auch das „Monogramm-Lexikon“ von J. Heller (1831) bringt keine Lösung für dieses Problem. Interessant dürfte aber sein, welche Stiche von Dietrich Krüger noch geschaffen wurden, wann diese entstanden und verlegt wurden. Für diese Recherche wurde das „Virtuelle Kupferstichkabinett“ (`Herzog August-Bibliothek) genutzt.

Dietrich Krüger hat auch 1613 Johannes Wild aus der Region Nürnberg (D. Krüger scalpsit), 1613 den in Nürnberg verlegten Stich „Christuskind mit dem Johannesknaben“ (Dieterich Krüger sculp. A. 1613), 1614 das Bild „Christus in Gethsemane“ vom Maler Dionisio Calvart (Denix Calvart) (Dietrich Kruger sculptor.), 1613 ein Porträt seines Nürnberger Verlegers Balthasar Caimox (geb. 6.1.1561 in Brabant, gest. 7.3.1635 in Nürnberg) gestochen (Ditrich Kruger fecit), auf dem wohl das Datum in römischen Zahlen im Jahr des Ablebens des Dargestellten auf 1635 (MCLXIIV in MCLXXXV) geändert wurde. Weiterhin hat Dietrich Krüger die von Gabriel Wagner entworfenen und Balthasar Caimox in Nürnberg verlegten Stichserien der „Tugenden“ (6 Blatt, D: Kruger: Sculp., 1614) und der Jahreszeiten (4 Blatt, Ditrich Kruger Scul., 1613, 2 verschiedene Ausgaben) gestochen. 1614 hat Dietrich Krüger auch noch den Stich „Fruchtbündel“ (Ditrich Krüger fetcit

1614) geschaffen, den auch Balthasar Caimox verlegt hat (Bestand in der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin Inv.-Nr. OS 84.3). Am 11.4.1614 erhielt Krüger vom Nürnberger Rat eine finanzielle Unterstützung für seine Kunst.

Weiterhin wurde von Dietrich Krüger die aus 14 Blatt bestehende Kupferstich-Serie „Christus und die Apostel“ (Ditrich Krüger sculpsit) und das Blatt „Mariae Verkündigung“ (D Krüger Sculp) geschaffen und von Paul Fürst in Nürnberg herausgegeben. Das Jahr der Entstehung wie das Jahr der Herausgabe dieser Stiche (Paulus Fürst Excudit.) sind nicht bekannt. Damit folgt die Herstellung der Evangelisten-Stiche 1615 unmittelbar der nachweisbaren Schaffenszeit von Dietrich Krüger, die nur die beiden vorangehenden Jahre 1613 und 1614 betreffen. Somit könnte sich Dietrich Krüger mit dem mutmaßlichen Ortswechsel von Nürnberg (bei Verleger Balthasar Caimox) nach Hamburg im Jahre 1615 den Vornamen Theodor gegeben haben. Paul Fürst hat dann Krügers Stichserien „Jahreszeiten“ (1613), „Tugenden“ (1614) und „Evangelisten“ (1615) nach seiner Geschäftsübernahme 1637 mit seinem Namen als Verleger versehen und herausgegeben. Als Gegenstand dieses Aufsatzes wird es nicht gesehen zu untersuchen, ob die Machart der von Balthasar Caimox verlegten Stiche mit der der von Paul Fürst verlegten Stiche, dabei besonders der mit „Theodor“ signierten Evangelisten-Bilder, übereinstimmt.

Außerdem wurde der Stich des Evangelisten Markus in einem Bildband ähnlichem Katalog des Antiquariats Bibermühle von Dr. Heribert Tenschert in Ramsen (Schweiz) abgedruckt (2004). Darin wird eine in Nürnberg herausgegebene Bibel des Johann Andreas Endters Söhne von 1690 mit über 600 Illustrationen vorgestellt. In dieser Bibel ist nach Angaben des Antiquars ein Bogen u. a. mit den Kupferstichen der Evangelisten eingebunden. Ohne dieses Werk bisher in Augenschein genommen zu haben, könnte diese Information darauf hindeuten, dass ein (Nach-) Druck der Platten von Paul Fürst auch noch relativ spät im 17. Jahrhundert erfolgte.

Vergleich der Kupferstiche mit der Dorsalbemalung des Chorgestühls in Salzwedel

Die vier Evangelistenbilder der barockzeitlichen Bemalung in St. Marien Salzwedel füllen entsprechend aller anderen 28 Porträts je ein oben spitzbogig abgeschlossenes Feld der Dorsale des südlichen Chorgestühls. Dabei beträgt die Größe der Bilder mit den an der Basis befindlichen Schriftfeldern für Matthäus, Markus und Johannes in der Breite zwischen 58,0 und 59,0 cm und in der Höhe zwischen 106,0 und 109,0 cm. Lukas als randliches Feld ist nur 53,0 cm breit, aber mit 108,7 cm in der Höhe den anderen Bildfeldern entsprechend. Die schwarzen Felder mit der weißen Schrift sind jeweils etwa 15 cm hoch. Diese Felder entsprechen den Beschriftungsfeldern in den Kupferstichen. Der unbekannte Salzwedeler Maler hat

grundsätzlich auf den detaillierten Bildhintergrund der Stiche verzichtet und diesen in einem einheitlichen grünen Farbton gehalten. Darin sind mit gelber Farbe die Namen der Evangelisten eingetragen. Das Entstehungsjahr der Salzwedeler Evangelistenbilder ist nicht bekannt.

Bei „S. MATTHAEVS“ (Abb. 4) ist der generelle Bildaufbau mit dem Evangelisten und seinem Symbol des geflügelten Kindes erhalten, jedoch wurde auf den rechten Arm des Kindes und ein Teil der auf dem Tisch liegenden Schreibutensilien wie auch auf ein darauf stehendes Buch verzichtet. Die Flügel des Kindes sind aufgrund der Einengung des Motives schwerer erkennbar als auf dem Stich. Diese sind nur wahrnehmbar, wenn der Stich als Vergleich genommen wird. Durch den einheitlichen Hintergrund geht der schöne Wandleuchter im Bild verloren.

„S. MARCUS“ (Abb. 6) wurde mit dem linken den Kopf stützenden Arm und der rechten den Zeigefinger ausgestreckt haltenden Hand und dem Symbol Löwe übernommen. Jedoch stützt die rechte Hand nicht wie im Stich auf ein stehendes, sondern auf ein liegendes aufgeschlagenes Buch. Das stehende Buch wird genau wie die filigrane Türmchenuhr im Stich und dem Bücherbord im Hintergrund des Raumes weggelassen. Das Schreibutensil wird verlagert.

Das Bild des „S. LUCAS“ (Abb. 8) mit dem Stier übernimmt fast alles aus dem Stich, auch wenn der Platz durch die vorgegebene Schmalheit des Bildes stärker als bei den anderen Dorsalen eingeschränkt ist. Messingleuchter und Kerzenzange geben dem Bild eine gewisse Eleganz. Allerdings hat sich der Maler für eine von der linken Hand des Lukas gehaltenen schwarzen Tafel mit weißer Schrift „GLORIA IN EXCELSIS DEO.“ entschieden. Im Kupferstich ist diese hell mit dunkler Schrift. Auf den Vorhang über dem Tisch wird zu Gunsten des einheitlichen Hintergrundes verzichtet.

Der „S. IOHANNES“ (Abb. 10) mit seinem Adler wird gut vom Stich übernommen, jedoch fehlt der helle Lichtschein, in den der Visionär traditionell schaut. Das aufgeschlagene Buch auf seinem Tisch und das Schreibwerkzeug rücken näher an die Person heran und der Vorhang fällt auch dem grünen Einheitsgrund zum Opfer. Ergänzend fügt der Maler zwischen Johannes und dem schwarzen Adler den oberen Rand eines goldenen Kelches ein, der als Attribut für den Apostel Johannes steht, in dessen Reihe er auch analog des Matthäus am Chorgestühl angebracht ist. Der Kupferstecher hatte für seine Blattserie nur den Evangelisten Johannes mit dem Attribut des Adlers im Blick.

Die lateinischen Textzeilen unter den Evangelistenbildern sind Teile aus dem Glaubensbekenntnis und erschließen sich erst in der Gesamtheit der Texte aller Apostel und Evangelistenbilder dieser Chorgestühlseite.

Kopien der Kupferstiche in Brandenburg, Sachsen und Ostpreußen

Bisher sind neben den Bildern am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel 11 weitere Kirchen mit Evangelisten-Darstellungen auf der Grundlage der oben beschriebenen Kupferstiche bekannt. Diese befinden sich sämtlich an Kanzeln und liegen in Brandenburg, Sachsen und im ehem. Ostpreußen, heute Russland. Die Bilderreihen in den 11 Orten können nach ihrer Entstehungszeit in zwei Gruppen gegliedert werden. 1631 wurde die Kanzel in Schönwalde bei Königsberg (heute Jaroslawskoje bei Kaliningrad) und um 1630 die Kanzel in Lindenau bei Ortrand geschaffen. Von den weiteren Gemälden sind nur vier datiert bzw. ist eine Datierung aus dem Umfeld ableitbar. Diese entstanden 1667 (Technitz bei Döbeln), 1689 (Freienhufen bei Senftenberg, bis 1937 Dobristroh), 1684 (Gebersdorf bei Dahme) und 1687 (Seeligstadt bei Dresden). Für weitere 3 Kanzeln kommt aufgrund der Lebensdaten und Schaffensjahre der Künstler nur eine Entstehung nach 1670 bzw. 1680 in Frage (Groß Leine und Steinkirchen bei Lübben bzw. Schenkendorf bei Luckau in der Niederlausitz). Nur für Zützen und Grano sind keine Entstehungszeiten ermittelbar, obwohl Grano relativ früh entstanden sein könnte (Spätrenaissance-Kanzel) und für Zützen wohl erst das letzte Viertel des 17. Jahrhunderts anzusetzen ist. Damit stammt die erste Gruppe aus dem Zeitraum des Dreißigjährigen Krieges und die zweite weitaus größere Gruppe wurde ca. 40 Jahre später geschaffen. Aus dem 18. Jahrhundert sind bisher keine Bilder auf der Basis dieser Stiche bekannt.

Aus obiger Einordnung ist ableitbar, dass die Bilder in Schönwalde und Lindenau auf der Grundlage der Kupferstiche von Theodor Krüger entstanden sein müssen. 15 Jahre liegen zwischen dem Druck und der künstlerischen Nutzung. Alle übrigen Tafelbilder könnten auch von den Stichen abgenommen worden sein, die Paul Fürst in Nürnberg drucken ließ. Mit Sicherheit lässt sich dieses nicht sagen, da es außer dem Schriftfeld keine Unterscheidungen des Inhaltes der Stiche gibt und bisher keine archivierten Stiche in der Nähe der Orte ihrer Anwendung bekannt wurden. Letzteres ist bisher wohl noch für keinen der unzähligen kopierten Kupferstiche verschiedenster Inhalte nachgewiesen worden. Zusammen mit dem Datum der Nürnberger Endter-Bibel und den zumindest in einem Exemplar dieser befindlichen Drucke der Evangelisten-Stiche von 1690 und dem Freitod von Paul Fürst im Jahre 1666 müsste der Druck der Nürnberger Stich-Ausgabe nach 1634, aber vor 1666 erfolgt sein. Allerdings besteht auch die theoretische Möglichkeit, dass die Erben der Geschäftsführung von Paul Fürst weitere Drucke veranlasst haben. Bedenkt man, dass möglicherweise viele der von Krüger verbreiteten Drucke dem Dreißigjährigen Krieg zum Opfer gefallen sind und der Bedarf für den Neubau und die Fassung von Kanzeln in den evangelischen Kirchen nach dem Krieg sehr groß war, könnte ein mögliches Druckdatum der in Deutschland verbreiteten Stiche von Krügers Evangelisten zwischen der Mitte des 17. Jahrhunderts und dem Tod des Buchhändlers und Verlegers Paul Fürst 1666 gelegen haben. Das

Datum passt gut zu der möglichen ersten Verwendung dieser Stiche in Technitz 1667.

Auf die mehrfache Wiederholung der Gestaltungsideen für die vier Evangelisten ist der Autor an Kanzeln in Dorfkirchen der Niederlausitz und in Sachsen aufmerksam geworden. Traditionell werden die Kanzeln in den evangelischen Kirchen als die Orte der Verkündigung des Evangeliums mit den Bildern oder auch den geschnitzten Figuren der Evangelisten und z. T. auch des Salvator mundi versehen. Dass für die bildliche Ausstaffierung mehrerer Kanzeln die Motive der vier beschriebenen Kupferstiche Verwendung fanden, konnte aufgrund der z. T. starken Abweichungen von den graphischen Vorlagen erst nach eingehenden Vergleichen der Bilder untereinander und mit den Stichen selbst fixiert werden. Nachfolgend werden diese Bilder beschrieben.
In der evangelischen Pfarrkirche von **Schönwalde** bei Königsberg (heute Jaroslawskoje bei Kaliningrad, Russland) befand sich eine Kanzel aus dem Jahr 1631, die im 2. Weltkrieg mit der Kirche komplett vernichtet wurde. Diese Kanzel war noch mit originaler Kanzeltür und -treppe sowie den daran befindlichen Bildwerken erhalten. Am Korb waren die Bilder der vier Evangelisten nach den vorgestellten Kupferstichen vorhanden. Auf dem einzigen erhaltenen Foto der Kanzel, einem beim Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München archivierten Farbdia, sind die beiden Evangelistenbilder von Matthäus und Markus mit separater Beschriftung (S. MATTHÆVS, S. MARKVS) sehr gut zu erkennen. Demnach hat sich der Kopist weitgehend detailgetreu an die Vorbilder gehalten.

Die im Stil der Spätrenaissance erbaute hölzerne Kanzel in der 1668 erbauten Schlosskirche **Lindenau** bei Ortrand wurde aus der Vorgängerkirche übernommen. Beim Einbau gingen die Kanzeltreppe und Teile des Korbes verloren, so dass von den Gemälden der Evangelisten die Tafel des Johannes rechts für das Anbringen eines neuen Aufganges teilweise abgeschnitten wurde. Eine Datierung des Erbauungsjahres der Kanzel lässt sich nur indirekt erschließen. Aus dem Vorgängerbau wurde auch die stilistisch sehr ähnliche hölzerne Taufe übernommen. In die dazugehörige zinnerne Taufschale ist das Jahr 1631 eingraviert. Damit kann für den Predigtstuhl eine Entstehung um 1630 angenommen werden. Von den Kupferstichen wurden vom Maler nur die Evangelisten selbst übernommen und diese stehend, jedoch ohne Beine dargestellt (Abb. 16 und 34). Der Hintergrund dieser nur in Schwarz- und Grautönen gehaltenen Personen ist generell hell, nur Matthäus und Lukas tragen einen roten Umhang. Auf die Schreibtische, die vielen Details der Stiche wie auch auf die Attribute wurde prinzipiell verzichtet. So schreibt Matthäus stehend in seinem Buch. Beim Markus stützt die linke Hand nicht mehr den Kopf und die im Original markante rechte Hand erhielt einen Federkiel, jedoch fehlt ein zu schreibendes Buch völlig. Lukas hält seine Tafel dem Vorbild entsprechend, jedoch sind darauf statt des lateinischen Hymnus nach den Anfangsworten des Lobgesangs der Engel bei der Geburt Christi (Lukas 2,14) nur fingierte hebräi-

sche Zeichen zu sehen. Bei Johannes wurden auch Buch und Brief weggelassen. Es erschließt sich nicht, warum auf die vielen schönen den Charakter der Personen unterstützenden und die Schönheit der Bilder ausmachenden Details verzichtet wurde. Ohne Kenntnis der Vorlagen hat somit der Betrachter der Lindenauer Bilder etwas eigenartige Evangelisten vor sich, die nur durch die separate Beschriftung unter den Bildern als MATHEVS, S: MARCVS, S: LVCAS und S. JOHANES erkennbar sind.

Auch in **Technitz** bei Döbeln wurde die Kanzel aus der Vorgängerkirche in den 1843-50 errichteten klassizistischen Kirchenbau übernommen und der Korb dient heute ebenerdig stehend als Lesepult. Auch wenn mehrere Details dieser Kanzel verloren gingen, so sind die vier Gemälde der Evangelisten noch erhalten (Abb. 12, 18, 24 und 30). Allerdings ist ihr Erhaltungszustand durch zahlreiche entlang der Jahresringe auf den Tafeln abblätternde kleine Farbsplitter relativ schlecht. Entstehungsjahr und Künstler sind hier bekannt, denn der Maler hat sich unten rechts auf der Tafel des Lukas mit „C. Ullman, Pict. A. 1667“ verewigt. Ein Maler C. Ullmann ist aber anderenorts nicht bekannt. Er übernimmt weitestgehend die Stichvorlagen, setzt jedoch die Evangelisten an mit Decken versehene Tische und lässt den Hintergrund generell dunkel, verzichtet also auf Leuchter, Zimmerwände, Vorhänge oder Sonnenstrahlen. S. MATTÆUS und S. MARCUS bekommen grüne Tischdecken, die von S. LUCAS und S. IOHANNES sind hell. Die Namen der Evangelisten sind analog der Salzwedeler Gemälde auf die Bilder über den Köpfen geschrieben. Auf der Tafel des Matthäus lässt der Maler einen Arm des geflügelten Menschen weg und bei Johannes verändert er eine Handhaltung. Auffällig ist, dass Ullmann bei Markus und Lukas die attraktiven Attribute Löwen- und Stierkopf unter den Tisch verbannt.

Die barocke Kanzel in der Dorfkirche zu **Freienhufen** bei Senftenberg (bis 1937 Dobristroh) wurde 1689 vom Finsterwalder Kunsttischler Abraham Jäger erbaut und vom Doberluger Maler Christoph Birnbaum gefasst. Bei der Verlängerung der Kirche im Jahre 1899 wurde neben dem barocken Altar auch die Kanzel weiter nach Osten versetzt und dabei ging offenbar die Kanzeltür verloren. Zwischen hölzernem Korb und Schalldeckel befindet sich ein Gemälde mit Christus und an der Kanzeltreppe wurden die Bilder des S. Petrus und des S. Lucas angebracht (Abb. 25). Zwischen den Säulen am Kanzelkorb befinden sich die Brustbilder von S. Matthäus, S. Markus und S. Johannes (Abb. 13, 19 und 31). Es ist schon ungewöhnlich, dass somit der Lukas in Freienhufen eine größere Bildfläche und besondere Position erhält. So steht sein Namenszug als einziger auf dem Gemälde. Christoph Birnbaum hat die Evangelisten weitgehend nach den Kupferstichen gemalt, jedoch auch auf viele Details im Vorder- und Hintergrund verzichtet. Die Umschlagseiten der Bücher werden jedoch zusätzlich verziert.

Eine gute und meist detailgetreue Übernahme der Kupferstiche hat der Lübbener Maler Michael Scharbe an den Kanzeln in den Dorfkirchen **Groß Leine** bei Lübben/Spreewald (Abb. 11, 17, 23 und 29) und **Gebersdorf** bei Dahme (Abb. 14, 20, 26 und 32) vorgenommen. Für beide Kirchen ist dieser Kunstmaler als Ausführender nicht belegt. Für Gebersdorf, wo vom Autor neben der Kanzel auch die Gemälde des Altars und der Emporenbrüstungen Michael Scharbe zugeschrieben werden, konnte dieses durch Vergleiche des Malstiles, der verwendeten Vorlagen und des gestalterischen Gesamteindruckes zweifelsfrei erfolgen. Das trifft auch auf die Fassung der Kanzel in Groß Leine zu, wo Scharbe auch zwei Altarbilder malte. Die Kirche in Groß Leine wurde 1906-10 umfassend neobarock umgebaut und damit auch die barocke Kanzel bis auf die Evangelistengemälde von vielem barockem Zierwerk befreit. Michael Scharbe ist in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts der produktivste Maler in der Niederlausitz. Er hat viele Bilder in den Kirchen des näheren und weiteren Spreewaldgebietes, viele davon nach Kupferstich-Vorlagen, geschaffen. Die Kanzel aus Eichenholz in Gebersdorf hat ebenfalls im Laufe der Zeit viele Schmuckelemente verloren. Aufgrund der Jahresangabe 1684 auf einer Emporentafel durch den Künstler kann davon ausgegangen werden, dass die Bemalung der Kanzel in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang damit steht. Für die Kanzel in Groß Leine ist eine Datierung dagegen nicht möglich, jedoch kann diese nicht vor 1670 entstanden sein, da Scharbe 1650 geboren wurde und seine ersten datierten Werke aus dem Jahre 1680 stammen (Altar und Taufe der alten Kirche in Straupitz, heute als Leihgaben in der Dorfkirche Friedersdorf bei Seelow befindlich). Die Bilder in beiden Kirchen sind sehr detailgetreu den Kupferstichen nachempfunden. Michael Scharbe verzichtet jedoch bei beiden Darstellungen des Lukas auf den Schriftzug auf der vom Evangelisten zu beschreibenden Tafel.

In der Dorfkirche **Seeligstadt** bei Dresden wurde der Altar inschriftlich 1686 und die Kanzel wohl 1687 erbaut. Eine Übernahme dieser Gegenstände aus Eschdorf lässt sich aufgrund der nicht ganz einfachen Aktenlage nicht bestätigen, trifft diese doch wahrscheinlich auf die Kanzel in der benachbarten Dorfkirche von Fischbach zu. Altar und Kanzel in Seeligstadt bilden eine stilistische Einheit und sind sicher erst im 18. oder sogar erst im 19. Jahrhundert zum heutigen Kanzelaltar zusammengefügt worden. Bei diesem Einbau muss es zu diversen baulichen Veränderungen gekommen sein. So musste das Abendmahlsgemälde aufgrund der Gesamthöhe des Aufsatzes einschließlich der Kanzel weichen, die das Kreuzigungsbild begrenzenden Säulen wurden stark gekürzt und das Auferstehungsbild wird teilweise vom Kanzelpult verdeckt. Die vier Evangelistenbilder an der Kanzel sind aber restauriert erhalten. Nur zwei dieser Bilder, Markus und Lukas, haben die oben beschriebenen Kupferstiche zur Grundlage (Abb. 22 und 28). Das Bild des Matthäus ist einem Kupferstich von Crispijn de Passe nach der Vorlage von Geldorp Goltzius übernommen worden. Die Vorlage für den Johannes ist Teil eines Kupferstiches von Adreaen Collert, der vom Kupferstecher selbst und in ähnlicher Fassung auch von Paul Fürst in Nürnberg verlegt wurde. Das Markus-Bild ist gut vom

Stich kopiert; die typischen Handhaltungen des Evangelisten sind vorhanden. Allerdings fehlt die schöne Türmchenuhr des Kupferstiches im Vordergrund und im Hintergrund ist statt des Vorhanges im Stich ein hellblauer Himmel mit weißen Wölkchen zu sehen. Der schreibende Lukas mit seiner schräg gehaltenen Tafel samt Stier wurde ebenfalls übernommen. Auf diesem Bild fehlen jedoch Leuchter und Kerzenschere. Hinter dem Stier findet sich ebenfalls ein blauer Himmel mit Wolken und einigen Flugbildern von Vögeln. Der Vorhang hinter dem Schreibtisch wurde mit kopiert. Allerdings hat der Maler statt des im Kupferstich vorgegebenen lateinischen „GLORIA IN EXCELSIS DEO“ den kompletten Text aus Lk 2,14 in sechs Zeilen mit griechischen Schriftzeichen auf die Tafel gesetzt. Diese heißen deutsch „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ So wie der Himmel mit Wölkchen den Hintergrund der Bilder ausmacht und Schriftzeichen in den Büchern gemalt oder angedeutet sind, ist dieses vom Maler auch auf die Bilder der anderen beiden Vorlagen übernommen. Damit entsteht der Eindruck einer Einheitlichkeit der Gestaltung. Allerdings sitzen Matthäus und Markus an grünen Tischen, während die von Lukas und Johannes weiß gedeckt sind. Die gleiche diesbezügliche Farbgestaltung war an den Technitzer Bildern zu beobachten. Dabei fällt weiterhin auf, dass die Bilderserien in Technitz und in Seeligstadt Tischdecken auf den Schreibtischen erhalten haben. Dieser Fakt ist eine zarte Andeutung dafür, dass es möglicherweise auf den von den Malern genutzten Kupferstichvorlagen Gestaltungs- und Farbvorgaben gab. Vielleicht waren die Kupferstich-Muster auch koloriert. Insgesamt wird aber deutlich, dass der Maler der Kanzelbilder in Seligstadt beim Bildaufbau auch seine eigene Handschrift deutlich zur Geltung gebracht hat. Bemerkenswert ist, dass bei Seligstadt nicht wie bei allen anderen vorgestellten Kanzeln auf nur eine Serie von Stichen mit Evangelisten zurückgegriffen wurde, sondern eine Mischgestaltung dreier Serien druckgraphischer Vorlagen verwendet wurde. Dieses ist zwar bei der Bemalung von Altaraufsätzen und Emporenbrüstungen durchaus üblich, kommt offenbar jedoch bei der bildlichen Ausgestaltung von Kanzeln nur sehr selten vor. Ein weiteres Beispiel hierfür wäre die Kanzel in der Kirche zu Hof bei Oschatz.

In **Grano** bei Guben ist die hölzerne Kanzel aus dem 17. Jahrhundert in den Sandsteinaltar von 1799 eingebaut worden und beides 1853 in die neu erbaute Kirche überführt worden. Durch den Umbau sind von den ehemals 4 Evangelistenbildern am Kanzelkorb nur noch die des Matthäus, Markus und Lukas vorhanden. Die Ölbilder wurden stark überfasst, lassen aber noch deutlich die Grundlage der Kupferstiche erkennen.

Der Maler der Kanzel in **Zützen** bei Luckau hat die Übernahme der Bilder von den Kupferstich-Vorlagen sehr oberflächlich vorgenommen (Abb. 15, 21, 27 und 33). So fehlen beim Matthäus eine Hand, beim Markus der im Stichoriginal markante gekrümmte Zeigefinger der rechten Hand, beim Lukas die wichtige schreibende Hand samt Federkiel und beim Johannes fehlt ein ganzer Arm und der vorhandene

Arm wurde stark verändert. Es fällt somit recht schwer, dem Maler keine Absicht bei diesen Unterlassungen zu unterstellen. Ziemlich sicher ist für Zützen, dass der Maler der Kanzel nicht Christian Zimmermann aus Luckau war, der den Altar der Dorfkirche inschriftlich 1710 gefasst hat. Zimmermann hat zwar die Evangelisten-Kupferstiche von Krüger auch gekannt, aber diese auf die von ihm bemalten Kanzeln völlig anders übertragen. Darauf wird bei den nachfolgenden Beschreibungen hingewiesen. Altaraufsatz und Kanzel in Zützen dürften wohl aus einer Werkstatt stammen, aber es hat den Anschein, dass die Bemalung des Altaraufsatzes durch Christian Zimmermann erst sehr viele Jahre nach seiner Erbauung vorgenommen wurde. Der ebenfalls aus gleicher, aber unbekannter Werkstatt stammende Altaraufsatz in Paserin bei Luckau wurde bereits 1690 bemalt. Die Kanzel in Zützen könnte aber viele Jahre vor dem Altar und dann von einem anderen Maler gefasst worden sein. Dass diese Einstufung schwierig ist, zeigt auch der Umstand, dass der Salvator mundi daran zweimal vorkommt, einmal analog der Evangelistentafeln am Korb und auch an der Kanzelrückwand. Die Zützener Kanzel war lange Zeit nicht in der Kirche aufgestellt. Sie wurde vor wenigen Jahren restauriert, die ursprüngliche Farbgebung exemplarisch hervorgeholt und wieder eingebaut.

Der Luckauer Tischler Joachim Bandigk hat in mehreren Dorfkirchen der Umgebung seines Wirkungsortes Altaraufsätze und Kanzeln gebaut. Dazu gehören Jetsch, Liedekahle, Schenkendorf und Schönwalde. Der Maler Christian Zimmermann, auch in der Stadt Luckau tätig, hat die farblichen Fassungen seiner Bauten vorgenommen und so auch die Kanzeln mit den Bildern der Evangelisten und des Salvator mundi versehen. Inschriftlich passierte das für die Altäre in Jetsch 1695 und in Liedekahle 1717. Die bildlichen Darstellungen an den Kanzeln könnten gleichzeitig mit den jeweiligen Malereien an den Altären erfolgt sein. Zimmermann malt die Evangelisten aufgrund der von Joachim Bandigk dafür vorgesehenen nur sehr schmalen Felder stehend. Trotzdem ist auf den Bildern des Matthäus und Lukas in **Schenkendorf** noch gut erkennbar, dass der Maler die Kupferstichmotive kannte. Es handelt sich um das von Matthäus gehaltene Buch und die schräg stehende Tafel beim Lukas. Diese hat sogar die Beschriftung „GLORIA IN EXCELSIS DEO“. Die anderen Evangelisten hat er sehr frei gemalt.

Durch Parallelen dieser Bilddetails und die Malweise konnte auch die Kanzel in der Dorfkirche des Lübbener Stadtteils **Steinkirchen** diesem Luckauer Maler zugeschrieben werden. Warum Christian Zimmermann seine Evangelisten wie auch die meisten seiner Altarbilder sehr naiv darstellt, das Kreuzigungsgemälde am Altaraufsatz in der Dorfkirche Kümmritz bei Luckau jedoch qualitativ gut von einem Kupferstich übernommen hat, ist zunächst nicht zu klären. Auch in Steinkirchen hat Zimmermann seine Evangelisten sehr frei von den ihm bekannten Kupferstrichen gemalt. Lediglich an der Tafel des S. LUCAS („GLORIA IN EXCEL DEO“) ist der Ursprung eindeutig nachweisbar.

Es ist durchaus möglich, dass es noch weitere Kanzeln mit Evangelistenbildern nach den Kupferstichen von Theodor Krüger, Hamburg bzw. der Ausgabe dieser vom Verleger Paul Fürst, Nürnberg gibt. Da aber bisher die Bände zur Vorstellung der Deutschen Kunstdenkmäler in den überwiegenden Fällen bei der Beschreibung von Kanzeln nur das Vorhandensein von Gemälden der Evangelisten bzw. des Salvator mundi, nicht aber deren graphische und bildlichen Vorlagen, angeben und auch nur wenige Kanzeln in Druckwerken oder auf Internetseiten detailliert und gut erkennbar abgebildet sind und damit einer diesbezüglichen Bewertung nicht zur Verfügung stehen, ist ohne weitere umfangreiche Feldforschung der bisher erreichte Kenntnisstand nicht zu vervollständigen.

Zusammenfassung

Im Aufsatz wird vorgestellt, dass analog der dargestellten Szenen am gotischen Retabel und den Bilderzyklen an den Emporenbrüstungen auch die manieristischen Bilder der Evangelisten am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel auf druckgraphischen Vorlagen beruhen. Es handelt sich hierbei um vier 1615 entstandene Stiche von Theodor Krüger in Hamburg, die später von Paul Fürst in Nürnberg nochmals geringfügig verändert editiert wurden. Auf der Grundlage dieser Stiche entstanden zwischen 1630 und 1690 in Brandenburg und Sachsen sowie vereinzelt in Ostpreußen mehrere Kopien als Gemälde an den Kanzeln der Dorfkirchen. Die mit ihren Besonderheiten vorgestellten und beschriebenen Bilder erlangten somit eine relativ große Verbreitung. Dieses wird hier erstmals vorgestellt. Für die Propheten- und Apostelbilder sowie den Salvator mundi am Dorsale des Salzwedeler Chorgestühls konnten bisher keine Vorlagen gefunden werden. Das Entstehungsjahr und der Maler dieser Porträts biblischer Gestalten bleiben noch unbekannt. Es ist zu hoffen, dass die weitere Erforschung der druckgraphischen Vorlagen für die Gemälde unserer Dorf- und Stadtkirchen noch viele interessante Zusammenhänge aufklärt und damit Beitrage zur bisher noch weitgehend im Dunkeln liegenden Entstehungsgeschichte der sakralen Gemälde leistet.

Literatur

Allgemeines Künstlerlexikon oder Kurze Nachricht von dem Leben und den Werken der Maler, Bildhauer, Baumeister, Kupferstecher, Kunstgießer, Stahlschneider … Zweyter Theil. Zürich, bey Oreli, Füßli und Compagnie. MDCCCVIII (1808), S. 649f.

Autorenkollektiv: Komm und sieh. Kirchen zwischen Königsbrück und Weißenburg. Die Kirchen, Kapellen und Gebetsräume des Evangelisch-Lutherischen Kirchenbezirks Bautzen-Kamenz. Hrsg. Ev.-Luth. Kirchenbezirk Bautzen-Kamenz. Bautzen 2011

Bednarz, Ute und Folkhard Cremer: Georg Dehio. Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler. Sachsen-Anhalt I. Regierungsbezirk Magdeburg. Deutscher Kunstverlag 2002.

Bönisch, Fritz: Abraham Jäger, Kunsttischler in Finsterwalde. Versuch eines Werksverzeichnisses seines etwa fünfzigjährigen Schaffens (1663 - 1714). In: Der Speicher Heft 6, Jahresschrift des Kreismuseums Finsterwalde, Verlag Gunter Oertel Görlitz-Zittau 2002, S. 15 - 33.

Bönisch, Rudolf: Barocke Bildkopien von Peter Paul Rubens. Der Altar aus der Wendischen Kirche Senftenberg. In: Kippensand 2016. Heimatkalender für das Senftenberger Gebiet. 4. Jg., Radochla Verlag Ruben 2016, S. 63 – 68

Bönisch, Rudolf: Das Altargemälde in der Dorfkirche Zeckerin – eine Kopie nach Peter Paul Rubens. In: Sonnewalder Heimatblätter, Ausgabe 15, 2015, S. 45 – 66.

Bönisch, Rudolf: Albrecht Dürer und der Altar in Niebendorf. Entdeckungen in einer Dorfkirche des Niederen Fläming. In: Offene Kirchen 2015. Förderkreis Alte Kirchen Berlin-Brandenburg e. V., S. 87 – 89.

Bönisch, Rudolf: Große Meister in kleiner Kirche. Die Bildwerke nach Peter Candid, Anthony van Dyck und Gustavé Doré am Altaraufsatz der Dorfkirche Illmersdsorf bei Dahme. In: Heimatjahrbuch Teltow-Fläming 2016, S. 44 – 50.

Bönisch, Rudolf: Grablegung und Auferstehung Christi – Kupferstichvorlagen für Gemälde in der Luckauer Nikolaikirche. In: Luckauer Heimatkalender 2016, S. 59 - 63.

Bönisch, Rudolf: Die Türmchenuhr auf einem Evangelistengemälde in Technitz (Sachsen). In: Deutsche Gesellschaft für Chronometrie, Mitteilungen Nr. 145 - Frühjahr 2016, S. 14 - 17.

Grieb, Manfred H. (Hrsg.): Nürnberger Künstlerlexikon. Bildende Künstler, Kunsthandwerker, Gelehrte, Sammler, Kulturschaffende und Mäzene vom 12. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Band 1 (Fürst, Paulus S. 436) und Band 2 (Krüger, Dietrich S. 858). K. G. Saur München 2007.

Hackbart, Joachim; Cordelia Hoenen; Stephan Hoenen; Peter Knüvener: Der Hochaltar der Salzwedeler Marienkirche. Lukas Verlag Berlin 2012.

Heller, Joseph: Monogrammen-Lexikon, enthaltend die bekannten, zweifelhaften und unbekannten Zeichen, so wie die Abkürzungen der Namen der Zeichner, Maler, Formschneider, Kupferstecher, Lithographen u. s. w. mit kurzen Nachrichten über dieselben. J. G. Sickmüller Bamberg 1831.

Meier, Claudia Annette: Heinrich Ringerink und sein Kreis. Eine Flensburger Bilderschnitzwerkstatt um 1600. In: Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e. V. Nr. 34, Flensburg 1984.

Oertel, Hermann: Die St. Stephanikirche zu Helmstedt (als Beispiel protestantischer Bildausstattung). Zur 825-Jahr-Feier der Kirchengemeinde. In: Braunschweigisches Jahrbuch 55, 1974, S. 113 – 126.

Schöntube, Ulrich: Emporenzyklen in der Mark Brandenburg. Ein Beitrag zum lutherischen Bildprogramm des 16. – 18. Jahrhunderts. Peter Lang Frankfurt am Main 2008.

Seliger, Anja: Pragmatische Toleranz – Das Chorgestühl im protestantischen Kirchenraum. In: Offene Kirchen 2014. Förderkreis Alte Kirchen Berlin-Brandenburg e. V. Berlin 2014, S. 87 - 89.

Tenschert, Heribert: Biblia Sacra. Das Buch der Bücher. 180 Manuskripte und Drucke vom 13. bis zum 20. Jahrhundert aus den Bibliotheken von ... Katalog 48. Salzweg bei Passau 2004.

Virtuelles Kupferstichkabinett – gemeinsame Forschungsdatenbank des Herzog Anton Ulrich-Museums in Braunschweig und der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel. 2007 - 2011.

Dank

Autor dankt der Evangelischen Marienkirchengemeinde Salzwedel für die Möglichkeit der Fotoaufnahmen in der St. Marienkirche und deren Veröffentlichung. Ebenfalls ergeht Dank für die Möglichkeit der Fotoaufnahmen in den Kirchen von Freienhufen (Irmhild Wahren), Gebersdorf, Lindenau, Seeligstadt (Pfr. Gerhard Helbig), Technitz (Pfr. Jörg Behrisch) und Zützen (Pfr. Martin Nikolitsch). Für sachdienliche Hinweise werden Frau Dr. Beate von Tschischwitz in Münster, Herrn Dr. Joachim Jacoby in Frankfurt/Main, Herrn Dr. Heribert Tenschert in Ramsen/Schweiz und Herrn Dr. Johannes Graf vom Deutschen Uhrenmuseum in Furtwangen gedankt. Herr Kees van Schooten vom Museum Catharijneconvent Utrecht genehmigte dankenswerter Weise die Veröffentlichung der Kupferstiche von Theodor Krüger. Sohn Albrecht Bönisch in Görlitz übersetzte den hebräischen Text des Lukas-Bildes aus Seeligstadt. Er und Tochter Margarete Sabine Bönisch, Görlitz befruchteten freundlicherweise mehrfach den Gedankenaustausch zu grundsätzlichen Fragen der Kopie von Kupferstichen.

Abb. 1 Die Kreuztragung Christi am spätgotischen Retabel in St. Marien Salzwedel in Gegenüberstellung mit dem zugrunde liegenden Kupferstich von Martin Schongauer (um 1479) (Foto: Rudolf Bönisch)

Abb. 2 Das südliche Chorgestühl aus der Mitte des 14. Jahrhunderts in St. Marien Salzwedel mit den manieristischen Gemälden der Apostel und Evangelisten (Foto: Rudolf Bönisch)

Abb. 3 und 4 Apostel und Evangelist Matthaeus, Kupferstich von Theodor Krüger, Hamburg 1615 (Museum Catharijneconvent Utrecht BMH g1196.01) und S. Matthaeus am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel (Foto: Rudolf Bönisch)

S. MATTHÆVS.
Inde ueniturus est iudicandum uiuos et
mortuos

Abb. 5 und 6 Evangelist Marcus, Kupferstich von Theodor Krüger, Hamburg 1615 (Museum Catharijneconvent Utrecht BMH g1196.02) und S. Marcus am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel (Foto: Rudolf Bönisch)

S. MARCVS
Qui Crediderit et baptisatus fuerit
saluus erit

Abb. 7 und 8 Evangelist Lucas, Kupferstich von Theodor Krüger, Hamburg 1615 (Museum Catharijneconvent Utrecht BMH g1196.03) und S. Lucas am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel (Foto: Rudolf Bönisch)

S. LVCAS
GL ORIA
IN EXCELSIS
DEO.
Venit Filius hominis quærere et
seruare, quod perierat

Abb. 9 und 10 Apostel und Evangelist Johannes, Kupferstich von Theodor Krüger, Hamburg 1615 (Museum Catharijneconvent Utrecht BMH g1196.04) und S. Johannes am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel (Foto: Rudolf Bönisch)

S. IOHANNES
Passus sub Pontio Pilato, Crucifixus,
mortuus et sepultus

Abb. 11 bis 16 Ausgewählte Kanzelgemälde des Evangelisten Matthäus: Groß Leine (Michael Scharbe), Technitz (C. Ullmann 1667), Freienhufen (Christoph Birnbaum 1686), Gebersdorf (Michael Scharbe 1684), Zützen und Lindenau (um 1630) (v. l. o. n. r. u.)

Abb. 17 bis 22 Ausgewählte Kanzelgemälde des Evangelisten Markus: Groß Leine (Michael Scharbe), Technitz (C. Ullmann 1667), Freienhufen (Christoph Birnbaum 1686), Gebersdorf (Michael Scharbe 1684), Zützen und Seeligstadt (1687) (v. l. o. n. r. u.)

Abb. 23 bis 28 Ausgewählte Kanzelgemälde des Evangelisten Lukas: Groß Leine (Michael Scharbe), Technitz (C. Ullmann 1667), Freienhufen (Christoph Birnbaum 1686), Gebersdorf (Michael Scharbe 1684), Zützen und Seeligstadt (1687) (v. l. o. n. r. u.)

Abb. 29 bis 34 Ausgewählte Kanzelgemälde des Evangelisten Lukas: Groß Leine (Michael Scharbe), Technitz (C. Ullmann 1667), Freienhufen (Christoph Birnbaum 1686), Gebersdorf (Michael Scharbe 1684), Zützen und Lindenau (um 1630) (v. l. o. n. r. u.)

Otto von Bismarck und sein unbekanntes Werk. Die Entstehung der Verfassung des Norddeutschen Bundes 1866/67

von Markus Apostolow

Der erste deutsche Bundeskanzler war nicht Konrad Adenauer, sondern Otto von Bismarck. Am 14. Juli 1867 trat der wohl berühmteste Sohn der Altmark sein Amt an. Freilich fungierte er nicht als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland, wohl aber als Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes. Im allgemeinen Bewusstsein der Deutschen ist diese Periode zwischen dem Ende des Deutschen Bundes 1866 und der Reichsgründung des Jahres 1871 längst in Vergessenheit geraten. Nicht von ungefähr wurde eine inzwischen mehr als 45 Jahre zurückliegende Ausstellung in Berlin über den Norddeutschen Bund mit dem Titel „Der unbekannte deutsche Staat" versehen.[1] Ganz anders verhält es sich mit Bismarck. Leben und Wirken eines der bedeutendsten Staatsmänner Europas im 19. Jahrhundert sind vielfach gewürdigt worden. Dennoch gibt es immer wieder Überraschendes wie Neues zu entdecken. Dazu zählt auch die Frage der Entstehung der Verfassung des Norddeutschen Bundes. In diesem Prozess, der sich über ein Jahr erstreckte, war es Otto von Bismarck, der als preußischer Ministerpräsident und Außenminister maßgeblichen Einfluss nahm. Die Wirkungsmacht einer einzelnen Person gegenüber anderen Personen, Gruppen und strukturellen Elementen zu bestimmen, gehört zu den Grundaufgaben der Geschichtswissenschaft. Im Folgenden wird analysiert, welchen Einfluss Bismarck auf die Verfassungsgebung konkret ausübte, welche Mittel er dabei anwandte und inwiefern es berechtigt erscheint, die Konstitution des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 als sein Werk zu bezeichnen. Die Analyse folgt dabei der Chronologie der Ereignisse, um Entwicklungen besser nachzuvollziehen.

Auf dem Weg zum preußischen Entwurf

Ausgangspunkt der Entwicklung hin zum Norddeutschen Bund war die Auflösung des Deutschen Bundes, der im Zuge des Wiener Kongresses 1814/15 gegründet worden war und die vielen deutschen Staaten lose miteinander verbunden hatte. Nach der Revolution von 1848/49 und dem ge-

[1] Lowenthal-Hensel, Cécile: Der unbekannte deutsche Staat. Der Norddeutsche Bund 1867-71. Mit einer Einführung von Richard Dietrich. Berlin 1970.

scheiterten Versuch, ein deutsches Reich mit dem preußischen König als Kaiser an der Spitze zu gründen, hatte sich der Dualismus zwischen Österreich und Preußen um die Vorherrschaft im wiederhergestellten Deutschen Bund verschärft. Mit den Grundzügen einer neuen Bundesverfassung, welche die preußische Regierung am 10. Juni 1866 der Bundesversammlung in Frankfurt am Main vorlegte, wurde der Anfang vom Ende des Deutschen Bundes eingeleitet.[2] Zwar waren die Spannungen zwischen Preußen und Österreich wegen des Streits um die gemeinsame Verwaltung von Schleswig und Holstein schon über einen längeren Zeitraum auf einem hohen Niveau präsent, sodass bereits auf beiden Seiten militärische Rüstungen stattfanden, doch mit der Vorlegung der Grundzüge sanken die Chancen, sich doch noch zu verständigen, gegen null. Die Sprengkraft dieses zehn Punkte umfassenden Dokuments lag unmittelbar in seinem ersten Artikel begründet, welcher bezüglich des künftigen Bundesgebietes festlegte, dass Österreich außen vor bleibe. Die übrigen Bestimmungen waren ganz darauf ausgerichtet, grundlegende Orientierungspunkte für die Ausgestaltung der neu zu schaffenden Bundesverfassung aufzustellen. So sollte die Gesetzgebung mittels übereinstimmender Mehrheitsbeschlüsse des Bundestages und einer „periodisch zu berufenden Nationalvertretung“ ausgeübt werden (Art. II). Die Nationalvertretung, so bestimmte es der vierte Artikel, sollte unter Anwendung des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 nach allgemeinem und direktem Wahlrecht gewählt werden. Einen diesem Artikel entsprechenden Vorschlag hatte der preußische Gesandte am Bundestag, Karl Friedrich von Savigny, bereits am 9. April 1866 im von ihm vorgelegten Antrag auf Bundesreform den übrigen Staaten unterbreitet.[3] Außerdem wurden in den Grundzügen diejenigen Gegenstände genauer bezeichnet, welche der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterliegen sollten. Dies betraf hauptsächlich die Bereiche Handel und Wirtschaft. Den mit Abstand umfangreichsten Teil nahmen aber die Artikel mit militärischen Bestimmungen ein. Die wichtigste Festlegung bestand darin, dass die Kriegsmarine des Bundes unter preußischem Oberbefehl stehe, die Landmacht jedoch in eine Nord- und eine Südarmee geteilt werde, welche vom König von Preußen bzw. vom König von Bayern in ihrer Funktion als jeweiliger Bundesoberfeldherr angeführt werden sollten. Während also der im April präsentierte Antrag noch eine Reform des bisherigen Bundes vorsah, beabsichtigte die preußische Regierung mit den Grundzügen vom 10. Juni die Schaffung einer neuartigen Form der Verfassung unter Ausschluss Österreichs. Als Vorgesetzter des Gesandten

---

[2] Huber, Ernst Rudolf (Hg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851-1900. 3. Aufl. Stuttgart u.a. 1988 [im Folgenden: Huber, Deutsche Verfassungsdokumente], Nr. 173.

[3] Huber, Deutsche Verfassungsdokumente, Nr. 163.

Savigny hatte der preußische Außenminister Bismarck maßgeblichen Einfluss auf die Vorgänge und Entscheidungen am Bundestag. Zudem kannte er die dort herrschenden Verhältnisse aus eigener Anschauung sehr gut, bekleidete er selbst doch beinahe ein Jahrzehnt lang (1851-1859) das Amt des Gesandten in der Freien Stadt Frankfurt.

Als der Krieg zwischen den beiden Kontrahenten unvermeidlich geworden war, bekräftigte Preußen die bis dahin geäußerten Vorstellungen, indem seine Gesandten am 16. Juni 1866 in identischen Noten an die Regierungen von 19 norddeutschen Staaten appellierten, an die Stelle des ohne preußische Schuld gelösten Deutschen Bundes eine „neue lebendige Vereinigung" zu setzen, welche in der Lage wäre, die Bedürfnisse der deutschen Nation zu befriedigen.[4] Die angesprochenen Regierungen sollten sich bereit erklären, Truppen aufzustellen und sie dem preußischen König zur Verfügung zu halten sowie an der Einberufung des vorgesehenen Parlaments teilzunehmen – und zwar zu dem Zeitpunkt, der noch von Preußen zu bestimmen sein werde. Im Ergebnis der diplomatischen Bemühungen gingen mit Ausnahme des Fürstentums Reuß ältere Linie und des Herzogtums Sachsen-Meiningen alle Staaten auf das preußische Bündnisangebot ein. In den militärischen Auseinandersetzungen standen somit fast alle norddeutschen Staaten auf der Seite Preußens, während sich die süddeutschen und das Königreich Sachsen an Österreich hielten. Bereits die Schlacht von Königgrätz Anfang Juli 1866 entschied den Deutschen Krieg zu Preußens Gunsten. Im Präliminarfrieden von Nikolsburg vom 26. Juli musste der Kaiser von Österreich endgültig die Auflösung des Deutschen Bundes anerkennen und damit seine Zustimmung zu einer Neugestaltung der deutschen Verhältnisse ohne eigene Beteiligung geben (Art. II).[5] Während in Nikolsburg bereits die Main-Linie gewissermaßen als Grenze zwischen einem von Preußen zu begründenden Bund einerseits und den süddeutschen Staaten, die sich zu einem Verein zusammenschließen könnten, andererseits bestimmt worden war, ergänzte der entsprechende Artikel IV des Definitivfriedens von Prag vom 23. August, dass die südlich des Mains gelegenen deutschen Staaten eine „internationale unabhängige Existenz" innehaben sollten.[6]

Basierend auf den Grundzügen vom 10. Juni und deren Bekräftigung vom 16. desselben Monats schickte sich die preußische Regierung bereits vor dem Abschluss der Prager Friedensverhandlungen an, die Bemühungen um die

[4] Huber, Deutsche Verfassungsdokumente, Nr. 195.
[5] Huber, Deutsche Verfassungsdokumente, Nr. 184.
[6] Huber, Deutsche Verfassungsdokumente, Nr. 185.

Gründung eines neuen Bundes zu intensivieren. Diesem Zwecke dienend, ließ Bismarck am 4. August eine Zirkulardepesche mit dem Entwurf eines Bündnisvertrags an jene siebzehn norddeutschen Staaten übersenden, die positiv auf das preußische Angebot vom 16. Juni reagiert hatten. Das formelle Bündnis wurde schließlich am 18. August besiegelt.[7] In den einleitenden Worten des Vertrags ist bemerkenswerterweise davon die Rede, dass schon mit den preußischen identischen Noten vom Juni eine „Bundesgenossenschaft" zwischen den beteiligten Staaten entstanden sei. Dieselben schlössen nunmehr ein „Offensiv- und Defensiv-Bündniß", welches der Erhaltung sowohl der Unabhängigkeit und Integrität als auch der inneren und äußeren Sicherheit diene. Im zweiten Artikel bekräftigen die Vertreter der einzelnen Staaten das Ziel, auf Basis der preußischen Grundzüge vom 10. Juni „unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlaments" eine Bundesverfassung auszuarbeiten. In Hinblick auf das Parlament wird – anknüpfend an die Grundzüge – die Anwendung des Reichswahlgesetzes von 1849 festgelegt. Im selben Atemzug ergeht die Aufforderung an die verbündeten Regierungen, Bevollmächtigte nach Berlin zu entsenden, um dort den Entwurf der Bundesverfassung „festzustellen", welcher sodann dem Parlament „zur Berathung und Vereinbarung" vorgelegt werden solle. Vor dem Abschluss des Präliminarfriedens von Nikolsburg hatte noch die baldige Abhaltung von Wahlen Priorität für die preußische Politik gehabt, zumal zu diesem Zeitpunkt die Gefahr einer Intervention Frankreichs und anderer europäischer Mächte bestand. Erst als diese Gefahr gebannt war, entschloss sich Bismarck, die Wahlen aufzuschieben und vor dem Zusammentritt der zu wählenden Volksvertretung die Bevollmächtigten der Regierungen tagen und über einen Entwurf entscheiden zu lassen.[8]

Die Gültigkeitsdauer des Bündnisvertrags, so wird es im sechsten Artikel ausdrücklich festgehalten, betrage höchstens ein Jahr. Sollten die Arbeiten an der nun zu schaffenden Bundesverfassung eher zum Abschluss kommen, so verliere das soeben geschlossene Bündnis damit seine Gültigkeit. Diese Bestimmungen bedeuteten für alle Beteiligten einen klar vorgegebenen Zeitrahmen, in welchem die Verfassung des neuen Bundes zu verabschieden sei.

---

[7] Huber, Deutsche Verfassungsdokumente, Nr. 196. Für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz erlangten die Bestimmungen erst am 21. August 1866 Gültigkeit, da in beiden feudal organisierten Staaten zunächst noch Bedenken geltend gemacht worden waren. Im September bzw. Oktober schlossen sich auch Hessen-Darmstadt (für das nördlich des Mains gelegene Oberhessen), Reuß ältere Linie, Sachsen-Meiningen sowie das Königreich Sachsen mittels ihrer Friedensverträge mit Preußen dem Augustbündnis an.

[8] Becker, Otto: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung. Hrsg. u. erg. v. Alexander Scharff. Heidelberg 1958 [im Folgenden: Becker, Bismarcks Ringen], S. 187.

Gleichzeitig regelte das in der Forschungsliteratur häufig so bezeichnete Augustbündnis die Abfolge, nach der dabei verfahren werden sollte. Von entscheidender Bedeutung scheint in dieser Hinsicht Folgendes zu sein: Die Diskussionsgrundlage für die Verfassungsberatungen zwischen den Bevollmächtigten der verschiedenen Regierungen bildeten die preußischen Grundzüge vom Juni. Wenngleich die Ergebnisse des Krieges eine Umformulierung einzelner Passagen notwendig gemacht hatten, blieb doch der Wesensgehalt der Vorschläge unangetastet. Darüber hinaus gab das Augustbündnis den Regierungen das Recht, einen Verfassungsentwurf zu erstellen, der dann an die Volksvertretung überwiesen werden sollte – und nicht etwa umgekehrt. Dennoch erhob sich in machen Landtagen dagegen Widerspruch, dass der Entwurf dem Parlament zur Beratung *und* Vereinbarung vorzulegen sei. Daher hieß es etwa im vom Preußischen Abgeordnetenhaus beschlossenen Wahlgesetz für den konstituierenden Reichstag vom 15. Oktober lediglich, dass jener die Verfassung beraten solle.[9] Davon abgesehen, war die Entscheidung, eine nach allgemeinem Wahlrecht direkt gewählte Volksvertretung in den Verfassungsprozess mit einzubeziehen, von großer Tragweite, zumal ihr anders als 1848/49 keine Revolution vorausgegangen war. Der letzte preußische Bundestagsgesandte Savigny hatte bereits am 9. April in dem Antrag seiner Regierung auf Bundesreform die Notwendigkeit der Beteiligung eines nationalen Parlaments hervorgehoben und die geplante Anwendung der allgemeinen und direkten Wahl begründet.[10] Demnach hätten die vorherigen Reformversuche gezeigt, dass weder Regierungsverhandlungen noch Parlamentsbeschlüsse allein imstande seien, eine Neugestaltung der nationalen Verfassung zu erreichen. Vielmehr könne nur „durch ein Zusammenwirken beider Factoren“ eine „neue lebendige Schöpfung“ entstehen. Mit Blick auf das Parlament solle das Prinzip der direkten Volkswahl angewandt werden, da ein derartiges Vorgehen in höherem Maße als die Delegation seitens der einzelnen Landtage dem Interesse der Gesamtheit diene. Ferner sei das allgemeine Stimmrecht zu gebrauchen, zumal es die partikularen Verhältnisse überwinde und sich positiver für das „conservative Princip“ erweise als „auf künstlichen Combinationen beruhende“ Wahlmethoden.[11] Doch wurden diese geradezu revolutionär anmutenden Vorschläge aus der Zeit vor dem Krieg gegen Österreich nach dem Sieg nicht etwa über Bord geworfen, sondern beibehalten. Was im April noch als geschickter Winkelzug der preußi-

---

[9] Huber, Deutsche Verfassungsdokumente, Nr. 197.

[10] Huber, Deutsche Verfassungsdokumente, Nr. 163.

[11] Das in Preußen geltende Dreiklassenwahlrecht war eine solche künstliche Kombination, die mittels des preußischen Antrags nun abgelehnt wurde. Es begünstigte eindeutig die besitzenden Schichten und widersprach dem Grundsatz des *one man, one vote*, nach welchem eine jede Stimme das gleiche Gewicht hat.

schen Propaganda aufgefasst wurde, erwies sich nun wider Erwarten als ernst gemeinter Vorschlag.[12]

Der Verfassungsentwurf, den die preußische Regierung den Bevollmächtigten der verbündeten Staaten am 15. Dezember 1866 vorlegte, war mitnichten ein alleiniges Produkt Bismarckscher Überlegungen, wenngleich seine Putbuser Diktate einige Berühmtheit erlangen sollten. Bismarck selbst fragt zu Beginn des Diktats vom 30. Oktober 1866, ob Savigny die vorhandenen Entwürfe zur Norddeutschen Bundesverfassung kenne.[13] Diese würden nämlich von Hepke, Bucher und Duncker stammen. Die Genannten waren zum damaligen Zeitpunkt Beamte im preußischen Außenministerium und damit Bismarcks Mitarbeiter und Untergebene. Interessanterweise sind es die Entwürfe von Reichenbach und Wagener, die der Ministerpräsident an dieser Stelle unerwähnt lässt – aus gutem Grunde. Graf Oskar Reichenbach etwa, ein Verfechter großdeutscher Ideen, zählte zu den preußischen Demokraten. Der von ihm vorgelegte Verfassungsentwurf sah die Errichtung eines deutschen Einheitsstaates vor, in welchem der preußische Landtag beseitigt sein würde. Wilhelm I. sollte den Titel „König der Norddeutschen und in Preußen“ tragen. Verantwortliche Bundesminister, ein Grundrechtekatalog sowie die Einrichtung eines Volks- und Staatenhauses bildeten weitere wichtige Merkmale seines Entwurfs, dessen allgemeine Kenntnis augenblicklich zu Widerstand im preußischen Staatsministerium geführt hätte. Insofern überrascht es nicht, dass Bismarck dieses Dokument erst nach seiner Rückkehr aus Putbus zu den Akten gab.[14]

Der von Hermann Wagener, einem preußischen Konservativen und Schriftsteller, vorgelegte Entwurf vom August 1866 schuf im Unterschied zu Reichenbach eine groß*preußische* Lösung, welche beispielsweise darin ihren Ausdruck fand, dass ein Minister Preußens gleichzeitig Bundesminister sein könne. In einer solchen Funktion sollten die Minister lediglich dem Reichsoberhaupt, nicht aber dem Reichstag verantwortlich sein. Eine etwaige Ver-

---

[12] Ähnlich verhielt es sich mit den von Preußen vorgelegten Grundzügen einer neuen Bundesverfassung vom 10. Juni. Siehe dazu Gall, Lothar: Der weiße Revolutionär. Biografie. Berlin 2001 (unveränd. Nachdr. d. 1980 im Propylen-Verlag erschienenen Ausgabe) [im Folgenden: Gall, Der weiße Revolutionär], S. 382.

[13] Bismarck, Otto von: Werke in Auswahl. Jahrhundert-Ausgabe zum 23. September 1862. 8 Bde. Hrsg. v. Gustav Adolf Rein u.a. Darmstadt 1962-1980. Bd. 4: Die Reichsgründung. Zweiter Teil: 1866-1871. Hrsg. v. Eberhard Scheler. Darmstadt 2001 (unveränd. Nachdr. d. Ausgabe v. 1968) [im Folgenden: Bismarck, Werke in Auswahl, Bd. 4], S. 7f.

[14] Becker, Bismarcks Ringen, S. 221ff. Becker hält es für wahrscheinlich, dass Reichenbachs Verfassungsentwurf im Auftrage Bismarcks entstand, der damit die Meinung eines Demokraten zu den konstitutionellen Fragen einzuholen bestrebt gewesen sei.

öffentlichung des Schriftstücks hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit die Zusammenarbeit Bismarcks mit den (National-)Liberalen beeinträchtigt, auf die er sich insbesondere nach Verabschiedung des Indemnitätsgesetzes zu stützen gedachte, zumal Wagener als Vorsitzender des Preußischen Nationalvereins ein entschiedener Gegner des den Liberalen so zentralen, auf Deutschland bezogenen Nationalitätsprinzips war.[15] Doch jenseits dieser aus Bismarcks Sicht unannehmbaren Vorschläge finden sich in dem konservativen Entwurf auch Bestimmungen, welche später in die offizielle preußische Vorlage übernommen wurden. Dies war zum Beispiel bei der Stimmenverteilung im Bundesrat (bei Wagener: Fürstenhaus) der Fall, für die Wagener vorschlug, sich an der des Plenums des Deutschen Bundes zu orientieren. Auch hinsichtlich der Art der Beteiligung der Einzelstaaten am Militärwesen wird, was die Bereitstellung von Soldaten und Finanzmitteln betrifft, der von ihm formulierte Grundsatz im von Bismarck vorgelegten preußischen Entwurf vom Dezember aufgegriffen. Demnach sollten die verschiedenen Staaten einen einheitlichen Prozentsatz ihrer Bevölkerung als Soldaten und finanzielle Beiträge nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsstärke zur Verfügung stellen.

In gewisser Weise komplettiert der von Bismarck im Diktat vom 30. Oktober erwähnte Verfassungsentwurf von Max Duncker die beiden bisher dargestellten, denn Duncker war nicht nur Mitarbeiter im preußischen Außenministerium, sondern auch ein liberal geprägter Historiker.[16] Als ausschlaggebender Unterschied zu den beiden anderen Dokumenten ist aber die Tatsache zu bewerten, dass die Erstellung seines Konzepts auf eine direkte Weisung des Vorgesetzten an den Mitarbeiter zurückging, es somit in amtlichem Auftrag entstand.[17] Nichtsdestotrotz weisen die Ausarbeitungen Dunckers ähnlich wie der Entwurf des Demokraten Reichenbach einen stark deutschunitarischen Charakter auf, der sich vor allem darin zeigt, dass dem Parla-

---

[15] Das am 3. September 1866 vom preußischen Abgeordnetenhaus mit 230 zu 75 Stimmen angenommene Indemnitätsgesetz beendete den seit Beginn der 1860er Jahre bestehenden preußischen Heeres- und Verfassungskonflikt, indem die königliche Regierung das Parlament um nachträgliche Bewilligung der Militärausgaben und Straffreiheit bat und sich im Gegenzug bereit erklärte, das parlamentarische Budgetrecht fortan anzuerkennen. Für viele konservative Abgeordnete war es jedoch – bildlich gesprochen – eine bittere Pille, die es zu schlucken galt, gerade weil das Gesetz in ihren Augen einen so demütigenden Charakter für die Monarchie besaß.

[16] Otto Becker weist darauf hin, dass sich Duncker mit zwei weiteren Liberalen über seine Arbeit an einem Verfassungsentwurf beriet, und zwar zum einen mit Franz von Roggenbach, einem ehemals badischen Minister und aktuellen Berater der preußischen Königin Augusta, zum anderen mit Johann Gustav Droysen, jenem bedeutenden Historiker und vormaligen Abgeordneten der Paulskirche. Siehe dazu Becker, Bismarcks Ringen, S. 216.

[17] Becker, Bismarcks Ringen, S. 213. Was bezüglich der Übernahme verschiedener Bestimmungen von Wagener in den preußischen Entwurf gesagt wurde, trifft auch auf den Verfassungsentwurf aus Dunckers Feder zu. Siehe dazu ebd., S. 217.

ment ein fast unbegrenztes Gesetzgebungsrecht zugesprochen wird, wodurch die Volksvertretungen der Einzelstaaten das Nachsehen hätten. Außerdem sieht Duncker die Einführung verantwortlicher Bundesminister vor, die zwar vom Bundespräsidium, sprich dem preußischen König, ernannt würden, die aber dem Reichstag auf dessen Verlangen Rede und Antwort stehen müssten. Zudem bedürften sowohl die exekutiven als auch die legislativen Akte des Bundespräsidiums der Gegenzeichnung eines Bundesministers. Dass auch das Präsidium über legislative Rechte verfügen sollte, verdeutlicht die Absicht Dunckers, dem preußischen König nicht etwa die Stellung eines Primus inter Pares unter den verbündeten Regierungen einzuräumen, sondern ihn mit allen als notwendig erachteten Befugnissen eines Staatsoberhauptes zu versehen.

Als sich Bismarck Anfang Oktober 1866 auf Einladung des Fürsten zu Putbus auf die Insel Rügen begab, lagen äußerst kräftezehrende Wochen und Monate hinter ihm, die seinen Gesundheitszustand in erheblichem Maße beeinträchtigt und ihn an den Rand eines Nervenzusammenbruchs gebracht hatten: zunächst der zum Krieg eskalierte Konflikt mit Österreich, dann die Friedensverhandlungen sowohl mit der Habsburgermonarchie als auch mit den süddeutschen Staaten, die Abwehr französischer Kompensationsforderungen, die Beendigung des Heeres- und Verfassungskonflikts in Preußen, die Eingliederung der annektierten Gebiete in den preußischen Staatsverband und nicht zuletzt die mit der Gestaltung der neuen Verfassung verbundenen Überlegungen.[18] In den annähernd zwei Monaten, die Bismarck fernab von den politischen Entscheidungszentren auf der Ostseeinsel verbrachte, um wieder zu Kräften zu gelangen, entstanden mehrere Diktate, in denen einige seiner zentralen Ansichten über die Bundesverfassung zum Ausdruck kommen. Dabei fungierten die Diktate gewissermaßen als Arbeitsgrundlage für die im Staatsministerium mit dem Entwurf beschäftigten Beamten.[19] Bismarck selbst konnte sich wiederum auf die Vorarbeiten stützen, die Hepke[20], Bucher[21], Duncker, Reichenbach und Wagener geleistet hatten.

---

[18] Kolb, Eberhard: Bismarck. München 2009 (C.H. Beck Wissen in der Beck´schen Reihe, Bd. 2476), S. 76. Kolb wertet an dieser Stelle insbesondere die Augustwochen als „mit die aufreibendsten in Bismarcks Leben“.

[19] Gall, Der weiße Revolutionär, S. 385; Becker, Bismarcks Ringen, S. 238. Bismarck selbst spricht davon, durch Korrespondenz mit Savigny wieder die Geschäfte in die Hand genommen zu haben. Siehe dazu Bismarck, Otto von: Gedanken und Erinnerungen. Mit einem Essay von Lothar Gall. Berlin 1999, S. 355.

[20] Rudolf Hepke, Vortragender Rat im preußischen Außenministerium, hatte auf der Grundlage der nach dem Krieg überarbeiteten Grundzüge eine aus zwölf Artikeln bestehende Bundesakte und eine sich aus drei Teilen zusammensetzende Bundesgeschäftsordnung entworfen. Während

In einem Diktat vom 22. Oktober, in welchem eher verfahrenstechnische Fragen im Vordergrund stehen, heißt es, Bismarck wünsche von Savigny dessen Ansicht über die Bundesverfassung zu erfahren.[22] Sodann betont der Außenminister, der König solle vorerst nicht in die Diskussion mit einbezogen werden, da andernfalls die Gefahr bestünde, dass sich „Ansichten oder Antipathien festsetzen, die nachher schwer zu bekämpfen sind.“ Die Wirksamkeit der Einflüsse des eigenen Hofes und damit auch anderer Höfe müsse vielmehr möglichst kurz bemessen werden. Folglich, so betont Bismarck, sollten sich zunächst die Fachleute einig sein, bevor der Entwurf zur Entscheidung gestellt werden könne, um nicht den „Meinungsstreit ins Bodenlose“ sinken zu lassen.

Im weitaus bekannteren Diktat vom 30. Oktober 1866 treten die grundsätzlichen Ansichten Bismarcks über die Verfassung schon deutlicher zutage.[23] Wie oben erwähnt, verweist er darin auf die bereits vorhandenen Entwürfe, die er sogleich als „zu zentralistisch bundesstaatlich für den dereinstigen Beitritt der Süddeutschen“ kritisiert. Daraus zieht er die Schlussfolgerung, man müsse sich „in der Form“ mehr an den Staatenbund halten, „diesem aber praktisch die Natur des Bundesstaates geben mit elastischen, unscheinbaren, aber weitgreifenden Ausdrücken.“ Deshalb lehnt Bismarck auch die Schaffung eines Ministeriums ab, wohingegen er einen Bundestag als Zentralbehörde bevorzugen würde.[24] Was die Verteilung der Stimmen in diesem Bundesorgan angeht, regt er die Orientierung am Kuriensystem des Deutschen Bundes an.[25] Ausdrücklich behält es Bismarck der weiteren Entwick-

---

Letztere eher technische Gesichtspunkte wie eine Geschäftsordnung für den Bundestag beinhaltete, befasste sich die Bundesakte beispielsweise mit der Stimmenverteilung im Bundestag oder auch mit den sogenannten Bundesfachkommissionen, die – bestehend aus Beamten der einzelstaatlichen Regierungen – als administrative Organe des Präsidiums die Aufgabe übernehmen sollten, Gesetzesvorlagen auszuarbeiten. Siehe dazu Becker, Bismarcks Ringen, S. 231ff.

[21] Otto Becker weist darauf hin, dass Legationsrat Lothar Bucher gar keinen eigenen Verfassungsentwurf erstellt habe. Er führt dies auf eine „unrichtige“ Veröffentlichung des Diktats vom 30. Oktober zurück. Jedoch habe Bucher andere wichtige Vorarbeiten geleistet, z.B. die Erörterung der Frage, warum das Präsidium das Recht haben müsse, selbstständig Verträge mit anderen Staaten zu schließen. Siehe dazu Becker, Bismarcks Ringen, S. 220.

[22] Wolter, Heinz (Hg.): Otto von Bismarck. Dokumente seines Lebens. Leipzig 1986 [im Folgenden: Wolter, Dokumente], S. 226.

[23] Bismarck, Werke in Auswahl, Bd. 4, S. 7f.

[24] Nach heutigem Verständnis entspräche das „Ministerium“ einer Bundesregierung, während der „Bundestag“ eine Vertretung der Gliedstaaten des Bundes meint und gegenwärtig dem Bundesrat gleichkommt. Im Übrigen findet sich die Bezeichnung „Bundesrat“ auch in der am 16. April 1867 angenommenen Variante der Norddeutschen Bundesverfassung.

[25] Dem Kuriensystem des Engeren Rates im Deutschen Bund entsprach es, dass nicht alle Einzelstaaten unmittelbar in diesem vertreten waren, sondern dass sich mehrere Kleinstaaten eine Stimme teilten, wobei der stimmenführende Staat regelmäßig wechselte. Im Plenum hingegen

lung vor, dass Bundesministerien gebildet werden könnten. Eine Ausrichtung an bekannten Formen biete jedoch den Vorteil, das Aufkommen von „Professorenstreitigkeiten“ zu verhindern. Hinsichtlich des Kriegswesens führt er aus, dieses solle vorläufig, das bedeutet bis zur Vollendung der Bundesverfassung, dem preußischen Kriegsministerium übertragen werden. Die übrigen Fachbereiche – Bismarck nennt „Handel, Zölle, Eisenbahnen usw.“ – mögen durch Fachkommissionen wahrgenommen werden, deren drei oder fünf Mitglieder vom Bundestag gewählt, aber von den Regierungen ernannt würden. Ihre Aufgabe bestünde darin, die Gesetzgebungsarbeit sowohl des Bundestages als auch des Reichstages vorzubereiten.

Außerdem hebt Bismarck hervor, dass Bundesgesetze – wie bereits vor dem Krieg angekündigt – mittels übereinstimmender Mehrheitsbeschlüsse von Bundestag und Volksvertretung zustande kämen. In diesem Zusammenhang mahnt er, jenen Institutionen schnell die Gegenstände ihrer Gesetzgebung zuzuschreiben. Die Zusammensetzung des Reichstages aus zwei Kammern, also einem Volks- und einem Staaten- bzw. Fürstenhaus, lehnt Bismarck ab. Eine derartige Konstellation würde „den Mechanismus zu schwerfällig [machen]“, solange daneben noch ein stimmberechtigter Bundestag existiere. Was er sich hingegen gut vorstellen könne, sei die Anwendung zweier verschiedener Wahlprozesse für das Parlament, wonach die eine Hälfte der Abgeordneten von den einhundert Höchstbesteuerten der 200.000 Einwohner umfassenden Wahlbezirke bestimmt würde, die andere von den übrigen Stimmberechtigten. Relativierend fügt Bismarck hinzu: „Doch stelle ich diese Fragen ihrer Bedeutung nach nicht in die erste Linie. Die Hauptsache ist mir: keine Diäten, keine Wahlmänner, kein Census, es sei denn, daß letzterer so weit greift, wie oben angedeutet.“ In positiven Ausdrücken formuliert hieße dies: finanziell ausreichend abgesicherte Abgeordnete, direkte Wahlen, allgemeine Wahlen.

Die Substanz des Diktats vom 30. Oktober 1866 zusammenfassend, können zwei Hauptpunkte ausgemacht werden. Zum einen ist dies der Appell Bismarcks, sich an den bekannten Formen des Deutschen Bundes zu orientieren, obgleich die Verfassung ihrem Wesen nach eher der eines Bundesstaates entsprechen solle. Eng damit verbunden ist die deutlich zum Ausdruck kommende Überzeugung des Außenministers, dass die Verfassung nach ihrer Verabschiedung entwicklungsfähig bleibe – sowohl was den anscheinend fest eingeplanten Beitritt der süddeutschen Staaten als auch die künfti-

---

waren alle Staaten vertreten, wenngleich sich ihre Stimmenanzahl an der Bevölkerungszahl des jeweiligen Landes ausrichtete.

ge Entstehung von Ministerien auf Bundesebene betrifft. Demgemäß habe der Beginn der konkreten Gesetzgebungstätigkeiten Priorität, worauf die Mahnung hinzudeuten scheint, unverzüglich die legislativen Kompetenzen der entsprechenden Institutionen festzulegen. Die zweite Erkenntnis aus dem Diktat besteht darin, dass es drei Problembereiche sind, hinsichtlich derer Bismarck gewisse Grundüberzeugungen hegt, die unbedingt zum Tragen kommen müssten. Aus seiner Sicht bestand die Notwendigkeit, Diäten, Wahlmänner und das Zensuswahlrecht – sofern es nicht nach seinen Bedingungen gestaltet ist – zu verhindern.

In einem anderen Diktat, welches am 19. November 1866 unter der Überschrift „Unmaßgebliche Ansichten über die Bundesverfassung" entstand, greift Bismarck noch einmal den Gedanken auf, dass ein Zweikammersystem nicht auf die Bundesverhältnisse anwendbar sei.[26] Die Schwierigkeit bestünde im Falle seiner Einführung vor allem darin, drei nach Mehrheitsprinzip entscheidende Organe und das Präsidium nebst Oberfeldherrntum miteinander in Einklang zu bringen. Für die Zukunft mag er jedoch die Möglichkeit nicht ausschließen, dass sich der Bundestag nach und nach zu einem Oberhaus entwickeln werde. Eine solche Entwicklung müsse dann aber auch zu einer Aufwertung des Präsidiums und des Oberfeldherrntums führen, was etwa durch das Kaisertum sichergestellt werden könnte. In diesem Kontext verweist Bismarck darauf, dass der preußische König als Präsidialmacht und Oberbefehlshaber schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt über bestimmte Vorrechte verfügen müsse, wozu er das Recht über Krieg und Frieden, Mobilmachung und die Oberaufsicht über die Bundesbeamten zählt.[27]

---

[26] Bismarck, Werke in Auswahl, Bd. 4, S. 8ff.

[27] Bereits in einem Diktat vom 14. November 1866 listete Bismarck einige Befugnisse auf, die dem König als Oberbefehlshaber zustehen müssten. Darunter fällt insbesondere das Recht, im Falle eines seine militärischen Pflichten nicht erfüllenden Bundesgliedes die Exekution im Namen des Bundes sofort zu vollziehen. Des Weiteren handelt es sich um die Bestimmung der Präsenzstärke der Armee, die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über alle Bundestruppen hinsichtlich Verlegung sowie das Recht, bei innerer oder äußerer Gefahr beliebige Teile des Bundesgebietes in Kriegszustand zu erklären. Veröffentlicht findet sich dieses Diktat bei Keudell, Robert von: Fürst und Fürstin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846 bis 1872. Berlin u.a. 1901, S. 334. In einem weiteren Diktat vom 14. November, welches Otto Becker bekannt gemacht hat, beschäftigt sich Bismarck mit den Steuern auf Branntwein, Zucker und Tabak, welche infolge der Gemeinsamkeit der Zölle Bundesangelegenheiten werden sollten. Die daraus entstehenden Einnahmen müssten für Heer und Flotte verwendet werden. Zudem würden die mit der Verwaltung dieser Steuern beauftragten Beamten allesamt dem Bund unterstehen, welchem in Form des Präsidiums deren Ernennung zustünde, während die Territorialregierungen über das Vorschlagsrecht verfügten. Von einem solchen Vorschlagsrecht ist auch im Diktat vom 19. November die Rede. Siehe dazu Becker, Bismarcks Ringen, S. 251.

Detaillierter als im Diktat vom 30. Oktober geht Bismarck darüber hinaus auf die Frage der Zusammensetzung des Bundestages ein. Diese sei in wesentlichem Maße von der Stellung des preußischen Königs in der Bundesverfassung abhängig, wobei es nach seiner Auffassung zwei denkbare Alternativen gäbe, die er nun gegeneinander abwägt. Fiele dem König die Stellung eines Reichsoberhaupts zu, müsste er zu einem „selbständigen Faktor der Bundesgesetzgebung" gemacht werden, wohingegen die preußische Präsenz im Bundestag dann nachrangig wäre. In der Konsequenz entstünde ein monarchischer Bundesstaat oder Deutsches Kaiserreich, dessen Herstellung jedoch „formell mehr Schwierigkeiten" verursachen würde als die zweite Alternative, welche dem König die Position eines Primus inter Pares verleihe und trotzdem „Preußen dieselbe dominierende Stellung" sichere. Die leichtere Durchsetzung dieser Konstellation gegenüber den Verbündeten begründet er – ähnlich wie im Diktat vom 30. Oktober – mit der Anlehnung an das Hergebrachte. Orientierte man sich in Bezug auf die Stimmenverteilung im Bundestag am Plenum der alten Bundesversammlung, käme Preußen inklusive der Stimmen der inzwischen annektierten Staaten auf 17 Stimmen, während auf die übrigen Einzelstaaten insgesamt 26 Stimmen entfielen.[28] Im Ergebnis bleibe Preußen zwar fünf Stimmen unter der absoluten Mehrheit, wäre aber dennoch nicht der Gefahr einer gleichzeitigen Majorisierung im Bundestag *und* Reichstag ausgesetzt, zumal die preußischen Abgeordneten in der Volksvertretung ein zahlenmäßiges Übergewicht hätten. Zusätzlich dazu könnten noch weitere Hürden errichtet werden, indem etwa der Bundesfeldherr in militärischen Fragen ein Vetorecht erhielte oder indem man für Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag erforderlich machte.[29]

Nachdem er auf solche Weise die Grundlagen für die preußische Dominanz dargelegt hat, wendet sich Bismarck den eher technischen, aber keineswegs unwichtigen Fragen im Zusammenhang mit dem Bundestag zu. Seinen Vorstellungen gemäß müssten die einzelstaatlichen Regierungen nicht zwangsläufig so viele Vertreter in das Gremium entsenden, wie ihnen Stimmen zustehen. Stimmrecht und Anwesenheit wären somit voneinander entkop-

[28] Infolge des siegreichen Krieges wurden das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, das Herzogtum Nassau sowie die Freie Stadt Frankfurt mit der preußischen Monarchie vereinigt. Anfangs als Herrschaft in Personalunion konzipiert, bestimmte das entsprechende Gesetz vom 20. September 1866, dass die preußische Verfassung dort mit Wirkung vom 1. Oktober 1867 in Kraft trete. Auch das Herzogtum Holstein und Schleswig wurde mittels eines solchen Gesetzes Ende 1866 dem preußischen Staatsverband einverleibt.

[29] An dieser Stelle ergänzt Bismarck, eine so beschaffene Sperrminorität im Bundestag müsste im Falle des Beitritts der süddeutschen Staaten dadurch gewahrt werden, dass man die preußische Stimmenanzahl auf 20 erhöhe.

pelt. Der Verdeutlichung halber schildert Bismarck das Beispiel, dass ein einziger anwesender preußischer Gesandter bei der Abstimmung die 17 Preußen zustehenden Stimmen ausüben könnte. Sollten aber mehrere Gesandte anwesend sein, müssten sie in ihrem Votum miteinander übereinstimmen und „die Ansichten der Regierung“ gemeinsam vertreten.[30] Unausgesprochen liegt darin die Grundannahme verborgen, dass alle preußischen Mitglieder des Bundestages ihre Instruktionen vom Außenminister – also von Bismarck selbst – erhalten sollten. Ferner stellt er Überlegungen an, welche Persönlichkeiten der preußischen Delegation angehören sollten, wobei er verschiedene Namen und die Bereiche nennt, aus denen die Personen kommen sollten. So beabsichtigt Bismarck etwa, dem bisherigen Gesandten Savigny den Vorsitz im Bundestag anzuvertrauen. Davon abgesehen wird deutlich, dass der Außenminister den Bundestag als die eigentliche Regierung des Bundes betrachtet, zumal er von einer „43 Plätze fassenden Ministerbank“ im Reichstag spricht.[31]

Das Diktat vom 19. November veranschaulicht insgesamt recht deutlich, dass aus Bismarcks Sicht der Bundestag und das Präsidium die wichtigsten Machtstützen Preußens im neuen Bund darstellen. Indem das vom preußischen König gebildete Präsidium über weitreichende Rechte verfügen und die preußische Delegation im Bundestag ein deutliches Übergewicht besitzen sollte, waren die Fundamente für die Dominanz der Hohenzollernmonarchie gelegt. Die wiederholte Ablehnung eines Zweikammersystems symbolisiert, dass sich Bismarck auf die grundsätzliche Konstellation der Institutionen festgelegt hatte, wonach dem Bundestag, dem Reichstag und dem Präsidium mit Oberfeldherrntum die Bedeutung von tragenden Säulen des Verfassungssystems zukommen sollte. Dass andererseits die exakten Ausprägungen dieser Organe noch nicht in Stein gemeißelt waren, verdeutlicht die Hinwendung Bismarcks zur Orientierung der Stimmenverteilung im Bundestag am Plenum des alten Bundes, nachdem er am 30. Oktober noch dessen Kuriensystem zur Nachahmung empfohlen hatte. Zudem wird man gewiss nicht fehlgehen in der Annahme, Bismarck habe während seines Aufenthalts in Putbus auch die eigene Machtstellung im neuen Verfassungsgefüge im Hinterkopf gehabt. So wurde bereits darauf verwiesen, dass Bismarck bei einer Konstellation, in welcher der Bundestag aus den weisungsgebundenen Vertretern der Einzelstaaten bestünde, in seiner Eigenschaft als Außenminister

---

[30] Die Minorität im Bundestag solle aber von der Mehrheit abweichende Ansichten im Reichstag vertreten dürfen.

[31] In diesem Kontext weist Bismarck darauf hin, dass mit dem Verzicht auf ein Bundesministerium zugleich die Konkurrenz zwischen den einzelstaatlichen Regierungen bei der Ernennung der entsprechenden Mitglieder vermieden werden könne.

befugt wäre, die preußischen Gesandten zu instruieren. Somit behielte er alle Fäden in der Hand. Dies träfe jedoch nicht zu, wenn – wie es Hepke in seiner Bundesakte vorgeschlagen hatte – Bundesfachkommissionen als dem Präsidium zugeordnete Organe eingeführt würden. Denn dann müsste in Bundesfragen auch den übrigen preußischen Fachministern unmittelbarer Zugang zur Präsidialmacht, also zum König, gewährt werden, was letztlich zur Selbstentmachtung Bismarcks in der Bundespolitik führen würde.[32] Insofern können die zahlreichen Putbuser Diktate auch als Versuch des preußischen Außenministers und Ministerpräsidenten gedeutet werden, den eigenen Einfluss für die Zukunft zu bewahren. Zunächst jedoch bestand ihre primäre Funktion darin, auf der Grundlage sowohl fremder Entwürfe als auch eigener Gedanken den mit der Ausarbeitung der Verfassung beschäftigten Beamten in Berlin Leitlinien an die Hand zu geben.

Noch in Putbus ließ Bismarck am 22. November erklären, der Reichstag solle bereits in der ersten Januarhälfte des folgenden Jahres gewählt werden und am 1. Februar zusammentreten. Der Beginn der Verhandlungen mit den verbündeten Regierungen wurde zunächst auf den 10. Dezember festgesetzt, später aber auf den 15. desselben Monats verschoben. Auch die Wahlen wurden nicht zum ursprünglich avisierten Termin, sondern erst Mitte Februar abgehalten, wodurch sich die Eröffnung des Reichstages ebenso verzögerte. Nichtsdestotrotz war es ein strenger Zeitplan, der keinen Spielraum für ausgedehnte Verhandlungsrunden ließ. Gerade deshalb überrascht es auf den ersten Blick, dass die Bevollmächtigten schon für Mitte Dezember nach Berlin bestellt wurden, obwohl der preußische Entwurf für eine neue Bundesverfassung noch gar nicht vorlag. Zwar hatte der vormalige Bundestagsgesandte Savigny durch eine königliche Kabinettsorder Anfang November den Auftrag erhalten, die Verfassungsarbeiten zu koordinieren, und war der von ihm erstellte Entwurf, dessen Motive Bucher verfasst hatte, bei der Rückkehr Bismarcks nach Berlin am 1. Dezember abgeschlossen, doch verwarf Letzterer diesen Entwurf. Ursächlich dafür war in erster Linie ein mehrfaches Abweichen Savignys von Bismarcks Vorgaben.[33] Beispielsweise bestimmte Savignys Verfassungsentwurf, dass der Bundestag nach dem Kuriensystem gebildet werden solle, obgleich sich Bismarck im Diktat vom 19. November von der Anwendung dieses Prinzips distanziert und die Vorzüge einer Orientierung am Plenum des alten Bundes umfangreich dargelegt hatte. Auch hielt der Entwurf an den dem Präsidium zugeordneten Fachkommissionen fest, die der Außenminister ebenfalls verworfen hatte. Außerdem ist

[32] Becker, Bismarcks Ringen, S. 233.
[33] Becker, Bismarcks Ringen, S. 258ff.

bei Savigny das Militärwesen so weit vereinheitlicht, dass – entgegen Bismarcks Haltung – auch die einzelstaatlichen Kontingente wegfallen sollten. Infolgedessen entschloss sich der Zurückgekehrte dazu, in eigener Regie und mit der Hilfe seines Mitarbeiters Bucher einen neuen Entwurf zusammenzustellen und den von Savigny ohne viel Aufhebens verschwinden zu lassen.[34]

Die Neuredaktion erfolgte unter hohem Zeitdruck, zumal vor dem Zusammentritt der Bevollmächtigten noch das Staatsministerium und der Kronrat ihre Zustimmung geben mussten. Jedoch konnten viele Artikel aus Savignys Entwurf übernommen werden, da er auch nicht wenige Formulierungen gefunden hatte, mit denen Bismarck einverstanden war. Nicht zuletzt aus diesem Grunde verwarf die spätere Forschung den Mythos, Bismarck habe innerhalb weniger Tage, gleichsam in einer Nacht- und Nebelaktion, eine Verfassungsvorlage zustande gebracht. Vielmehr wird auf die lange Vorgeschichte, die sein Entwurf besitze, verwiesen sowie die kombinatorische Art gewürdigt, mit welcher Bismarck das Verfassungsproblem durchdrungen habe.[35] So sind nach Bismarcks Rückkehr lediglich 17 von insgesamt 64 Artikeln neu entstanden. Dazu gehört die Schaffung permanenter Bundestagsausschüsse, die Vertretung von Gesetzesvorlagen des Bundestages vor dem Reichstag durch Mitglieder des Ersteren sowie die Einführung des Bundeskanzlers, der vom Präsidium ernannt werde und dem Bundestag vorsitze.[36] In der Tat konnte Bismarck auf die bereits vorhandenen Vorentwürfe zurückgreifen, die Duncker, Wagener und andere geleistet hatten – meist auf seine Aufforderung hin. Berücksichtigt man ferner die Putbuser Diktate sowie die Tatsache, dass auch die Grundzüge vom Juni und das Augustbündnis maßgeblich von Bismarck geprägt worden waren, erscheint es be-

---

[34] Savignys Verfassungsentwurf wurde am 5. Dezember zu den Akten gelegt, was dieser zwei Tage später von Bismarck erfuhr. Otto Beckers Auffassung folgend, musste Bismarck Savignys Ausarbeitungen schnell und geräuschlos verschwinden lassen und auf dessen Mitarbeit am neuen Entwurf verzichten, da der ehemalige Bundestagsgesandte hoch in der Gunst des Königs stand und im Falle fortdauernder Differenzen ein offener Machtkampf drohte. Siehe dazu Becker, Bismarcks Ringen, S. 263.

[35] Becker, Bismarcks Ringen, S. 236; Pflanze, Otto: Bismarck. Bd. 1: Der Reichsgründer. München 2008 (Beck´sche Reihe, Bd. 1785) [im Folgenden: Pflanze, Der Reichsgründer], S. 345.

[36] Becker, Bismarcks Ringen, S. 268ff. Der Wortlaut des den Bundeskanzler betreffenden Artikels war durchaus geeignet, unterschiedlich ausgelegt zu werden, bestimmte er doch, dass der Kanzler „im Bundestage den Vorsitz führt und die Geschäfte leitet“. Der Verzicht auf das Wort „dessen“ (Geschäfte) ließ offen, ob der Bundeskanzler nur die Geschäfte des Bundestages oder ganz allgemein die des Bundes leiten sollte. Otto Becker erblickt in dieser Unklarheit ein taktisch geprägtes Vorgehen Bismarcks, der sich dadurch die Möglichkeit offen halte, im Falle der Anwendung der weiten Definition selbst das Bundeskanzleramt zu übernehmen. Andernfalls, die engere Definition vorausgesetzt, würde der Kanzler nur der die Geschäfte des Bundestages leitende Präsidialgesandte, und als solcher dem preußischen Außenminister untergeordnet sein.

rechtigt, den am 9. Dezember vorgelegten Entwurf als sein persönliches Werk zu bezeichnen.[37]

Bevor der Textentwurf, den Bucher am 9. Dezember fertiggestellt hatte, dem König, dem Kronprinzen und den verschiedenen Ressorts zur Durchsicht übergeben wurde, nahm Bismarck noch letzte Korrekturen daran vor. Am 12. Dezember tagte bereits das Staatsministerium. Auch Savigny, der sich drei Tage zuvor mit Bismarck hatte aussöhnen lassen, war zugegen, da er den preußischen Entwurf den verbündeten Regierungen gegenüber mit vertreten sollte. Den Entscheidungsträgern standen also nur wenige Tage bzw. Stunden zur Verfügung, Bismarcks Entwurf zu prüfen, denn eine Entscheidung musste gefällt werden, bevor die Konferenz der einzelstaatlichen Bevollmächtigten am 15. Dezember beginnen würde. Laut Sitzungsprotokoll antwortete Bismarck im Staatsministerium auf die Frage, ob nicht der Reichstag die Macht der preußischen Krone eindämme, dass derselbe ganz im Gegenteil ein Trumpf Preußens sei, weil er den preußischen Parlamentarismus schwäche. So würde dem Abgeordnetenhaus der Militäretat entzogen, im Gegenzug aber nicht auf den Reichstag übertragen.[38] Dennoch gelang es den Ministerkollegen Bismarcks, noch einige Änderungen durchzusetzen und gewisse Punkte zu ergänzen. Hatte der Außenminister in seinem Entwurf noch bestimmt, die Mitglieder des Bundestages seien im Reichstag nur dann stimmberechtigt, wenn sie zugleich dem Parlament angehörten, so verfügte das Staatsministerium die Inkompatibilität von (Bundestags-)Amt und (Reichstags-)Mandat. Ferner wurde das Wechsel- und Handelsrecht den Gesetzgebungskompetenzen des Bundes hinzugefügt. Auf Drängen des Handelsministers, aber im Einverständnis mit Bismarck, beschloss das Kollegium, einen neuen Abschnitt über das Post- und Telegrafenwesen in den Verfassungsentwurf mit aufzunehmen. Auch Kriegsminister Roon meldete noch einige Änderungswünsche an, sodass die vom Staatsministerium gebilligte Fassung des Entwurfs letztlich nicht mehr 64, sondern 69 Artikel umfasste. Noch vor der Sitzung des Kronrats, die am 14. Dezember abgehalten werden sollte, musste Bismarck den König von der Notwendigkeit überzeugen, die einzelstaatlichen Militärkontingente beizubehalten. War Wilhelm I. – wie auch Savigny in seinem Entwurf – anfangs nicht gewillt, nachzugeben, konnte er mithilfe Roons am 13. Dezember doch noch umgestimmt werden. Im Kronrat selbst war es dann vor allem Kronprinz Friedrich Wilhelm, der noch Diskussionsbedarf sah. So setzte er die Änderung einiger wesentlicher

[37] Gall, Der weiße Revolutionär, S. 384. Hinsichtlich einer solchen Bewertung herrscht in der historischen Forschung weitgehend Konsens.
[38] Becker, Bismarcks Ringen, S. 282ff.

Bezeichnungen durch. Aus dem Bundestag wurde der Bundesrat, aus den Bundestagsgesandten Bevollmächtigte, aus dem norddeutschen Volk das Volk. Auch gelang es ihm, eine abgeschwächte Variante der Exekutionsbestimmungen zu erreichen. Nun war die Durchführung der Sequestrierung (Zwangsverwaltung) eines seine verfassungsmäßigen Pflichten nicht erfüllenden Bundesgliedes nicht mehr das einzige Instrument der Exekution, sondern nur noch die Ultima Ratio.

Die Änderungen, die Staatsministerium und Kronrat am von Bismarck vorgelegten Entwurf vorgenommen hatten, berührten in ihrer Gesamtheit jedoch nicht dessen Grundstruktur. Der nun so bezeichnete Bundesrat blieb, wie von Bismarck gewünscht, das zentrale Organ des Verfassungssystems. Mittels unklarer Formulierungen war es ihm möglich, sich verschiedene Wege für die Zukunft offen zu halten.[39] Außerdem erleichterte dies die Durchsetzung gegenüber den Ministerkollegen und den (übrigen) Mitgliedern des Kronrats. Dass er die Klippen des preußischen Partikularismus´ erfolgreich zu umschiffen vermochte, verdankte er letztlich vor allem dem strengen Zeitplan. Wie es Bismarck schon im Putbuser Diktat vom 22. Oktober vorgesehen hatte, wurde die Wirksamkeit der höfischen Einflüsse auf einen äußerst kurzen Zeitraum begrenzt.

Die Verhandlungen mit den Verbündeten

Die Bevollmächtigten der norddeutschen Regierungen traten am 15. Dezember in Berlin zusammen. Wie im Augustbündnis vereinbart, sollten sie den Verfassungsentwurf feststellen, bevor ihn der Reichstag beraten würde. Da der Wahltermin für die Volksvertretung bereits auf den 12. Februar 1867 festgelegt worden war, standen für die Beratungen der Bevollmächtigten knapp zwei Monate zur Verfügung. Bismarck selbst hielt die Eröffnungsrede der Konferenz vom 15. Dezember.[40] In wenigen Worten empfahl er den verbündeten Regierungen die Annahme des preußischen Entwurfs, den er sogleich vorlegen werde. Dabei nahm er Bezug auf den früheren Deutschen Bund, der in zweierlei Hinsicht seinen Zweck nicht erfüllt habe: Zum einen sei es ihm nicht gelungen, seinen Mitgliedern Sicherheit zu gewähren; zum anderen habe er es versäumt, die nationale Wohlfahrt des deutschen Volkes zu fördern. Mit der neuen Verfassung des Norddeutschen Bundes sollten

---

[39] Siehe Anm. 36.

[40] Bismarck, Otto Fürst von: Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe). 15 Bde. Hrsg. v. Erich Brandenburg u.a. Berlin 1923-1935 [im Folgenden: Bismarck, Die gesammelten Werke]. Bd. 10: 1847-1869. 2. Aufl. [Reden. Bearb. v. Wilhelm Schüßler] Berlin 1928, S. 314f.

diese Mängel beseitigt werden, indem das Kriegswesen wie auch die auswärtigen Angelegenheiten einer einheitlichen Leitung zugeführt und gemeinsame Organe der Gesetzgebung in denjenigen Bereichen geschaffen würden, die die ganze Nation betreffen. Diese Ziele bekräftigte Bismarck mit dem Hinweis, sie stünden in der Tradition der preußischen Grundzüge vom Juni und des Augustbündnisses. Gleichzeitig gestand der preußische Ministerpräsident und Außenminister ein, dass die einzelstaatlichen Regierungen „wesentliche Beschränkungen ihrer partikularen Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesamtheit“ verkraften müssten.[41] Zugleich versicherte Bismarck den anwesenden Bevollmächtigten, dass sich der vorliegende Entwurf auf das notwendige Maß beschränke und darüber hinaus nicht in die Autonomie der Einzelstaaten eingreife. Trotzdem stehe den Regierungen eine schwierige Aufgabe bevor; auch seien Opfer zu bringen. Und dennoch zweifle die königliche Regierung nicht daran, dass der „einmütige Wille der verbündeten Fürsten und freien Städte“, der vom deutschen Volke getragen sei, alle Hindernisse überwinden werde.

Nachdem die Bevollmächtigten den preußischen Entwurf erstmals durchgesehen hatten, war von einem einmütigen Willen nicht mehr viel zu spüren. Stattdessen machten sich Empörung, Kritik und Widerstand breit. Die Motive, aus denen heraus nahezu alle norddeutschen Staaten den Entwurf in der vorliegenden Fassung ablehnten, speisten sich aus verschiedenen Quellen. Dabei können zwei grundlegende Standpunkte ausgemacht werden: Die eine Gruppe von Staaten lehnte den Entwurf ab, weil dieser ihre Autonomie zu weitgehend beschneiden und ihnen unzumutbare Lasten auferlegen würde; die andere Gruppe dagegen war entschieden national gesinnt und betrachtete den Entwurf aus dieser Perspektive als zu wenig deutsch-unitarisch. Die Gegensätzlichkeit beider Standpunkte erschwerte es Bismarck ungemein, eine einvernehmliche Lösung zu erreichen. Hinzu kommt, dass weder die eine noch die andere Gruppe von Opponenten eine Einheit darstellte. Vielmehr war es auch innerhalb beider grundsätzlicher Standpunkte eine Vielfalt von Motiven, mit denen sich die preußischen Diplomaten konfrontiert sehen mussten. So verwahrten sich vor allem größere Staaten wie Sachsen und Braunschweig dagegen, ihre militärische Selbstständigkeit aufzugeben. Kleinere Staaten wie die thüringischen Fürstentümer kritisierten hingegen in erster Linie die finanziellen Lasten, die sie übernehmen sollten. Die beiden Mecklenburger Großherzogtümer wiederum waren um den Erhalt ihres

[41] In diesem Kontext identifiziert Bismarck die „unbeschränkte Selbständigkeit“ als den „wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurteilt war [...].“ Auch der Zollverein habe es trotz der ihm eigenen Nützlichkeit nicht vermocht, dieser Situation Abhilfe zu schaffen.

feudalistischen Ständesystems besorgt. Einen Sonderfall bildete gewissermaßen die Hansestadt Hamburg, die Bismarck in einem Erlass an den dortigen preußischen Botschafter als „nächst Berlin wichtigste Stadt des Norddeutschen Bundes“ bezeichnet hatte.[42] Die an der Elbe gelegene Stadt befürchtete, die ihr eigene Neutralität und Unabhängigkeit in Handel und Schifffahrt einzubüßen.

Zu den Staaten, die aus deutsch-unitarischer Gesinnung Kritik am Entwurf übten, zählte vor allen Dingen Oldenburg. Dessen Großherzog Nikolaus Friedrich Peter hatte auf der Basis einer von ihm selbst verfassten Denkschrift einen „Entwurf der Verfassung des Deutschen Reiches“ ausarbeiten lassen, welcher im Dezember vorlag. Bereits die Verwendung des Reichsbegriffs ließ keinen Zweifel aufkommen, dass er einen Bundesstaat mit starken Gliedern – mithin die Dominanz Preußens – ablehnte, einen starken Zentralstaat aber befürwortete. So waren die Kaiseridee, verantwortliche Reichsminister, ein sowohl aus Abgeordneten- als auch Fürstenhaus bestehender Reichstag sowie ein eigenes Reichsgericht Bestandteile seines Entwurfs. Auch der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, Karl Alexander, der Bruder der preußischen Königin Augusta, kritisierte den von Bismarck vorgelegten Verfassungsentwurf als zu preußenfreundlich und zu wenig deutschfreundlich. Ein von ihm vorgebrachter Vorschlag bestand darin, die schwarz-rot-goldene Flagge einzuführen. Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha war ein weiterer Verfechter nationaler Ideen, die er im preußischen Entwurf nicht ausreichend berücksichtigt sah. Die für den Norddeutschen Bund vorgesehene Verfassung sei vielmehr als unheilvolle Mischung zwischen bundesstaatlichen und staatsbündischen Elementen zu charakterisieren. Auch Herzog Ernst verfasste eine eigene Denkschrift, in welcher er sich ebenso für die Einrichtung eines Fürstenhauses aussprach, wenngleich er insgesamt liberalere Ansichten vertrat als die meisten der übrigen Fürsten.[43]

Der breite Widerstand gegen den preußischen Entwurf ließ erahnen, dass es zu keiner schnellen Einigung der Bevollmächtigten kommen würde. Vielmehr offenbarte sich sogar die Gefahr einer Einheitsfront der unzufriedenen Regierungen. Mit Ausnahme weniger Staaten versammelten sich am 21.

---

[42] Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 6: Juni 1866 bis Juli 1867. 2. Aufl. [Politische Schriften. Bearb. v. Friedrich Thimme] Berlin 1929, S. 210ff. In dem Erlass vom 22. Dezember gesteht Bismarck ein, von der ablehnenden Haltung des Bevollmächtigten Hamburgs überrascht gewesen zu sein. Überdies sei er bei diesem „dem engsten Partikularismus, einem Festhalten an Sonderinstitutionen, einer Abwehr gemeinsamer Lasten begegnet“ wie bei keinem der Fürsten.
[43] Becker, Bismarcks Ringen, S. 311f.

Dezember die Bevollmächtigten zu einer internen Konferenz, auf der sie die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten bestrebt waren.[44] Hinsichtlich vieler Punkte, besonders aber dahingehend, dass der vorliegende Entwurf einer Mediatisierung der Einzelstaaten gleichkomme, herrschte Einvernehmen. Auch befürworteten beinahe alle Anwesenden die Einrichtung eines Fürstenhauses und die Kaiseridee.[45] Bei einer weiteren Zusammenkunft am selben Tage, zu welcher der preußische Unterhändler Savigny Braunschweig, Sachsen sowie die Großherzogtümer geladen hatte, unterrichtete der oldenburgische Vertreter Rössing den Preußen von der breiten Zustimmung für die Vorschläge seines Großherzogs. Savigny jedoch erklärte diese Positionen für unannehmbar. Und in der Tat berührte gerade die Forderung nach einem Oberhaus den Kern des von Bismarck errichteten Verfassungsgefüges. Bereits in den Putbuser Diktaten vom 30. Oktober und 19. November hatte er, wie oben beschrieben, ausführlich dargelegt, dass ein Zweikammersystem auf Bundesebene nicht praktikabel sei. Insofern würde die Existenz eines Oberhauses das Scheitern von Bismarcks Konstruktion bedeuten, die Vertreter der Einzelstaaten gleichsam als Regierung gegenüber dem Reichstag auftreten zu lassen, da sich die Fürsten in einem Oberhaus selbst zu Parlamentariern wandelten, die dann möglicherweise sogar Allianzen mit den Volksvertretern schlössen und damit die preußische Vorherrschaft gefährdeten.[46]

Die ernsthafte Bedrohung des preußischen Entwurfs zwang Bismarck dazu, sein taktisches Vorgehen zu ändern.[47] Hatte er anfangs noch geplant, verschiedene Fachkommissionen und ein Redaktionskomitee einzusetzen, beschloss er nun, das Format der Plenarverhandlungen beizubehalten. Zudem sollten die derart gestalteten Konferenzen auf Januar vertagt werden, um dadurch Zeit und Raum für geheime Sonderverhandlungen zu gewinnen. Die dahinter stehende Absicht zielte vor allem darauf ab, die Hauptopponenten wie Rössing (Oldenburg) zu isolieren, andererseits aber die einzelnen Staaten mittels Eingehen auf deren Sonderinteressen zu locken.[48] In diesem

---

[44] Die nicht teilnehmenden Staaten waren Sachsen, Hessen, beide mecklenburgische Staaten, Bremen und Lübeck.

[45] Becker, Bismarcks Ringen, S. 314f. Becker wertet daher die Konferenz als einen großen Erfolg des Großherzogs von Oldenburg, zumal dieser nun mit einer breiten Unterstützung seiner Vorschläge rechnen konnte.

[46] Becker, Bismarcks Ringen, S. 320.

[47] Becker, Bismarcks Ringen, S. 319; Pflanze, Der Reichsgründer, S. 357.

[48] Noch in einem Telegramm Bismarcks an den preußischen Gesandten in Oldenburg vom 29. Januar 1867 bezeichnete er Rössing als den Bevollmächtigten, „mit welchem wir die größten Schwierigkeiten der Verständigung finden.“ Siehe dazu Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 6, S. 247.

Sinne sollten die Sitzungen im Plenum dann lediglich dem Zweck dienen, den hartnäckigsten Vertretern vor Augen zu führen, sie fänden im Kreise der Ihrigen keine Unterstützung mehr.[49] Noch während der Konferenzen am 21. und 22. Dezember ließ Savigny erkennen, dass Preußen zu gewissen Zugeständnissen bereit sei. Den größeren Staaten wurden etwa abgemilderte Garnisonsbestimmungen in Aussicht gestellt, während den kleineren Staaten Hoffnungen auf eine finanzielle Entlastung gemacht wurden.[50] Zu diesem Zweck sollten Letztere die Verhandlungspause für statistische Erhebungen nutzen, auf deren Grundlage dann weiter zu verfahren sei. Schließlich sollten beispielsweise Sachsen-Weimar-Eisenach und den thüringischen Kleinstaaten in Bezug auf die finanziellen Belastungen Übergangszeiten mit geringeren Beiträgen eingeräumt werden, welche jedoch nur dann wirksam würden, wenn es im Ganzen zu einer Einigung über die Verfassung käme. Damit behielt Bismarck gegenüber den betreffenden Staaten bis zum Abschluss der Verhandlungen ein wichtiges Druckmittel in der Hand. Die Aussicht auf jene Erleichterungen bewirkte, dass sich die Bevollmächtigten dieser Regierungen hinsichtlich allgemeiner Verfassungsfragen Zurückhaltung auferlegten.[51] Gegenüber besonders resistenten Regierungen wusste sich Bismarck aber auch anderer Mittel als des der Kompromissbereitschaft zu bedienen. So setzte er die Verantwortlichen in Hamburg dahingehend unter Druck, dass er mit einer revolutionären Alternative im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen drohte und eine Pressekampagne gegen die hamburgische Obstruktion gegenüber einer einheitlichen Handelsmarine samt schwarz-weiß-roter Flagge und gegenüber einem Wegfall der Landeskonsulate entfesselte.[52] Im Ergebnis war Senator Kirchenpauer, der Bevollmächtigte der Hansestadt, gezwungen, seinen Widerstand aufzugeben – zumal er nun fürchten musste, infolge eines Konflikts mit Preußen das zu verlieren, was bereits gewonnen war.[53]

---

[49] Becker, Bismarcks Ringen, S. 323. Becker kleidet dies in einer Kapitelüberschrift in die passenden Worte „Spaltung und geheime Verständigung“ (S. 316).

[50] Die finanziellen Belastungen ergaben sich vor allem aus der Bestimmung des preußischen Entwurfs, nach der ein jeder Bundesstaat verpflichtet war, ein Prozent seiner Bevölkerung bei der Fahne zu halten und pro Kopf einen Betrag von 220 Talern an den Oberfeldherrn zu entrichten, sofern der Bedarf nicht aus den gemeinsamen Bundeseinnahmen gedeckt werden könne.

[51] Becker, Bismarcks Ringen, S. 328ff.

[52] In dem bereits zitierten Erlass vom 22. Dezember, den der preußische Gesandte dem Bürgermeister Merck in Abschrift zukommen lassen sollte, betont Bismarck, ein alleiniges Bauen auf das Nationalgefühl des deutschen Volkes würde vielleicht zu Ergebnissen führen, „bei denen das Streben nach Erhaltung von Ausnahmerechten noch weniger seine Rechnung fände“. Siehe dazu Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 6, S. 210ff.

[53] Schon der preußische Entwurf sah vor, dass die Hansestädte, also Hamburg, Lübeck und Bremen, außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze bleiben könnten.

Von besonderer Wichtigkeit war eine Verständigung mit Sachsen, welche aus Bismarcks Sicht eine Signalwirkung für die süddeutschen Staaten hätte, die gleichermaßen vormalige Kriegsgegner gewesen waren. Auch unabhängig davon sei ein Einvernehmen zwischen Preußen und Sachsen unerlässlich in Hinblick auf die Konsolidierung des Norddeutschen Bundes. Daher bereitete ihm die Vorstellung, Sachsen würde sich an die Spitze der Opposition setzen, umso größere Sorgen.[54] Insofern war es folgerichtig, dass sich Bismarck bereit erklärte, auf militärischem Gebiet Zugeständnisse zu machen. Nach einem Gespräch zwischen dem preußischen Außenminister und Friesen, dem Vertreter Sachsens, am 2. Januar kam es zwei Tage später auch zu einer Zusammenkunft von Letzterem mit Savigny, bei der die Vereinbarung getroffen wurde, die militärischen und die das Postwesen betreffenden Fragen so lange von den Verhandlungen im Plenum auszuschließen, bis es zu einer Einigung zwischen den sächsischen und preußischen Unterhändlern hinsichtlich dieser Gegenstände gekommen sein würde.[55] Die Plenarsitzungen, welche in den ersten Tagen des neuen Jahres unter dem Vorsitz von Savigny stattfanden, wurden sodann unterbrochen – und erst am 26. Januar wiederaufgenommen.[56] Zwar fanden in der sitzungsfreien Zeit etliche Sondergespräche statt, doch beschwerten sich viele der Bevollmächtigten über die ihnen zugemutete Geduldsprobe. Darüber hinaus nutzten auch die preußischen Fachminister die Zeit, um sich mit den Änderungswünschen der Einzelstaaten auseinanderzusetzen. Dabei wurden sich die preußischen Regierungsmitglieder zum Teil erst in dieser Zeit über die Tragweite des vom eigenen Ministerpräsidenten erstellten Entwurfs bewusst und äußerten dementsprechend Kritik.[57]

In der ersten Plenarsitzung nach der verordneten Pause präsentierte Savigny den Bevollmächtigten eine neue Fassung des preußischen Entwurfs, welcher nun alle von der königlichen Regierung gebilligten Änderungen oder Ergänzungen beinhaltete. Bereits auf der für zwei Tage später geplanten Konferenz sollten sich die einzelstaatlichen Vertreter zu dem neuen Entwurf äußern. Waren sie zunächst noch dazu angehalten worden, durch die Unterschrift

---

[54] Becker, Bismarcks Ringen, S. 322, 338.

[55] Becker, Bismarcks Ringen, S. 339f. Die das Postwesen berührenden Fragen waren vor allen Dingen deshalb strittig, weil die bisher den Gliedstaaten zustehenden Einnahmen mit Inkrafttreten der neuen Verfassung dem Bund übertragen werden sollten. Dies wog im konkreten Fall umso schwerer, zumal Sachsen bis dato erhebliche Überschüsse erzielt hatte.

[56] Die einzige Ausnahme bildete die Sitzung vom 18. Januar, bei der die preußische Regierung autorisiert wurde, den Entwurf vor dem bald zu wählenden Reichstag zu vertreten.

[57] Becker, Bismarcks Ringen, S. 347. Ein wichtiger Kritikpunkt betraf die Konstruktion des Bundesrates, zu dessen Ausschüssen die preußischen Ressortminister in keinem geregelten Verhältnis stünden.

unter das entsprechende Protokoll ihre Zustimmung zu geben, konnten die Bevollmächtigten durchsetzen, den Entwurf lediglich als vorläufig festgestellt zu betrachten. Ferner sollten das Militär- und Postwesen vorerst ausgeklammert bleiben. Ein weiteres Zugeständnis von preußischer Seite bestand darin, dass es den Regierungen erlaubt sein solle, einzelne Bedenken nach Abschluss der gesamten Verhandlungen in einem Schlussprotokoll aufzuführen. Von entscheidender Bedeutung war es aus Bismarcks Perspektive nun, die Verhandlungen mit Sachsen erfolgreich zu beenden. Doch sowohl der preußische König als auch der Kronprinz waren nicht gewillt, einer Militärkonvention mit Sachsen zuzustimmen, welche nach ihrer Auffassung den einstigen Kriegsgegner zu maßvoll behandelte. Bismarck setzte alles daran, zunächst Friedrich Wilhelm zu überzeugen. Im Anschluss an eine Unterredung vom 31. Januar schickte er dem Kronprinzen ein Schriftstück, in welchem er noch einmal alle Gründe darlegte, die eine Einigung mit Sachsen zwingend notwendig erscheinen ließen.[58] Dabei bezeichnet Bismarck es als die Aufgabe der preußischen Politik, den Norddeutschen Bund so zu gestalten, „daß Sachsen demselben gewonnen werde, und daß nicht ein dauerndes Gefühl der Demütigung die gereizte Stimmung permanent mache und den nach Abfall strebenden Partikularismus in der Bevölkerung stärke.“ Vielmehr habe Preußen das Gesicht der Zukunft zuzuwenden und „unter Beseitigung der Erinnerung an vergangene Stammesfeindschaft die nationale Einheit zu suchen und zu pflegen.“ Über diese grundsätzlichen Erwägungen hinausgehend, verweist Bismarck zugleich auf die ca. 50.000 Mann umfassende sächsische Armee, derer man angesichts eines von französischer Seite drohenden Krieges nicht entbehren könne. Die eindringlichen Sätze scheinen ihre beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt zu haben, verursachten sie doch ein Umdenken Friedrich Wilhelms, der schließlich sogar seinen Vater umzustimmen vermochte. Somit stand nach der Einwilligung König Wilhelms am 6. Februar einem erfolgreichen Abschluss der Militärkonvention nichts mehr im Wege.[59]

---

[58] Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 6, S. 253ff.

[59] Die Konvention ist in jeder Hinsicht als Kompromiss zu charakterisieren. Während Sachsen das Vorschlagsrecht für den Armeekommandeur zugesichert wurde, fiel dem preußischen König als Oberfeldherrn dessen Ernennung zu. Des Weiteren verzichtete Preußen darauf, die Uniformierung der sächsischen Truppen nach eigenem Muster vorzunehmen, bestand aber auf der Regelung, dass etwaige Überschüsse des sächsischen Militäretats der Bundeskasse zufielen. Abgedruckt findet sich der Wortlaut der Konvention bei Huber, Deutsche Verfassungsdokumente, Nr. 202.

Bereits am folgenden Tage stellte Savigny die revidierten Artikel vor, die das Militär- und Postwesen betrafen.[60] Bei dieser Gelegenheit stellten die übrigen Bevollmächtigten überrascht fest, dass Sachsen keinen Protest erhob und daher eine Verständigung mit der sächsischen Regierung vorausgegangen sein musste. Das Sitzungsprotokoll sollte nach dem Willen Savignys das Einverständnis der Bevollmächtigten mit dem nun vorliegenden Gesamtentwurf zum Ausdruck bringen, jedoch zeigten sich die meisten Vertreter mit dieser Begrifflichkeit nicht einverstanden. Erst am folgenden Tag, dem 8. Februar, wurde eine Formulierung gefunden, nach welcher der Entwurf als definitiv festgestellt bewertet werden sollte.[61] Obwohl 15 Staaten von der verabredeten Möglichkeit, dem Schlussprotokoll Sondererklärungen anzuhängen, Gebrauch machten, konnte Bismarck zufrieden sein, zumal er sein oberstes Ziel erreicht hatte: im Reichstag mit einer einheitlichen Regierungsfront im Rücken aufzutreten. Ähnlich wie das preußische Staatsministerium und der Kronrat es vermochten, Änderungen an Bismarcks Entwurf vorzunehmen, gelang es auch den verbündeten Regierungen, einige ihnen wichtige Vorstellungen durchzusetzen, die aber in ihrer Gesamtheit nicht dazu geeignet waren, die grundlegenden Prinzipien und Mechanismen des von Bismarck konstruierten Verfassungsgefüges infrage zu stellen. So wertete die Neufassung den Bundesrat insofern auf, als dass die Befugnisse des Präsidiums in gewissen Punkten abgeschwächt wurden. Nun setzte der Abschluss von Verträgen, welche Gegenstände der Bundesgesetzgebung betrafen, die Zustimmung des Bundesrates voraus. Den Bevollmächtigten gelang es ebenso, die dem Bunde obliegenden Kompetenzen auszudehnen. Beispielsweise kamen nun indirekte Steuern und die wechselseitige Vollstreckung in Zivilsachen hinzu. Ferner war es jetzt der Bundesrat, der im Normalfall die Bundesexekution anordnen sollte, welche dann vom Präsidium auszuführen sei. Nur bei Gefahr im Verzug sollte das Präsidium die Bundesexekution sowohl anordnen als auch vollziehen. Zudem wurde explizit festgelegt, dass die Ausschüsse des Bundesrates aus dessen Mitte hervorgehen sollten. Dem vielfach vorgebrachten Verlangen nach einer verantwortlichen Bundesexekutive wurde Rechnung getragen, indem – auf Vorschlag des hessischen Vertreters Hofmann – der Bundeskanzler nun die Anordnungen des Präsidiums mitunterzeichnen sollte.[62] Nicht zuletzt enthielt der definitiv festgestellte Entwurf auch einen

---

[60] Bezüglich des Postwesens wurde ein Einvernehmen zwischen Preußen und Sachsen sogar erst am Morgen des 7. Februar hergestellt.

[61] Das entsprechende Protokoll wurde jedoch auf den 7. Februar zurückdatiert.

[62] Dieses Mitunterzeichnungsrecht des Bundeskanzlers war auf die Anordnungen beschränkt, welche das Präsidium in Hinblick auf die Ausfertigung und Verkündgung der Gesetze sowie auf die Überwachung ihrer Ausführung vornahm. Otto Becker äußert in diesem Kontext die Vermutung, Bismarck hätte einem solchen Vorschlag nicht zugestimmt, wenn er zum damaligen

neuen Abschnitt über die Bundesfinanzen, welcher ausdrücklich bestimmte, dass die Ausgaben des Bundes auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung für die Dauer der Legislaturperiode beschlossen werden sollten – mit Ausnahme der Ausgaben für Heer und Marine. Das Etatrecht war es denn auch, über welches im Reichstag heftig gestritten werden sollte. Zunächst jedoch wurde der wahlberechtigte Teil des Volkes an die Urnen gerufen, um die Abgeordneten des konstituierenden Reichstages zu bestimmen.

Die Beratungen im Norddeutschen Reichstag

Gemäß der im Augustbündnis getroffenen Übereinkunft der verbündeten Regierungen wurden die Wahlen zum Reichstag am 12. Februar 1867 auf der Grundlage des Reichswahlgesetzes von 1849 abgehalten. Die rege Wahlbeteiligung verdeutlichte das in der Bevölkerung vorhandene Interesse am Verfassungsprozess.[63] Der Sieg der rechten Mitte bedeutete zumindest rechnerisch eine klare Mehrheit für Bismarcks Politik. Mit 80 von insgesamt 297 Mandaten wurden die Nationalliberalen stärkste Kraft im Parlament. Eine zweite liberale Fraktion bildete mit 19 Mandaten die Fortschrittspartei, welche Bismarck aber kritischer gegenüberstand als die Nationalliberalen. Letztere waren bestrebt, zunächst die Einheit zu vollenden und erst dann an die Freiheitsentwicklung im Inneren der Nation zu gehen. Ähnliches traf auf die Altliberalen zu, auf die 27 Mandate entfielen. Während die Konservative Partei (59 Mandate) an ihren althergebrachten Prinzipien festhielt, waren es die Freikonservativen (39 Mandate), auf die sich Bismarck neben der Nationalliberalen Partei und den Altliberalen vor allem zu stützen vermochte. Außerdem gehörte eine nicht unerhebliche Zahl von Abgeordneten kleinen Splitterparteien an oder war fraktionslos.[64] Dass die Nationalliberalen nun die stärkste Fraktion stellten, kam Bismarck entgegen, hatte er doch im Vorfeld der Wahl intern darauf gedrängt, auch andere Parteien als die konservativen zu unterstützen. In einem Schreiben an den preußischen Staatsminister Eulenburg vom 17. Januar erhob er beispielsweise die Forderung, liberal

---

Zeitpunkt noch Savigny die Übernahme des Bundeskanzleramtes hätte anvertrauen wollen. Siehe dazu Becker, Bismarcks Ringen, S. 363.

[63] Klaus Erich Pollmann spricht in diesem Zusammenhang von einem „Plebiszit“ über die Bismarcksche Verfassungspolitik überhaupt. Siehe dazu Pollmann, Klaus Erich: Modernisierung als kontrolliertes Risiko. Bismarcks Verfassungspolitik 1866-1871. In: Johannes Kunisch (Hg.): Bismarck und seine Zeit. Berlin 1992 (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge. Beiheft 1) [im Folgenden: Pollmann, Bismarcks Verfassungspolitik], S. 103-118, hier S. 106.

[64] So war etwa August Bebel der einzige sozialdemokratische Abgeordnete im Norddeutschen Reichstag.

orientierte Kandidaten vor allem dann aufzustellen, wenn die Wahl eines konservativen nicht sicher sei.[65] In seiner Begründung verwies Bismarck auf das Verhältnis zu den Gliedstaaten des Norddeutschen Bundes: „Ein Reichstag ohne liberalen Zusatz aber würde keine ausreichende Pression auf die widerstrebenden Regirungen ausüben.“ Wenngleich dieses Schreiben noch unter dem Eindruck der mühsamen Verhandlungen mit den Bevollmächtigten verfasst wurde, versinnbildlicht es doch auf allgemeine Art und Weise die Haltung Bismarcks, nach der Druck immer durch Gegendruck ausgeglichen werden müsse.[66] Aus diesem Grunde ist es auch nicht verwunderlich, dass der preußische Außenminister wenige Tage vor dem erstmaligen Zusammentritt des Reichstages in einem Rundschreiben an die Regierungen der verbündeten Staaten appelliert, wie vereinbart eine gemeinschaftliche Vertretung des festgestellten Verfassungsentwurfs gegenüber dem Parlament zu gewährleisten.[67] Da offenbar vonseiten mehrerer Staaten Bedenken dagegen geltend gemacht worden waren, wies Bismarck noch einmal nachdrücklich darauf hin, dass eine ausschließlich durch preußische Vertreter erfolgende Verteidigung des Entwurfs die gemeinsame Aufgabe erschweren würde.

Noch vor Eröffnung des Reichstages versuchte sich Bismarck für den Fall abzusichern, dass eine Einigung mit der Volksvertretung nicht gelänge. Der sächsischen Regierung unterbreitete er am 19. Februar über den preußischen Gesandten in Dresden den Vorschlag, bei Eintreten dieses Falles den von den Bevollmächtigten definitiv festgestellten Entwurf von Anfang Februar in den Rang eines Staatsvertrages zu heben und ihn auf solche Weise in Kraft zu setzen.[68] Eine Einigung darüber kam erst Ende März zustande. Außer den beiden Königreichen Preußen und Sachsen stimmten auch Hessen und Sachsen-Weimar-Eisenach zu, Anfang April zudem Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, wobei ein späterer Beitritt der übrigen Staaten möglich sein sollte. Der Absicherung des mit den verbündeten Regierungen erzielten Kompromisses maß Bismarck hohe Priorität bei. Letztlich blieb der Vertrag zwar Makulatur, doch symbolisierte schon sein Zustandekommen Bismarcks unbedingten Willen, eine Verfassung für den Norddeutschen Bund zu verabschieden – auch im Falle des Scheiterns der Reichstagsverhandlungen, was er, seinem Vorgehen nach zu urteilen, zumindest nicht ausschloss.

---

[65] Bismarck, Werke in Auswahl, Bd. 4, S. 94f.
[66] Pflanze, Der Reichsgründer, S. 352.
[67] Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 6, S. 273f.
[68] Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 6, S. 272.

Mit einer Thronrede eröffnete der preußische König Wilhelm I. am 24. Februar 1867 den Norddeutschen Reichstag.[69] Die Erhabenheit des Augenblicks hervorhebend, verwies er zugleich auf die Notwendigkeit, angesichts früherer Erfahrungen „die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Tatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern.“ In Anknüpfung an die bei der ersten Konferenz der Bevollmächtigten gehaltene Rede Bismarcks betonte der König, dass den Einzelstaaten nur *die* Opfer abverlangt worden seien, welche unentbehrlich wären. Für ihr Entgegenkommen danke er den Verbündeten. Indem der Monarch den Abgeordneten die Schwierigkeiten, die mit den Verhandlungen zwischen den norddeutschen Regierungen verbunden gewesen seien, vor Augen hielt, ermahnte er sie, nicht solche Veränderungen am Entwurf vorzunehmen, die ein nochmaliges Einvernehmen der Regierungen verhindern würden. Vielmehr käme es jetzt darauf an, „den günstigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu versäumen“; der weitere Ausbau desselben könne getrost dem zukünftigen Wirken überlassen werden. Ebenso über den gegenwärtigen Augenblick hinausweisend, nahm der preußische König auch Bezug auf die süddeutschen Landsleute, denen die Hand „offen und entgegenkommend“ dargereicht werden solle. In diesem Zusammenhang unterstrich er zugleich den defensiven und friedlichen Charakter der neuen Bundesgenossenschaft, denn „nur zur Abwehr, nicht zum Angriff“ würden sich die deutschen Stämme vereinigen. Am Ende seiner Rede machte er den Parlamentariern deutlich, dass ganz Deutschland der im Reichstag zu treffenden Entscheidungen harre und verband damit die Aufforderung: „Helfen Sie die große nationale Arbeit rasch und sicher durchführen.“

Nachdem die ersten Sitzungen des Reichstages vorwiegend der Regelung der Geschäftsordnung sowie der Wahlprüfung gedient hatten, brachte Bismarck am 4. März den seitens der Bevollmächtigten festgestellten Verfassungsentwurf in das Parlament ein. Die Generaldebatte darüber begann in der neunten Sitzung des Reichstages am 9. März und wurde zwei Tage später fortgesetzt. An diesem 11. März schaltete sich auch der preußische Ministerpräsident und Außenminister in die Debatte ein. Jene Rede ist es wert, eingehender analysiert zu werden, zumal sie sowohl Bismarcks Verhältnis zum Reichstag und zu dessen Abgeordneten als auch seine eigenen Anschauungen über wesentliche Fragen der Verfassung zum Ausdruck bringt.[70] Zu Beginn der Rede beschreibt es Bismarck als seine Absicht, lediglich wenige allgemeine Bemerkungen über gewisse Gesichtspunkte zu machen, welche

[69] Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 10, S. 316ff.
[70] Bismarck, Werke in Auswahl, Bd. 4, S. 114ff.

die Regierungen bei der Ausarbeitung des Entwurfs geleitet hätten. Dabei bekräftigt er, dass es nicht das Ziel habe sein können, „ein theoretisches Ideal einer Bundesverfassung“ zu schaffen, welches Einheit und Partikularismus effektiv ausbalancieren würde. Vielmehr habe es gegolten, die vorhandenen Widerstandskräfte möglichst wenig herauszufordern. Die Verfassung stelle zudem nicht mehr als einen Zwischenschritt dar, mit dessen Hilfe der Weg für das deutsche Volk geebnet werden solle. Daher, so gesteht Bismarck ein, würden viele Wünsche unbefriedigt bleiben.

Im Folgenden wendet sich der preußische Außenminister bestimmten Einwänden und Wünschen zu, die von zwei Seiten vorgebracht würden: von der partikularistischen und von der unitarischen Seite. Letztere habe die Einrichtung eines Ministeriums verlangt, doch – so fragt Bismarck rhetorisch – wer sollte ein solches Ministerium ernennen? Weder die 22 Regierungen wären dieser Aufgabe gewachsen noch könne es einzig und allein Preußen vorbehalten bleiben, die Exekutivgewalt auszuüben. Verallgemeinernd nimmt er sodann auf das Verhältnis zwischen Preußen und den mit ihm verbündeten Staaten Bezug, indem er feierlich anhebt: „Die Basis dieses Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten, noch dem Volke gegenüber. Die Basis soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, solange man uns die Vertragstreue hält.“ Die Einwände der Partikularisten hält Bismarck aber für schwerwiegender als die der Unitarier. Der Partikularismus, so erläutert er den Abgeordneten, trete neuerdings als parlamentarischer Partikularismus in Erscheinung. Bemerkenswerterweise betont Bismarck in diesem Kontext, dass ein jeder Landtag das Recht besitze, eine zwischen Reichstag und den Regierungen vereinbarte Verfassung abzulehnen. Doch mildert er die soeben getroffene Feststellung ab, wenn er sich überzeugt gibt, dass kein deutscher Landtag es wagen würde, durch ein negatives Votum eine derartige Einigung zu Fall zu bringen. An die Herren, die eine solche Möglichkeit in Betracht zögen, richtet Bismarck die Frage, was wohl ein Invalide von Königgrätz sagen würde, lehnte ein Landtag die Verfassung ab. Mittels dieser Formulierung baut er zugleich einen nicht unerheblichen Druck auf die Abgeordneten auf, zu einer Verständigung zu gelangen. Die aufgeworfene Frage, ob sich Bismarck selbst zu helfen wüsste, scheiterten die Verhandlungen im Reichstag, lässt er wohl bewusst offen, bekräftigt aber im selben Atemzug, er *würde* sich dann nicht helfen, sondern denjenigen die Verantwortung übernehmen lassen, der das Scheitern würde herbeigeführt haben. Tatsächlich waren die Geheimverhandlungen mit Sachsen über einen Ausweg aus einer solchen Situation zum Zeitpunkt der Rede noch nicht zum Abschluss gekommen. Bismarck hätte sich jedoch zweifelsohne auf die eine oder andere Weise

(Stichwort: Reichstagsauflösung) zu helfen gewusst. Seine Ankündigung, den Dienst beim Scheitern der Verhandlungen zu quittieren, entspricht eher dem Kalkül, das Parlament unter Druck zu setzen.

Abgesehen von der Zurückweisung partikularer und unitarischer Einwände nimmt Bismarck in seiner Rede auch Stellung zu inhaltlichen Fragen allgemeiner Art. Dabei legt er besonderen Wert auf die Aussage, dass er das Werk der Verfassung „der Verbesserung fähig" halte. Ernst gemeinte Vorschläge, die geeignet wären, dessen Zustandekommen zu erleichtern und den Entwurf inhaltlich zu verbessern, seien willkommen. Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit betreffend, äußert Bismarck: „Wir wollen den Grad von Freiheitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist." In Hinblick darauf stelle sich etwa die Frage, ob ein Übergangsstadium nötig sei. Aus seiner Sicht sei es unentbehrlich, einen gewissen Zeitraum unangetastet zu lassen, „in welchem die Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Schwankungen der Majorität abhängt."[71] Zwar habe er durchaus Vertrauen in die Einschätzung des militärischen Bedarfs seitens der Abgeordneten, doch fürchte er eine „Vermischung der Frage über die Grenze zwischen parlamentarischer und fürstlicher Gewalt mit der Frage von der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber [...]." Freilich würde das unantastbare Übergangsstadium nicht ewig währen, sondern nur so lange, bis das Bundesverhältnis hinreichend konsolidiert sei. Hinsichtlich der Beziehungen zu den süddeutschen Staaten gibt sich Bismarck zuversichtlich, dass sich dieselben gedeihlich entwickeln würden – sowohl mit Blick auf den entsprechenden Artikel des vorliegenden Entwurfs als auch mit Blick auf den Zollverein. Für die Eventualität eines die Sicherheit deutschen Bodens betreffenden Angriffs hält er die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland für „definitiv gesichert".[72] Darüber hinaus weist Bismarck die Abgeordneten auf die Möglichkeit hin, auch nach der Verabschiedung der Verfassung die Bundeskompetenzen zu erweitern, was na-

[71] Bismarck vergleicht hier die Aussicht auf parlamentarische Mitbestimmung zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem Deichverband, „in welchem jedes Jahr nach Kopfzahl, auch der Besitzlosen, darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht."

[72] Zu diesem Zeitpunkt waren die im August 1866 geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten noch nicht veröffentlicht worden, sondern unterlagen der Geheimhaltung. Erst, als sich die Krise um Luxemburg, welches sich die französische Regierung einzuverleiben gedachte, zuspitzte und eine Kriegsgefahr nicht mehr zu leugnen war, wurden sie bekannt gegeben – und verhehlten ihre Wirkung gegenüber dem französischen Kaiserreich nicht.

mentlich bezogen auf die Steuergesetzgebung sinnvoll wäre.[73] Nun gelte vielmehr die Losung – und damit schließt er zugleich seine Rede –: „Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können." Das Protokoll verzeichnet lebhaften Beifall seitens der Abgeordneten. Bismarcks Rede in der Generaldebatte war dazu geeignet, die Volksvertreter von der Ernsthaftigkeit seiner auf das Gelingen des Verfassungsprozesses gerichteten Bestrebungen zu überzeugen. Gleichzeitig bestand seine Intention darin, die Parlamentarier gezielt auf ihre Verantwortung für das Ganze aufmerksam zu machen und sie zu einer zügigen Arbeitsweise zu veranlassen.

Auf das Angebot Bismarcks, ernst gemeinte Verbesserungsvorschläge der Abgeordneten wohlwollend entgegenzunehmen, gingen Letztere intensiv ein, sodass schlussendlich rund 40 Amendements in die Norddeutsche Bundesverfassung aufgenommen wurden.[74] Ähnlich wie die von den Bevollmächtigten durchgesetzten Änderungen berührten die von der Volksvertretung revidierten bzw. ergänzten Artikel jedoch nicht die Grundstruktur des Bismarckschen Entwurfs. Dem preußischen Ministerpräsidenten gelang es somit, seine zentralen Vorstellungen durchzusetzen. Dabei gereichte es ihm zum Vorteil, in der Öffentlichkeit über ein hohes Ansehen zu verfügen.[75] Außerdem mobilisierte Bismarck während der Reichstagsverhandlungen die einzelstaatlichen Regierungen, um einer zu weitgehenden Revision liberaler Prägung vorzubeugen.[76]

In Hinblick auf die Bundesgesetzgebung gelang es den Abgeordneten, weitere Gegenstände derselben hinzuzufügen. Darunter fielen beispielsweise das Militärwesen des Bundes und die Kriegsmarine, die direkten Bundessteuern, die Errichtung von Land- und Wasserstraßen sowie die Medizinal- und Veterinärpolizei. Darüber hinaus erwirkten die Volksvertreter ebenso eine Stärkung ihrer Rechte als einzelne Abgeordnete wie auch als Parlament insge-

---

[73] Überhaupt war es Bismarcks Ziel, den Reichstag von Anfang an mit konkreten Gesetzgebungstätigkeiten zu beschäftigen, um wenig Raum für ideell geprägte Grundsatzdebatten zu lassen. Siehe dazu Gall, Der weiße Revolutionär, S. 388.

[74] Becker, Bismarcks Ringen, S. 454. Angesichts dieser Tatsache erscheint es in hohem Maße verwunderlich, dass Christian Graf von Krockow in seiner Bismarck-Biografie davon spricht, die Verfassung sei während der Verhandlungen des Reichstages „dank Bismarcks Vorarbeit und Regie kaum mehr verändert [worden]." Siehe dazu Krockow, Christian Graf von: Bismarck. Eine Biographie. München 2000, S. 214.

[75] Mommsen, Wolfgang J.: Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reichs unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890. Berlin/Frankfurt a.M. 1993 (Propyläen Geschichte Deutschlands, hrsg. v. Dieter Groh, Bd. 7, Erster Teil), S. 187.

[76] Pflanze, Der Reichsgründer, S. 362.

samt. So wurden etwa die Bestimmungen, welche die Immunität betreffen, erheblich ausgedehnt, sodass nun ein ausdrücklicher Beschluss des Reichstages zur Aufhebung der Immunität eines Parlamentsabgeordneten notwendig sein würde. Des Weiteren setzten sie durch, dass im Falle einer Auflösung des Reichstages innerhalb einer Frist von 60 Tagen neu gewählt werden müsse und die Abgeordneten spätestens 30 Tage nach den Neuwahlen zu versammeln seien.[77] Einen Erfolg konnte der Reichstag auch hinsichtlich des Status´ der Beamten für sich verbuchen, indem die Inkompatibilität von Staatsamt und Abgeordnetenmandat aufgehoben wurde. Dieser Erfolg war umso bedeutsamer, hatte sich Bismarck in einer am 28. März gehaltenen Rede noch klar für die Beibehaltung des Ausschlusses der Beamten ausgesprochen.[78] Dabei verwies er auf seine bisherigen Erfahrungen mit einer Beteiligung von Beamten an öffentlichen Verhandlungen und führte insbesondere die Befürchtung ins Feld, die Staatsdiener würden eher den Interessen ihrer einzelstaatlichen Regierung als denen des Bundes dienen. Zudem würde sich die Disziplin der Beamtenschaft lockern, welche angesichts wachsender parlamentarischer Einflüsse vielmehr gestrafft werden müsste. Wenngleich er betonte, die Beamtenfrage würde nicht zu den wichtigsten Fragen gehören, legte er doch Wert darauf, wenigstens die geistlichen und die richterlichen Beamten auszuschließen und für Staatsdiener mit Parlamentsmandat unter keinen Umständen einen Zwangsurlaub einzuführen. Letzteres konnte der preußische Ministerpräsident tatsächlich verhindern.[79]

Musste Bismarck in der Beamtenfrage eine zumindest partielle Niederlage hinnehmen, vermochte er sich bezüglich der Diäten durchzusetzen. Bereits in Putbus hatte er wie erwähnt ein Diätenverbot für unverzichtbar erklärt. Vor den versammelten Bevollmächtigten definierte er Diäten als „die Besoldung des gebildeten Proletariats zum Zwecke des gewerbsmäßigen Betriebes der Demagogie.“[80] Sein Ziel bestand also darin, die Herausbildung von Berufspolitikern zu unterbinden und damit faktisch das passive Wahlrecht weiter Kreise einzuschränken, zumal sich bei einem Diätenverbot nur solche Kandidaten zur Wahl stellen würden, die über die notwendigen finanziellen

---

[77] Im Entwurf der Bevollmächtigten sind gar keine entsprechenden Zeiträume festgeschrieben. Dies hätte zur Folge gehabt, dass es dem Bundesrat und Präsidium überlassen geblieben wäre, nach eigenem Gutdünken Neuwahlen anzuberaumen oder eben nicht.

[78] Bismarck, Werke in Auswahl, Bd. 4, S. 130ff.

[79] Außerdem legte der entsprechende Artikel der Norddeutschen Bundesverfassung fest, ein Abgeordneter verliere sein Mandat, wenn er in den Beamtenstand eintrete oder innerhalb desselben befördert werde. Jedoch sei es ihm dann freigestellt, bei der nächsten Wahl erneut zu kandidieren.

[80] Zit. n. Becker, Bismarcks Ringen, S. 441f. m. Anm. 28.

Sicherheiten verfügen.[81] Auch an den beiden übrigen im Putbuser Diktat vom 30. Oktober genannten Hauptpunkten hielt Bismarck während der Reichstagsverhandlungen fest: dem direkten und dem allgemeinen Wahlrecht. So verteidigte er in seiner Rede vom 28. März das allgemeine Wahlrecht als „Erbteil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen" und kritisierte die Abgeordneten zugleich dafür, dass sie trotz ihrer Kritik an diesem Wahlrecht keine Alternative vorgelegt hätten.[82] Das indirekte Wahlrecht lehnte Bismarck in der Rede mit dem Argument ab, es bewirke stets „eine Fälschung der Wahlen, der Meinung der Nation". Sein Vertrauen in die Intelligenz des Volkes sei höher als das in die Intelligenz von Wahlmännern.[83] Eine wichtige Ergänzung zum Wahlrecht fand jedoch eine Mehrheit im Reichstag, und zwar die geheime Stimmabgabe, welche die offensive Beeinflussung der Wähler während des Wahlvorgangs verhindern sollte.

Die zwei umstrittensten Fragen – Einführung einer verantwortlichen Bundesexekutive und Kontrolle des Militäretats – bargen die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen in sich. Bismarck verstand es jedoch, diese Fragen mittels einer für alle Seiten akzeptablen Lösung zu beantworten. Genau genommen zog er lediglich im Hintergrund die Fäden, denn auch bezogen auf den Reichstag waren Geheimverhandlungen und Absprachen hinter den Kulissen ein entscheidendes Element seiner Politik.[84] Ähnlich wie Bennigsen plädierten viele liberale Abgeordnete dafür, eine kollegiale Bundesverwaltung zu schaffen, bei der sowohl der Bundeskanzler als auch die Vorsteher der einzelnen Verwaltungszweige Verantwortung übernehmen sollten. Einen entsprechenden Antrag brachte er am 25. März ein. Bismarcks Ziel hingegen war es, die Einheitlichkeit der Führung durch den Bundeskanzler in einer monokratischen Bundesverwaltung zu wahren. Ein Antrag des altliberalen Abgeordneten Sänger vom 26. März entsprach diesem Ansinnen Bismarcks, da er ausschließlich dem Bundeskanzler das Recht der Kontrasigna-

---

[81] Pollmann, Bismarcks Verfassungspolitik, S. 107.

[82] Bismarck, Werke in Auswahl, Bd. 4, S. 130ff. Rhetorisch fragt Bismarck, ob die Parlamentarier etwa das preußische Dreiklassenwahlrecht befürworteten, welches in seinen Augen ein widersinniges und elendes Wahlrecht sei. Der Gebrauch eines Zensuswahlrechts, so der Ministerpräsident, sei stets mit Willkürlichkeit und Härte verbunden. Das allgemeine (und direkte) Wahlrecht, auf dem Bismarck beharrte, ist von der Forschung berechtigterweise als „Waffe gegen den Liberalismus" bezeichnet worden, zumal der Zensus die Liberalen bei Wahlen überproportional begünstigte. Siehe dazu Pollmann, Bismarcks Verfassungspolitik, S. 104f.

[83] Dabei schmeichelt Bismarck den Abgeordneten, indem er die Einschätzung äußert, das direkte Wahlrecht bringe „bedeutendere Kapazitäten" in das Hohe Haus, als es dessen Gegenstück zu tun vermöge.

[84] Becker, Bismarcks Ringen, S. 380.

tur präsidialer Verfügungen gewährte.[85] Nachdem Bismarck gedroht hatte, im Falle der Annahme der Forderung Bennigsens das ganze Verfassungswerk scheitern zu lassen, übernahm dieser die Formulierung von Sänger als ersten Teil seines eigenen Antrags, welcher sodann eine parlamentarische Mehrheit erhielt.[86] Dass Sänger Bismarcks Mitarbeiter Max Duncker nahe stand, nährte die Vermutung, der Außenminister selbst habe den entscheidenden Anstoß für die Formulierung dieses Antrags gegeben, zumal letztlich er, der führende Politiker Preußens, zum Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes ernannt werden sollte.

Als die erste Lesung des Verfassungsentwurfs im Reichstag am 10. April beendet worden war und das preußische Staatsministerium wie auch die Bevollmächtigten viele Amendements des Parlaments gebilligt hatten, harrte vor allem die Frage des Militäretats noch immer einer endgültigen Entscheidung.[87] Hatte Bismarck nach einer das Militärbudget betreffenden Übereinkunft mit den Regierungen den Fraktionen noch ein Ultimatum gestellt, verhandelte er hinter den Kulissen über eine Modifikation dieser Vereinbarung, um dem Parlament eine Zustimmung zu ermöglichen. Erst, nachdem der Reichstag – wie von Bismarck verlangt – die Einführung von Diäten abgelehnt hatte, wurde am 16. April, dem Tag der Schlussabstimmung über die Verfassung, der entsprechende Antrag angenommen. Die Autoren dieses Antrags waren der nationalliberale Bennigsen und der freikonservative Herzog von Ujest; eigentlich ging er aber auf die Abgeordneten Forckenberg und Unruh zurück. Bezüglich des Militäretats war damit nun festgelegt worden, dass sowohl die Friedenspräsenzstärke als auch die finanziellen Aufwendungen pro Kopf bis zum 31. Dezember 1871 unverändert belassen werden sollten. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werde die Friedenspräsenzstärke auf dem Wege der Bundesgesetzgebung neu bestimmt. Bis dies der Fall sei, müss-

---

[85] Entgegen dem Entwurf, der dem Reichstag vorgelegt worden war, erstreckte sich die Verantwortlichkeit des Kanzlers nun auf *alle* Anordnungen des Präsidiums. Davon nicht berührt waren allerdings die Anordnungen, die der preußische König in seiner Eigenschaft als Bundesfeldherr traf. Siehe dazu Pflanze, Der Reichsgründer, S. 367.

[86] Der andere Teil von Bennigsens Antrag, der die konkrete Ausgestaltung der Verantwortlichkeit beinhaltete, wurde dagegen abgelehnt. Otto Becker weist darauf hin, dass die historische Forschung aus der Abstimmung vom 27. März einen Sieg der Nationalliberalen gemacht habe, obgleich der angenommene Teil des Antrags des jener Fraktion angehörenden Abgeordneten Bennigsen auf den Altliberalen Sänger zurückging. Siehe dazu Becker, Bismarcks Ringen, S. 392.

[87] Die Bedeutung der Zustimmung der einzelstaatlichen Bevollmächtigten liegt vor allem darin begründet, dass dieselben damit die noch im Schlussprotokoll vom Februar niedergelegten Vorbehalte aufgaben. Wäre es nicht mehr zu einer abschließenden Verständigung mit dem Reichstag gekommen, hätte der nun von den Bevollmächtigten angenommene Entwurf als Verfassung gedient. Siehe dazu Becker, Bismarcks Ringen, S. 445.

ten die Bundesstaaten die festgelegten Beträge, also 225 Taler pro Kopf, weiter bezahlen. Die Verausgabung dieser Summe aber sei mittels des jährlichen Etatgesetzes zu bewerkstelligen, wobei die „gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres“ (Art. 62) zugrunde gelegt werden müsse.[88] Dass überhaupt ein jährlich zu verabschiedendes Bundeshaushaltsgesetz, welches alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes umfassen sollte, in die Verfassung aufgenommen wurde, war ein bedeutsamer Erfolg für die Mitglieder des Reichstages, zumal der Entwurf lediglich alle drei Jahre ein solches Gesetz vorgesehen hatte, das überdies nur die Ausgaben enthielt.

Nach der Annahme des Antrags über den Militäretat konnte zur Schlussabstimmung übergegangen werden, in der sich 230 Abgeordnete für den nun komplett vorliegenden Verfassungsentwurf aussprachen, während 53 Parlamentarier dagegen votierten. Noch am selben Tag versammelten sich die Bevollmächtigten der einzelstaatlichen Regierungen und traten dem Beschluss des Reichstages einstimmig bei. Am 17. April verkündete Bismarck in der letzten Sitzung des konstituierenden Norddeutschen Reichstages die Annahme der Verfassung durch die verbündeten Regierungen. Nachdem auch die Landtage der Einzelstaaten ihre Zustimmung erteilt hatten, wurden im Zeitraum vom 21. bis 27. Juni sogenannte Publikationspatente in den Gesetzblättern der Länder veröffentlicht, die im Wortlaut miteinander übereinstimmten und das Inkrafttreten der Bundesverfassung auf den 1. Juli 1867 festsetzten.[89] Damit hatte Bismarck sein Ziel, eine Verfassung des Norddeutschen Bundes zu schaffen, welche sowohl die preußische Dominanz als auch seine eigene Machtstellung sichern würde, erreicht und dabei der Zustimmung aller relevanten Organe – Staatsministerium, Kronrat, einzelstaatliche Regierungen, Reichstag, Landtage – nicht entbehren müssen.

---

[88] Damit sollte verhindert werden, dass der Reichstag finanzielle Mittel in zu geringem Umfang genehmige, bis ein Bundesgesetz zustande käme, welches die Friedenspräsenzstärke neu regeln würde. Dennoch glichen die Bestimmungen über das Militärbudget im Ganzen einem Kompromiss, zumal dem Reichstag ein Mitspracherecht bei der zukünftigen Heeresorganisation eingeräumt wurde, die Militärführung aber gegen ein finanzielles Vakuum abgesichert war. Siehe dazu Huber, Ernst Wolfgang: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 3: Bismarck und das Reich. 3. Aufl. Stuttgart u.a. 1988 [im Folgenden: Huber, Bismarck und das Reich], S. 664.

[89] Hinsichtlich der juristischen Debatte über die Gründung des Norddeutschen Bundes im Lichte der Theorie der Staatsentstehung, bei welcher die Frage im Vordergrund steht, wer zu welchem Zeitpunkt und auf welche Art und Weise den Bund begründet habe, siehe Huber, Bismarck und das Reich, S. 673ff.

Die Verfassung – inwiefern Bismarcks Werk?

Die Analyse des Entstehungsprozesses der Norddeutschen Bundesverfassung hat deutlich gezeigt, dass die Konstitution von 1867 in ihren wesentlichen Bestimmungen und Mechanismen tatsächlich zu einem großen Teil auf Bismarcks Wirken zurückzuführen ist. Dieses Wirken umfasst zugleich das Geschick des späteren Reichsgründers, trotz oder gerade wegen divergierender Interessen und vielfacher Widerstände von unterschiedlichen Seiten eine Lösung zu erzielen. In dieser Hinsicht gelang es ihm, Druck durch Gegendruck auszugleichen und Interessen am geeigneten Zeitpunkt zu mobilisieren.[90] Hatte er die Bevollmächtigten der einzelstaatlichen Regierungen mit dem Hinweis auf den bald zusammentretenden Reichstag unter Druck setzen können, so vermochte er im Gegenzug die Reichstagsabgeordneten durch eine Einheitsfront der verbündeten Regierungen von zu weit gehenden Veränderungen des Entwurfs abzuhalten. Zu Zugeständnissen und Kompromissen war Bismarck immer dann bereit, wenn diese weder die Grundstruktur seiner Konstruktion berührten noch seine eigene Machtstellung gefährdeten. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die Bundeskanzlerfrage. Zunächst lediglich als Vorsitzender des Bundesrates konzipiert, waren es die Forderungen vieler Bevollmächtigter nach einer verantwortlichen Bundesexekutive, die Bismarck dazu veranlassten, einem Mitunterzeichnungsrecht des Kanzlers bei präsidialen Verfügungen zuzustimmen. Die darüber hinausgehenden, auf die Einrichtung einer kollegialen Bundesregierung abzielenden Anträge im Reichstag blockte er dagegen ab, akzeptierte aber eine Formulierung, der zufolge der Bundeskanzler mittels seiner Gegenzeichnung die Verantwortung übernehme. Dies gab dem Kanzler eine so bedeutende Machtstellung, dass sich Bismarck entgegen seiner ursprünglichen Absicht nun gezwungen sehen musste, dieses Amt selbst anzustreben.[91] Wäre es bei der anfangs vorgesehenen Regelung geblieben, so hätte er als Außenminister die Möglichkeit besessen, die preußischen Mitglieder des Bundesrates zu instruieren.

---

[90] Pflanze, Der Reichsgründer, S. 352.

[91] Am 29. Mai 1867 fasste das preußische Staatsministerium den Beschluss, Bismarck als Außenminister auch die Funktion des Bundeskanzlers zu übertragen. Dieser stellte sodann Überlegungen an, wie das Amt des Kanzlers auszustatten sei. In einem Votum für das Staatsministerium verwies er insbesondere auf die „Duplizität der Stellung“, da der Kanzler sowohl den Vorsitz im Bundesrat als einem Organ der Gesetzgebung führe als auch die verantwortliche Leitung der Bundesverwaltung und damit exekutive Aufgaben übernehme. Siehe dazu Bismarck, Werke in Auswahl, Bd. 4, S. 175ff.

Mit der Übernahme des Bundeskanzleramtes stellte Bismarck zugleich eine wichtige Verknüpfung der Ebene des Bundes mit der preußischen her – in gewisser Weise wurde er zum „Minister für preußische Hegemonie“ (Otto Becker).[92] Das Verhältnis zwischen Norddeutschem Bund und preußischer Monarchie bildete in der Tat das Kernproblem der Verfassung, zumal von insgesamt 30 Mio. Einwohnern nur ein Sechstel außerhalb Preußens beheimatet war. Dennoch lehnte es Bismarck ab, dem neuen Bund ein großpreußisches Gesicht zu verleihen, wie er auch alle deutsch-unitarischen Konzepte verwarf. Seine Lösung baute stattdessen auf eine am alten Bund orientierte föderale Ordnung mit preußischer Vorherrschaft.[93] Die Wahrung der preußischen Vorherrschaft unter veränderten Umständen hatte für Bismarck während des gesamten Verfassungsprozesses oberste Priorität.[94] Von Anfang an zeigte sich die von Bismarck geleitete preußische Politik bemüht, die übrigen norddeutschen Staaten vertraglich an sich zu binden, wovon das Bündnisangebot vom 16. Juni 1866 und das zwei Monate später geschlossene Augustbündnis Zeugnis ablegen. Auch während der eigentlichen Verhandlungen mit den einzelstaatlichen Regierungen legte Bismarck großen Wert auf eine Zustimmung der Verbündeten zur gemeinsamen Verfassungsordnung, welche in mehrfacher Hinsicht die Dominanz der Hohenzollernmonarchie gleichsam institutionalisierte. Die dem preußischen König zustehende Präsidialmacht und seine Funktion als Bundesfeldherr sowie die preußische Sperrminorität im Bundesrat bei Verfassungsänderungen mögen hierfür als Beispiele genügen.

Über die Wahrung der preußischen Hegemonie hinausgehend, gelang es Bismarck, widerstreitende Interessen zusammenzubringen. Insofern erscheint es berechtigt, die Verfassung von 1867 als Kompromiss sowohl zwischen monarchischen und liberalen als auch zwischen partikularen und unitarischen Interessen zu charakterisieren.[95] Dass Bismarck auch vor revolutionär anmutenden Mitteln wie dem allgemeinen Wahlrecht nicht zurückschreckte, verdeutlicht seine grundlegende Distanz zu dogmatischen Lösungsansätzen.[96] Die Fähigkeit Bismarcks, divergierende Interessen auszugleichen und dabei die eigenen Prioritäten zu wahren, zeichnet sein auf die Verfassungsarbeiten gerichtetes Wirken insgesamt aus. So vermochte er es beispielsweise, an den drei im Putbuser Diktat vom 30. Oktober genannten Hauptpunkten – keine Diäten, keine Wahlmänner, kein Zensus – festzuhal-

[92] Becker, Bismarcks Ringen, S. 397.
[93] Becker, Bismarcks Ringen, S. 398.
[94] Gall, Der weiße Revolutionär, S. 386.
[95] Huber, Bismarck und das Reich, S. 646.
[96] Gall, Der weiße Revolutionär, S. 390.

ten und ein Oberhaus, für dessen Einführung es bei Fürsten und Volksvertretern große Sympathien gab, das aber nicht in Bismarcks Konstruktion passte, zu verhindern. Auch organisatorisch behielt Bismarck alle Fäden in der Hand, über die er qua Amt als preußischer Ministerpräsident und Außenminister verfügte. Wenn nötig, erkämpfte er sie sich zurück, indem er nach seiner Rückkehr von Rügen den von Savigny erstellten Entwurf noch einmal entscheidend modifizierte. Im Ganzen gesehen, erwies sich Otto von Bismarck als raffinierter Zeitmanager und Politprofi, dem einer seiner Nachfolger als Bundeskanzler, nämlich Konrad Adenauer, Jahrzehnte später durchaus nacheifern sollte.

Notizen zur Neuorientierung des Danneil-Museums Salzwedel und zur Berufung des Museumsleiters Walter Neuling nach 1948

von Ulrich Kalmbach

Im März 2013 wandte sich der Provenienzforscher Mathias Deinert, der mit Bestandsforschung im Potsdam-Museum betraut war, mit einigen Fragen, die den ehemaligen Salzwedeler Museumsleiter Walter Neuling (1894-1973) betrafen, an das Danneil-Museum.[1] Das Potsdam-Museum konzipierte ein mehrjähriges Projekt zur Prüfung der eigenen Sammlungsbestände, das bis zum Jahre 2016 Ergebnisse zeitigen soll.[2]

Bislang hatte sich herauskristallisiert, dass in Potsdam ein Teil des schriftlichen Nachlasses bzw. auch andere Stücke aus Sammlungen von Walter Neuling aufbewahrt werden. Dieser Umstand hängt damit zusammen, dass gegen Walter Neuling und andere im Jahre 1961 ein Gerichtsverfahren in Potsdam stattfand, bei der die umfangreichen sichergestellten Sammlungen aus dem Privatbesitz von Neuling Gegenstand der Ermittlungen waren. Dazu gehörten u.a. neben ur- und frühgeschichtlichen Funden auch Möbel, Bücher, Briefmarken, wie auch Objekte aus Ostasien. Die Sammlungen waren durch Museumsfachleute im Rahmen der Prozessvorbereitung in Potsdam begutachtet worden.[3] Teile davon verblieben offensichtlich in Potsdam, andere wurden auf verschiedene Museen aufgeteilt bzw. dahin abgegeben.

Der gesamte Vorgang und die Zuordnung von Sammlungsstücken soll nun im Potsdam-Museum untersucht und dokumentiert werden. In diesem Zusammenhang können sich vielleicht auch noch Hinweise auf Objekte aus der Altmark ergeben. Ein Beispiel dafür ist der Fall von zwei im Salzwedeler Museumsarchiv aufbewahrten Listen mit archäologischen Funden aus der

---

[1] Mathias Deinert, Mail vom 26. März 2013.

[2] Mathias Deinert: Problematische Stempel. Zur aktuellen Provenienzforschung im Potsdam Museum. In: Museumsblätter – Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg, Heft 23/2013, S. 24–29./ Projektbeschreibung: „Ich habe von allem, was mir Berlin an Wissenschaft und Kunst bot, reichlich Gebrauch gemacht.“ Die Personalie Walter Neuling (1894-1973). = http://arbeitsstelle-provenienzforschung.de/ index.php/component/k2/item/ 284-potsdam-museum-forum-fuer-kunst-und-geschichte

[3] Brief H. Geisler vom Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam v. 17. Juni 1991. (RF 1990-1 Wang)

Altmark, die im Zusammenhang mit den in Potsdam begutachteten Objekten stehen. Einige der dort aufgeführten Funde waren zur Bewertung in Potsdam und wurden später dem Danneil-Museum übergeben, andere dann aber wohl wieder nach Potsdam an das Vorgeschichts-Institut zurückgereicht. Die letzteren sollten später jedoch wieder in den Bestand des Museums eingegliedert werden. Darauf verweist eine Notiz in einem Anschreiben mit dem im Jahre 1962 zehn Fundmeldungen an den Bezirkspfleger für Bodenaltertümer W. Hoffmann in Halle geschickt wurden.[4] Offensichtlich waren später dem Landesmuseum Halle tatsächlich die ur- und frühgeschichtlichen Funde aus den Bezirken Halle und Magdeburg übergeben worden, von denen dann eine Reihe von altmärkischen Funden aus der Sammlung Neuling in das Danneil-Museum verbracht wurde. Die entsprechende Liste mit einem kurzen Vermerk zur Art und Weise des Eingangs der Stücke enthält über 50 Positionen mit Funden, die in erster Linie aus dem damaligen Kreis Salzwedel stammten. Einige Stücke kamen aus dem Kreis Kalbe bzw. auch aus anderen Orten. Als Auffindungszeiten der entsprechenden Stücke sind dort die Jahre zwischen 1892 und 1951 verzeichnet.[5]

Das Danneil-Museum hatte bereits im Jahre 1991 Nachforschungen zu diesem Gerichtsprozess bzw. zu den Sammlungen von Walter Neuling im Zusammenhang mit dem Verbleib von Teilen einer Ostasiensammlung angestellt, die allerdings nur zu wenigen Resultaten führte. Hier konnte lediglich das Aktenzeichen des Gerichtsprozesses ermittelt werden. Die Akten selbst blieben zu dieser Zeit nicht auffindbar.[6]

Im Rahmen der Zuarbeit zum Provenienzforschungsprojekt des Potsdam-Museums im Jahre 2015 wurde noch einmal der betreffende Aktenbestand des Danneil-Museums und auch ergänzend im Stadtarchiv Salzwedel gesichtet. Im Folgenden sollen die Ergebnisse der Suche in Salzwedeler Beständen als vorläufiger Arbeitsbericht kurz skizziert werden. Dabei ergeben sich Informationen zur Biografie von Walter Neuling, wie auch ein Einblick in die

---

[4] Brief des Museumsmitarbeiters Ernst Niemann an den Bezirkspfleger für Bodenaltertümer W. Hoffmann in Halle vom 12. Januar 1962. (AI Neuling, Walter)

[5] Notiz von Ernst Niemann: „Vom Museum Potsdam aus bei Neuling, Salzwedel, beschlagnahmten Beständen an Landesmuseum Halle geschickt. Halle übergab die Gegenstände 1962 dem Museum Salzwedel. N.“ (AI Neuling, Walter)

[6] Rückforderung Wang (RF 1990-1 Wang). Hier findet sich u. a. der Schriftverkehr mit Nachfragen bei Gerichten, Museen und Archiven in Potsdam. Die Bezirkspolizeibehörde Potsdam teilte am 3. Juli 1991 das Aktenzeichen I K I 585/60 mit, unter dem der Prozess geführt worden war. Bei der Kreisstaatsanwaltschaft waren zum Zeitpunkt der Anfrage die Akten nicht auffindbar. (Schreiben vom 9. August 1991)

Situation des Danneil-Museums mit der Neuorientierung der Museumsarbeit unter den politischen Prämissen der Nachkriegszeit.
Im Danneil-Museum befinden sich einzelne Schriftstücke und Personaldokumente von Walter Neuling im Altbestand.[7] Gleichfalls existiert eine von Walter Neuling selbst angelegte Materialsammlung, vor allem Zeitungsausschnitte zur Geschichte der Altmark, die als Teilnachlass 2007 dem Museum übereignet und in das Museumsarchiv eingearbeitet wurden.[8] Hierzu gehört auch eine Reihe persönlicher Briefe bzw. Bildpostkarten. Ebenso gibt es natürlich aus der Zeit Neulings als Museumsleiter im Danneil-Museum in verschiedenen Zusammenhängen Schriftstücke innerhalb der einzelnen Aktenbestände. Zusätzlich wurden Akten im Stadtarchiv gesichtet.[9]

Biografische Informationen waren aufgrund der hiesigen Quellenlage nur sehr spärlich zu recherchieren. In den Unterlagen des Stadtarchivs existieren die Kurzinformationen der Adressverwaltung und der Standesamtseintragungen.[10] Hier gibt es auch kurze Hinweise auf familiäre Verhältnisse. Weitere Informationen sind einem kurzen Lebenslauf zu entnehmen, den Neuling für seine Bewerbung als Museumsleiter in Salzwedel im Jahre 1948 verfasste.[11] Ebenso lassen sich aus erhaltenen Personaldokumenten chronologische Rückschlüsse ziehen. Ein kleines Tagebuch aus den Jahren 1912-1914 gibt aufgrund der kurzen Zeitdauer und des Umfangs der Eintragungen allerdings nur einen sehr fragmentarischen Blick auf seine Jugendzeit.[12]

Walter Neuling wurde am 18. Dezember 1894 als Sohn des Maurermeisters Wilhelm Neuling geboren. Nach Besuch der Volksschule wechselte er zur Landwirtschaftsschule in Salzwedel, wo er das Reifezeugnis erhielt. Der 18-jährige Walter Neuling legte im September 1912 ein Tagebuch an, das er allerdings nur kurze Zeit führte. Es enthält nur wenige kurze Einträge aus

---

[7] Bescheinigungen, Mitgliedausweise verschiedener Organisationen u.ä./ Danneil-Museum, AI Neuling, Walter 01-03
[8] Danneil-Museum, Schenkung SCH 2007/6
[9] Hinweise auf entsprechende Informationen und Akten konnte nach ausgiebiger Recherche durch den Stadtarchivar Steffen Langusch gegeben werden, dem hier ausdrücklich gedankt sei. Besonders aussagekräftig sind zwei Akten, die für diesen
Beitrag ausgewertet wurden: Stadtarchiv Salzwedel/ Volksbildungsamt/ Johann-Friedrich-Danneil-Museum, Bd. II, Nr. 21751, Bestand JKS, Karton und dort Bd. III, Nr. 22555, Bestand Volksbildung, Karton 108; im Folgenden zitiert: StaSaw, Bd. II, Nr. 21751/ StaSaw, Bd. III, Nr. 22555. Der dazugehörige Band I, Nr. 16302 ist gegenwärtig nicht nachweisbar.
[10] Rechercheergebnis Stadtarchiv, Steffen Langusch, mail vom 24. April 2015.
[11] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 52.
[12] In einer Sammelakte des Danneil-Museums sind unter der Signatur „AI Neuling, Walter“ eine Reihe von Dokumenten archiviert.

dem Zeitraum von Oktober 1912 bis August 1914. Darin beschreibt er akribisch persönliche Angelegenheiten, widmet sich dabei stark seinem Gesundheitszustand, den als schwach bzw. anfällig bezeichnet. In dieser Zeit ist er wohl auch mit der Pflege des kranken Vaters betraut, der bereits 1913 verstarb.
Zu seinem schulischen bzw. frühen beruflichen Werdegang verwies Neuling auf den im Jahre 1911 erhaltenen Abschluss der Höheren Landwirtschaftsschule in Salzwedel. Nach Beendigung der Schule begann er bereits am 1. April 1911 eine Tätigkeit in der Verwaltung des Salzwedeler Landratsamtes mit der erklärten Absicht, eine Verwaltungslaufbahn als Kreissekretär einzuschlagen. Eine reguläre Ausbildung war für ihn in den nächsten Jahren wohl nicht möglich. Noch 1911 bewarb Neuling sich dann bei verschiedenen Regierungsverwaltungen um eine Ausbildungsstelle, was aber wohl nicht gelang, so dass er die nächsten Jahre noch im Landratsamt Salzwedel verblieb bzw. dann in der Staatlichen Kreiskasse und im Finanzamt tätig war.

Ein erster Anlauf, sich bei Ausbruch des 1. Weltkrieges im August 1914 als Freiwilliger zu melden, wurde nicht realisiert. Walter Neuling nahm dann allerdings vom November 1916 bis zum Kriegsende am 1. Weltkrieg teil. Danach legte er nach einer dreijährigen Ausbildungszeit bei der Regierung Oppeln dort im Frühjahr 1920 die Prüfung für den gehobenen mittleren Verwaltungs- und Kassendienst ab.
Mit dem 1. Juni 1921 wurde Neuling als *Universitätsobersekretär* an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin angestellt. Ab 1939 ist ein Amt als *Universitäts-Inspektor* beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (Prag) nachgewiesen. Von Anfang Juni 1939 bis zum 31. März 1942 war Neuling in der „Verwaltung der deutschen Hochschulen“ in Prag tätig. Am 1. April 1942 trat er eine *Oberinspektorenstelle* des neu geschaffenen *Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut (DAWI)* an.

Walter Neuling war Mitglied im *Nationalverband Deutscher Berufsbeamter* bzw. später im *Reichsbund der Deutschen Beamten*. Seit dem 1. August 1932 war er Mitglied der *NSDAP* bzw. später auch deren Gliederung der *NS-Volkswohlfahrt*. Es gibt Belege für eine Mitgliedschaft in der *Deutschen Glaubensbewegung*, im *Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund* und im *Reichsverband deutsche Jugendherbergen.*

Nach dem Kriegsende versuchte Neuling eine Weiterbeschäftigung am *Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut (DAWI)*, die aber mit Auflösung der Einrichtung hinfällig wurde. Er war hier allerdings kurzzeitig noch be-

schäftigt. Ab 15. Mai 1945 führte er im Institut Aufräumungsarbeiten durch. Danach arbeitet er in der Verwaltung des Institutes bzw. der Fakultät. Die zum 1. Juli 1945 erfolgte Kündigung blieb wohl unwirksam. Trotz zwischenzeitlichem Arbeitseinsatz durch das Arbeitsamt für andere Arbeiten im Rahmen des Besatzungsrechtes blieb er wohl bis zum 30. September 1945 beim DAWI beschäftigt und arbeitete bei der Schließung des Institutes an dessen Abwicklung bis zum 9. oder 10. November 1945 mit. Im November 1945 wurde Neuling aushilfsweise durch das zuständige Arbeitsamt in einer Wach- und Schließgesellschaft eingesetzt. Trotz der Liquidierung des DAWI stellte dessen ehemaliger kommissarischer Leiter, Dr. Adams, im März 1946 eine Bescheinigung aus, in der ein Entnazifizierungsverfahren für Neuling befürwortet wurde, um eine Weiterbeschäftigung im universitären Betrieb zu ermöglichen. Zu einer ev. erfolgten Entnazifizierung gibt es hier aber keine weiteren Belege.

Im Januar und Februar 1947 versuchte Neuling mit der Anregung, die Übernahme des noch vorhandenen Archivs des aufgelösten DAWI an die Universität zu organisieren, einen beruflichen Neuanfang im universitären Bereich in Gang zu bringen, was aber offensichtlich nicht gelang.

Im Jahre 1948 kehrte Neuling dann nach 25-jähriger Tätigkeit in Berlin nach Salzwedel zurück und übernahm ab dem 1. Juli 1948 die vom Rat der Stadt angebotene Stellung als Leiter des Salzwedeler Heimatmuseums.[13] In der Salzwedeler Zeit erhielt Neuling auch eine Funktion als „Vertrauensmann“ des Institutes für Denkmalpflege in Halle für den Kreis Salzwedel (Baudenkmalpflege/ Bodendenkmalpflege). Im März 1949 wurde er „zum ehrenamtlichen Pfleger für vor- und frühgeschichtliche Bodendenkmale für den Kreis Salzwedel“ ernannt, und ihm eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt.[14]

Bis zum Jahre 1955 hatte er auch eine Funktion als Kreis-Baudenkmalpfleger inne, die Neuling auf Veranlassung des Rates des Kreises niederlegte. In einer Stellungnahme dazu schrieb Neuling von *„Schwierigkeiten persönlicher Art, die mir anscheinend aus Mißgunst um meine Stellung bereitet werden*.“[15]

---

[13] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 73.
[14] Bescheinigung des Landesmuseums der Provinz Sachsen (Schwarz) v. 29. März.1949, StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 145.
[15] Schreiben Neuling an Ulbricht beim Institut für Denkmalpflege Halle v. 12. August 1955, AI Neuling, Walter

Die Stellung Neulings als Museumsleiter in Salzwedel war auch vorher nicht unumstritten. Darauf verweist die im Jahre 1950, zwei Jahre nach seinem Amtsantritt, erfolgte Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch die Stadt Salzwedel zum 30. Juni 1950. Daraufhin mobilisierte der geschichts- und kunstinteressierte Salzwedeler Kaufmann Friedrich Wilhelm Meyer, auf dessen Fürsprache Neulings Anstellung zwei Jahre zuvor erst erfolgt war, mit einer eigenen Stellungnahme eine Solidaritätsaktion. Mehrere Geschichtsinteressierte, darunter auch der Stadtarchivar William Stappenbeck, wandten sich schriftlich an den Oberbürgermeister Garz als Stadtoberhaupt und als Vorsitzenden des Museumsbeirates mit der Bitte um Rückgängigmachung der Kündigung. Friedrich Wilhelm Meyer beschrieb in seinem Brief mit der Würdigung und Anerkennung der Tätigkeit von Neuling auch dessen Anteil an der Neuordnung des Museums nach einer Vernachlässigung durch Kriegszeit und erste Nachkriegszeit. Zum Wirksamwerden dieser Kündigung kam es dann wahrscheinlich nicht bzw. wurde diese wieder rückgängig gemacht, da Neuling auch in anderen, späteren Dokumenten als Museumsleiter geführt wird
Im Jahre 1956 verließ Walter Neuling dann Salzwedel endgültig und verlegte seinen Wohnsitz wieder nach Berlin in seine alte Wohnung.

Der Neubeginn der Museumsarbeit in Salzwedel ist für die Jahre vom 1948 bis 1956 untrennbar mit dem Wirken von Walter Neuling verbunden. In diese Zeit seines beruflichen Neuanfangs fielen ebenso grundlegende Änderungen im Museumsbetrieb nach den gravierenden Umwälzungen der gesamten Gesellschaft, so auch des Kultur- und Museumsbereiches in der sowjetischen Besatzungszone bzw. dann der DDR.

Walter Neuling besaß wohl bereits von Jugend an ein Interesse für historische Hinterlassenschaften und Zusammenhänge. So erwähnte er in seinem Tagebuch auch frühe Besuche von archäologischen Fundstätten in der Nähe von Salzwedel in seiner Jugendzeit. Neuling hatte später, obwohl in der Universitätsverwaltung tätig, während seiner Zugehörigkeit zur Berliner Universität auch Vorlesungen über Vorgeschichte, Volkskunde und Kunstgeschichte gehört. Die Ferien verbrachte er wohl oft in Salzwedel, wo er dem damaligen Leiter des Danneil-Museums, Eisenbahn-Oberinspektor Bohnstedt half. Ebenso betonte Neuling, dass er bereits an Ausgrabungen bzw. Dokumentationen ländlicher Bauten und Kulturgutes mitgewirkt habe. Im Herbst 1946 hatte Neuling bei der Provinzialregierung der Mark Brandenburg einige Monate bei der Neuorganisation der dortigen Museumslandschaft mitgearbeitet.

Bereits Ende 1947 gab es Versuche seitens Salzwedeler Geschichtsinteressierter, darunter der Bürgermeister F. W. Meyer, Walter Neuling als wissenschaftlichen Hilfsarbeiter im Salzwedeler Danneil-Museum einzusetzen.[16] Nach einer vorläufigen positiven und wohl mündlichen Zusage von F.W. Meyer äußerte sich Neuling erfreut darüber, formuliert aber auch einige Voraussetzungen, die ein Schlaglicht auf die Rahmenbedingungen der Zeit werfen. Walter Neuling, zu dieser Zeit im amerikanischen Sektor von Berlin wohnend, forderte Garantien dafür, dass er in Salzwedel eine Wohnung in seinem eigenen Elternhaus (Nordbockhorn 24/26) zugewiesen bekommen würde, da die Verwaltung und Zuweisung von Wohnraum wegen des gravierenden Wohnungsmangels behördlich geregelt und somit sein Zuzug dorthin nicht selbstverständlich war. Unter anderem erwartet er Garantien über Einstellung und Beschäftigung, da er durch einen Wegzug aus Berlin auch das dortige Wohnrecht und ev. Vergünstigungen aus seinem vorherigen Beamtenverhältnis verlöre. Er wollte auch ausgeschlossen haben, *„dass von keiner Stelle in Salzwedel in politischer Hinsicht Einwendungen gegen meine Beschäftigung am Heimatmuseum erhoben werden.“*[17]

Im Mai 1948 wurde dann die Neuorganisation des Museums greifbarer. Am 13. Mai 1948 konstituierte sich ein Museumsbeirat und wurde ein ehrenamtlicher „Mitarbeiterkreis von Sachverständigen Freunden der Heimatkunde …“ gebildet. Gleichzeitig fiel die Grundsatzentscheidung zur Einstellung von Neuling als Museumsleiter.[18]

Nach einigen Vorgesprächen, Korrekturen und Änderungen eines Entwurfes erfolgte der Abschluss einer „Vereinbarung zwischen Stadt-und Landkreis Salzwedel über die Führung des Danneil-Museums in Salzwedel“ am 25. Mai 1948. Hier wurden in einem förmlichen Vertrag die Grundsätze von Trägerschaft, Finanzierung und fachlicher Betreuung geregelt. Zuvor hatten die Stadtverordnetenversammlung am 28. April 1948 und der Kreistag am 29. April 1948 der Vereinbarung zugestimmt. Der Stadtkreis Salzwedel übernahm damit treuhänderisch die Bestände des Museums vom Landkreis Salzwedel. Hier erfolgte ein Hinweis auf einen Auseinandersetzungsvertrag vom 6. März 1946, in dem wohl bisherige Eckpunkte des Umgangs mit Haus und Sammlung fixiert worden waren. Diese Vereinbarung befand sich möglicherweise in dem gegenwärtig nicht vorhandenen Band 1 der Akten, das Mu-

---

[16] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 9.
[17] Brief Neuling v. 27.12.1947 an F. W. Meyer, Brief Neuling v. 27.12.1947 an F. W. Meyer, StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 18.
[18] Protokoll der Sitzung vom 13. Mai 1948, StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 49.

seum betreffend. Die Finanzierung sollte nach der neuen Vereinbarung von 1948 durch beide Vertragspartner erfolgen. Für die Jahre 1948-1950 war ein Betrag von 4000 RM festgelegt worden, den der Landkreis jährlich an die Stadt überweisen wollte. Danach sollte eine Anpassung bzw. Neufestlegung des Zuschusses verhandelt werden.

Als oberes Aufsichtsgremium des Museums fungierte danach ein Museumsbeirat, dem Vertreter der beiden Gebietskörperschaften, Stadt und Landkreis Salzwedel, und auch der Museumsleiter angehörten:
a) der Oberbürgermeister als Vorsitzender
b) der Landrat als sein Vertreter
c) die Kulturdezernenten beider Kreise (Stadtkreis Salzwedel/ Landkreis Salzwedel)
d) vom Kulturbund der jeweilige Leiter der Abteilung Heimatgeschichte
e) je ein Vertreter der Beschlusskörperschaften des Stadt- und Landkreises
f) der Leiter des Museums

Zur Unterstützung der inhaltlichen Arbeit sollte ein ehrenamtlicher „Mitarbeiterkreis von sachverständigen Freunden der Heimatkunde und Heimatkunst“ durch den Museumsbeirat bestätigt werden können.
Formal war der Museumsleiter dem Museumsbeirat unterstellt. Die konkrete fachliche Aufsicht über die Arbeit des Museums wurde dabei auf den jeweiligen Archivpfleger der Stadt übertragen. Dem Museumsbeirat war jährlich durch den Museumsleiter Rechenschaft zu geben.[19]

Zu den Mitgliedern des ersten *Museumsbeirates* gehörten nach wenigen Änderungen bzw. Erweiterungen des Personenkreises schließlich: Oberbürgermeister Garz als Vorsitzender, Landrat Dr. Perdelwitz als Vertreter, Kreisrat Exner als Kulturdezernent des Landkreises, Bürgermeister Billing als Kulturdezernent des Stadtkreises, Studienrat Kromphardt als Leiter der Abteilung Heimatgeschichte im Kulturbund, Lehrer Richard Röhl als Vertreter des Kreistages, Stadtverordneter Lieke als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und Walter Neuling als Museumsleiter.

Der sogenannte *Mitarbeiterkreis* bestand anfangs aus folgenden Personen: Dr. Meyer (Salzwedel), Lehrer Ehlies (Lüdelsen), Lehrer Künne (Püggen), Lehrer Schnock (Salzwedel), Lehrer Schirdewan (Rohrberg), Kreisrat Schilke (Salzwedel), Stadtbaurat Linnecke (Salzwedel), Landwirt Dr. Lauburg

---

[19] Vereinbarung zwischen Stadt-und Landkreis Salzwedel über die Führung des Danneil-Museums in Salzwedel“ vom 25. Mai 1948, StaSaw, Bd. II, Bl. 58.

(Jeetze), Pastor Sültmann (Mehrin), Sanitätsrat Dr. Schulze (Diesdorf), der Vorsitzende des Kulturbundes Tobaben, Studienrat Dr. König (Vorsitzender des Kreistages, CDU), Dentist Schramm (Salzwedel), Stadtarchivar Stappenbeck, Lehrer Lehmann (Riebau).[20] Die Zusammensetzung der beiden Gremien wechselte in den beiden Jahren bis 1950/1951 nur unwesentlich, wenn auch einige Änderungen zu verzeichnen waren.[21]

Die Rahmenbedingungen für die Arbeit auch kleinerer Museen in der SBZ bzw. in der DDR wurden wie andere Bereiche des öffentlichen Lebens in dieser Zeit einer zentralen Aufsicht unterstellt und stark reglementiert. In einem Rundschreiben vom 19. Mai 1948 verwies der Minister für Volksbildung darauf, dass ab 1. April 1948 alle Regionalmuseen dem neugeschaffenen Landesamt für Naturschutz und Kulturpflege als Fachbehörde unterstehen. Das Amt sollte als Aufsichtsbehörde zugleich „Betreuer und Berater" sein.[22]

Belege für die zentrale Aufsichtstätigkeit der Landesbehörden sind auch mehrere Protokolle bzw. Schreiben in denen der für die Museen in Sachsen-Anhalt zuständige Landesreferent, der Prähistoriker und spätere Nestor der DDR-Museumskunde Dr. Heinz A. Knorr, direkt in die Museumsarbeit eingriff. Knorr fungierte als Landes-Museumspfleger. Im Jahr 1950 weilte er mindestens zwei Mal in Salzwedel, um auf die Umgestaltung der Dauerausstellung und grundlegende Arbeitsweise des Museums Einfluss zu nehmen.[23] Ebenso unterstützte eine von ihm entsandte Praktikantin das Museum mehrere Monate.[24] Die Aufsicht über die Museumsarbeit ging so weit, dass die Ausstellungstexte bis hin zu einzelnen Objektbeschriftungen dem Museumspfleger Knorr in Halle vorgelegt werden mussten.
Zur fachlichen Betreuung sollten auch sogenannte „Museumspflegschaften" eingerichtet werden. Diese Funktion für die Altmark war dem Museum in Stendal zugedacht, das somit für die Betreuung der Museen in Tangermünde, Arneburg, Osterburg, Arendsee, Salzwedel, Diesdorf und Gardelegen zuständig sein sollte. Monatlich sollten in Stendal Besprechungen durchgeführt werden, deren Protokolle dem Landesamt dann zu übermitteln waren.[25] In-

[20] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 77, 80, 123.
[21] StaSaw, Bd. III/ Nr. 22555, Bl. 14.
[22] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 67.
[23] August und November 1950, StaSaw, Bd. III, Nr. 22555, Bl. 110, 135, 136.
[24] StaSaw, Bd. III, Nr. 22555, Bl. 122.
[25] Schreiben Landesamt an Amt für Volksbildung Salzwedel, Knorr v. 3.12.1948/ StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 103.

wieweit diese Pflegschaften dann tatsächlich praxisrelevant wurden, sei dahingestellt.

Im Rahmen der zentralen Beaufsichtigung der Museen durch Landesbehörden wurden in der Anfangszeit vierteljährliche Tätigkeitsberichte verlangt, die in der Regel der Museumsleiter Walter Neuling anfertigte und die Stadtverwaltung an die Landesbehörden übermittelte. Diese Berichte geben einen kleinen Einblick in die Probleme und Umstände der Jahre von 1948-1951 und des Neuanfangs systematischer Museumsarbeit. Nach einem vorgegebenen Themenraster waren u.a. Angaben zu Magazinsituation, Platzbedarf, Sonderausstellungen, Veranstaltungen und auch Besucherzahlen in den Tätigkeitsberichten abzurechnen.

In einem ersten Bericht von Ende Juli 1948 erschien eine Kurzzusammenfassung der jüngsten Ereignisse zur Wiederingangbringung des Museums. Der Berichterstatter verwies auf die Geschichte des Museums und den aktuellen Stand. So nahm er Bezug auf die Gründung des Altmärkischen Geschichtsvereins im Jahre 1836 und die Gründung des Museums in Trägerschaft des Landkreises Salzwedel im Jahre 1932. Bis zum Jahre 1936 war das Museum hauptamtlich durch den Eisenbahninspektor Bohnstedt geleitet worden, der zu diesem Zeitpunkt in den Militärdienst eintrat und bis zum 1. Februar 1939 die Funktion noch ehrenamtlich ausfüllte.

Mit dem Kriegsende 1945 wuchs die Zahl der Einwohner von Salzwedel durch eine große Anzahl von Flüchtlingen auf über 25000 Menschen an, so dass eine Ausgliederung der Stadt aus dem Landkreis erfolgte und ein eigener Stadtkreis gebildet wurde. Im Rahmen der Grundsatzvereinbarung übernahm die Stadt dann treuhänderisch die Werte des Museums in eigene Verwaltung. Das der Stadt gehörige Gebäude wie auch dessen Unterhalt wurde weiterhin in Stadtbesitz belassen. Der Stadtverwaltung oblag die Verwaltung der Haushaltsmittel. Der neue Museumsleiter Walter Neuling hatte die Aufgabe, die durch 12 Jahre ehrenamtliche Leitung und die Kriegswirren entstandenen Mängel in Sammlung und Ausstellung zu beheben: „*12 Jahre lang war das Museum ohne einen hauptamtlichen Museumsleiter. Während dieser Zeit ist es von verschiedenen, für dieses Amt wohl geeigneten, durch ihren Hauptberuf aber voll in Anspruch genommenen Persönlichkeiten ehrenamtlich verwaltet worden, sodass es stark in Rückstand geraten ist. Hinzu kommt, dass in der ersten Zeit nach dem Kriege Unberufene in die Museumsräume eingedrungen waren und beim Durchwühlen der Bestände des Museums in den Magazin- und Bibliotheksräumen Beschädigungen und große Unordnung verursacht haben. … wenn auch die eigentliche Schausammlung den Krieg und die ersten unruhigen*

Nachkriegszeiten ohne wesentliche Schäden überdauert hat, so ist das gesamte Museum im Verlaufe der letzten 12 Jahre doch etwas verwahrlost.“[26]

Die räumlichen Bedingungen für die Museumsarbeit waren in den ersten Nachkriegsjahren u. a. durch die Unterbringung von Flüchtlingen sehr beengt. Im Museumsgebäude waren im März 1949 noch drei Flüchtlingsfamilien untergebracht und belegten das komplette Obergeschoß der Propstei. Ebenso waren zu dieser Zeit noch zwei kleinere Räume durch die Volksbücherei belegt. Im Jahre 1950 wohnte auch noch der ehemalige Hausmeister Krüger im Museumsgebäude. Es gab mehrfach Versuche bzw. Anfragen von Walter Neuling an die zuständigen Verantwortlichen, durch Bereitstellung von Wohnraum an anderen Stellen der Stadt den Wegzug der Mieter zu ermöglichen, ohne dass das in dem betrachteten Zeitraum gelang.

In den Tätigkeitsberichten und dem übrigen Schriftverkehr aus diesem Zusammenhang werden auch Verweise zu den laufenden Arbeiten der Neuaufstellung der Sammlung und auch über Neuzugänge von Sammlungsstücken gegeben. Hier nahm Neuling auch Stellung zu den Bedingungen des Neuanfangs der Museumsarbeit im Zusammenhang mit der Auflösung des Altmärkischen Geschichtsvereins als Begründer der Museumssammlung. Gleichfalls wurden hier auch Eingänge bzw. Verlagerungen von Kulturgut erwähnt, die im Zusammenhang mit den Enteignungen der Bodenreform und den Auslagerungen der Ausstattungen von Gutshäusern stehen.
So waren aus den Bibliotheken der Güter mehrere tausend Bücher im Museum zwischengelagert worden. Am 7. Juli 1949 erfolgte die Übergabe an die Landesbibliothek Halle. Auch das Archiv aus dem Schloss Tylsen befand sich im Museum und wurde am 20. Juli 1949 in das Landesarchiv Sachsen-Anhalt nach Magdeburg verbracht.

Neuling beschrieb die Neuorganisation der Geschichtsarbeit unter den neuen politischen Bedingungen folgendermaßen: „*Ein Teil des Aufgabenkreises des aufgelösten „Altmärkischen Vereines für Vaterländische Geschichte in Salzwedel“, dem die Entstehung unseres Danneil-Museums zu verdanken ist, ist auf das Danneil-Museum übergegangen. Ferner ist im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands eine „Arbeitsgemeinschaft für altmärkische Heimatkunde“ gegründet worden, in der einige Mitglieder des genannten Vereins eine neue Wirkungsstätte gefunden haben. In Zusammenarbeit mit dem Museumslei-*

[26] Brief, Rat der Stadt an Landesamt für Naturschutz und Kulturpflege v. 29. Juli 1948, StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 77.

ter finden heimatkundliche Veranstaltungen statt, mit denen auch Führungen durch das Museum verbunden werden.“[27]
Auch im Dezember 1949 beschrieb Neuling, dass fortgesetzt Objekte aus den durch die Bodenreform enteigneten Gütern sichergestellt würden: *„Einige Möbelstücke, Bilder, und Geräte wurden in das Museum überführt.“*[28]

Die Landesbehörden widmeten dem Neuaufbau der Dauerausstellung des Museums große Aufmerksamkeit. Daneben gab es im Betrachtungszeitraum auch mehrere Themen für Sonderausstellungen, die zentral vorgegeben und eingefordert wurden. Diese waren in erster Linie politisch motiviert oder hatten Bezug zum wirtschaftlichen Aufbau bzw. Umbau der Zeit. Direkt nach Kriegsende waren bereits „nazistische und militaristische Schaustücke“ aus der Dauerausstellung entfernt worden. Zu dieser Zeit war das Museum allerdings noch geschlossen.[29] Im ersten Tätigkeitsbericht des Danneil-Museums vom 29. Dezember 1948 von Museumsleiter Neuling wurde die Wiedereröffnung des Museums mit dem 30. August 1948 angegeben und dort eine erste Besucherstatistik angeführt.[30]
Aus dem Tätigkeitsbericht vom Juni 1949 geht hervor, dass im Rahmen zentraler Vorgaben auch das Danneil-Museum mit der Erarbeitung und dem Aufbau einer Sonderausstellung zum 2-Jahresplan beauftragt war.[31] Das Ministerium für Volksbildung der DDR und das entsprechende Ministerium bei der Landesregierung von Sachsen-Anhalt wiesen mehrfach darauf hin bzw. ordneten an, dass in allen Museen des Landes sogenannte „Gegenwartsausstellungen“ bis zum 1. Mai 1950, dem 5. Jahrestag des Kriegsendes, eingerichtet werden mussten. Diese Ausstellungen sollten wohl vor allem die produzierenden Wirtschaftsbetriebe der Region vorstellen und „als Kulturschau von der Gegenwart ausgehen“. Innerhalb der Museen sollten diese gesonderten Abteilungen, anschließend an die herkömmlichen historischen Ausstellungen, einen chronologischen Abschluss bilden.[32]

Im Danneil-Museum wurde diese Gegenwartsausstellung im Frühjahr 1950 in zwei Räumen eingerichtet. Walter Neuling hatte Kontakt zu einer Reihe Salzwedeler Firmen (Pumpenfabrik, Zuckerfabrik, Schwefelsäurefabrik) und

---

[27] Tätigkeitsbericht 18. September 1949, StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 178.
[28] Tätigkeitsbericht für 15.9.1949 bis 15.12.1949, StaSaw, Bd. III, Nr. 22555, Bl. 22.
[29] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 77.
[30] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 108.
[31] Brief Bürgermeister/ Volksbildungsamt an Landesamt v. 28. Juni 1948, StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 159.
[32] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 173/ StaSaw, Bd. III, Nr. 22555, Bl. 11.

Institutionen aufgenommen. Schließlich fertigten Mitarbeiter dieser Betriebe Modelle an, die wohl das Kernstück dieser Ausstellung bildeten.[33]

In den Jahren von 1949 bis 1951 wurden in Eigenregie bzw. in Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren mehrere Sonderausstellungen durch das Museum veranstaltet. So wurden im Jahre 1948 zwei Sonderausstellungen im Rahmen einer Volksbildungswoche organisiert, die ganz offensichtlich den neuen politischen Vorgaben Rechnung trugen. Dabei handelte es sich um folgende Themen: „Die Bodenreform im Kreise Salzwedel“ und „Werkstoff im Wandel der Zeit“. Anlässlich des 135. Geburtstages der in Salzwedel geborenen Jenny Marx berichtete Neuling über die Gestaltung einer Sonderausstellung im Jahre 1949, *„die Möbel und Erinnerungsstücke aus dieser Zeit zeigt und die einen Einblick in die Kultur der Zeit vermittelt.“* Im Rahmen der Neuorientierung des Museums wurde auch eine öffentliche Aussprache organisiert, in der Vorschläge zum Aufbau von Ausstellungsbereichen zur Zoologie, Botanik und Geologie angeregt wurden. Gleichfalls drängten zeitgenössische Künstler auf ein Podium zur Präsentation ihrer Werke.[34] Als Novum wurde im Vortragssaal des Museums dann auch eine Ausstellung von Arbeiten zeitgenössischer Kunst gezeigt.[35]

Im Jahre 1950 fanden mehrere, nur kurzzeitig andauernde Sonderausstellungen statt: eine „Stalin-Ausstellung“ während einer Kulturwoche, „Aquarien und Terrarien“ im August 1950 und eine „Post- und Briefmarkenausstellung“ im Herbst 1950.[36] Im September 1950 wurde eine Wanderausstellung des Landesmuseums für Vorgeschichte zum Thema „Technik und Fortschritt in der Vorzeit“ gezeigt, im Frühjahr 1951 organisierte die Landesgalerie Halle eine Ausstellung mit Gemälden aus den Beständen der Moritzburg. Auch hier wurde der Museumspfleger Knorr über die konkreten technischen Details in Kenntnis gesetzt bzw. sogar um Erlaubnis zu Details gefragt, so zum Beispiel, auch zu der Frage, ob während der Dauer dieser Gemäldeausstellung die vorgeschichtliche Abteilung in Salzwedel geschlossen und als Lager umfunktioniert werden könne.

Insgesamt ergibt sich aus den zitierten Quellen ein mosaikartiges Bild der Museumssituation wenige Jahre nach dem Ende von 2. Weltkrieg und NS-Diktatur und zu Beginn der DDR-Zeit.

---

[33] StaSaw, Bd. III, Nr. 22555, Bl. 117, 158/159.
[34] StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 128-130.
[35] Tätigkeitsbericht 18. September 1949, StaSaw, Bd. II, Nr. 21751, Bl. 178.
[36] StaSaw, Bd. III, Nr. 22555.

Die Strukturen von regionaler Geschichtsforschung bzw. Museumsarbeit wurden unter den Prämissen der Kulturpolitik der Zeit neu formiert. Die Tätigkeit von Mitgliedern des aufgelösten Altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte in Salzwedel wurde versuchsweise im Rahmen des neugeschaffenen Kulturbundes organisiert. Im Jahre 1948 übernahm der damals existierende Stadtkreis Salzwedel vertraglich fixiert die Trägerschaft des Museumsbetriebes, dazu wurde ein Museumsbeirat gegründet. Die Arbeit in den regionalen Museen, so auch im Danneil-Museum, wurden unter eine zentrale Aufsicht von Landesbehörden gestellt und darüber hinaus auch konkrete Weisungen für die Museumsarbeit gegeben. Es bestand eine permanente Berichtspflicht seitens des Museums bzw. Museumsträgers gegenüber dem Land. Im Zuge der Neueröffnung des Museums wurde begonnen, die Bibliothek und die Sammlungen neu zu ordnen. Gleichzeitig erfolgte eine Umgestaltung der Schausammlung bzw. Dauerausstellung. Mehrere Sonderausstellungen unterschiedlicher Thematik wurden in relativ kurzer Zeit organisiert und das traditionelle Spektrum der Museumsthemen um andere Aspekte erweitert. Infolge der Einbindung in den staatlich beaufsichtigten bzw. angeleiteten Kulturbetrieb waren hier auch zeittypische politische bzw. wirtschaftliche Themen zu finden. Eine große Rolle bei der Neugestaltung der Museumsarbeit spielte der im Jahre 1948 fest angestellte Museumsleiter Walter Neuling, der nach acht Jahren, im Jahre 1956, Salzwedel wieder verließ. Über die Jahre nach 1952 und die Bewertung der Rolle von Walter Neuling werden erst die laufenden Forschungsarbeiten im Rahmen der Provenienzforschung am Potsdamer Museum Aufschluss geben.

Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin

Ausweiskarte

Inhaber dieser Karte

Universitäts=
Obersekretär
Walter Neuling

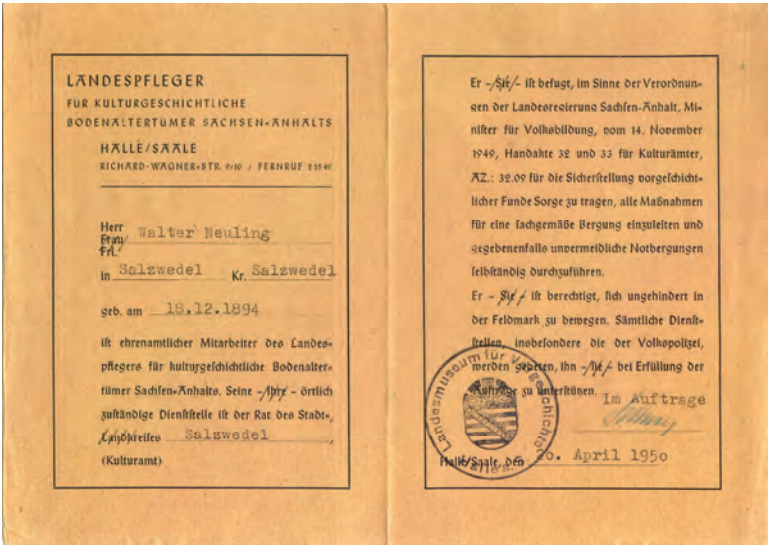
ist Angehöriger der Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin und hat Zutritt zu dem Universitäts-Gebäude.

FRIDERICUS GUILELMUS III REX BORUS. STATOR

Walter Neuling

Eigenhändige Unterschrift des Inhabers

Abb. 1 Ausweiskarte für Walter Neuling als Universitätsobersekretär an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin, 1920er Jahre



LANDESPFLEGER
FÜR KULTURGESCHICHTLICHE
BODENALTERTÜMER SACHSEN-ANHALTS
HALLE/SAALE
RICHARD-WAGNER-STR. 9/10 / FERNRUF 2154

Herr / Frau / Frl. Walter Neuling
in Salzwedel Kr. Salzwedel
geb. am 18.12.1894
ist ehrenamtlicher Mitarbeiter des Landespflegers für kulturgeschichtliche Bodenaltertümer Sachsen-Anhalts. Seine / Ihre / – örtlich zuständige Dienststelle ist der Rat des Stadt-, / Land-kreises Salzwedel
(Kulturamt)

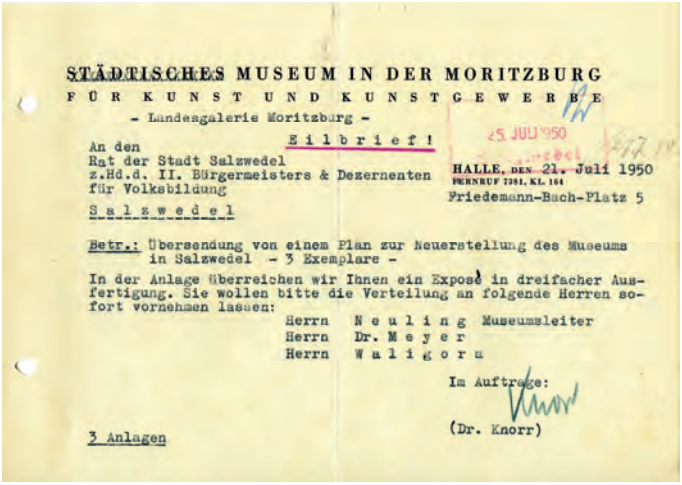
Er / Sie / ist befugt, im Sinne der Verordnungen der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Minister für Volksbildung, vom 14. November 1949, Handakte 32 und 33 für Kulturämter, AZ.: 32.09 für die Sicherstellung vorgeschichtlicher Funde Sorge zu tragen, alle Maßnahmen für eine fachgemäße Bergung einzuleiten und gegebenenfalls unvermeidliche Notbergungen selbständig durchzuführen.
Er / Sie / ist berechtigt, sich ungehindert in der Feldmark zu bewegen. Sämtliche Dienststellen, insbesondere die der Volkspolizei, werden gebeten, ihn / Sie / bei Erfüllung der Aufgabe zu unterstützen.

Im Auftrage
Schwarz

Landesmuseum für Vorgeschichte

Halle/Saale, den 20. April 1950

Abb. 2 Mitgliedsausweis für den Museumsleiter Walter Neuling als Bodendenkmalpfleger, 1950



STÄDTISCHES MUSEUM IN DER MORITZBURG
FÜR KUNST UND KUNSTGEWERBE
- Landesgalerie Moritzburg -

Eilbrief!

An den
Rat der Stadt Salzwedel
z.Hd.d. II. Bürgermeisters & Dezernenten
für Volksbildung
Salzwedel

25 JULI 1950

HALLE, DEN 21. Juli 1950
FERNRUF 7351, KL. 164
Friedemann-Bach-Platz 5

Betr.: Übersendung von einem Plan zur Neuerstellung des Museums in Salzwedel - 3 Exemplare -

In der Anlage überreichen wir Ihnen ein Exposé in dreifacher Ausfertigung. Sie wollen bitte die Verteilung an folgende Herren sofort vornehmen lassen:

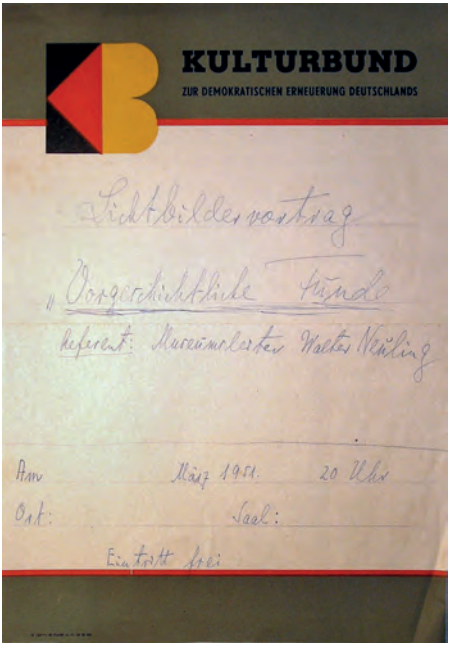
Herrn Neuling Museumsleiter
Herrn Dr. Meyer
Herrn Waligora

Im Auftrage:

(Dr. Knorr)

3 Anlagen

Abb. 3 Anschreiben des Museumspflegers Dr. Heinz A. Knorr zu Übermittlung eines Ausstellungsexposés, 1950



KULTURBUND
ZUR DEMOKRATISCHEN ERNEUERUNG DEUTSCHLANDS

Lichtbildervortrag
„Vorgeschichtliche Funde"
Referent: Museumsleiter Walter Neuling

Am März 1951. 20 Uhr
Ort: Saal:
Eintritt frei

Abb. 4 Plakat zur Ankündigung eines Vortrages zur Ur- und Frühgeschichte, 1951

Forschen als Berufung, nicht als Beruf – Erinnerungen an Dietmar Ludwig, Stendal (1934 - 2015)

von Rudolf Laser, Rosemarie C. E. Leineweber, Wolfgang Schwarz und Günter Wetzel

Dietmar Ludwig verstarb am 23. Oktober 2015, wenige Tage vor seinem 81. Geburtstag nach kurzer schwerer Krankheit. Mit seinem Tode verlor die Altmark einen ihrer aktivsten und kompetentesten Kenner der regionalen Archäologie. Stellvertretend für viele Fachkollegen möchten an dieser Stelle vier heute nicht mehr hauptamtlich aktive, Jahrzehnte lang gemeinsam mit ihm tätige Archäologen an ihn erinnern und seine Leistungen würdigen.

Abb. 1 Dietmar Ludwig während einer Führung im Funddepot anlässlich des 125-jährigen Jubiläums des Altmärkischen Museums im Februar 2013 (Foto: Stendaler Volksstimme, S. Moritz).

Zu seinen Wegbegleitern gehörten von Anfang an zahlreiche Prähistoriker, so bis in die 60er Jahre des 20. Jh. Günter Wetzel (vormals Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, später Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum), ab 1958 die Prähistoriker/-innen des Altmärkischen Museums in Stendal, Hans-Jürgen Gomolka,

Rosemarie Worbs/Leineweber und Wilhelmine Krause-Kleint. Bis zu seinem Tode hielt Dietmar Ludwig stets Kontakt zu Rudolf Laser, ehemals am Zentralinstitut der Akademie der Wissenschaften, später Deutsches Archäologisches Institut Berlin. Doch auch sämtliche Bezirksbodendenkmalpfleger, vormals des Landesmuseums für Vorgeschichte/ Halle, jetzt des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Waldemar Matthias, Berthold Schmidt, Johannes Schneider, Detlef Müller und Thomas Weber, insbesondere aber die ehemals für die Altmark zuständigen wissenschaftlichen Mitarbeiter und Referenten des Landesmuseums bzw. Landesamtes, Wilhelm Hoffmann, Wolfgang Schwarz und Rosemarie Leineweber sowie deren Nachfolger, Barbara Fritsch und Götz Alper, arbeiteten eng mit ihm zusammen.

Am 31. Oktober 1934 wurde Dietmar Ludwig im niederschlesischen Herrnstadt, Ldkr. Guhrau, geboren und wuchs dort gemeinsam mit einem Bruder und einer Schwester auf, bis sie nach dem Ende des 2. Weltkrieges aus ihrer Heimat flüchten mussten. Über Torgau und Dessau gelangte die Familie schließlich nach Tangermünde.
Dort legte er die Mittlere Reife ab, erwarb danach an der Volkshochschule in Stendal das Abitur und wurde Handelskaufmann. Da ihm eine Anstellung im Altmärkischen Museum in Aussicht gestellt wurde, nahm er im Jahr 1960 an der Museumsfachschule in Weißenfels das Studium der Museologie auf, das er jedoch nach zwei Semestern beendete, da sich die Option Museum zerschlagen hatte. Wieder in der kaufmännischen Branche, überprüfte er nunmehr als Innenrevisor die Konsumverkaufstellen des Landkreises. Nach Abschluss seines Fernstudiums zum Ökonom wurde Dietmar Ludwig ab 1972 Handelsbereichsleiter der Konsum-Verkaufsstellen und -Gaststätten sowie seit 1989 Innenrevisor bei der Landbäckerei Stendal, bis er 1992 in den Vorruhestand wechselte.
Mehr als 15 Jahre, von August 1997 bis März 2013, war Dietmar Ludwig auch Mitglied des Altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte.
Im Jahr 1983 verlor er durch eine schwere Erkrankung seine Ehefrau Ursula, mit der er seit 1961 verheiratet war, und die gemeinsame Tochter ihre Mutter. Drei Jahre danach ging er seine zweite Ehe ein – mit seiner Inge, deren Kindern er ebenfalls ein liebevoller Vater war. Seine fünf Enkel waren sein ganzer Stolz.

Bedingt durch seine berufliche Tätigkeit war D. Ludwig im gesamten (Land-) Kreis Stendal praktisch täglich unterwegs. Auf diese Weise ergab sich für ihn im Laufe der Zeit eine ideale Verbindung zwischen beruflicher Verpflichtung

und privatem, ehrenamtlichem Interesse an der Archäologie. So nahm er unzählige Gelegenheiten für die Archäologie wahr, indem er beispielsweise Hinweisen von Land- und Forstwirten, Landarbeitern und anderen interessierten Bürgern schnell vor Ort direkt nachgehen konnte. Er war bekannt bei Baufirmen, Bürgermeistern, Behörden und auch deren Ansprechpartner. Auch das aktuelle Baugeschehen auf städtischem und ländlichem Gebiet beobachtete er mit fachkundigem Blick auf archäologische Relevanz. Auf diese Weise entdeckte er sozusagen „im Vorbeifahren“ zahlreiche Befunde auf Baustellen und bei sonstigen Erdaufschlüssen.

Günter Wetzel:

Die 1950er und 60er Jahre

Zu Beginn der 60er Jahre war Dietmar Ludwig als Innenrevisor bei der Konsumgenossenschaft häufig mit dem Motorrad, einer AWO, im Kreisgebiet Stendal und darüber hinaus tätig, kam viel herum und nutzte jede freie Minute, um archäologische Altfundstellen aufzusuchen und neue zu entdecken, wo es ihm günstig erschien. Auch seine Beschäftigung als Fahrlehrer nutzte er entsprechend. Sein Interesse für archäologische Funde brachte ihn mit Hans Kaufmann zusammen, der damals von der Goethe-Schule aus mit Schülern auf diesem Gebiet agierte. Beide wurden 1960 als ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger des Landesmuseums für Vorgeschichte durch Herrmann Behrens ernannt. Sicher hatten auch Wilhelm Hoffmann als fachlicher „Betreuer“ der Sammlung des Altmärkischen Museums von Amtsseite aus und Gerhard Richter als ehrenamtlicher Museumsleiter ihren Einfluss bei dieser Entscheidung.
Mit mir, dem damaligen Studenten der Ur- und Frühgeschichte, der seit 1956 eng mit dem Altmärkischen Museum Stendal unter Gerhard Richter, dem technischen Assistenten Wilhelm Gerike und dem Prähistoriker Hans-Jürgen Gomolka zusammenarbeitete, ergab sich mit Dietmar Ludwig bald eine auf gleicher Interessenlage basierende enge Aktionsgemeinschaft. (Abb. 2) Auf gezielten Ausflügen zu verschiedenen Fundstellen wurden diese nach Funden abgesucht und gegebenenfalls Notbergungen durchgeführt. Die Bergung eines großen bronzezeitlichen Gefäßes bei Schartau, das in toto mit Inhalt geborgen wurde, konnte im Rucksack, mit Kieferngrün gegen Stoß „gesichert“, hoch oben auf dem Sozius der sicher geführten AWO bis zum Altmärkischen Museum transportiert werden. (Abb. 3)

Abb. 2 Dietmar Ludwig am 20. Mai 1961 an der Fundstelle der Schönfelder Kultur in der Kiesgrube Hassel-Wischer (Foto: G. Wetzel).

Abb. 3 Dietmar Ludwig bei Schartau im August 1964 mit einem bronzezeitlichen Gefäß (Foto: G. Wetzel).

Dietmar Ludwig war beteiligt an der Bergung der Schönfelder Schalen- und Axtreste in der Beversdorffschen Sandgrube, beide bei Hassel-Wischer. Er entdeckte mit H. Kaufmann das Rössener Grab bei Storkau und nahm Notbergungen an der namengebenden Fundstelle bei Schönfeld vor, wo ihm die Entdeckung eines Grabes mit drei Schalen gelang. (Abb. 4 a, b)

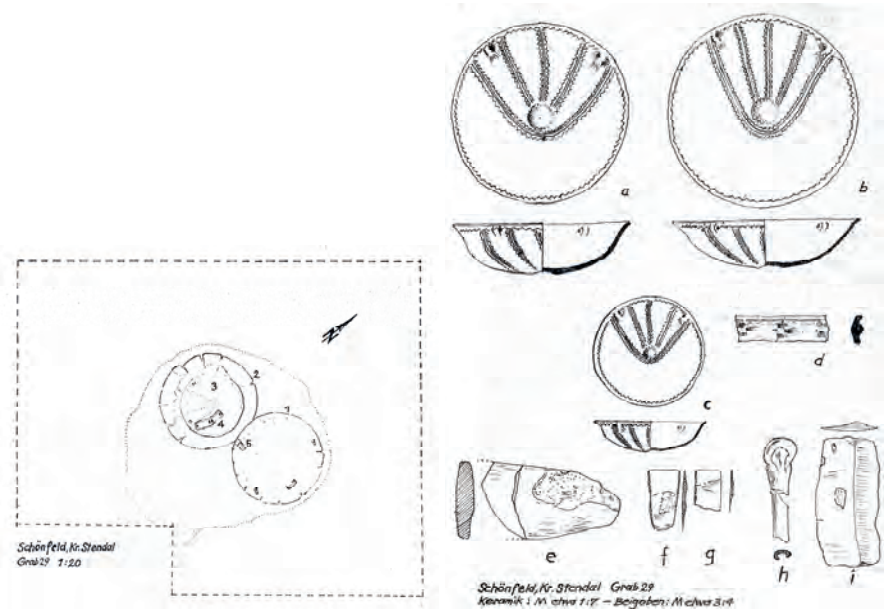


Abb. 4 Schönfeld, Ldkr. Stendal. Dreischalengrab der Schönfelder Kultur.
a: Planum (Befundzeichnung) und b: Grabfunde. Finder und Zeichner: D. Ludwig (aus: Archäologische Informationen aus der Altmark 1985, 13).

Er sicherte das völkerwanderungszeitliche Schwertgrab von Insel. Bei Pflegearbeiten und der Vermessung von Großsteingräbern in den 60er Jahren half er aktiv mit.
Nach der Wende konnte er mit dem gezielten Einsatz des Metallsuchgerätes wesentliche und überraschende, neue Erkenntnisse zur Besiedlungsgeschichte der Altmark in der Merowinger- und Karolingerzeit gewinnen. Dietmar Ludwig gehörte zu den wenigen Bodendenkmalpflegern in Deutschland, die den Einsatz dieses Gerätes von Beginn an nicht zur persönlichen Bereicherung, sondern zur Sicherung von Quellen zur Landesgeschichte betrieben, weshalb er auch ohne Probleme vom Landesamt für Archäologie in Halle die Genehmigung dafür erhielt. (Abb. 5 a und b)

Abb. 5 a und b Dietmar Ludwig im Juli 2015 auf einer mittelalterlichen Wüstung und kaiserzeitlichen Siedlung bei Scharteuke (Fotos: J. Beran).

Er hob natürlich trotz des Einsatzes der Sonde auch weiterhin alle anderen nichtmetallischen Funde auf, die er nach wie vor entdeckte. Für alle seine neueren Unternehmungen nutzte er auch die Möglichkeit der genauen Lokalisierung der geborgenen Funde.

Sprichwörtlich war seine Ausgeglichenheit und Ruhe bei Begehungs- und Bergungsaktionen, gepaart mit einem unwahrscheinlichen Finderglück, das aber im Wesentlichen in seiner Beharrlichkeit zu finden war. Natürlich waren manche seiner Begehungen auch nicht erfolgreich, aber wenn er einmal der Meinung war, dass archäologische Funde aufgrund der Topographie oder der allgemeinen Fundsituation in der Umgebung zu erwarten waren, ließ er sich mit verstärkter Intensität auf die Suche auch nach dem kleinsten relevanten Krümel ein.
Ein letzter Kontakt ergab sich im Jahr vor seinem Tode im Zusammenhang mit der Erstellung des archäologischen Teils einer geplanten Ortschronik für die Orte Hassel und Sanne, zu der er auf meine Bitte bereitwilligst sein Fundmaterial übermittelte, das er und J. Stammler († August 2015) vor allem mit Hilfe der Metallsonde dort geborgen hatten.

Rosemarie Leineweber:
In den 1970er Jahren und danach

Am zweiten Tag meines studentischen Praktikums im Altmärkischen Museum im Jahre 1972 stellte sich Dietmar Ludwig vor und hatte auch gleich den Kofferraum voller Funde samt Fundmeldungen mitgebracht. Bereits beim ersten Gespräch beeindruckten seine Fachkenntnis und die erläuterten Zusammenhänge zu den topografischen Gegebenheiten gleichermaßen. Seit meiner Anstellung 1974 intensivierte sich die Zusammenarbeit.
Beim gemeinsamen Gang durch das Museumsmagazin erläuterte er zu vielen Objekten in seiner angenehmen, ruhigen und zurückhaltenden Art deren Fundgeschichte einschließlich der Lage und Beschaffenheit aller umliegenden Fundplätze.
Da das Museum und damals auch die Archäologin über kein Fahrzeug verfügten, daher stets auf die motorisierte Hilfe der ehrenamtlichen Bodendenkmalpfleger angewiesen war, schärfte Dietmar Ludwig bei jedem Feldeinsatz den Blick des „Neulings“ für die siedlungsgeografischen Faktoren und vermittelte dabei sein Wissen über die Fundstellenverteilung beiderseits der durchfahrenen Region. So lernte ich durch ihn, die altmärkische Landschaft zu lesen und deren Siedlungsgeschichte kennen.
Seine berufliche Tätigkeit, seine anderen Hobbies und auch Übungen der Kampfgruppen ließen ihn nahezu täglich im Gebiet des Altkreises Stendal unterwegs sein. Quasi nebenbei kontrollierte er bekannte und entdeckte auch häufig neue Erdaufschlüsse, die er stets auf archäologische Befunde und Fundstücke überprüfte. Wenn die Fundsituation die Kapazität einer Ein-

mannbergung überstieg, ging im Altmärkischen Museum ein Anruf ein und wenig später holte er die Archäologin und manchmal auch ein bis zwei weitere Ehrenamtliche, so z. B. Friedemann Kirsch, Günter Naumann, Dieter Agethen, Heinz Plagemann, Gottfried Meyer u. a. zur Notbergung ab. Einige dieser Geländeeinsätze sind mir in Erinnerung geblieben, so Feldbegehungen auf dem kaiserzeitlichen Gräberfeld Borstel-Peulingen, den zeitgleichen Siedlungen Staats-Vinzelberg und in Groß Schwechten oder der namengebenden Fundstelle der endneolitischen Schönfelder Kultur in Schönfeld.
Ende November 1977 meldete sich ein Bürger aus Hämerten im Museum, der bei Schachtarbeiten für seinen Swimmingpool auf Funde gestoßen war. Er bat um fachkundige Begleitung beim Erdaushub. Bei der Ortsbesichtigung mit Dietmar Ludwig bestätigte sich, dass ein slawisch-mittelalterlicher Siedlungsbereich angeschnitten worden war. Man vereinbarte eine Notbergung im Frühjahr 1978. Dies geschah mit Dietmar Ludwig und weiteren ehrenamtlichen Bodendenkmalpflegern (u. a. Heinz Plagemann, Friedemann Kirsch und Dieter Agethen) in einem mehrtägigen Einsatz bis in die Nachtstunden bei Beleuchtung durch PKW-Scheinwerfer. Der Bauherr hatte bei seinen Schachtarbeiten die erwartete tatkräftige Unterstützung durch das archäologische Team, das ein brandzerstörtes Haus mit Vorgängerbau dokumentierte (9./10. u. 7./8. Jh.), einkalkuliert. Doch die Freude des Hausherrn darüber wich, als er feststellte, dass der Befund tiefer reichte und die Ausmaße seiner Poolplanung überschritt. Die Notbergung wurde zu seinem persönlichen Problem: wie und woher bekam er den zusätzlichen Zement für sein Schwimmbecken – es war noch tiefste DDR-Zeit.
Unvergessen ist mir auch eine Fahrt in der „Grünen Minna“ der Volkspolizei 1979 gemeinsam mit Dietmar Ludwig geblieben, die uns beide ohne Angaben von Grund und Ort unmissverständlich zum Einsteigen nötigten. Am Westrand von Uenglingen, nördlich der Dorflage angekommen, wurden wir instruiert, den Zeitpunkt der Tötung der dort bei Drainageverlegung zerpflügten Skelette anzugeben. In dem regennassen, aufgeweichten und mergeligen Boden der selbst Dietmar Ludwig unbekannten Stelle waren großflächig neben den unzähligen ausgepflügten menschlichen Knochen lediglich einige Ost-West ausgerichtete Skelette zu erkennen, was gegen das Massengrab eines Kriegsmassakers sprach. Mehrere Jahre später klärte er diese Fundstelle durch Sondenfunde kleiner Scheibenfibeln als frühmittelalterlichen Bestattungsplatz auf. Denn erst der Einsatz des Metalldetektors, eine zuvor nicht vorhandene Prospektionsmöglichkeit, gestattete mit den zu ortenden Objekten, die bis dahin vermutete Besiedlungsleere resp. Fundlücke zu schließen (Abb. 6).

Abb. 6 Uenglingen, Ldkr. Stendal. Frühmittelalterliche Karolingisch-ottonische Emailscheibenfibeln aus zerstörten Körpergräbern (Foto: D. Ludwig).

Erwähnt werden müssen auch seine Bergungen von kaiserzeitlichen Brandgräbern in der Kiesgrube Schäplitz 1976/79 (Abb. 7), die Auffindung und Dokumentation eines spätlatène-frühkaiserzeitlichen Grubenofens in Staffelde 1980 und Notbergungen neolitischer und bronzezeitlicher Gräber in der Kiesgrube Storkau 1981 und danach. (Abb. 8)
Im Wald der damaligen Gemeinde Staffelde entdeckte er ferner 1980 ein Hügelgräberfeld mit 34 Grabhügeln, vermutlich aus der späten Bronzezeit. Zusammen mit mehreren ehrenamtlichen Beauftragten erfolgte daraufhin die Vermessung jener Fundstelle.
Zudem engagierte sich Dietmar Ludwig seit den 70er Jahren sehr aktiv in der Stendaler Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte des Kulturbundes der DDR bei Veranstaltungen, Fundbestimmungen und Ausstellungen in der Region. Hervorzuheben sind seine Vorträge auf altmärkisch-archäologischen Regionaltagungen, wobei er auch als orts- und fachkundiger Exkursionsleiter auftrat.
Auch nach der Wende, insbesondere nach Eintritt in den Vorruhestand, nahm er im Rahmen der ihm verfügbaren Zeit an Notbergungen und Ausgrabungen teil. (Abb. 9)

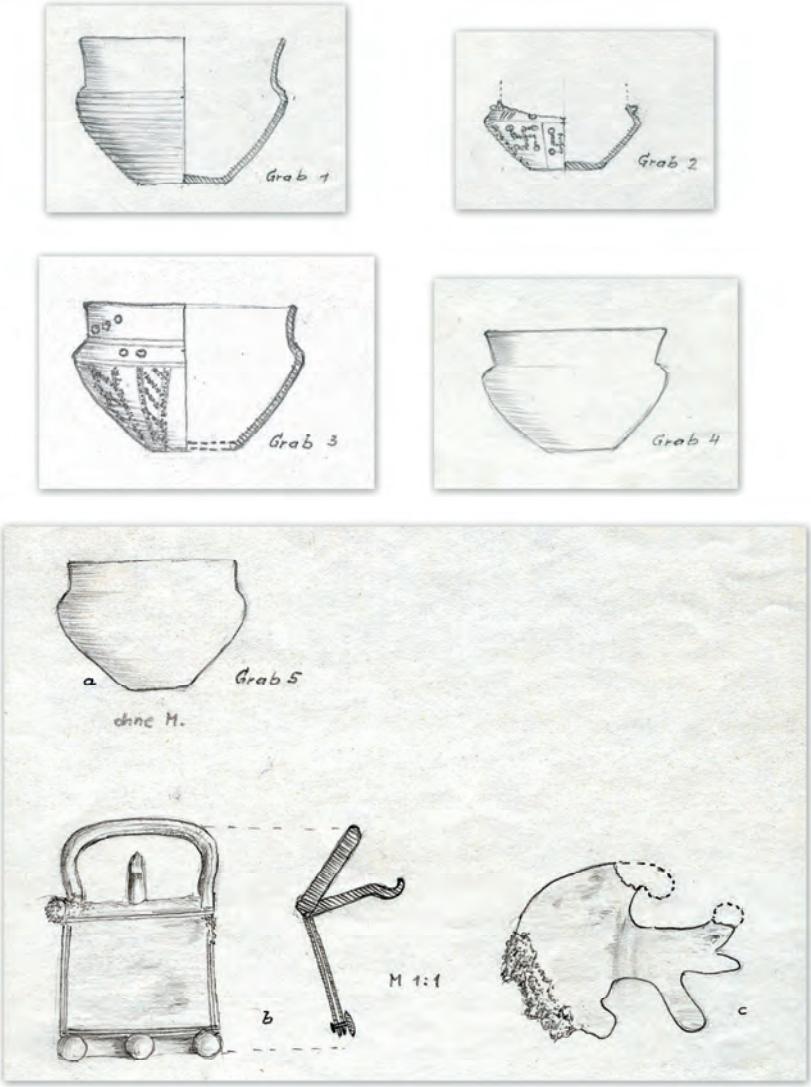


Abb. 7 Schäplitz, Ldkr. Stendal. Brandgräberfeld der spätrömischen Kaiserzeit. Gefäße und Inventar der zwischen 1976-79 geborgenen Gräber. Finder und Zeichner: D. Ludwig (Fundkartei Altmärkisches Museum Stendal).

Abb. 8 Dietmar Ludwig (re.) bei einer Notbergung an der Kiesgrubenkante in Storkau im Frühjahr 1981 mit D. Agethen (Foto: R. Worbs).

Abb. 9 Dietmar Ludwig (vorne lks.) auf der Grabungsfläche der ICE-Trasse Hannover-Berlin bei Staffelde 1993 (Foto: J. Beran).

Seit den späten 1980er Jahren unterstützte Dietmar Ludwig – neben seiner kontinuierlich fortgeführten Geländetätigkeit – Rudolf Laser und mich als Mitarbeiter des internationalen wissenschaftlichen Projektes der Römisch-Germanischen Kommission „Corpus Römischer Funde in der Germania Magna“ für den ostaltmärkischen Bereich Sachsen-Anhalts.

Prospektierte er in der westlichen Altmark, so beispielsweise auch auf dem spätkaiserzeitlichen Brandgräberfeld von Zethlingen, Altmarkkreis Salzwedel, fand er auch dort (u.a.) ein weiteres provinzialrömisches Grabgefäß dieses Friedhofs, die Reste eines steilwandigen Bronzebeckens (CRFB D6 2006, Taf. 58,4).

Bis Projektende 2005 trafen wir uns in mehrwöchigem Abstand nach seinem Anruf auf dem Stendaler Bahnhof ‚konspirativ’ zum Begutachten und Übergeben seiner mitunter gewichtigen römischen Neufunde, die er – wie kann es anders sein – bereits archäologisch bestimmt hatte, um sie anschließend dem Corpusprojekt zuzuführen (Abb. 10).

Abb. 10 Uenglingen, Ldkr. Stendal. Spätrömischer Rasiermessergriff mit Tierkopf in Greifenform (Foto: D. Ludwig).

Seiner systematischen Geländeprospektion bekannter und vermuteter römerzeitlicher Fundplätze mit der amtlich genehmigten Metallsonde einschließlich Einzelfundeinmessung der großen Zahl römischer Funde und der Vielzahl der altmärkischen Fundstellen ist der umfangreiche (Ost-)Altmarkteil des mittlerweile gedruckten Corpusbandes und damit eine neue Sicht auf

die Beziehungen zwischen den römischen Provinzen und dem hiesigen Gebiet von einst zu verdanken.
In Erinnerung bleibt mir neben den vielen guten Fachgesprächen ein bescheidener, sympathischer Wegbegleiter, voller Wissen, der bei jedem Treffen schmunzelnd mindestens ein Tütchen mit einem stets besonderen Fundstück aus der Tasche zog.

Rudolf Laser:

Wie die elbnahe Altmark zur Fundlandschaft römischer Münzen wurde

Im August 1962 wurde in Heeren, Ldkr. Stendal, ein spätrömischer Denarhort ausgepflügt, der in einem Schalengefäß deponiert war und vom Finder dem Altmärkischen Museum Stendal gemeldet wurde. Die genauere Untersuchung der Fundstelle ergab weitere, nunmehr 24 Gepräge, deren Spektrum von Traian (zwischen 103-111) bis Pertinax (193) reichte (W. Hoffmann/G. Richter, Die vorgeschichtlichen Neufunde der Altmark. Jahresgabe Stendal 1962, 15f., Taf. A u. B). Seine vom tradierten Schema abweichende Zusammensetzung ließ erhebliche Bedenken aufkommen, ob tatsächlich der gesamte Hort oder zumindest die Mehrzahl der ursprünglich niedergelegten Münzen geborgen wurde.
In der bis in die frühen 90er Jahre währenden „metalldetektorenlosen“ Zeit im Osten waren weitere Aufschlüsse nicht zu gewinnen. Dafür blühte danach eine ungezügelte, aus den alten Bundesländern kommende, nicht selten kommerzielle Sondengängerei.
Dietmar Ludwig war einer der ersten in Mitteldeutschland, der verantwortungsvoll mit dem neuen, nicht unumstrittenen Medium umzugehen wusste … und es durfte.
Als ich davon erfuhr, bat ich ihn, wenn nach so langer Zeit überhaupt noch möglich, Verbindung mit dem Finder des Hortes aufzunehmen, um die genaue Fundstelle zu erfahren. Glückliche Umstände begünstigten die nunmehr weiträumigen Sondierungen. Die Ergebnisse übertrafen alle Erwartungen. Noch bis 2010 kamen einzelne Münzen zutage. Mit insgesamt 83 Denaren hat sich sein ursprüngliches Volumen (24) mehr als verdreifacht. Auch die vom „Fehler der kleinen Zahl“ bedingte Zusammensetzung entspricht nunmehr dem chronologischen Schema zeitgleicher Schatzfunde.
Noch bis zu Beginn der neunziger Jahre zählte die Altmark nicht zu den wichtigsten Gebieten römischer Fundmünzen. Das änderte sich beinahe schlagartig mit dem Wirken von Dietmar Ludwig (Abb. 11 a-c).

Abb. 11 Wasmerslage, Ldkr. Stendal. a: Denar Marc Aurel (161-180); b: Sesterz Lucilla († 183); c: Denar Septimius Severus (193-211) (v.l.n.r.) (Fotos: D. Ludwig).

So zeigte sich, dass beinahe sämtliche bekannten und die zahlreichen von ihm neu entdeckten kaiserzeitlichen Siedlungsplätze römische Münzen, und zwar über die Gesamtdauer des Imperiums lieferten. (Abb. 12) Dabei sind die spätrömischen Kleinmünzen der gallischen Gegenkaiser (259-274) besonders stark vertreten. Die Fundzahlen weichen deutlich von denen anderer importreicher Fundlandschaften, z. B. Westthüringen, ab. Die Gründe hierfür lassen sich noch nicht klar benennen. Dass germanische Kontingente aus der Altmark an den langwährenden Auseinandersetzungen in Gallien beteiligt waren, könnte dabei von Bedeutung sein.

Abb. 12 Walsleben, Ldkr. Stendal. Denar Faustina II. († 175) mit doppelter germanischer Lochung mit Schnittspuren (Foto: J. Stammler).

Dass der Schatzfund von Heeren besonderes Interesse fand, zeigt, dass er 1998 „höherenorts“ ausgestellt wurde. Seine vorgesehene Publikation rückte in greifbare Nähe, da in den beiden letzten Jahren keine Münzen mehr geborgen wurden.
Sämtliche Gepräge waren in Papiertütchen verstaut, auf denen die RIC-Bestimmung (engl. Katalogwerk römischer Münzen), Gewichtsangaben und Katalognummer standen.
Eines Tages rief mich Dietmar Ludwig an, um mir mitzuteilen, dass ein Malheur geschehen sei, nämlich, dass die Gepräge völlig durcheinander - man hatte sie wahllos in Tüten gesteckt - zurückgegeben wurden. Er bat mich, nach Stendal zu kommen, um gemeinsam alles in Ordnung zu bringen. Ich sagte sofort zu; zwei Tage später holte er mich vom Bahnhof ab. Meine Stimmung war, um es gelinde zu sagen, gereizt. Am liebsten hätte ich dem oder den dafür Verantwortlichen wenigsten eine der biblischen Plagen an den Hals gewünscht.
Bei Dietmar Ludwig angekommen, stand ein reichliches Frühstück bereit, wohl wissend, dass mein früher Aufbruch danach verlangen könnte. Mit Kennerblick erspähte ich seine letzte „Strecke“ römischer Importfunde, darunter auch einige Münzen, denen mein besonderes Interesse galt. Hoffte ich doch, diese dem bereits abgeschlossenen „Corpus der römischen Funde im europäischen Barbaricum Bd. 6 Sachsen-Anhalt“ (2006) noch einzuverleiben. Die umfängliche Erörterung der vorgeführten Stücke, ihre Fundstellen und chronologischen Bezüge nahmen geraume Zeit in Anspruch. Erst dann widmeten wir uns den vertauschten Denaren und kamen damit gut voran. So war auch die nachmittägliche Rückfahrt gesichert.
Erst im Zug begriff ich vollends, wie geschickt der Gastgeber unser Arbeitstreffen arrangiert hatte. Es war ihm gelungen, meinen nicht unberechtigten Groll zu dämpfen und so unser gemeinsames Vorhaben von störenden Emotionen freizuhalten.

Wolfgang Schwarz:
Die Zeit von 1993 bis 2008 (sowie bis 2015)

Ein erstes Zusammentreffen
An mein erstes Zusammentreffen mit Dietmar Ludwig erinnere ich mich noch sehr genau. Mitte 1993 trat ich als Sachgebietsleiter (zuständig für den Landkreis Stendal sowie die Kreise Burg und Genthin, dem späteren Landkreis Jerichower Land) im Landesamt für archäologische Denkmalpflege des Landes Sachsen-Anhalt meinen Dienst im nördlichen Stützpunkt Magdeburg

an. Ende Juli führte mich meine erste Dienstreise in die Altmark-Ost, u. a. auch nach Nahrstedt, auf die Trasse der künftigen Schnellbahnverbindung Hannover – Berlin. Dort angekommen, hieß mich ein sehr freundlicher, ehrenamtlicher Pfleger herzlich Willkommen in der Altmark, führte mich über die riesige Ausgrabungsfläche und erläuterte mir mit sehr viel Engagement und ausgewiesener Sachkenntnis einen bemerkenswert großflächigen Hausbefund, an dem er gerade arbeitete. Wie sich später herausstellte, war dies der ehrenamtliche Mitarbeiter Dietmar Ludwig aus Stendal, der mittels einer sog. Ein-Mann-Grabung noch zu retten versuchte, was bald darauf unwiederbringlich zerstört werden sollte. Auf der gesamten Fundstelle fanden nämlich leider, wohl aufgrund der rasch durchzuführenden Infrastrukturmaßnahmen der Nachwendezeit, keine systematischen Ausgrabungen statt, was wir beide stets sehr bedauert haben, da hier, in Nahrstedt, Siedlungskontinuität anzeigende Befunde mit ungewöhnlich großen Hausgrundrissen, wohl aus der Römischen Kaiserzeit sowie der Völkerwanderungs- und Merowingerzeit, undokumentiert zerstört wurden.

Dietmar, der aufmerksame Beobachter

Auf Grund seiner zahlreichen, persönlichen Interessen und beruflichen Tätigkeiten - die Archäologie war nur eines seiner ihm wichtigsten „Steckenpferde“ - kam er regelmäßig an bekannten archäologischen Fundstellen seines regionalen Betreuungsbezirkes vorbei, hatte hin und wieder Gelegenheit, dort Begehungen durchzuführen und vor allem: einen unglaublich guten Überblick über beginnende oder schon laufende Erdeingriffe.

Dietmar entging nichts: kein Bauvorhaben in der Stadt (Stendal) und auf dem Lande, kein Erdeingriff, kein geplanter Kiesabbau und auch kein noch so kleiner Kabelgraben, über den er nicht informiert war: Bei drohender Gefahr für die Siedlungsarchäologie seines Landkreises „schlug“ er stets zeitnah Alarm im Stützpunkt Magdeburg (später dann direkt auf mein Dienst-Handy) und ließ sich dabei von nichts und niemanden, auch nicht von einer noch so höflich formulierten Abweisung infolge terminlicher Überschneidungen, beirren.

So beorderte er mich z. B. Anfang Frühjahr 1995 ganz dringend an den Ortseingang von Uenglingen, wo er unmittelbar zuvor verdächtige Erdarbeiten in einem Umfang festgestellt habe, die er unmöglich allein prospektiv archäologisch begleiten könne. Dort angekommen, erkannten wir rasch, dass jene großflächigen Erdbewegungen - glücklicher Weise - erst auf den Beginn des Baus einer größeren Eigenheimsiedlung hinwiesen, die jedoch ihrerseits unmittelbar auf jener nachfolgend auch tatsächlich archäologisch untersuchten, spätkaiserzeitlichen Fundstelle „Uenglinger Berg“ entstehen sollte. So

führte Dietmars kenntnisreiche Einschätzung zu meiner ersten größeren, als neuer Sachgebietsleiter des Ldkr. Stendal veranlassten Flächengrabung am Rande der Stadt (Stendal) und mich persönlich, zusammen mit meiner Frau, Uta Schäfer, in eine der aus archäologischer siedlungsgeschichtlicher Sicht bedeutendsten Kulturlandschaften an der nördlichen Mittelelbe, in die Altmark-Ost!
Diese, meine erste, als wissenschaftlicher Leiter im Ldkr. Stendal zu betreuende, archäologische Ausgrabung ließ Dietmar während der gesamten Maßnahme niemals aus dem Blick, indem er deren Fortgang mit hohem Interesse verfolgte, trotz eines engagierten Teams an Ausgräbern vor Ort (mit denen er sich aber alsbald sehr gut verstand). Dietmar verpasste in jener Zeit bezeichnender Weise auch kaum eine der zahlreichen Bauberatungen und war auch an den Wochenenden noch prospektiv vor Ort tätig. Zu einem jener spektakulärsten Funde von einem solchen Wochenende auf dem „Uenglinger Berg“ gehörte u. a. auch das Auffinden einer Fliegerbombe aus dem 2. Weltkrieg, die er mit Hilfe einer Metallsonde in einer bislang noch unberührten Ecke jenes Baugebietes aufgespürt hatte. Glücklicherweise handelte es sich in diesem Fall um einen Blindgänger, dessen Entdeckung Dietmar eigentlich (wohl als „Überraschung“ für den Bauleiter) erst bei der Bauberatung am darauffolgenden Montagnachmittag bekannt geben wollte. Doch wie Baufirmen nun einmal zum Leidwesen von örtlichen Grabungsleitern und ehrenamtlichen Bodendenkmalpflegern häufiger handeln, wurden - ohne vorherige Absprache mit der Archäologie - auch in diesem Teil des Baugebietes bereits Erdarbeiten vorgenommen, so dass die von Dietmar wieder sorgsam mit Erdreich abgedeckte Fliegerbombe bereits verlagert worden war und schlussendlich, wie sich später herausstelle, auch schon in einem der großen Abraumhügel am Rande des Baugebietes versteckt lag. Der Munitionsbergungsdienst hatte trotz intensiver Suche das „corpus delicti“ erst nach mehreren Wochen dort lokalisieren und abtransportieren können.
Ganz aufgeregt rief mich Dietmar auch ein anderes Mal, zu Beginn des Jahres 1996, an und berichtete mir von großflächigen Erdbewegungen in einer Kiesgrube der Fa. Papenburg, in Insel, die im Zuge der Kiesgruben-Erweiterung offenbar schon Ende Dezember 1995 begonnen worden waren. Glücklicherweise, so Dietmar weiter, hätte nach wenigen Tagen der einbrechende Winter, begleitet von starkem Frost, die Tätigkeiten vor Ort vorerst „auf Eis gelegt“. Speziell auf diese Kiesgrube in Insel hatte Dietmar schon seit langem ein wachsames Auge: genau dort hatte er 1965 das bislang einzige Körpergrab aus der frühen Merowingerzeit (2. Hälfte 5. Jh.) im Landkreis Stendal entdeckt und ausgegraben (s. o.). Jenes, mit eiserner Mantelfibel, ovaler Gürtelschnalle und verschiedenen Waffen-Kategorien (Spatha, Lan-

zenspitze, Schildbuckel und Pfeilspitzen) ausgestattete Männergrab (durch W. Hoffmann 1967 publiziert) erlangte dadurch schon nach wenigen Jahren, neben der regionalen, auch nationalen und internationalen Bedeutung innerhalb der Frühmittelalterforschung. Wie gerne hätte er durch weitere Grabfunde in Insel seine Vermutung von einem, frühmittelalterliche Siedlungskontinuität anzeigenden Körper-Gräberfeld oder einer kleinen Grabgruppe aus der Völkerwanderungs- und frühen Merowingerzeit bestätigt gesehen, nachdem er selbst schon bald nach der politischen Wende diese These von Berthold Schmidt, die Altmark sei zur Zeit der Regentschaft der Merowinger im 5. bis 7. Jh. n. Chr. nahezu siedlungsleer gewesen, als widerlegt ansah, und zwar auf der Basis seiner bis in das (Sterbe-)Jahr 2015 hineinreichenden, zahlreichen aussagekräftigen (metallenen) Lesefunde durch Detektor-Prospektion von verschiedenen Fundstellen in der östlichen Altmark.
Mein Umzug nach Stendal im Juli 1999 machte den Meldeweg für Dietmar Ludwig noch kürzer und meine Reaktionen darauf noch effizienter. Hand in Hand mit Dietmar konnten wir nun sogar kleinere archäologische Maßnahmen zeitnah durchführen, indem er jetzt selbst so manchen Oberboden-Abtrag begleitete, Suchschnitte eigenständig anlegte und (Be-)Fund-Bergungen durchführte; schlussendlich aber konnte so manche Baumaßnahme erst durch seine kompetente Beobachtungsgabe gestoppt und in eine, dem Bau vorgreifende, reguläre archäologische Ausgrabung überführt werden.

Dietmar, der geduldige Lehrer (und Lehrmeister)

In diesem Zusammenhang fällt mir ein Bild vom Kleinen Prinzen des französischen Schriftstellers Antoine de Saint-Exupéry ein. Dietmar (als Kleiner Prinz) hat mir (dem kleinen Fuchs) die Altmark, ihre landschaftliche wie kulturhistorische Schönheit, Eigenheit und Besonderheit, „vertraut gemacht“. Auf unzähligen gemeinsamen Aktionen hat Dietmar in mir die Liebe zu dieser herausragenden Kulturlandschaft in allen ihren, Flora, Fauna, Habitat betreffenden Facetten aus der vor- und frühgeschichtlichen Vergangenheit ebenso wie aus der Gegenwart geweckt und später auch noch vertieft; eine Liebe, die ich (und meine Frau) nie mehr loslassen werden.
So führte mich Dietmar vor allem nach 1999 auf zahlreichen Fahrten, Begehungen und Erkundigungen durch den Landkreis Stendal u. a. in die Topografie jener altmärkischen Landschaft ein und machte mir dabei zugleich ihr beeindruckendes, elbnahes Hochufer einschließlich seiner besonderen Siedlungsvorteile (hochwasserfrei ab etwa 35 Meter über Normalnull) ebenso vertraut wie er mir weitere, zahlreiche, oftmals auch von ihm entdeckte

Fundstellen mit ihren Besonderheiten in den gewässerreichen Niederungen an der westlichen, (ost-)altmärkischen Mittelelbe zeigte. Für fast jede Fundstelle hatte er nützliche Informationen parat, kannte bisweilen Finder, Ausgräber und/ oder wissenschaftliche Bearbeiter und konnte überdies meist auch mit Details zu Typologie und Chronologie des aufgefundenen Fundmaterials glänzen.
Auch nach meinem Weggang aus der Altmark nach Halle/S., Ende 2007 blieb unser Kontakt intensiv. Es gab weiterhin einen regen fachlichen Austausch über das aktuell von ihm (oder seinen „Zöglingen") in Sachen ehrenamtliche Bodendenkmalpflege durch Metallprospektion geborgene Fundmaterial aus Bunt- und Edelmetall, das er für relevant hielt, etwa für mein sog. Altmark-Projekt; ebenso führten wir noch immer anregende und z. T. kontroverse Diskussionen, jedoch fehlten mir ab dieser Zeit Fahrten mit ihm in die Region und der Besuch, mir schon bekannter bzw. noch unbekannter Fundstellen. An ihre Stelle traten nun regelmäßig Besuche bei Inge und Dietmar Ludwig in Stendal, wo, in privater Atmosphäre, bei Kaffee und Kuchen, der fachliche Austausch zum aktuellen Stand der siedlungsarchäologisch interessantesten (frühgeschichtlichen) Fundstellen in der Altmark(-Ost) ebenso weitergeführt wurde wie es Dietmar eigene, stets von einem verschmitzten Lächeln begleitete Metallfund-Präsentationen gab, aber auch der zwischenmenschliche und familiäre Aspekt niemals zu kurz kam.
Auch kamen Dietmar und Inge in den letzten Jahren einige Male zu Gegenbesuchen nach Halle/Saale; auf diese Weise konnte sich Dietmar entweder über die Fortentwicklung der Dauerausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle informieren oder aber aktuelle Sonderausstellungen besuchen. Auch dabei war Dietmar ganz in seinem Element, wusste zu zahlreichen Funden bzw. Fundkategorien oder wissenschaftlichen Theorien seine dezidierte Meinung geschickt zu artikulieren und konnte zu einzelnen (herausragenden) Funden oftmals noch einen fundierten Beitrag zu besonderen Fundumständen bzw. zum Finder leisten.

Dietmar, die „Spürnase"

Eine seiner ganz großen Leidenschaften galt mit Sicherheit der Auffindung archäologischer Hinterlassenschaften unter Einsatz unzählbar vieler Stunden systematischer Feldbegehung, vor 1989/90 ohne, danach zunehmend mit Metalldetektor, zu allen Zeiten aber ausgestattet mit einer goldenen Spürnase für topografisch günstige Fundsituationen und damit insbesondere für das Auffinden neuer, zuvor noch unbekannter archäologischer Fundstellen verschiedener, vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung in der östlichen Altmark; zu den vor- (Schönfeld) und frühgeschichtlichen (Insel) Fundplätzen

von zentraler Bedeutung für die regionale Besieldungsgeschichte ebenso wie für die nachfolgende wissenschaftliche Forschung (siehe auch Beitrag Günter Wetzel).
Mit dem Einsatz eines Metalldetektors und dessen technischer Möglichkeit, im Verlauf der Zeit präziser zwischen Eisen sowie Bunt- und Edelmetall differenzieren zu können, war Dietmar nach 1989/90 zu einem begeisterten (und erfolgreichen) Verfechter jener, nach 2000 auch durch ihn zusätzlich stets GPS-basierten Prospektionsmethode im Rahmen der ihm eigenen, sorgfältigen Feldbegehung geworden, ohne dabei seine fachkompetente Spürnase für das Auffinden noch immer neuer, jetzt überwiegend frühgeschichtliche Siedlungskontinuität anzeigender Fundstellen von der späten Kaiserzeit bis in die Zeit der Regentschaft von Merowingern, Karolingern und Ottonen (und darüber hinaus) in der Altmark-Ost zu verlieren.
Von etwa 2004 bis 2014 lieferte er sich wohl auch deshalb mit seinem „Ziehsohn“, Jan Stammler, noch zahlreiche Duelle hinsichtlich ihrer jeweils „besten“ Bunt- und Edelmetall-Detektorfunde, überwiegend aus der Römischen Kaiser- und Völkerwanderungs- sowie Merowingerzeit und dem Hoch- und Spät-Mittelalter. Auch wenn Dietmar seine prospektiven Aktivitäten im Laufe der Jahre zugunsten anderer Lebensinteressen bzw. gesundheitlicher Zwänge reduzierte, machte er, der Erfahrenere, dennoch oft genug die spektakuläreren bzw. wissenschaftlich aussagekräftigsten Funde, darunter eine, allerdings schon um 1996 von Dietmar aufgefundene, (früh-) römische Münze, ein As mit Gegenstempel des Varus, aus Sanne, Ldkr. Stendal (vgl. Laser/Ludwig 2003).
Jan Stammler war zwar, Dank Dietmar Ludwig, alsbald ebenfalls zu einem großartigen Kenner des archäologischen Fundgutes und im übrigen Entdecker auch neuer siedlungsgünstiger Fundstellen, geworden, doch Dietmar toppte bisweilen noch immer Jans Erfolge, zuletzt insbesondere innerhalb des merowingerzeitlichen, metallenen Fundgutes von verschiedenen Fundplätzen im Ldkr. Stendal, beispielsweise durch zwei Goldbrakteaten (Abb. 13 a, b) und mehrere sog. thüringische Zangenfibeln aus Bunt- (Abb. 14) und Edelmetall aus der 2. Hälfte des 5. bzw. frühen 6. Jh. oder aber durch die zuvor unbekannten Bügelfibeln skandinavischer Grundform (Abb. 15) des späten 6. Jh. und frühen 7. Jh. Viele unserer Treffen begannen oder endeten daher bis zuletzt mit einem Ritual: Dietmar zog aus seiner Hosentasche eine Tüte hervor und zeigte mir mit verschmitztem Lächeln seine kürzlich gemachten Funde mit den Worten „ich habe da noch etwas, was dich sicherlich interessieren wird“.

Abb. 13 Fundort Altenzaun, Ldkr. Stendal. Goldbrakteaten,
a: gefunden von Dietmar Ludwig (li.) und
b: Jan Stammler (re.) (Fotos: J. Stammler).

Abb. 14 Fundort Altenzaun, Ldkr. Stendal. Regionaltypische Zangenfibeln mit ovalem und geradem Fuß aus Buntmetall aus der 2. Hälfte 5. Jh. (1. u. 2. li.) und eine regionaltypische Variante der ältesten merowingerzeitlichen Bügelfibeln aus Buntmetall vom Typ Niederflorstadt (2. Drittel 5. Jh.) (re.) (Foto: D. Ludwig).

Abb. 15 Fundort Altenzaun, Ldkr. Stendal. Merowingerzeitliche Bügelfibeln skandinavischer Grundform aus Buntmetall (spätes 6. und frühes 7. Jh.); gleicharmige Bügelfibel, sog. Schnabelfibel, gleicharmige Bügelfibel mit Tierkopfende (regionaltypisch) und gleicharmige Bügelfibel (v.l.n.r.) (Foto: D. Ludwig).

Abb. 16 Fundort Uenglingen, Ldkr. Stendal. Karolingisch-ottonische Scheibenfibeln aus Buntmetall mit Bunt-Emaileinlage, darunter eine sog. Heiligenfibel (Foto: D. Ludwig).

Dietmar, der Fachgelehrte

Schon zu Beginn unserer Zusammenarbeit in Uenglingen (1995) überraschte mich Dietmar damit, dass er noch während oder aber am Ende unserer Unterredung mir Fundstücke aus Bunt- und Edelmetall präsentierte, die es - lt. Forschungsstand - in der östlichen Altmark eigentlich überhaupt nicht geben dürfte. Die damalige Lehrmeinung (Berthold Schmidt, u. a.) ging nämlich davon aus, dass während des gesamten völkerwanderungs- und merowingerzeitlichen 5. bis 7. Jh. n. Chr. zumindest der östliche Teil der Altmark nahezu siedlungsleer oder aber nur kurzzeitig von durchziehenden Bevölkerungsgruppen betreten worden wäre. Von Mal zu Mal brachte mir Dietmar aber mehr, und vor allem immer spektakulärere, frühgeschichtliche Siedlungskontinuität anzeigende (Fibel-)Funde mit, welche er von seinen bevorzugten Fundplätzen, Groß Schwechten („Speckgraben"), Uenglingen und Walsleben, später auch Altenzaun abgelesen hatte. Auf diese Weise wurde er wichtigster „Zulieferer" für das „sog. Altmarkprojekt", das Uta Schäfer und ich, etwa ab 2000, ins Leben gerufen hatten.

Nach einigen Jahren gesellte sich sein „Ziehsohn" Jan Stammler aus Tangermünde (später Stendal) hinzu. Für beide führte das zu einem positiven Austausch und für uns zu noch interessanteren, wissenschaftlichen Erkenntnissen im Hinblick auf die regionale, frühgeschichtliche Besiedlungsgeschichte.

Dietmar brachte sich dabei mit Erfahrung, Ortskenntnis und Intuition ein, während Jan sich für Recherchen zur Siedlungsarchäologie zunehmend auch der digitalen Medien bediente und, u. a. mit dieser Technik, immer auf neuestem Stand sein musste.

Auf dieser Basis führten Dietmar, Uta und ich ca. 15 Jahre zahlreiche, uns immer wieder aufs Neue anregende und weiterführende Fachdiskussionen zum frühgeschichtlichen Siedlungswesen in der Altmark-Ost. Gefragt waren dabei, zumal für uns Frühgeschichtler, aber auch Dietmars fachkundige Expertisen zu regionalen vorgeschichtlichen Hinterlassenschaften (Neolithikum-, Bronze- oder die vorrömische Eisenzeit betreffend). Ausgangspunkt war häufig einer seiner neuen (metallenen) Funde, oft präzise archäologisch bestimmt, manchmal auch schon mit Hinweis auf einen Vergleichsfund in alten Publikationen. Selbst bei Fundstücken aus sog. slawischer bzw. karolingischer und ottonischer Zeit des Mittelalters sowie der frühen Neuzeit wusste Dietmar uns so manches Mal zu überzeugen, z. B. Münz- und Heiligenfibeln (Abb. 16) bzw. sog. Limoger Schnallen betreffend.

Bei kniffligen Fragen, z. B. bei wenig aussagekräftigen (unverzierten) Keramikscherben oder sehr kleinen Fragmenten von Gegenständen aus Bunt- und Edelmetall wurde in der Regel Dietmar um Rat gefragt, besser noch:

seine Expertise eingeholt. In vielen Fällen kam die Antwort spontan, meist sogar mit Datierung und Einordnung in die entsprechende Kultur oder lokale Gruppe. Manchmal kannte er sogar noch Parallelen und die dazugehörige Fundstelle in der Altmark, ggf. auch anderswo im mitteleuropäischen Barbaricum. Seine Auskünfte waren jedoch niemals „von oben herab“ belehrend, sondern informativ und erklärend.
Schade, dass unser gemeinsames Forschungsprojekt - das „Altmarkprojekt“ - für das sich Dietmar mit viel Energie und „Herzblut“ einsetzte, nun doch nicht mehr zu seinen Lebzeiten realisiert werden konnte und vorerst unvollendet bleiben muss.

Dietmar, die „Feuerwehr“

Nicht selten erreichten mich Anfragen von Bauherren, die um eine rasche Abklärung der Befundlage, meist kurz vor Baubeginn, baten.
Vielfach war der Terminwunsch des Betreffenden jedoch derart kurzfristig oder so früh am Morgen angesetzt, dass kein Mitarbeiter, aus Magdeburg (später dann aus Heyrothsberge) kommend, diese Aufgabe hätte übernehmen können. Dietmar sprang in solchen Fällen mit hoher Selbstverständlichkeit und neugierigem Interesse an einem potenziellen, neuen archäologischen (Be-)Fund ein, fuhr ohne Wenn und Aber los, überwand auch lange Strecken und nahm, wenn es sein musste, auch erste Absprachen mit dem Bauherrn vor Ort vor oder aber dirigierte den Baggerführer, im Bemühen um die Rettung archäologischer (Be-)Funde.
Einer alten Tradition folgend, wandten sich Bauherren oder Investoren auch direkt an Dietmar. Dieser informierte mich dann umgehend über die Absprachen, die er mit dem einen oder anderen Bauherrn getroffen hatte oder aber: er präsentierte bereits erste Ergebnisse von erfolgten Baggerbegleitungen. Vereinzelt war er auch bereit, jetzt meist zusammen mit Jan Stammler, kleine Ausgrabungen durchzuführen, um die Kosten für den Bauherrn so gering wie möglich zu halten.
Zu einer etwas größeren Notbergung im September und Oktober 1994 wurde direkt aus dem Johanniter Krankenhaus in Stendal angefragt. Beim Anlegen eines Kanalgrabens war man dort auf menschliche Skelettreste gestoßen und bat daher um entsprechende fachliche Mithilfe. Dass es sich hierbei um beigabenlose Bestattungen aus der frühen Neuzeit handelte, war Dietmar schnell klar, zumal es sich räumlich fast um seinen Vorgarten handelte, er überdies - aufgrund von zahlreichen Urnengräbern aus der späten Bronzezeit, die beim Neubau des Schwestern-Wohnheimes in den 70er Jahren zu Tage kamen - das betreffende Areal bereits seit vielen Jahren im Blick hatte und daher mit Argusaugen jegliche größere Erdarbeit verfolgte.

Zusammen mit Friedemann Kirsch und einigen Hilfskräften des Krankenhauses gruben sie daher über mehrere Wochen hinweg, je nach Fortschreiten der Erdarbeiten und bei teilweise sehr nasskaltem Herbstwetter jene frühneuzeitlichen Skelette sorgsam aus und dokumentierten mittels Zeichnung und Grabungsfotos fachmännisch ihr Vorgehen (Abb. 17 a, b).

Abb. 17 Fundort Johanniter-Krankenhaus, Stendal.
a. Ausgrabung von Körpergräbern des Mittelalters bzw. der frühen Neuzeit.
b. Dietmar Ludwig beim Dokumentieren des Grabes Nr. 17 (Fotos: F. Kirsch).

Eine weitere wertvolle Unterstützung waren Dietmars schnelle, mir meist telefonisch erteilte Einschätzungen zu angefragten Bauvorhaben. Entweder kam dann von ihm spontan eine Entwarnung in Sachen archäologischer Brisanz bzw. Hinterlassenschaft oder aber der gute Rat: „da müssen wir aber aufpassen und uns rechtzeitig kümmern“. Nur ganz selten bekam ich dagegen den Hinweis, dass er dazu erst einmal in die Messtischblätter sehen müsse. Für seinen „Beritt“, sprich: Begehungsraum hatte er nämlich alle Messtischblätter (lückenlos) zu Hause und verfügte auf diese Weise oft über einen besseren Informationsstand als das Archiv in Halle/ S. selbst.

Dietmar, der väterliche Freund

Mit Dietmar Ludwig hat uns nicht nur ein aufmerksamer und umsichtiger Beobachter mit viel fundierter, fachlicher Kenntnis für den archäologischen Befund ebenso wie für das Fundmaterial in seiner Wahlheimat, der Altmark, verlassen, sondern vor allem auch ein liebenswerter, väterlicher Freund, ein aufmerksamer Zuhörer und fürsorglicher Zeitgenosse. Durch seine ruhige und umsichtige Art, geprägt von hoher Intelligenz und sozialer Kompetenz, vor allem aber durch seine positive Ausstrahlung entschärfte er viele brenzlige Situationen und trug so - bis ins hohe Alter - zum positiven Gelingen vieler archäologischer Maßnahmen im Landkreis Stendal bei.

In Erinnerung bleibt mir ein vielseitig interessierter Mensch, voll menschlicher Nähe, Autorität und Fachwissen, ein Mensch, der tiefe Spuren unseres Respekts hinterlässt, einerseits weil er in sehr vielen, die altmärkische Kulturlandschaft betreffenden Situationen für uns Archäologen nicht nur als „teilnehmender Beobachter“ vor Ort war, sondern auch als tatkräftiger Akteur auftrat, andererseits persönlich schwierigen Lebenssituationen stets positiv begegnete und so auch uns, seinen Freunden, mit lebensbejahendem Rat und körperlicher Tatkraft zur Seite stand.

Mir selbst hat Dietmar die östliche Altmark zuerst zugänglich, später auch vertraut gemacht. Er hat mich im wahrsten Sinne des Wortes an die Hand genommen und mich in seiner für ihn typischen, liebenswerten Art und Weise an die - seiner Meinung nach - schönsten Ecken in der Altmark geführt. So zeigte er mir nicht nur unzählbar viele vor- und frühgeschichtliche Siedlungsplätze, sondern - so ganz nebenbei - auch Flora und Fauna der Region, z. B. den roten und schwarzen Milan, bestätigte zuletzt im August 2015 noch das Nicht-Vorhandensein des Bilsenkrautes in der Altmark-Ost und führte mich sogar an seine geheimen Plätze, beispielsweise auf eine versteckte Lichtung mit Pfifferlingen bei Weißewarthe…

Adieu, Dietmar! In stillem Gedenken,

Wolfgang Schwarz und Uta Schäfer

Bis kurz vor seinem Tode blieb Dietmar Ludwig seiner Leidenschaft treu und half bei manchen Forschungen des Landesamtes ohne Ansehen der Person und anfallender privater Kosten mit seinem Wissen und Können aus. Seine Bescheidenheit brachte es mit sich, dass er nur in Fachkreisen näher bekannt war. Lediglich zum Jubiläum des Altmärkischen Museums 2013 und anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Denkmalpreis des Landes Sachsen-Anhalt 2004 wurde über ihn in der Presse berichtet, stand er also verdientermaßen in der Öffentlichkeit.

Dietmar Ludwig hat für die archäologische Forschung der östlichen Altmark bedeutende Entdeckungen und Notbergungen leisten können, die ihm einen bleibenden Platz in der Reihe der Archäologengenerationen hierzulande sichern.

Seine Asche wurde am 27.11.2015 auf dem Stendaler Friedhof von seinen Familienangehörigen und unter Anteilnahme zahlreicher auch langjähriger Mitstreiter zur letzten Ruhe begleitet.

R. Laser, R. Leineweber, W. Schwarz und G. Wetzel

Schriftenverzeichnis:

Ludwig, D.: Ein Dreischalengrab der Schönfelder Kulturgruppe von Schönfeld, Kreis Stendal. Archäologische Informationen aus der Altmark 1985, 12-14.

Ludwig, D.: Eine spätlatène- kaiserzeitliche Ofenanlage von Staffelde, Kreis Stendal. Archäologische Informationen aus der Altmark 1985, 39-40.

Beran, J. / Ludwig, D.: Notbergungen im Bereich einer Siedlung der spätrömischen Kaiserzeit bei Staffelde, Lkr. Stendal. Ausgrabungen und Funde 39(1994), 4, 197-202.

Schäfer, U. / Schwarz W. / Ludwig, D.: Tracht, Macht und Geld – Von der späten römischen Kaiserzeit zur Merowingerzeit. In: H. Bock (Hrsg.), Hünengräber – Siedlungen – und Gräberfelder. Archäologie in der Altmark Bd. 1. Beiträge zur Kulturgeschichte der Altmark 7 (2001), 193-204.

Laser, R. / Ludwig, D.: Ein Augustus-As mit Gegenstempel des Varus aus Sanne, Ldkr. Stendal. Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte Halle, Bd. 87, 2003, 47-54.

Beiträge über Dietmar Ludwig:

www.volksstimme.de/.../stendal/1028310_Auf-dem-Dachboden-der-Geschi... vom 25.02.2013 mit Bildern von Dietmar Ludwig im Magazin des Altmärkischen Museums

www.az-online.de › Altmark › Stendal vom 25.02.2013

www.asp.sachsen-anhalt.de/presseapp/data/mk/2004/260_2004.htm Kultusministerium - Pressemitteilung Nr.: 260/04, Magdeburg, den 13. Oktober 2004, Kultusminister Olbertz verleiht den Denkmalpreis 2004 an Erhard Jahn und Dietmar Ludwig

Vereinsbericht 2015

von Ulrich Kalmbach

Der Verein konnte im Jahre 2015 ohne Turbulenzen seine satzungsgemäßen Aufgaben erfüllen. Wir führten die regulären zwei Haupttagungen durch. Die Frühjahrstagung fand im April in Döbbelin, die Herbsttagung im Oktober üblicherweise in Salzwedel statt. Der Vorstand traf sich zu vier regulären Sitzungen. Es konnte ein neues Mitglied gewonnen werden, so dass trotz eines zu verzeichnenden Todesfalles die Mitgliederzahl konstant bei 122 geblieben ist. Die Finanzausstattung des Vereins ist für die satzungsgemäßen Aufgaben ausreichend. Es konnte sogar nachholender Weise der Druck von zwei noch ausstehenden Jahresberichten finanziert werden. Als Novum trat der Altmärkische Verein für vaterländische Geschichte zu Salzwedel e.V. dem Landesheimatbund Sachsen-Anhalt bei. In diesem Jahr wurde der Vereinssitz, der üblicherweise am Stadtarchiv Salzwedel angegliedert ist, durch den Umzug des Stadtarchivs verlegt.

Jahresberichte

Nachdem im Jahre 2014 nachträglich der 82. und 83. Jahresbericht für die Berichtsjahre 2011 und 2012 erschienen waren, konnte im Jahre 2015 mit dem Druck des 84. (für 2013) und des 85. Berichtes (für 2014) nun endgültig der Stau an unveröffentlichten Berichten abgebaut werden. Für die bibliografische Bezeichnung der jeweiligen Drucke wurde allerdings rückwirkend dabei immer das auf das Berichtsjahr folgende Kalenderjahr angegeben, auch wenn der tatsächliche Druck erst später erfolgte. Mit dem 86. Jahresbericht sollen nun regulärer Weise die gedruckten Berichte immer zeitnah in der ersten Jahreshälfte erscheinen und nach Möglichkeit zur jeweiligen Frühjahrstagung vorliegen.

Die Herausgabe der Jahresberichte wird seit dem 82. Bericht gemeinsam durch Ulrich Kalmbach und Dieter Fettback vorgenommen. Dieter Fettback übernahm dabei den kompletten Satz der Broschüre in Eigenregie. Dadurch werden Kosten gespart und die Druckvorbereitung schneller abgewickelt. Dafür sei Dieter Fettback an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt!
Ebenfalls seit dem 82. Bericht wurde dabei als Drucktechnik der Digitaldruck verwendet, der für die gegenwärtige Auflagenhöhe von jeweils nur 220 Exemplaren ökonomisch und technologisch sinnvoll erschien.
Mit dem 85. Jahresbericht wurde dabei gleichfalls das äußere Erscheinungsbild der Publikation behutsam modernisiert. Für die Schrifttype des Titels wurde nun auch die bereits länger für den Innentext benutzte Schrift Esprit verwendet. Gleichfalls

ist dem Titel eine kleine Abbildung beigegeben worden, die wechselnd eine Fotografie aus den jeweils abgedruckten Beiträgen zeigen soll.

Frühjahrstagung 2015 in Döbbelin

Zur Frühjahrstagung am 25. April 2015 im Schloss Döbbelin wurde gemäß der Satzung rechtzeitig eingeladen. Das in der Einladung formulierte Programm wurde ohne Änderungen absolviert. An der Tagung mit Vorträgen in Döbbelin und anschließender Exkursion nach Stendal nahmen 52 Personen (32 Mitglieder und 20 Gäste) teil.
Eingangs begrüßte der Vorsitzende Bernhard von Barsewisch die Anwesenden und drückte seine Freude über den gut gefüllten Saal des Schlosses Döbbelin anlässlich der Tagung aus.

Eine Schweigeminute galt dem im Dezember 2014 verstorbenen Mitglied Werner Rickmann. Der Vorsitzende hob anschließend die erfreuliche Nachricht hervor, dass mit der Auslieferung des 84. Jahresberichtes Anfang des Jahres 2015 der Überhang an noch offenstehenden Vereinspublikationen abgebaut werden konnte. Als nächstes kann nun in Ruhe der 85. Jahresbericht vorbereitet werden.

Das Oberthema der Veranstaltung war dem 200. Geburtsjubiläum von Otto von Bismarck (1815-1898) gewidmet, bei dem sich sowohl die Vorträge am Vormittag wie auch die nachmittägliche Exkursion nach Stendal dem Wirken Otto von Bismarcks und seiner Familie aus verschiedenen Blickwinkeln näherten.

Nach der Begrüßung im Saal des Schlosses übergab Bernhard von Barsewisch das Wort an den Hausherrn Alexander von Bismarck, der über seine Familie und die jüngste Geschichte des Schlosses Döbbelin berichtete. Dabei schilderte er in einführenden und sehr persönlichen Worten seine Ansichten zu Familie, Familienüberlieferung und Politik. Seine Ausführungen waren dabei vor allem dem wechselvollen Schicksal des Döbbeliner Hauses in jüngerer Zeit gewidmet. Hier ging Alexander von Bismarck u. a. auf die Verhältnisse und Zustände während der Verwaltung und Nutzung zu DDR-Zeit ein und schilderte seine Bemühungen um die Restaurierung von Haus und Park in den letzten beiden Jahrzehnten.
Im Schloss Döbbelin, das seit 1991 in Besitz und Verwaltung von Alexander von Bismarck ist, wurde „Bismarck`s Weihnachtswelt" im Kellergeschoß als Geschäftsbetrieb etabliert. Hier ist ganzjährig eine große Anzahl von Artikeln rund um die Weihnachtsdekoration zu erwerben. Das Haus selbst wird von der Familie von Bismarck als Wohngebäude genutzt.

Nach dieser ausführlichen Einstimmung auf den Tagungsort folgte der erste Fachvortrag. Herr Markus Apostolow sprach zu „Otto von Bismarck und sein unbe-

kanntes Werk – Die Entstehung der Verfassung des Norddeutschen Bundes 1866/67“. Der Referent stellte hier die Ergebnisse seiner Bachelorarbeit an der Universität Potsdam vor. Er hatte sein Studium dort im Jahre 2012 mit dem Magister Artium abgeschlossen und arbeitete danach an einem Forschungsprojekt zur NS-Geschichte. Markus Apostolow führte in die historische Situation im Zusammenhang mit der Entstehung des Deutschen Bundes ein. In seinem Vortrag untersuchte er besonders die Rolle Bismarcks als gewieften Taktiker und seinen Anteil an der Verfassung des Deutschen Bundes.

Anschließend widmete sich Frank Riedel dem Thema: „Bismarck der Urpreuße – politische Legitimation aus Herkunft und Herkommen“. Der Referent, Vereinsmitglied und Museumsleiter in Perleberg, ging in seinen Ausführungen auf die Rezeptionsgeschichte Bismarcks ein und beschrieb die politischen Rahmenbedingungen, die in der DDR-Zeit u.a. zur Zerstörung des Bismarck-Geburtshauses in Schönhausen führten. Frank Riedel beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Herkunft Otto von Bismarcks, wie auch seiner Rolle als Gutsbesitzer und die Bedeutung dieser Erfahrung für sein politisches Handeln.

Dieser Vortrag beendete dann den Vormittag. Das Mittagessen wurde in den Caféräumen des Schlosses inmitten des sehr ungewöhnlichen Ambientes von „Bismarck`s Weihnachtswelt" eingenommen. Nach einem kurzen Pressetermin, bei dem die Freitreppe des Schlosses als imposanter Aufstellungsort für ein Gruppenfoto mit allen Tagungsteilnehmern diente, wurde der Tagungsort gewechselt.
Der Nachmittag war dem Besuch des Altmärkischen Museums in Stendal gewidmet. Nach kurzer Fahrt war das Museum in der ehemaligen Anlage des St. Katharinenklosters im nahe gelegenen Stendal das angesteuerte Ziel. Hier erfolgte dann die Begrüßung durch die Museumleiterin Gabriele Bark im Musikforum Katharinenkirche. Die frühere Kirche des Klosters dient heute als Veranstaltungs- und Ausstellungsort.
Die Museumsleiterin führte in die Örtlichkeiten ein und gab einen Überblick zur Sonderausstellung, die dem Tagesthema Bismarck gewidmet war: „Familie im Wandel. Dargestellt am Beispiel der altmärkischen Familie von Bismarck.“ Mit einer Reihe von Sachzeugen und Bildquellen zeigte die Ausstellung einen Einblick zur Geschichte der Familie von Bismarck. Ein interessantes Filmprojekt vermittelte ebenso anhand mehrerer Interviews einen vielschichtigen Einblick in das Selbstverständnis von Mitgliedern der Familie heute. Anschließend konnte die Sonderausstellung mit einer Führung, aber auch individuell erkundet werden.
Der Tag schloss dann bei Kaffee und Kuchen mit anregenden Gesprächen im Kreuzgang des ehemaligen Klosters.

Herbsttagung 2015 in Salzwedel

Der diesjährigen Herbsttagung am 10. Oktober 2015 in Salzwedel wohnten 37 Teilnehmer (29 Mitglieder und 8 Gäste) bei. Eingangs gab der Vorsitzende einen kurzen Tätigkeitsbericht des letzten Jahres. Danach wurde das Programm nach der Tagesordnung absolviert.

Mit seinem Vortrag „Die Evangelistenbilder am Chorgestühl in St. Marien Salzwedel“ widmete sich Rudolf Bönisch aus Lübbenau (Spreewald) einem interessanten Thema der Innenausstattung der Salzwedeler Marienkirche. Der Referent berichtete ausführlich und vergleichend über verschiedene Evangelistendarstellungen vor allem in brandenburgischen Kirchen und arbeitete dort stilistische Ähnlichkeiten bzw. Darstellungsweisen heraus und untersuchte deren Grafikvorlagen. Danach ging er auf die konkrete Gestaltung der Evangelisten am Salzwedeler Chorgestühl ein. Eine anschließende Besichtigung in der Kirche war wegen eines dort stattfindenden Chorkonzertes leider nicht möglich.

Zum zweiten Thema des Tages sprach Michael Belitz (Magdeburg): „Die Altmark als Grenzregion der Bistümer Halberstadt und Verden“. Michael Belitz beschrieb die Schwierigkeiten, die frühe Geschichte der Altmark, konkret die der kirchlichen Verfassung und Einflussgebiete der hier aneinandergrenzenden Bistümern Halberstadt und Verden, zu beschreiben und referierte eindrücklich über die der älteren Forschung oft zugrundeliegenden schriftlichen Überlieferungen und den dabei zu verzeichnenden Problemen, darunter auch Fälschungen. Er ging dabei auch u.a. auf die Schwierigkeit einer exakten topografischen Abgrenzung bis hin zu unterschiedlichen Deutungen historischer Flussnamen ein.

Anschließend gab Jens Winter einen Überblick zu den Gedenkorten in der Stadt Salzwedel, die an Kriege erinnern. Sein Vortrag „Kriegerdenkmäler in Salzwedel – ein Schülerprojekt“ widmete sich der Arbeitsweise der von ihm betreuten Schülergruppe und stellte gleichzeitig die Ergebnisse vor, die in einer Broschüre veröffentlicht worden waren. Anschließend an die Mittagspause wurde dieses Thema dann bei einem kurzen Stadtspaziergang vertieft. Die Tagungsteilnehmer besichtigten die Gedenkstätte für die Gefallenen des 1. Weltkrieges im Salzwedeler Burggarten. Ebenso fand auf diesem Rundweg eine umgenutzte Gedenktafel in der ehemaligen Franziskanerkirche Beachtung.

Auch im Danneil-Museum, wo der kleine Rundgang dann endete, wurden vor diesem thematischen Hintergrund entsprechende Erinnerungsstücke in der Dauerausstellung betrachtet. Die diesjährige Sonderausstellung im Museum wurde dann abschließend besichtigt. Sie war dem Beetzendorfer Maler Wolfgang Bierstedt (1936-1983) gewidmet. Dessen Tochter Ina Bierstedt, bildende Künstlerin in Berlin, hatte sich in einem Erinnerungsprojekt mit den Arbeiten ihres Vaters beschäf-

tigt und eigene Arbeiten zu denen ihres 1983 verstorbenen Vaters in Beziehung gesetzt.
Die Tagung klang dann üblicherweise bei Kaffee und Kuchen aus.

Sonstiges

In diesem Jahr wurde der Vereinssitz, der üblicherweise am Stadtarchiv angegliedert ist, durch den Umzug des Stadtarchivs verlegt. Somit ist Sitz und Postadresse des Vereins seit August 2015:
Altmärkischer Verein für vaterländische Geschichte zu Salzwedel e.V.
c/o Stadtarchiv Salzwedel
Ackerstraße 13
29410 Salzwedel

Mit einem Vorstandsbeschluss vom 29. Juni 2015 trat der Geschichtsverein als korporatives Mitglied dem Landesheimatbund Sachsen-Anhalt bei. Der Verein fand bereits in der Jubiläumschrift zum 25-jährigen Bestehen des Landesheimatbundes einen Platz und wurde dort vorgestellt. Steffen Langusch vertrat als Vorstandsmitglied den Verein bei dieser Jubiläumstagung. Der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V. (LHB) ist ein vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt institutionell geförderter Dachverband vieler Vereine und interessierter Persönlichkeiten, die sich der Erforschung, der Pflege, dem Schutz und der Gestaltung des heimatlichen Lebensraumes im weitesten Sinne widmen. Da hier auch die Regionalgeschichte einen festen Platz hat, bieten sich so auch unserem Verein zusätzliche Kontakte und Vernetzungsmöglichkeiten.

Der Vorsitzende des Geschichtsvereins, Prof. Dr. Bernhard von Barsewisch, beging im Berichtsjahr seinen 80. Geburtstag. Mehrere Vereinsmitglieder nahmen an den Feierlichkeiten zu diesem Anlass in Wolfshagen bzw. in Groß Pankow teil. Drei Vorstandsmitglieder überbrachten im Rahmen einer kleinen Feierstunde die besten Grüße und Wünsche des Altmärkischen Geschichtsvereins. Vertreter von Vereinen, in denen Bernhard von Barsewisch im Vorstand mitarbeitet, und Angehörige des Familienverbandes richteten kurze Grußworte an den Jubilar. Im Auftrag des Altmärkischen Geschichtsvereines ging der Schriftführer Ulrich Kalmbach auch kurz auf die Nachkriegsgeschichte des Vereins ein, in dessen Berliner Exilphase der Jubilar eines der jüngsten Mitglieder wurde, so dass er heute neben dem offiziellen Amt als Vorsitzender gleichzeitig die Stellung des „Alterspräsidenten“ innehat, da er das Mitglied mit der längsten Vereinszugehörigkeit ist.

Der Geschichtsverein ist schon längere Zeit in Kontakt mit Dr. Karl-Heinz Priese aus Berlin, der sich intensiv mit der Dokumentation mittelalterlicher Grabplatten, darunter auch die der Altmark, beschäftigt hat.

Der ehemalige Direktor des Ägyptischen Museums in Berlin ist dabei, die Dokumentation zum Bestand derartiger Platten zu aktualisieren und zu vervollständigen. Die Dokumentation soll dann zu gegebener Zeit auch veröffentlicht werden. Der Verein leistete bereits logistische Unterstützung und will sich auch bei der Publikation einbringen. Es ist hier an einen Band in Umfang und Gestaltung der Jahresberichte als Sonderveröffentlichung des Geschichtsvereins gedacht.

Darüber hinaus soll eine Forschungsdatenbank angelegt werden, die in Aufnahme und Erweiterung dieses Projektes auch neuzeitliche Grabdenkmäler erfassen wird. Hierzu wurden 2015 erste Überlegungen angestellt, die 2016 dann umgesetzt werden sollen.

Mitglieder/ Vorstand

Im laufenden Jahr erfolgte eine Neuaufnahme, ein Mitglied verstarb. Zum Jahresende 2015 blieb die Mitgliederzahl somit konstant bei 122.

Im Jahre 2015 erfuhren wir vom Tod von:

Merse von Kalben (*10. August 1929, †26. Juni 2015)

Wir werden ein ehrendes Gedenken bewahren.

Austritte waren nicht zu verzeichnen.

Es konnten ein neues Mitglied gewonnen werden, das an dieser Stelle nochmals herzlich begrüßt sei:

Torsten Haarseim, 39638 Gardelegen

Die derzeitigen Vorstandsmitglieder sind:

Prof. Dr. Bernhard von Barsewisch, Vorsitzender,
16928 Groß Pankow, Pankeweg 15
Sigrid Brückner, Stellvertretende Vorsitzende,
39590 Tangermünde, Neue Straße 44
Ulrich Kalmbach, Schriftführer,
29410 Salzwedel, Neutorstraße 39
Henning Krüger, Kassenwart,
39624 Kalbe (Milde), Alte Bahnhofstraße 6
Dieter Fettback, Beisitzer,
39606 Osterburg, Kalandshofen 1
Steffen Langusch, Beisitzer,
29410 Salzwedel, Lohteich 16
Jens Winter, Beisitzer,
38465 Brome, Heideweg 1

Abb. 1 Empfang anlässlich des 80. Geburtstages von Bernhard von Barsewisch im Schloss Wolfshagen, 18. April 2015

Abb. 2 Im Namen des Vereins gratuliert Ulrich Kalmbach zum Geburtstag von Bernhard von Barsewisch im Schloss Wolfshagen, 18. April 2015

Abb. 3 Schloss Döbbelin mit Verweis auf „Bismarcks Weihnachtswelt“, Frühjahrstagung, 25. April 2015

Abb. 4 Nach dem Gruppenfoto, Freitreppe des Schlosses Döbbelin mit Vereinsmitgliedern zur Frühjahrstagung, 25. April 2015

Abb. 5 Alexander von Bismarck begrüßt die Vereinsmitglieder zur Frühjahrstagung im Schloss Döbbelin, 25. April 2015

Abb. 6 Referent Markus Apostolow zur Frühjahrstagung in Döbbelin, 25. April 2015

Abb. 7 Referent Frank Riedel zur Frühjahrstagung in Döbbelin, 25. April 2105

Abb. 8 Begrüßung durch die Leiterin des Altmärkischen Museums Stendal Gabriele Bark zur Frühjahrstagung im Musikforum Katharinenkirche, 25. April 2015

Abb. 9 Begrüßung der Vereinsmitglieder zur Herbsttagung in Salzwedel, 10. Oktober 2015

Abb. 10 Referent Rudolf Bönisch aus Lübbenau beim Vortrag zur Herbsttagung in Salzwedel, 10. Oktober 2015

Abb. 11 Stadtspaziergang mit Halt bei einer Station des Gedenkprojektes „Stolpersteine“ in der Salzwedeler Burgstraße bei der Herbsttagung, 10. Oktober 2015

Abb. 12 Referenten Michael Belitz und Jens Winter beim Rundgang in der Salzwedeler Mönchskirche, 10. Oktober 2015

Abb. 13 Teilnehmer der Herbsttagung vor der Ehrenhalle für die Gefallenen des 1. Weltkrieges im Salzwedeler Burggarten, 10. Oktober 2015

Kassenbericht
Rechnungslegung für das Kalenderjahr 2015

von Henning Krüger

Sparkasse Altmark West		
Bestand am 30.12.2014	2.895,39 €	
Einnahmen 2015		
Mitgliedsbeiträge	2.600,00 €	
Spenden	320,00 €	
Verkauf von Jahresberichten	8,00 €	
Sonstige Einnahmen	0,00 €	
	5.823,39 €	
Ausgaben 2015		
Büromaterial, Porto, Druckkosten, Sonstiges	- 2.634,34 €	
Bestand am 31. Dezember 2015		3.189,05 €
Volksbank Salzwedel		
Bestand am 30.12.2014	2.413,43 €	
Einnahmen 2015		
Mitgliedsbeiträge	200,00 €	
Spenden	30,45 €	
Verkauf von Jahresberichten	0,00 €	
Sonstige Einnahmen	0,00 €	
	2.643,88 €	
Ausgaben 2015		
Büromaterial, Porto, Druckkosten, Sonstiges	0,00 €	
Bestand am 31. Dezember 2015		2.643,88 €
Gesamtbestand Sparkasse und Volksbank am 31. Dezember 2015		**5.832,93 €**